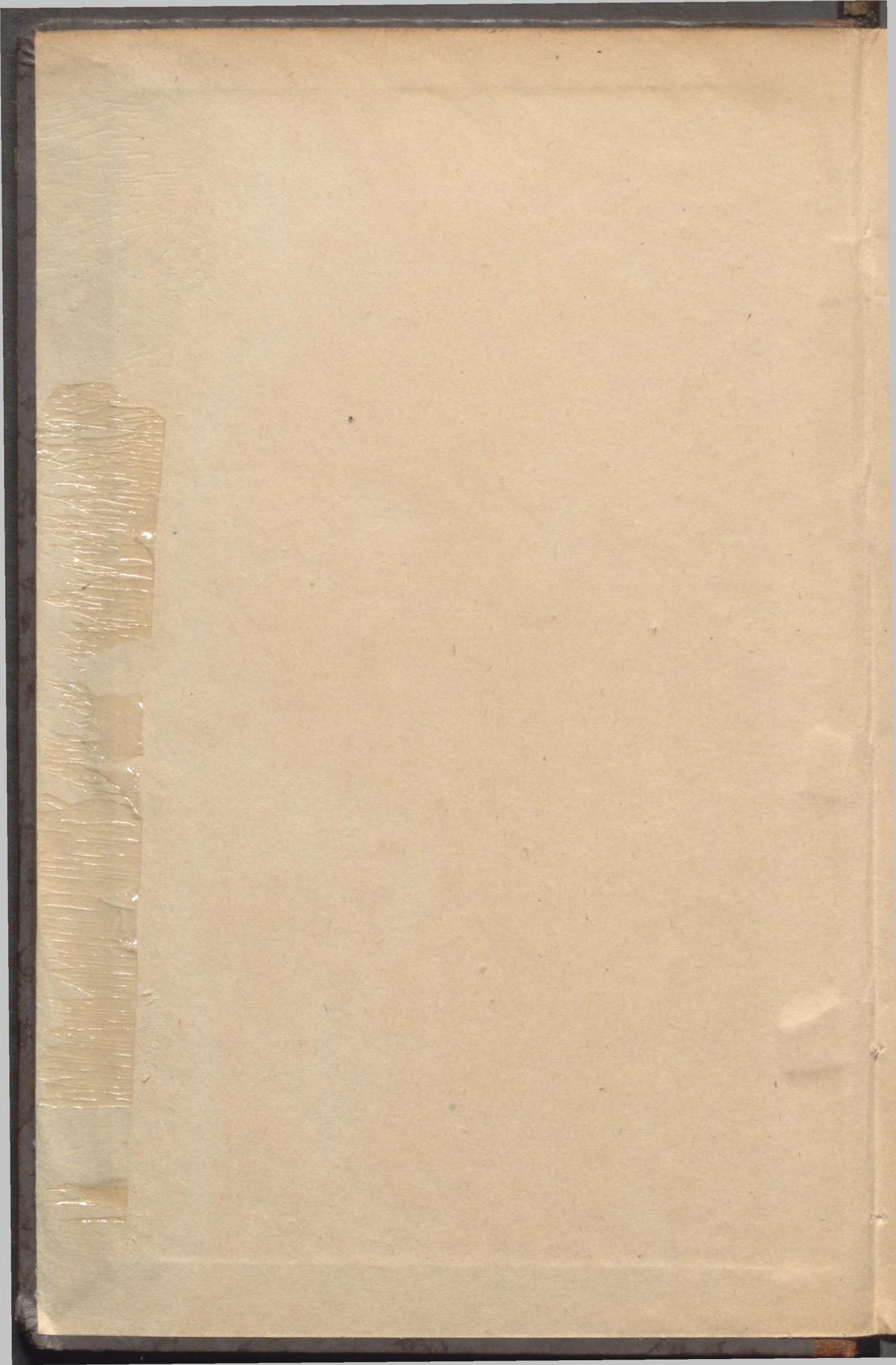


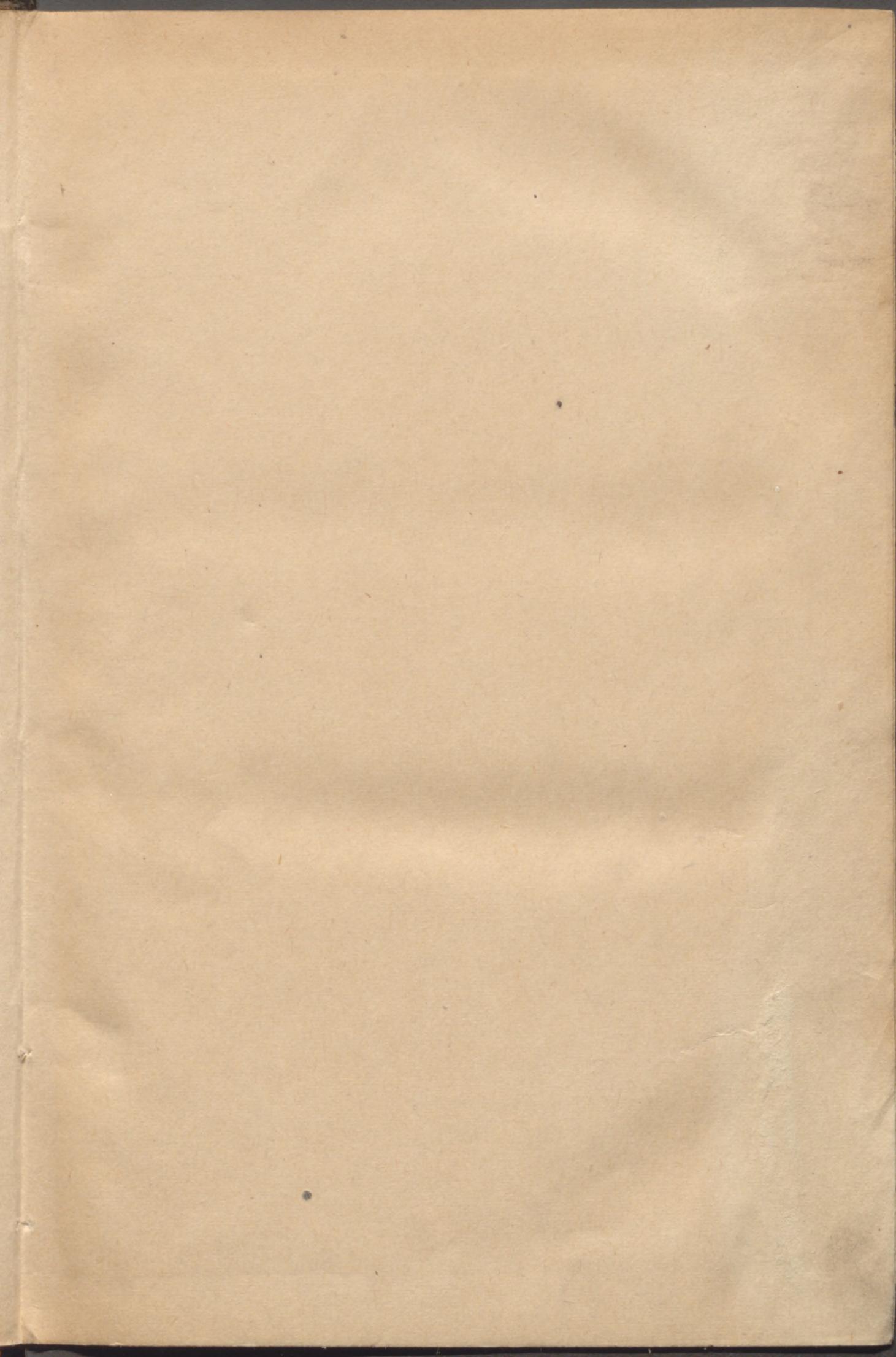
~~Konkordat na miłość~~
Biblioteka
Główna
UMK Toruń

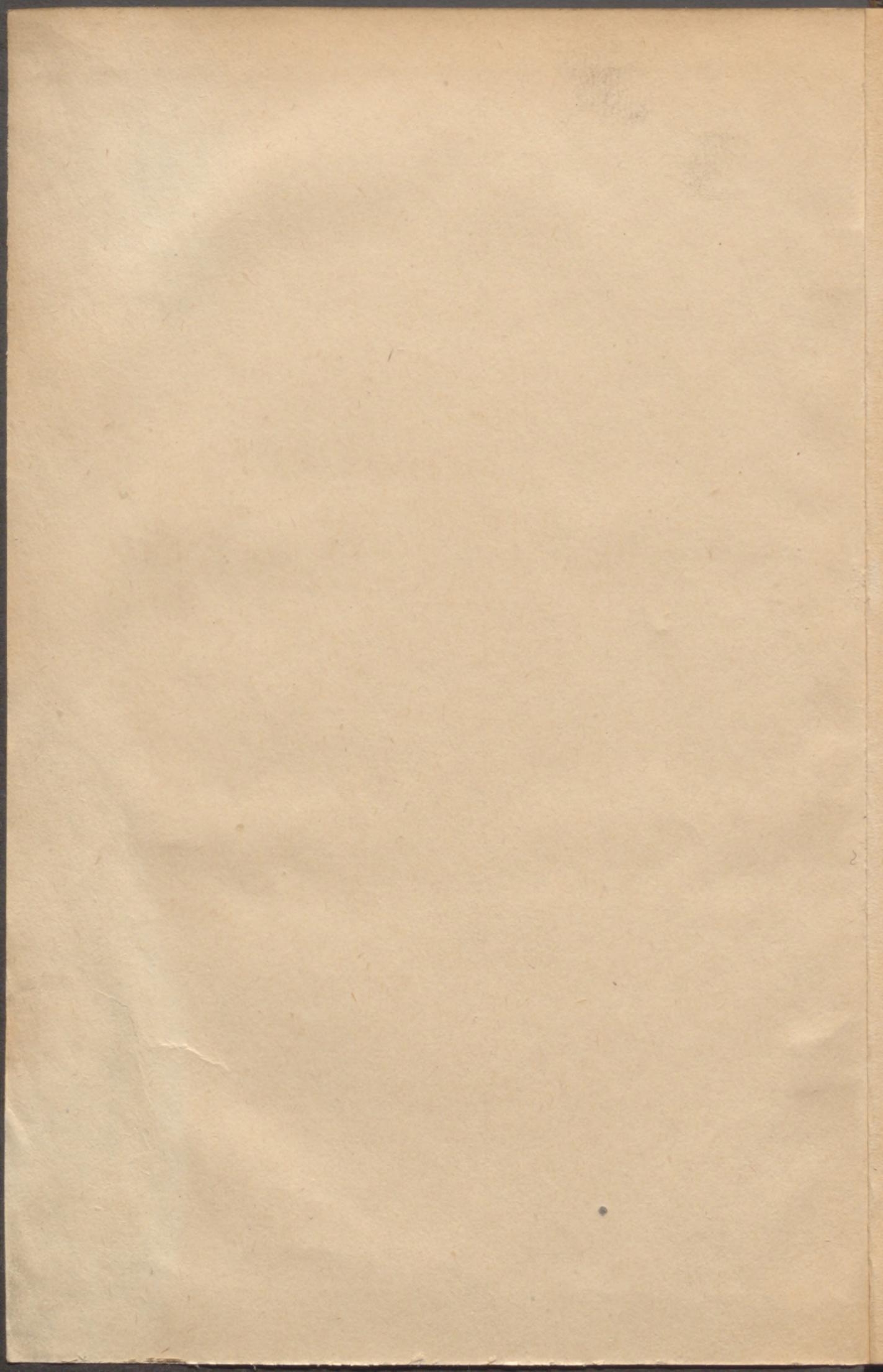
45590

Adamheit
Sowjet
armee
und Welt
revolution

G
15









SCHWERTBÜCHER

SCHRIFTEN ÜBER OSTPROBLEME

UND BOLSCHEWISMUS

BAND I

TH. ADAMHEIT

SOWJETARMEE UND
WELTREVOLUTION

1942

NIBELUNGEN-VERLAG · BERLIN-LEIPZIG

10154

TH. ADAMHEIT

SOWJETARMEE UND
WELTREVOLUTION

MOSKAUS ANGRIFF GEGEN EUROPA
UND DIE WELT

5., NEUBEARBEITETE AUFLAGE

MIT 44 ABBILDUNGEN

AUF 24 BILDTAFELN

1 9 4 2

NIBELUNGEN-VERLAG · BERLIN-LEIPZIG

Neuaufgabe des 1935—1939 in vier Auflagen erschienenen Buches:
Rote Armee — Rote Weltrevolution — Roter Imperialismus
Umschlagzeichnung nach einem Sowjetplakat entworfen von
Peter Wywiorski und Dr. Gust Hahn, beide in Berlin

45590
II



6.—15. Tausend

Alle Rechte vorbehalten

Copyright 1935 by Nibelungen-Verlag G.m.b.H., Berlin

Druck: Bibliographisches Institut AG., Leipzig

43
• 9254

INHALT

Einführung zur fünften Auflage	9
--------------------------------------	---

I. Abschnitt

Ideologische Grundlagen	15
-------------------------------	----

1. Kapitel: Die Kriegsdoktrin des Bolschewismus	15
---	----

1. Die Geschichtsauffassung des Leninismus (15) — 2. Die drei Grundarten des Krieges (19) — 3. Die weltrevolutionäre Zielsetzung des Bolschewismus (26) — 4. Der revolutionäre Angriffskrieg (29)

2. Kapitel: Strategie und Taktik der bolschewistischen Revolution	36
---	----

1. Der politische und militärische Charakter des Kommunismus (36) — 2. Die drei Etappen der bolschewistischen Revolution (39) — 3. Das Prinzip der Grundsatzlosigkeit (43)

II. Abschnitt

Sowjet-Imperialismus	48
----------------------------	----

3. Kapitel: Die Sowjetunion in Asien	48
--	----

1. Die zaristische Vorgeschichte (48) — 2. Der Sowjet-Imperialismus und die Ostchinesische Eisenbahn (52) — 3. Moskaus neue Wege in der Mandschurei (62) — 4. Die sowjet-imperialistische Durchdringung der Äußeren Mongolei (68) — 5. Moskaus Kampf um Turkestan (76) — 6. Nationalitätenpolitik als imperialistische Waffe (83) — 7. China als Basis des Bolschewismus (87)

4. Kapitel: Die Sowjetunion in Europa	95
---	----

1. Zwei Pole der Sowjetpolitik (95) — 2. Die Polemik gegen Versailles (99) — 3. Karl Radek als Anwalt des Systems Iswolski-Poincaré (106) — 4. Der neue außenpolitische Kurs der Sowjetunion (112) — 5. Strategie und Taktik der Sowjetpolitik in Europa (118) — 6. Von der Einkreisung Deutschlands zum Kriege (124)

III. Abschnitt

Die Vorbereitung des Krieges	129
------------------------------------	-----

5. Kapitel: Kriegs- und Rüstungspsychose	129
--	-----

1. Die innenpolitischen Schwierigkeiten (129) — 2. Die Triebkräfte der Kriegs- und Rüstungspropaganda (135) — 3. Die „Interventionsfront“ (137) — 4. Die Idee des „bewaffneten Volkes“ (141) — 5. „Osoaviachim“ (144) — 6. Militarismus und Klassenhaß in der Jugend (147) — 7. „Sowjetpatriotismus“ und Legende der eigenen „Unbesiegbarkeit“ (155)

6. Kapitel: Die Rüstungspolitik der Sowjetunion 160
 1. Raumpolitische Voraussetzungen (160) — 2. Die Erfahrungen des Weltkrieges (162) — 3. Die Grundzüge der wirtschaftlichen Mobilmachung der UdSSR. (168) — 4. Transportschwierigkeiten und Verkehrsprobleme (173) — 5. Rüstungsausgaben und Rüstungspropaganda (179) — 6. Wirtschaftsterrorismus (183). — 7. Wirtschafts-Imperialismus (188).

IV. Abschnitt

- Der bolschewistische Krieg 192
 7. Kapitel: Der Charakter des bolschewistischen Krieges 192
 1. Die politischen Elemente des Krieges (192) — 2. Tuchatschewskij über „Angriff und Verteidigung“ (196) — 3. Der revolutionäre Angriffskrieg gegen andere Staaten (201) — 4. Politik und Kriegführung (206) — 5. Die realen Grundlagen des modernen Krieges (209) — 6. Die „Reserven jenseits der feindlichen Front“ (213) — 7. Der nächste Krieg — ein Weltkrieg (218) — 8. Die Sorge um das eigene Hinterland (222)
 8. Kapitel: Die bolschewistische Propaganda im Kriege 226
 1. Der allgemeine Charakter der bolschewistischen Kriegspropaganda (226) — 2. Agitation und Propaganda in der Bevölkerung (229) — 3. Die Propagandaarbeit an der Front (232) — 4. Die Propaganda in der Etappe und im Hinterland des Gegners (236) — 5. Lenins „Felddienstordnung für den bewaffneten Aufstand“ (241)

V. Abschnitt

- Die Rote Armee 247
 9. Kapitel: Die Rote Armee als militärische Waffe 247
 1. Die allgemeinen Entwicklungstendenzen der Roten Armee nach der Revolution (247) — 2. Der Kampf um das Wehrsystem (251) — 3. Die Heeresreformen des Jahres 1924 (255) — 4. Fortsetzung der Heeresreformen nach 1934 (257) — 5. Gliederung, Dislokation und Stärke der Roten Armee (261)
 10. Kapitel: Die Rote Armee als bolschewistische Waffe .. 264
 1. Die Rote Armee — eine Armee der Weltrevolution (264) — 2. Der Klassencharakter der Roten Armee (267) — 3. Rote Armee und Bolschewismus (271) — 4. Die Politik in der Roten Armee (273) — 5. Die politische Überwachung der Roten Armee (279) — 6. Armee ohne Kopf (284)
 Nachwort. Die Schicksalsstunde des Bolschewismus 289

VERZEICHNIS DER ABBILDUNGEN

- Bild 1: Der Bund zwischen Bolschewismus und Plutokratie (Eden bei seinem Besuch bei Stalin)
- Bild 2: Lasar Mosessohn Kaganowitsch, der nächste Vertrauensmann Stalins
- Bild 3: Litwinow Finkelstein, Leiter der bolschewistischen Einkreisungspolitik gegen Deutschland
- Bild 4: Leo Mechlis — der Mann, der die „Reinigung“ der Roten Armee durchgeführt hat
- Bild 5: Jaroslawskij Gubelmann, führender Ideologe der Stalin-Richtung im Bolschewismus
- Bild 6: Marschall Tuchatschewskij (erschossen)
- Bild 7: Armeekommandeur 1. Ranges Uborewitsch, der Befehlshaber des ehemaligen Weißrussischen Militärgerichts (erschossen)
- Bild 8: Armeekommandeur 2. Ranges Alkanis, Chef der bolschewistischen Luftflotte (erschossen)
- Bild 9: Marschall Jegorow, Chef des Generalstabes der Roten Armee (spurlos verschwunden)
- Bild 10: Generalleutnant Jakob Schmuschkewitsch, der jüdische Chef der bolschewistischen Luftflotte, mit seinen Eltern
- Bild 11: Die oberste Leitung der Roten Armee (Timoschenko, Saporoshez, Shukow)
- Bild 12: Bolschewistische Fotomontage mit dem Bildnis Stalins im Dienste der Popularisierung der militärischen und wirtschaftlichen Kriegsvorbereitung der UdSSR
- Bild 13: Kriegerisches Plakat, das den bolschewistischen Angriffsgeist der Roten Armee und Flotte verherrlichen soll
- Bild 14: Der Bolschewik, der den Nationalsozialismus erledigt
- Bild 15: Das Verhältnis der Sowjetunion zu Deutschland nach „Maschinostrojenije“
- Bild 16: Flintenweiber des Bürgerkrieges
- Bild 17: Zwei sowjetische „Hausfrauen“ während ihrer Ausbildung für den Heckenschützenkrieg
- Bild 18: Parade auf dem Roten Platz in Moskau
- Bild 19: Manöverbild der Roten Armee über das Zusammenwirken der Luftwaffe mit der Panzerwaffe
- Bild 20: Sowjetischer Amphibientank

- Bild 21: Die bolschewistische Panzerwaffe
Bild 22: Bolschewistische Panzerzüge
Bild 23: Schweres sowjetisches Geschütz mit Traktorenzug bei einer Parade auf dem Roten Platz in Moskau
Bild 24: Haubitzen der Roten Armee
Bild 25: Scheinwerferabteilung in Stellung
Bild 26: Geschützexerzieren an Fliegerabwehrgeschützen
Bild 27: Sowjetbomber im Flug
Bild 28: MG-Stand eines bolschewistischen Flugzeuges
Bild 29: Bolschewistisches Vierlings-MG
Bild 30: Bolschewistische Fallschirmspringer
Bild 31: Schützen der Roten Armee
Bild 32: Eine bolschewistische Schneeschuhabteilung auf dem Marsch
Bild 33/34: An den Rückzugswegen der „Armee der Weltrevolution“
Bild 35/36: Zerschossene Panzerwagen der Roten Armee
Bild 37: Zerstörter Panzerzug der Bolschewisten
Bild 38: Das Ende eines bolschewistischen Flugplatzes
Bild 39: Eine „Rata“
Bild 40/41: Zwei Rotarmisten
Bild 42: Gefangene Bolschewisten um Gnade flehend
Bild 43: Bolschewisten auf dem Marsch ins Gefangenenlager
Bild 44: Das Ende eines Verbrechens gegen Deutschland und Europa

Einführung zur fünften Auflage

Die Würfel sind gefallen. Am 22. Juni 1941 hat sich der Führer entschlossen, das Schicksal und die Zukunft des Deutschen Reiches und des deutschen Volkes wieder in die Hand seiner Soldaten zu legen. In einer Ausdehnung, wie sie in der Kriegsgeschichte aller Völker bisher einmalig ist, sind die deutschen Armeen vom Nordkap bis zum Schwarzen Meer aufmarschiert, um die Rechnung mit jenem Feind zu begleichen, dem die Vernichtung des nationalsozialistischen Deutschlands oberstes Gesetz aller seiner Worte und Taten war: dem jüdischen Bolschewismus.

Als die vorliegende Arbeit erstmalig der Öffentlichkeit übergeben wurde, stand die europäische Politik noch stark unter dem Eindruck eines Ereignisses, das für die Beziehungen zwischen den Staaten Europas von großer Bedeutung war und einen Markstein auf dem Wege Europas zum heutigen Kriege bedeutete. Am 2. Mai 1935 war der sowjetisch-französische Militärpakt gegen das Deutsche Reich abgeschlossen worden. Das reaktionär auf den Status quo von Versailles pochende Frankreich und die bolschewistische Umsturzzentrale in Moskau hatten ihre Kräfte feierlich in einem Bündnis vereint, dem die Aufgabe zugedacht war, die Wiedergeburt Deutschlands und damit Europas zu vereiteln. Wie der Bolschewismus innerhalb dieses gemeinsamen Komplotts seine speziellen Wünsche und Ziele zu verfolgen gedachte, ging schon wenige Monate später aus den haßerfüllten deutschfeindlichen Beschlüssen des VII. Weltkongresses der Komintern in Moskau eindeutig hervor.

Der Abschluß jenes Paktes erfolgte seinerzeit unter flagrantem Bruch von bestehenden Verträgen und internationalen Verpflichtungen: sowohl der Satzungen des Völkerbundes wie des Locarno-Vertrages und des Kellogg-Paktes. Über den Militärpakt

und die näheren Umstände seines Zustandekommens wurde im Vorwort zur ersten Auflage dieses Buches u. a. ausgeführt:

„Diese nur andeutenden Hinweise können bereits als ausreichend angesehen werden, um die Rechtswidrigkeit des zwischen Paris und Moskau geschlossenen Vertrages zu zeigen, die nach der langen Kette von Vertragsverletzungen durch Frankreich seit dem Versailler Diktat keine Überraschung darstellt. Bemerkenswert hingegen ist die Selbstverständlichkeit, mit der die Sowjetunion sich an dieser Vertragsverletzung beteiligt, weil gerade sie in früheren Jahren sich nur zu gern zum Richter über die „inneren Widersprüche in der Welt der kapitalistischen und imperialistischen Mächte“ aufgeworfen hat. Wenn auch dem Sowjetstaat hier zugute gehalten werden könnte, daß er mit dem Locarnovertrag nichts zu tun hat, so trifft dieses Argument weder auf den Völkerbund noch auf den Kelloggspakt zu. Der Sowjetstaat ist an beiden höchst aktiv beteiligt. Wenn er sich trotzdem über sie hinwegsetzt, so kann man darin nur die selbstverständliche Geringschätzung erblicken, die der „proletarische Klassenstaat“ auf Grund seiner nur ihm eigentümlichen politischen Einstellung der bürgerlichen Welt und ihren Einrichtungen entgegenbringen muß. Wenn Frankreich und die Sowjetunion Schulter an Schulter Vertragsbrüche begehen, so sind die inneren Motive, die sie hierbei leiten, durchaus verschiedener Natur. Ist das bolschewistisch-französische Militärbündnis mit seiner raffinierten Bezugnahme ausgerechnet auf diejenigen Artikel der Völkerbundssatzung, die umgangen oder wirkungslos gemacht werden sollen, ein Musterbeispiel der Pariser Advokatenpolitik, so ist es gleichzeitig ein Dokument der Verachtung des ‚proletarischen Klassenstaates‘ für die Welt jenseits seiner Grenzen.

Das Militärbündnis zwischen Moskau und Paris ist auch in anderer Beziehung ein bemerkenswertes Dokument. Der flüchtige Betrachter wird zunächst vergeblich mit den in Moskau üblichen Argumenten die ideologischen Hintergründe für diesen Bund des Sowjetstaates mit einer der reaktionärsten Mächte in Europa, die das bürgerlich-liberale Frankreich darstellt, zu erklären suchen. Offenbar müssen

die Gründe für diese Bündnispolitik Moskaus tiefer gesucht werden, als lediglich an der Oberfläche der allgemeinen Phraseologie. Aus der Gegenüberstellung Frankreichs und Sowjetrußlands als militärische und politische Bundesgenossen unter Berücksichtigung des ideologischen Wesensinhalts beider Staaten, die einen kaum zu übertreffenden Gegensatz zwischen ihnen zu ergeben scheint, erwachsen eine Reihe von Fragen, die zu beantworten sind.

Im Rahmen der vorliegenden Untersuchung wird es u. a. darum gehen müssen, diese Frage in bezug auf den Sowjetstaat und seine Politik zu behandeln und diejenigen Gesichtspunkte herauszuarbeiten, von denen die Sowjetpolitik grundlegend bestimmt wird. Dabei wird die Zweckideologie des Bolschewismus mit dem Wesen der Sowjetunion zu vergleichen sein. Trennt man die Propaganda von der Wirklichkeit, so liegt der Schluß nahe, daß unter bestimmten Voraussetzungen vom Moskauer Standpunkt aus keine ideologischen Bedenken gegen diese Politik zu erheben sind.

Eine solche Annahme ohne Einschränkungen erscheint zunächst wenig wahrscheinlich angesichts der bekannten Tatsache, daß die Sowjetunion sich durch den Mund ihrer maßgebenden Führer nach wie vor als den ‚revolutionären Vortrupp des internationalen Proletariats‘ bezeichnet, dem die messianische Aufgabe zugefallen ist, eine Genesung der Welt an ihrem revolutionären Wesen herbeizuführen. Da aber gerade Frankreich – und dieses vielleicht noch mehr als irgendeine andere Macht der Welt – vom Standpunkt Moskaus aus Gegenstand solcher Bestrebungen sein müßte, erscheint es schwer verständlich, inwieweit die Sowjetpolitik in Frankreich einen Bundesgenossen für ihre weltrevolutionären Ziele erblicken kann. Es drängt sich die Frage auf, ob nicht das sowjetisch-französische Bündnis im Rahmen der kommunistischen Doktrin nur als ein Mittel zum Zweck angesehen werden muß. Denn soweit die Weltrevolution das letzte Ziel der Sowjetpolitik ist, müssen alle politischen Akte des Sowjetstaates der Weltrevolution dienen. Ein Bündnis mit Frankreich könnte daher vom weltrevolutionären Standpunkt aus nur dann gerechtfertigt erscheinen, wenn es einen Schritt auf dem Wege zu diesem Ziel bedeuten würde.

Wenn zwei Staaten ein Militärbündnis abschließen, so kann es einen offensiven oder einen defensiven Charakter besitzen. Die äußere Form solcher Bündnisse pflegt stets ihren Verteidigungszweck und die friedlichen Absichten der vertragsschließenden Partner zu betonen. Wenn jedoch Clausewitz den Krieg als Fortsetzung der Politik mit anderen Mitteln bezeichnet hat, so ist der Charakter der ihm vorangegangenen Politik für den Krieg von wesensbestimmender Bedeutung. Diese Binsenwahrheit spielt bei Lenins politischen Konstruktionen eine große Rolle.

Auch der französisch-sowjetrussische Militärpakt wird der Welt in der üblichen Form eines Defensiv-Vertrages vorgelegt. Für seinen eigentlichen Charakter ist jedoch nicht seine äußere Form maßgebend, sondern die Politik der beteiligten Mächte, von der er nur ein Teil ist. Theoretisch ist der Fall denkbar, daß die an einem Militärpakt beteiligten Staaten hinter seiner äußeren Form verschiedene Absichten verbergen. In solchem Falle wird jedoch sein Charakter im allgemeinen von demjenigen Vertragspartner bestimmt werden, der die weitergehenden Ziele verfolgt, zumal wenn eine mehr oder weniger unbedingte Beistandspflicht für beide Teile verabredet ist.

Bei der vorliegenden Untersuchung wird es sich darum handeln, diejenigen politischen Elemente zu betrachten, die von einem der beiden Vertragspartner – vom Sowjetstaat – in dieses Militärbündnis hineingetragen werden. Die Rote Armee als das Machtinstrument des Sowjetstaates, dem innerhalb des Militärbündnisses eine der wichtigsten Aufgaben zufällt und die Rüstungspolitik der UdSSR. müssen im Mittelpunkt dieser Betrachtung stehen. Die Untersuchung sowohl der ideologischen und praktischen Grundlagen der Sowjetpolitik wie des eigentlichen Charakters der Roten Armee muß für die Wesensbestimmung und die Beurteilung des am 2. Mai 1935 abgeschlossenen bolschewistisch-französischen Militärbündnisses von Bedeutung sein.“

Diese Frage ist inzwischen weitgehend geklärt worden. Durch den Militärpakt mit Frankreich ist die Sowjetunion noch stärker, als durch ihre Aufnahme in die Genfer Liga, zur aktiven Einmischung in europäische Angelegenheiten zu-

gelassen worden. Moskau hat alle Vorteile gut zu nutzen verstanden. Seine Bemühungen um die Bolschewisierung zahlreicher Länder, alle kommunistischen Anschläge und Revolten, die bolschewistische militärische Intervention in Spanien, die außenpolitische Zersetzungstaktik Finkelstein-Litwinows – alles das ist noch jedem Volksgenossen in frischer Erinnerung.

Moskau konnte seine neue Position vor allem aber dazu benutzen, um seine ränkevollen Pläne gegen den verhaßten „Nazifaschismus“ zu schmieden. Der Militärpakt mit Frankreich war die Basis, von der aus die politische und militärische Einkreisung des Deutschen Reichs unter raffinierter Ausnutzung der Genfer Einrichtungen betrieben werden konnte. Eine der Hauptthesen der Sowjetpolitik basierte auf der Anweisung Lenins, die Gegensätze zwischen den anderen Staaten und Völkern zu schüren, um sie im geeigneten Augenblick für die bolschewistische Weltrevolution auszunutzen. Die Lage in Westeuropa erschien Moskau für die Anwendung dieser Taktik äußerst günstig. In den britischen Einkreisungspolitikern fanden die Bolschewisten das Material, das sie für ihre eigenen Zwecke gebrauchen konnten. Und als die britische Plutokratie schließlich daran ging, ihre von langer Hand vorbereitete Vernichtung Deutschlands mit fremder Hilfe nun endgültig in Szene zu setzen, war ihr von Moskau bereits tatkräftig vorgearbeitet worden: die britische Plutokratie fand die Bundesgenossen, die sie suchte. Nur 4¹/₂ Jahre nach Abschluß des sowjetisch-französischen Militärpaktes fielen die ersten Schüsse eines neuen Krieges, der nach dem Willen seiner Urheber das Gesicht Europas verändern sollte.

An einem neuen Brand in Europa aufs höchste interessiert, entschloß sich die Sowjetunion – getreu der Leninschen Taktik – sich zunächst außerhalb des Konfliktes auf die Lauer zu legen. Der Nichtangriffspakt mit Deutschland, die äußerlich scheinbar zur Schau getragene Neutralität, sollten über die eigentlichen Absichten Moskaus täuschen. Doch dieses Täuschungsmanöver konnte nicht gelingen. Der Führer sorgte dafür, daß die deutsche Wachsamkeit keinen Augenblick erlahmte. Der rote Januskopf wurde erkannt. Aus der Proklamation des Führers vom 22. Juni 1941 und aus dem amtlichen

Material des Auswärtigen Amtes sind alle Einzelheiten des Moskauer Doppelspiels klar ersichtlich. Blitzschnell folgte die deutsche Antwort auf die bolschewistische Herausforderung. Die deutsche Wehrmacht hält unerbittlich Strafgericht über den Bolschewismus.

Rote Armee – Rote Weltrevolution – Roter Imperialismus: das sind die drei Begriffe, die den ganzen unersättlichen Machtanspruch des jüdischen Bolschewismus umreißen. Diesen Feind Deutschlands, Europas und der ganzen Welt in all seiner skrupellosen Wendigkeit und Grundsatzlosigkeit auf Grund seiner eigenen Zeugnisse, Dokumente und Taten zu zeigen, ist die Aufgabe der vorliegenden Arbeit.

Berlin, den 22. Juni 1941.

I. Abschnitt

Ideologische Grundlagen

1. Kapitel. Die Kriegsdoktrin des Kommunismus

1. Die Geschichtsauffassung des Leninismus

Im Jahre 1913 schrieb Lenin in einem Brief an Gorki: „Ein Krieg zwischen Österreich und Rußland wäre eine für die Revolution (in ganz Osteuropa) sehr nützliche Sache, aber es ist nicht sehr wahrscheinlich, daß Franz Joseph und Nikolascha uns dieses Vergnügen machen werden¹⁾.“

Zu diesem Zeitpunkt saß Lenin als politischer Emigrant in Österreich, dicht an der galizisch-russischen Grenze, wo zwanzig Monate später die ersten Schüsse zwischen den Truppen der beiden Monarchien gewechselt wurden. Lenin befand sich inzwischen bereits in der Schweiz und entfaltete seit den ersten Kriegstagen eine fieberhafte propagandistische Tätigkeit. Sein mit so zynischer Deutlichkeit geäußelter Wunsch war schneller in Erfüllung gegangen, als er selbst gehofft hatte.

Drei Jahre später passierte Lenin in einem plombierten Wagen die russische Grenze, um der im Februar 1917 ausgebrochenen russischen Revolution eine kommunistische Wendung zu geben und nach dem Oktoberumsturz die bolschewistische Diktatur unter seiner Führung zu errichten. Es folgten die Jahre des bolschewistischen Bürgerkrieges in Rußland, in denen die kommunistischen Machthaber dank günstiger Umstände und dank dem Versagen ihrer Gegner sich siegreich behaupten konnten . . .

Wenn Lenin in dem zitierten Brief die Begriffe „Krieg“ und „Revolution“ in einen ursächlichen Zusammenhang mit-

¹⁾ Lenins Briefe an Gorki, Wien 1924, S. 71.

einander gebracht hat, so ist damit bereits eines der Elemente seiner Einstellung zum Problem „Krieg“ gegeben. Als konsequenter Marxist betrachtet Lenin die Geschichte ausschließlich vom Standpunkt des Marxschen dialektischen Materialismus. Die Geschichte der Völker und Staaten wandelt sich ihm zu einer Geschichte der Klassen und der Klassenkämpfe. Die naturgegebenen Zusammenhänge zwischen den Gliedern eines und desselben Volkes verschwinden zugunsten der internationalen Interessensolidarität der Klassen. Der Staat wird zu einer „Maschine zur Aufrechterhaltung der Herrschaft einer Klasse über eine andere“, jeder Staat wird zum Klassenstaat. Kriege und Revolutionen sind ihm bestimmte Formen des politischen Kampfes um die Macht, der stets aus der gleichen Ursache der vorhandenen Klassengegensätze innerhalb der jeweiligen Gesellschaft entsteht. Alle Kriege und alle Revolutionen sind klassenmäßig bestimmt. Alle Kriege der Klassenstaaten sind Klassenkriege. Alle Revolutionen sind Machtkämpfe der unterdrückten gegen die unterdrückenden Klassen und werden in ihrer bewaffneten Form zu Bürgerkriegen. Diese sind Klassenkriege in ihrer reinsten Ausprägung.

Charakteristisch für die Marxisten ist ihre rein materialistische Lehre. Auf dieser Grundlage ist der marxistische Klassenbegriff überhaupt erst möglich. Die Klassenbildung wird aus rein ökonomischen Ursachen erklärt. Der Klassenkampf, so lehren die Marxisten, ist die dynamische Kraft, die das Rad der Geschichte bewegt. Sein Endzweck soll die Beseitigung der Klassen und damit der Staaten, der Übergang zur „staaten- und klassenlosen Gesellschaft“, das heißt zum Kommunismus sein.

Innerhalb des gegenwärtigen Zeitalters des Kapitalismus unterscheidet Lenin eine besondere Entwicklungsstufe, die er das „Zeitalter des Imperialismus“ nennt. Den Imperialismus bezeichnet er als „das monopolistische Stadium des Kapitalismus“¹⁾. Damit meint er die Konzentration des Kapitals in den Händen von Verbänden, Syndikaten, Trusts, die in Lenins Agitation eine große Rolle spielen. Von ihnen

¹⁾ Lenin, Sämtliche Werke, deutsche Ausgabe, Bd. 19, S. 168.

sagt er, daß sie „nicht selten einen internationalen Charakter trugen“ und daß auf diese Weise „eine früher nie gekannte Herrschaft einer winzig kleinen Zahl von Großbanken, Finanzkönigen, Finanzmagnaten“ entstanden sei. Diese Definitionen Lenins sind für die Beurteilung der Sowjetunion von grundsätzlicher Bedeutung, da gerade dort diese Merkmale des Imperialismus, wie an anderer Stelle noch zu zeigen sein wird, in höchster Vollendung ausgebildet worden sind.

Lenin folgert aus seinen Feststellungen weiter, daß diese Entwicklung im Laufe der Zeit zu einem Kampf der verschiedenen Interessengruppen um die Macht, um Einflußsphären, zur modernen Kolonialpolitik geführt habe.

Es ist charakteristisch für die Einstellung Lenins, daß er bei der Schilderung der objektiven Merkmale des Imperialismus mit keinem Wort die überragende Rolle des internationalen Judentums und der Freimaurerei gerade auf diesem Gebiet erwähnt, die durch die Macht des Geldes die Völker unter ihre Botmäßigkeit gebracht haben und im Interesse der Erhaltung ihrer Herrschaft niemals davor zurückgeschreckt sind, die Völker gegeneinander auszuspielen. Nicht minder bezeichnend ist es, daß er keinen Augenblick lang auf die einzige wirklich reale Schlußfolgerung kommt, daß der Kampf gegen das internationale Finanzkapital nur auf der Grundlage der nationalen Emanzipation der Völker von seiner Allmacht geführt werden kann. Anstatt das Übel hier an der Wurzel zu fassen, kennt Lenin nur das Rezept des Klassenkampfes, das die Angehörigen eines und desselben Volkes gegeneinander in den Bürgerkrieg hetzt und damit das einzelne Volk erst recht zum Gegenstand der Ausbeutung macht.

Die Aufteilung der Welt auf der einen, das Streben nach einer Umteilung der Welt auf der anderen Seite: das sind die beiden Pole, zwischen denen Lenin die großen politischen Kämpfe im Zeitalter des Imperialismus sich abspielen sieht. In seiner im Jahre 1915 gemeinsam mit Sinowjeff geschriebenen und in Deutschland und in Frankreich illegal verbreiteten Schrift „Sozialismus und Krieg“ gibt Lenin die nachstehende Tabelle

2 Adamheit, Sowjetarmee



zur „Verteilung der Welt unter die großen Sklavenhalter-
mächte“ wieder¹⁾:

Die „Großmächte“	Kolonien				Mutterländer		Insgesamt	
	1876		1914		1914		1914	
	qkm in Millionen	Einwohner in Millionen						
England	22,5	251,9	33,5	393,5	0,3	46,5	33,8	440,0
Rußland	17,0	15,9	17,4	33,2	5,4	136,2	22,8	169,4
Frankreich	0,9	6,0	10,6	55,5	0,5	39,9	11,1	95,1
Deutschland	—	—	2,9	12,3	0,5	64,9	3,4	77,2
Japan	—	—	0,3	19,2	0,4	53,0	0,7	72,2
Vereinigte Staaten von Nordamerika	—	—	0,3	9,7	9,4	97,0	9,7	106,7
6 Großmächte	40,4	273,8	65,0	523,4	16,5	473,2	81,5	960,6
Kolonien, die nicht den Großmächten (sondern Belgien, Holland und anderen Staaten) gehören	—	—	9,9	45,3	—	—	9,9	45,3
Drei halbkoloniale Länder (Türkei, China und Persien) ...							14,5	361,2
					Insgesamt		105,9	1367,1
Übrige Staaten und Länder							28,0	289,9
Der Erdball insgesamt (ohne Polargebiete)							133,9	1657,0

Diese Aufstellung benutzte Lenin während des Weltkrieges, um zu beweisen, daß einige wenige kapitalkräftige Länder fast den ganzen Erdball unter ihre Herrschaft gebracht haben und um den imperialistischen Charakter des Weltkrieges zu zeigen. Er stellte die Behauptungen Frankreichs und Englands, daß sie den Krieg für die Freiheit der Völker und Belgiens führten, an den Pranger und erblickte ihr Kriegsziel in der „Festhaltung der durch sie im größten Stil zusammen-geraubten Kolonien“. Lenin gab sogar aus agitatorischen Erwägungen dem Gedanken Raum, daß Deutschland „vom

¹⁾ Lenin, Sämtliche Werke, deutsche Ausgabe, Bd. 18, S. 251.

Standpunkt der bürgerlichen Gerechtigkeit und nationalen Freiheit“ als im Recht befindlich angesehen werden könnte. Lenin lag damals viel daran, in Deutschland Fuß zu fassen. Wenn es ein von Lenin im Prinzip natürlich abgelehnter Standpunkt der „bürgerlichen Gerechtigkeit“ ist, daß ein bei der Aufteilung der Welt übervorteilter Staat gleiche Behandlung verlangen kann, so müßte es offenbar auch einen Standpunkt der „sozialistischen“ oder „proletarischen“ Gerechtigkeit geben, die nach der ganzen Lage der Dinge jener entgegengesetzt sein müßte. Ist die „bürgerliche Gerechtigkeit“ nach Lenin nichts anderes als gewissermaßen das „gleiche Recht auf Raub“, so müßte jene ihr entgegengesetzte „proletarische Gerechtigkeit“ unter Verzicht auf „Raub“ jede Kolonialpolitik und überhaupt jede Art von macht- und wirtschaftspolitischer Expansion ablehnen. Die bisherige Geschichte der Sowjetunion und eine über zwanzigjährige Komininternpraxis beweisen allerdings – wie an anderen Stellen der vorliegenden Untersuchung noch näher darzulegen sein wird – daß der „Rote Imperialismus“ die umfassendste, brutalste und am raffiniertesten ausgestaltete Form des Imperialismus überhaupt ist. Der koloniale Besitzstand der Sowjetunion in Asien zum Beispiel ist nicht nur dem der ehemaligen russischen Monarchie gleich, sondern übertrifft ihn sogar und soll nach dem Willen der Sowjetmachthaber noch weiter vergrößert werden. Die „Festhaltung der durch den Zarismus in größtem Stil zusammengeraubten Kolonien“ (um in Anlehnung an Lenin zu sprechen) war ein Hauptinhalt der Sowjetpolitik seit dem Bürgerkrieg, um die „Basis“ zunächst zu erhalten, von der aus die weitgreifenden Ziele der Weltrevolution und der „kommunistischen Weltrepublik“ angesteuert werden konnten. Das ist ein imperialistischer Machtanspruch, der vor keinen Staats- und keinen Volksgrenzen halt macht und sich mit brutaler Gewalt auf den gesamten Erdball bezieht.

2. Die drei Grundarten von Kriegen

Von der „Geschichtsauffassung“ der Kommunisten ausgehend wird von den Bolschewisten jeder politische Vorgang ausschließlich danach beurteilt, inwieweit er dem letzten Ziel –

der Weltrevolution – dient. Die Weltrevolution hat die Aufgabe, auf dem ganzen Erdball die bestehenden Regierungsgewalten zu stürzen und sie durch die Diktatur des Proletariats zu ersetzen. Dieses Ziel kann mit friedlichen Mitteln nicht erreicht werden, wie Lenin immer wieder leidenschaftlich betont. Daraus ergibt sich, daß Lenin nicht gegen den Krieg sein kann, sondern sich nachdrücklich für den Krieg und gegen jeden Pazifismus erklärt. Zu Beginn des Weltkrieges, als sich in verschiedenen neutralen Ländern eine sozialistische Bewegung unter der Parole der „Abrüstung“ bemerkbar machte, schrieb Lenin: „Die Sozialisten können nicht gegen jeden Krieg sein, ohne aufzuhören, Sozialisten zu sein. Man darf sich nicht durch den gegenwärtigen imperialistischen Krieg irreführen lassen... Demokratische Kriege und Aufstände z. B. von unterdrückten Völkern gegen ihre Unterdrücker sind durchaus nicht unmöglich. Unvermeidlich sind Bürgerkriege des Proletariats für den Sozialismus. Möglich sind Kriege des in einem Lande siegreichen Sozialismus gegen andere, bourgeoise und reaktionäre Länder... Der ist kein Sozialist, der die Verwirklichung des Sozialismus ohne sozialistische Revolution und ohne die Diktatur des Proletariats erwartet. Die Diktatur ist eine staatliche Macht, die sich unmittelbar auf die Gewalt stützt. Die Gewalt im Zeitalter des 20. Jahrhunderts, wie überhaupt im Zeitalter der Zivilisation, ist nicht die Faust und nicht der Knüppel, sondern das Heer. Die ‚Abrüstung‘ auf die Tagesordnung setzen, heißt ganz allgemein sagen: Wir sind gegen die Anwendung von Waffen. Darin ist ebensowenig auch nur ein Lot Marxismus enthalten, als wenn wir sagen würden: Wir sind gegen die Anwendung der Gewalt!¹⁾“

Aus diesen eindeutigen Sätzen geht hervor, daß Lenin zwischen verschiedenen Arten von Kriegen unterscheidet. Der kommunistischen Geschichtsbetrachtung entsprechend muß in jedem Einzelfalle eine Analyse des „Klassencharakters“ des

¹⁾ Lenin, Über den Krieg, 1914–1918, Moskau 1924, S. 104.

Krieges vorgenommen werden. Hierzu ist es nicht erforderlich, bis zum eigentlichen Ausbruch des Krieges zu warten, um dann aus seinem Verlauf, aus der Kriegführung der beteiligten Mächte und aus ihren Kriegszielen Schlüsse zu ziehen. In Anlehnung an Clausewitz faßt Lenin den Krieg als „Fortsetzung der Politik mit andern Mitteln“ auf, wobei er die Kriegsphilosophie des großen preußischen Soldaten marxistisch vergewaltigt¹⁾. Mit Hilfe der Marxschen Dialektik wird auf dieser Grundlage der Charakter jedes einzelnen Krieges aus der ihm vorausgegangenen Politik abgeleitet. Da diese nach der offiziellen Auffassung der Kommunisten stets eine Klassenpolitik und ihre militärische Fortsetzung unter Anwendung der Waffe stets ein Klassenkrieg ist, handelt es sich von Fall zu Fall darum, die Klassenkräfte zu bestimmen, die in diesem geschichtlichen Prozeß wirksam sind. Dabei geht Lenin nicht darauf aus, rein abstrakte Begriffsbestimmungen zu finden, sondern er geht auf die konkreten Möglichkeiten der Gegenwart ein und untersucht, mit welchen verschiedenen Arten von Kriegen in unserem Zeitalter zu rechnen ist.

In der Gegenwart unterscheidet Lenin im wesentlichen drei Grundarten von Kriegen: den imperialistischen, den nationalen und den proletarischen Krieg.

Diese Kriegsarten hat es, wie Lenin bemerkt, auch in früheren Geschichtsperioden gegeben, jedoch erhalten sie seiner Auffassung nach in der Gegenwart eine besondere Bedeutung. Als das Zeitalter der nationalen Kriege bezeichnet er das Jahrhundert von der französischen Revolution bis 1871. In dieser Periode habe der Kapitalismus im Sinne des dialektischen Materialismus sogar dem Fortschritt gedient, indem er die Befreiung der Völker vom Feudalsystem und die Bildung von Nationalstaaten begünstigt habe. Das ist eine ausgesprochen agitatorische Formel. Lenin gebraucht sie, um das Bürgertum solcher Länder für seine Zwecke einzuspannen, die noch rückständig sind und sich im „Kampf mit dem Feudalsystem“ befinden. Dieses Bürgertum (z. B. in China) ist

¹⁾ Vgl. Lenin, Sämtliche Werke, deutsche Ausgabe, S. 253.

nach Lenins Auffassung selbstverständlich gleichfalls „kapitalistisch“, das Zugeständnis der „Fortschrittlichkeit“ (mit historisch rückwirkender Kraft) soll jedoch ideologisch die Brücke zu ihm schlagen und ihm im weltrevolutionären System des Bolschewismus eine, wenn auch zeitlich beschränkte, Aufgabe zuweisen.

Mit dem Hinübergleiten in den Imperialismus hingegen sei der Kapitalismus – so folgert Lenin – aus einer fortschrittlichen zu einer reaktionären Macht, zum größten Unterdrücker der Völker geworden. Für letztere bliebe entweder der „Übergang zum Sozialismus oder der weitere bewaffnete Kampf der Großmächte und die künstliche Aufrechterhaltung des Kapitalismus vermittels der Kolonien, Monopole, Privilegien und jeder Art von nationaler Unterdrückung¹⁾.“ Andererseits entbehre der imperialistische Krieg des nationalen Elementes nicht. Lenin bezeichnet ihn als die bewaffnete Fortsetzung der imperialistischen Politik der Bourgeoisie einiger herrschender Großmächte. Druck erzeugt Gegendruck, und eine Folge dieser Politik müssen national-revolutionäre Freiheitsbewegungen der unterdrückten kolonialen und halb-kolonialen Völker sein, die ein neues Zeitalter der nationalen Kriege gegen den Imperialismus eröffnen. Diese Kriege werden vorwiegend von den Kolonialvölkern geführt. „Die Geschichte des 20. Jahrhunderts, dieses Jahrhunderts des ‚entfesselten‘ Imperialismus, ist voll von Kolonialkriegen. Aber das, was wir Europäer, die imperialistischen Unterdrücker der Mehrzahl der Völker der Erde, mit dem uns eigentümlichen, niederträchtigen europäischen Chauvinismus ‚Kolonialkrieg‘ nennen, das sind oft nationale Kriege oder nationale Aufstände von seiten dieser unterdrückten Völker. Eine der grundlegendsten Eigenschaften des Imperialismus besteht darin, daß er die Entwicklung des Kapitalismus in den rückständigen Ländern beschleunigt und dadurch den Kampf gegen die nationale Unterdrückung ausbreitet und verschärft. Und daraus folgt unvermeidlich, daß der Imperialismus häufig nationale Kriege erzeugen muß²⁾.“

¹⁾ Vgl. Lenin, Sämtliche Werke, deutsche Ausgabe, Bd. 18, S. 248 und 250.

²⁾ Lenin, in „Die Rote Armee“, Nürnberg, o. J., S. 7.

Wenn Lenin in der erwähnten Schrift „Sozialismus und Krieg“ sagt, die Sozialisten hätten „den Kampf zwischen den Räubern auszunutzen, um sie alle zu beseitigen“, so ist damit das taktische Verhalten dem imperialistischen Krieg gegenüber ausgesprochen. Es erscheint abermals einleuchtend, warum Lenin – wie schon dargelegt –, ein Gegner des Pazifismus ist. Lenin betont in allen seinen Schriften, daß die Gegensätze zwischen den Großmächten im Zeitalter des Imperialismus ungemein verschärft würden. Kriege zwischen ihnen bedeuten die höchste Steigerung dieser Gegensätze und ebnen den Weg für die Weltrevolution, indem sie die Großmächte schwächen und den Kampf aller gegen sie gerichteten Kräfte erleichtern.

Der frühere Außenkommissar der Sowjetunion Tschitscherin reihte im Jahre 1922 den internationalen Antagonismus der gegenwärtigen Periode in folgende drei Kategorien ein:

1. internationaler Kampf zwischen Kapital und Arbeit,
2. internationale Gegensätze zwischen den Großmächten,
3. zunehmender Kampf zwischen den großen Industrieländern und den Kolonien¹⁾.

In diesem System kommt den nationalen Kriegen eine besondere Bedeutung zu. Diese erblickt Lenin darin, daß sie objektiv gegen den Imperialismus gerichtet und damit objektiv ein Teil der proletarischen Weltrevolution seien. „Im selben Maße, in dem die reaktionären Kriege und besonders die imperialistischen Kriege verbrecherisch und verderblich sind, in demselben Maße sind revolutionäre Kriege erlaubt und gerecht, das heißt Kriege zur Verteidigung von Völkern, die von den Imperialisten einiger weniger Länder unterdrückt werden, zur Verteidigung der sozialistischen Revolution gegen fremde Invasionen... es ist unbedingt notwendig, klar zu unterscheiden zwischen imperialistischen Kriegen, Kriegen zur Unterdrückung kleiner und schwacher Nationen, und revolutionären Kriegen, Kriegen zur

¹⁾ Russische Korrespondenz, Jahrgang 3, Bd. 2, 1922, S. 755.

Verteidigung gegen die konterrevolutionären Kapitalisten, zur Niederwerfung ihres Joches¹⁾.“

Das heißt mit anderen Worten, daß Lenin alle nationalen Freiheitskämpfe der Völker zu einer Angelegenheit der kommunistischen Weltrevolution macht, sofern es etwas dabei zu gewinnen gibt. Es muß betont werden, daß die nationalen Freiheitskämpfe der Völker auch dann als ein Teil dieser proletarischen Weltrevolution aufgefaßt werden, wenn sie gar nicht unter der Führung des Proletariats, sondern unter der des Bürgertums der betreffenden Länder stehen. In dieser Beziehung argumentiert Lenin etwa folgendermaßen: der nationale Freiheitskampf der Bourgeoisie eines unterdrückten Volkes muß sich und kann sich nur gegen den Imperialismus richten. Der Sieg in einem solchen Kampfe muß zunächst die Errichtung des nationalen bürgerlichen Staates in dem betreffenden Lande zur Folge haben. Dieser muß nun seinerseits eine bestimmte Entwicklung durchlaufen, bis er alle besonderen wirtschaftlichen, das heißt kapitalistischen Merkmale entwickelt hat, die ihn für den Übergang zum Sozialismus reif machen. Auf diese Weise erscheint der von Lenin unterstützte Freiheitskampf der unterdrückten Völker lediglich als Mittel zum Zweck. Am Ende steht auch hier die bolschewistische Revolution, der Sowjetstaat.

Die dritte Art von Kriegen in unserem Zeitalter sind nach Lenin die Kriege des revolutionären Proletariats gegen die Bourgeoisie: die Bürgerkriege.

„Bürgerkriege sind auch Kriege“ – ruft Lenin aus und fährt fort: „Wer den Klassenkampf anerkennt, der kann nicht umhin, auch Bürgerkriege anzuerkennen, die in jeder Klassengesellschaft eine natürliche, unter gewissen Umständen unvermeidliche Weiterführung, Entwicklung und Verschärfung des Klassenkampfes darstellen. Bürgerkriege zu verneinen oder zu vergessen, hieße . . . auf die sozialistische Revolution

¹⁾ Lenin in: Die Kommunistische Internationale, 1922, Nr. 20.

zu verzichten.“ Weiter führt Lenin aus, daß der in einem Lande siegreiche Sozialismus keineswegs mit einem Male alle Kriege überhaupt ausschlieÙe: „Im Gegenteil, er setzt solche voraus“¹⁾.

Während Lenin den imperialistischen Krieg theoretisch ablehnt, den nationalen Krieg je nach den Umständen aus taktischen Gründen anerkennt, erblickt er im Bürgerkrieg diejenige Form des bewaffneten Kampfes, die von seinem Standpunkt aus unbedingt notwendig und mit allen Mitteln herbeizuführen ist. Lenin als Theoretiker ist niemals bereit, Konzessionen zu machen, wenn er auch in seiner praktischen Politik, namentlich seit er selbst an die Spitze eines Staates getreten ist, oft genug gezwungen wurde, auch andere Wege zu gehen. Aber bei allen Umwegen, die er oder seine geistigen und politischen Erben einschlagen, bleibt das letzte Ziel – die Weltrevolution – unverrückbar bestehen. Alle Mittel sind recht, die ihr dienen. Unter ihnen ist der Bürgerkrieg das wichtigste Mittel, ohne dessen Einsatz das Ziel nicht zu erreichen ist. Deshalb muß der Bürgerkrieg unter allen Umständen herbeigeführt werden. Jeder andere Krieg muß in einen Bürgerkrieg verwandelt werden, indem die in ihm enthaltenen nationalen Elemente durch die des Klassenkampfes ersetzt werden.

Deshalb sagt Lenin: „Kriegsdienstverweigerung, Streik gegen den Krieg usw. ist einfach eine Dummheit, ein jämmerlicher und feiger Traum von unbewaffnetem Kampf gegen die bewaffnete Bourgeoisie, ein Seufzen nach Beseitigung des Kapitalismus ohne verzweifelten Bürgerkrieg oder eine Reihe von Kriegen. Die Propaganda des Klassenkampfes bleibt auch im Kriege Pflicht der Sozialisten; die Arbeit, die auf die Verwandlung des Völkerkrieges in den Bürgerkrieg zielt, ist im Zeitalter des imperialistischen bewaffneten Zusammenpralls der Bourgeoisie aller Nationen die einzige sozialistische Arbeit. Nieder mit den pfäffisch-sentimentalen und törichten Träumereien vom ‚Frieden um jeden Preis!‘ Wir wollen das Banner des Bürgerkrieges erheben!“²⁾ Und an anderer Stelle erhebt

¹⁾ Lenin, in: Die Rote Armee, Nürnberg, o. J., S. 3.

²⁾ Lenin, Sämtliche Werke, deutsche Ausgabe, Bd. 18, S. 90.

Lenin die kategorische Forderung: „Die revolutionäre Klasse muß in einem reaktionären Kriege die Niederlage ihrer eigenen Regierung wünschen¹⁾.“

3. Die weltrevolutionäre Zielsetzung des Bolschewismus

Im Rahmen der von allen Anhängern der III. Internationale anerkannten weltrevolutionären Konzeption ist es unter ihnen ein, bis zum heutigen Tage umstrittenes, Problem geblieben, ob der Sieg des Sozialismus „im Weltmaßstab“ auf einmal oder etappenweise zu verwirklichen sei. Über diese Frage ist, von persönlichen Motiven abgesehen, Trotzki (Bronstein) zu Fall gekommen, als er schon lange nach dem bolschewistischen Oktoberumsturz in Rußland den Standpunkt einnahm, daß die Weltrevolution nur im Ganzen zu gewinnen sei. Lenin vertrat 1920 eine ähnliche Auffassung, wenn er sagte, daß man ein „solches Werk, wie die sozialistische Revolution, in einem einzelnen Lande nicht vollbringen kann²⁾“. In seinen Thesen über den Frieden zur Zeit der Friedensverhandlungen in Brest-Litowsk erklärte er: „Es unterliegt keinem Zweifel, daß die sozialistische Revolution in Europa kommen muß und kommen wird. Alle unsere Hoffnungen auf den endgültigen Sieg des Sozialismus sind in dieser Überzeugung und auf dieser wissenschaftlichen Voraussicht gegründet³⁾.“

An dieser allgemeinen Einstellung hat sich bis heute prinzipiell nichts geändert, obwohl die anfangs gehegte Hoffnung auf eine baldige Revolution in Europa durch den Gang der Geschichte nicht bestätigt worden ist. Es ist vielmehr bei der „Verwirklichung des Sozialismus in einem Lande“, d. h. in Rußland geblieben. Der hier scheinbar enthaltene Widerspruch zwischen Theorie und Praxis ist für Lenin selbst nicht von grundsätzlicher Bedeutung. Theoretisch hat er mit diesem Fall bereits 1915 gerechnet: „Die Ungleichmäßigkeit der ökonomischen und politischen Entwicklung ist ein unbedingtes Gesetz des Kapitalismus. Hieraus folgt, daß der Sieg

¹⁾ Lenin, Sämtliche Werke, deutsche Ausgabe, Bd. 18, S. 221.

²⁾ Lenin, Über den Versailler Vertrag, Wien-Berlin 1933, S. 81.

³⁾ Lenin, Über den Krieg, Berlin 1926, S. 46.

des Sozialismus ursprünglich in wenigen oder sogar in einem einzeln genommenen kapitalistischen Lande möglich ist.“

Das Eintreten dieses Falles ändert, vom kommunistischen Standpunkt gesehen, die politische Weltkonstellation: der imperialistische Kordon ist an einer Stelle der „weltrevolutionären Front“ durchbrochen. Der kommunistische Sowjetstaat wird jetzt als die Keimzelle der zukünftigen Weltordnung angesehen. Es wird gleichzeitig die propagandistische These aufgestellt, daß alle kapitalistischen Staaten ihre Politik nunmehr auf das Ziel des Sturzes der Sowjetmacht ausrichten müßten. Die Sowjetunion ist also sozusagen der angegriffene Teil und in die Verteidigung gedrängt. Diese Propagandathese beherrscht seit langem die Politik der Sowjetunion.

In Wirklichkeit liegen die Dinge, wie das offizielle Dogma der Weltrevolution beweist, wesentlich anders.

Trotzki sagt, es sei einer der Hauptlehrsätze des Bolschewismus, daß mit dem Weltkrieg und der bolschewistischen Revolution die Epoche der sozialistischen Revolution begonnen habe. Die kommunistische Internationale sei als eine „Partei der Weltrevolution“ gegründet worden¹⁾. In diesem Punkt ist auch Stalin mit ihm einig. Die universale Bedeutung der bolschewistischen Revolution in Rußland erblickt Stalin nicht nur darin, „daß sie den ersten Herd des Sozialismus im Ozean der imperialistischen Länder bildet, sondern auch darin, daß sie die erste Etappe der Weltrevolution und eine mächtige Basis für deren weitere Entfaltung ist“²⁾.

Diesen und ähnliche Gedanken hat Stalin bei den verschiedensten Gelegenheiten immer wieder ausgesprochen. So erklärte er z. B. in seiner Rede am 26. Januar 1924 auf dem II. Sowjetkongreß in Moskau: „Lenin betrachtete die Republik der Sowjets nie als Selbstzweck. Er hat sie stets nur als unerläßliches Glied zur Verstärkung der revolutionären Bewegung in den Ländern des Westens und des Ostens betrachtet, als unentbehrliches Glied zur

¹⁾ Trotzki, Die wirkliche Lage in Rußland, Hellerau b. Dresden o. J., S. 129.

²⁾ Stalin, Probleme des Leninismus, Wien-Berlin 1926, S. 192.

Erleichterung des Sieges der Proletarier der ganzen Welt über den Kapitalismus. Lenin wußte, daß nur eine solche Auffassung richtig ist, nicht nur vom internationalen Standpunkt, sondern auch vom Standpunkt der Erhaltung der UdSSR.“ Daß es sich bei allem diesem nicht lediglich um die Requisiten einer vergangenen Periode handelt, beweist folgender Ausspruch Molotows in der „Prawda“ vom 21. 12. 1939(!): „Allein die Tatsache der Existenz eines solchen Staates wie die Sowjetunion entscheidet im voraus das kurzfristige Schicksal der kapitalistischen Welt . . .“ Und das „Sozialistisches-koje Semledelije“ vom 22. 1. 1940 erklärt: „Unter der Führung des Genossen Stalin wird der Kommunismus in der ganzen Welt siegen.“ Beide Zitate sind Zeugnisse aus allerjüngster Zeit!

Das ist eine offensive Zielsetzung, denn die weitere Entfaltung der Weltrevolution ist nur angriffsweise zu erreichen. Kein Staat, keine Regierung können, wenn sie nicht selbst bereits weitgehend bolschewisiert und ein Instrument in den Händen Moskaus sind, kampfflos von der politischen Bühne abtreten. Nur unter Anwendung von Gewalt ist die weitere Entfaltung der Weltrevolution möglich, von der Stalin spricht. In der Sprache Lenins lautet dieses revolutionäre Angriffsprogramm des „in einem Lande siegreichen Sozialismus“ folgendermaßen: „Nach Enteignung der Kapitalisten und Organisation der sozialistischen Produktion im eigenen Lande würde sich das siegreiche Proletariat dieses Landes gegen die übrige kapitalistische Welt erheben, indem es . . . im Notfall sogar mit Kriegsgewalt, gegen die exploitierenden Klassen und ihre Staaten vorgehen würde¹⁾.“ Diese Sätze sind auch bezeichnenderweise in den im Herbst 1938 in der Sowjetunion neu eingeführten „Kurzgefaßten Lehrgang der Geschichte der KPdSU(B)²⁾“ aufgenommen worden. Das zitierte Buch stellt ein Nebenprodukt der letzten Kämpfe innerhalb der Kommunistischen Partei der UdSSR. dar und dient dem Zweck, eine parteiamtliche Deutung

¹⁾ Lenin, Sämtliche Werke, deutsche Ausgabe, Bd. 18, S. 310.

²⁾ Kurzgefaßter Lehrgang der Geschichte der KPdSU(B), Moskau 1938, S. 163 (russ.).

sowohl der Parteigeschichte als auch einzelner umstrittener Punkte des Parteidogmas zu geben. Es muß unterstrichen werden, daß in diesem Dokument die jetzige „Generallinie“ Stalins zum Ausdruck kommt. Das Buch ist unter der unmittelbaren Mitwirkung Stalins entstanden und stellt eine Verherrlichung des gewaltsamen Umsturzes, des bolschewistischen Bürgerkrieges und der Weltrevolution dar.

Es dürfte damit bewiesen sein, daß die Sowjetunion sich in ihrem Wesen seit dem bolschewistischen Umsturz in Rußland bis heute in keiner Weise geändert hat. Es verdient besonders festgehalten zu werden, daß Stalin und Trotzki – so scharf auch der Kampf zwischen beiden aus persönlichen und internparteilichen Gründen sein mag – sich in ihrer weltumstürzlerischen Konzeption getreu an das Vorbild ihres gemeinsamen Idols Lenin halten: beide wollen die Weltrevolution um jeden Preis.

4. Der revolutionäre Angriffskrieg

Zur Zeit der Brester Friedensverhandlungen mußte sich Lenin im Namen der kommunistischen Partei gegen den Vorwurf verteidigen, daß er den revolutionären Krieg versprochen habe und durch den Abschluß eines Sonderfriedens mit Deutschland Wortbruch begehen müsse. Lenins Antwort auf diesen Vorwurf ist bemerkenswert: „Wir haben auch jetzt unbedingt die Pflicht, den revolutionären Krieg vorzubereiten . . . die Frage, ob jetzt unverzüglich ein revolutionärer Krieg geführt werden kann, muß ausschließlich unter dem Gesichtspunkt entschieden werden, ob die materiellen Voraussetzungen für die Verwirklichung einer solchen Absicht vorhanden sind und er im Interesse der sozialistischen Revolution, die schon begonnen hat, liegt.“ Lenin sah damals ein, daß der erst soeben aus der Taufe gehobene Sowjetstaat noch nicht stark genug war, um einen solchen Angriffskrieg zu führen, und er sagte: „Ein wirklich revolutionärer Krieg wäre im gegenwärtigen Moment ein Krieg der sozialistischen Republik gegen die bürgerlichen Länder mit dem Ziel, die Bourgeoisie in

den übrigen Ländern zu stürzen – einem Ziel, das klar zum Ausdruck gebracht und durch die sozialistische Armee durchaus gebilligt wird. Dieses Ziel können wir uns aber im gegebenen Moment offensichtlich nicht stellen. Wir würden jetzt objektiv für die Befreiung Polens, Litauens und Kurlands kämpfen, aber kein Marxist, der mit den Grundsätzen des Marxismus und des Sozialismus nicht bricht, wird in Abrede stellen können, daß die Interessen des Sozialismus höher stehen, als die Interessen des Selbstbestimmungsrechts eines Volkes¹⁾.“

Diese Sätze Lenins sind in vieler Beziehung beachtlich. Es wird nicht nur der Gedanke des revolutionären Angriffskrieges von der höchsten Autorität des Bolschewismus in einem konkreten Falle als eine unumgängliche Notwendigkeit bejaht, sondern es wird gleichzeitig mit einer sehr brutalen Offenheit zum Ausdruck gebracht, daß die nationalen Interessen der Völker, die in der bolschewistischen Propaganda eine so große Rolle spielen, nur ein Mittel zum Zweck sind. Das Selbstbestimmungsrecht der Völker ist der Weltrevolution untergeordnet und wird damit praktisch aufgehoben.

Der an anderer Stelle bereits zitierte Ausspruch Lenins, es sei notwendig, zwischen „imperialistischen und revolutionären Kriegen“ zu unterscheiden, erhält auf dem Hintergrund einer solchen revolutionären Angriffstheorie einen ganz eng umrissenen Inhalt. War bis dahin von revolutionären Kriegen vorwiegend im nationalen oder mehr oder weniger defensiven Sinne die Rede, so erscheint jetzt der revolutionäre Krieg als die dem „in einem Lande siegreichen Sozialismus“ eigene Form des bewaffneten Kampfes gegen die übrige Welt. Es ist der revolutionäre Angriffskrieg für die Weltrevolution, in dem alle Elemente des Bürgerkrieges und des im Sinne des Bolschewismus „nationalen“ Krieges gleichzeitig mit enthalten sind. Die Elemente des nationalen Krieges sind in ihm insofern mit enthalten, als er sich seiner, wie mehrfach betont wurde, als eines Mittels zum Zweck bedient.

¹⁾ Vgl. Lenin, *Über den Krieg*, Berlin 1926, S. 49–53.

Man muß also, wenn man genau sein will, den von Lenin unterschiedenen drei Arten von Kriegen den revolutionären Angriffskrieg des „in einem Lande siegreichen Sozialismus“ gegen die übrige Welt als eine selbständige Kriegsart hinzufügen. Für Lenin selbst fällt er allerdings mit dem Begriff des Bürgerkrieges mehr oder weniger zusammen, denn es wird als selbstverständlich angenommen, daß das Proletariat hinter der Front des Gegners beim Herannahen der revolutionären Armee zum bewaffneten Aufstand übergeht, im eigenen Lande den Bürgerkrieg entfesselt, gemeinsam mit der revolutionären Armee die eigene Regierung stürzt und die bolschewistische Diktatur errichtet. Die so entstandene neue Sowjetrepublik würde dann in der bereits bestehenden „Union der sozialistischen Sowjetrepubliken“ (UdSSR.) aufgehen. Auch die neue, 1936 in Kraft gesetzte Verfassung der Sowjetunion sieht in ihrem Artikel 14e für diesen konkreten Fall die Möglichkeit der Aufnahme solcher neu entstehender Sowjetrepubliken bereits vor.

In der offiziellen Kriegsdoktrin des Kommunismus allerdings erscheint der revolutionäre Angriffskrieg als „Verteidigungskrieg“ des Sowjetstaates als des Trägers des Sozialismus. Bezeichnend für diese bolschewistische Moral mit dem doppelten Boden sind folgende Ausführungen in einem 1930 im Staatsverlag in Moskau erschienenen Buch, das als Lehrbuch in der Roten Armee weit verbreitet ist:

„Man muß streng unterscheiden zwischen dem Verteidigungskrieg im historisch-politischen und im strategischen Sinne. Der proletarische Staat oder eine für ihre nationale Befreiung kämpfende unterdrückte Nation führen immer, unabhängig davon, wer angefangen, wer zuerst angegriffen hat, einen Verteidigungs-, d. h. einen gerechten Krieg. Die Frage nach dem Charakter der Strategie jedoch wird nach der Lage, nach dem Kräfteverhältnis usw. entschieden. Jedes Mitglied der Roten Armee muß sich diesen Grundsatz genau einprägen... Gleichzeitig wird jeder Krieg, den die Sowjetunion führen wird, im historisch-politischen Sinne ein Verteidigungskrieg und gerecht sein,

unabhängig davon, wer ihn zuerst beginnen wird¹⁾.“

Das ist ein praktisches Beispiel aus der Roten Armee, wie jeder Krieg nach seinem sogenannten Klassencharakter beurteilt wird. Dabei spielt die Frage des „Angreifers“ nicht die geringste Rolle. „Die Frage, wer als erster den Krieg begonnen hat, hat nicht die geringste Bedeutung“ — sagt Degtjarew. Es ist daher nichts weiter als Demagogie, wenn die Sowjetdiplomaten die Definition des „Angreifers“ zu einem wesentlichen Bestandteil ihrer Paktverhandlungen mit den Regierungen anderer Staaten erhoben haben. Eine solche Definition soll nur die andere Vertragsseite binden, während sie nach den grundlegenden politischen Anschauungen der Bolschewisten für sie selbst jeder Verbindlichkeit entbehrt. Auch nach Festlegung einer solchen Definition würden die im Sinne des Bolschewismus objektiven Merkmale des Begriffes „Verteidigungskrieg“ nicht im „strategischen, sondern im historisch-politischen Sinne“ aufzufassen sein: „Nicht derjenige führt einen ungerechten Krieg, der als erster angegriffen hat, sondern derjenige, der der Vertreter der Reaktion, der Konterrevolution, der Ausbeutung, des Imperialismus gegen die nationale oder die proletarische Revolution ist²⁾.“

Es ist bereits dargelegt worden, was im Sinne der kommunistischen Doktrin unter einer „nationalen Revolution“ zu verstehen ist. Es geht dabei nicht um die Lebensinteressen einer Nation, sondern ausschließlich um die Machtinteressen des Bolschewismus, der vorgibt, die „Belange einer unterdrückten Klasse“ zu vertreten (wobei diese den angeblichen Interessen der Nation gleichgesetzt werden) und gleichzeitig diese Klasse dazu mißbraucht, um sie in einen Bürger- und Bruderkrieg gegen das eigene Volk zu stürzen. Mit brutaler Kaltschnäuzigkeit erklärte ein führender Bolschewist auf dem VIII. kommunistischen Parteikongreß im März 1919 in Moskau: „Ich setze voraus, daß in diesem Saal kein einziger Mensch zu finden wäre, der gesagt hätte, die Selbstbestimmung der Nationen, die nationale Bewegung wäre etwas Normales und

¹⁾ L. S. Degtjarew, Die politische Arbeit in der Roten Armee im Kriege, Moskau 1930, S. 15 (russ.).

²⁾ Aus den Thesen des VI. Kongresses der Komintern.



1. Der Bund zwischen Bolschewismus und Plutokratie

Das oben stehende Bild aus der „Prawda“ vom 30. 3. 1935 zeigt Eden bei seinem Besuch bei Stalin. Edens Reise nach Moskau bildete den Ausgangspunkt für die spätere britisch-bolschewistische Einkreisung Deutschlands



2. Links: Lasar Mosessohn Kaganowitsch, der nächste Vertrauensmann Stalins — 3. Rechts: Litwinow-Finkelstein, Leiter der bolschewistischen Einkreisungspolitik gegen Deutschland

Die jüdische Clique um Stalin

4. Links: Leo Mechlis — der Mann, der die „Reinigung“ der Roten Armee durchgeführt hat —
5. Rechts: Jaroslawskij-Gubelmann, führender Ideologe der Stalin-Richtung im Bolschewismus



Wünschenswertes. Zu solchen Sachen verhalten wir uns wie zu einem unvermeidlichen Übel.“

Begriffe wie „Nationale Bewegung“ und „Nationale Revolution“ werden von den Bolschewisten lediglich als Vorwand für dialektische Konstruktionen benutzt, die in einem konkreten Einzelfall eine von Moskau gewünschte Entwicklung begründen sollen (Beispiele: China, Äußere Mongolei, Indien). Sollte hingegen etwa der Kaukasus oder Turkestan oder die Ukraine in einer noch so allgemeinen Volksbewegung die Freiheit von Moskau erstreben, so würde das unweigerlich als eine Aktion des „Klassenfeindes“ angesehen werden. Alle Mittel zur Niederwerfung einer solchen Bewegung würden „gerechte“ Mittel sein.

Ein treffliches Beispiel dafür ist das Schicksal Georgiens. Im Mai 1918 sagte sich Georgien von der Moskauer Vorherrschaft los und konstituierte sich als souveräner Staat. Im Jahre 1920 wurde der neue georgische Nationalstaat sowohl vom Obersten Rat der Entente als auch von Sowjetrußland in aller Form de jure anerkannt. Das hinderte jedoch die Bolschewisten nicht, bereits im nächsten Jahr (Februar 1921) Georgien mit Waffengewalt zu überfallen. Es wurde der in solchen Fällen übliche Weg der Provozierung eines bolschewistischen Aufstandes beschritten. Über dieses historische Ereignis finden sich in der „Großen Sowjet-Enzyklopädie“¹⁾ folgende bemerkenswerte Sätze: „In ganz Transkaukasien blieb allein Georgien nicht sowjetisiert. Es gab nur einen einzigen Ausweg: die Errichtung der Sowjetmacht und am 12. Februar loderten Bauernaufstände auf... Das Revolutionskomitee wandte sich an das Kommando der Roten Armee mit der Bitte um Hilfeleistung im Kampf gegen die menschewistische Regierung. Die roten Truppenteile antworteten sofort auf den Ruf der aufständischen Bauern und kamen ihnen zu Hilfe. Die menschewistische Regierung beschloß jedoch, in den Krieg gegen die Rote Armee einzutreten, doch war dies eine offensichtlich hoffnungslose Sache... In der Nacht zum 25. Februar 1921 verließ die

¹⁾ Die große Sowjet-Enzyklopädie, Bd. XIX, S. 590ff., Moskau 1930 (russ.).

menschewistische Regierung Tiflis, wo bereits am Morgen des gleichen Tages die rote Fahne der Sowjets wehte . . .“

Die Eroberung Georgiens durch die Rote Armee stellt eines der blutigsten Kapitel in der Geschichte des bolschewistischen Terrors dar. Mordend und plündernd ergossen sich die roten Banden über das blühende Land. Die junge georgische Freiheit wurde in einem Meer von Blut erstickt. Das hinderte jedoch die Bolschewisten nicht, die brutale Eroberung Georgiens als einen Akt der nationalen Emanzipation des georgischen Volkes „unter der Führung des Proletariats“ darzustellen und zu feiern.

Ein anderes Beispiel ist die Zurückeroberung Turkestans, die unter ganz ähnlichen Umständen erfolgte. In beiden erwähnten Fällen wurde die nationale Selbständigkeitserklärung der Völker von den Bolschewisten als „Reaktion und Konterrevolution des Klassenfeindes“ bezeichnet und daraus das Recht für einen Angriff abgeleitet, der in der offiziellen bolschewistischen Kriegsdoktrin als „Verteidigung im historisch-politischen Sinne“ erscheint.

Es wird überhaupt immer, wenn die Sowjetunion selbst die Initiative zum Überfall auf ein anderes Land ergreifen wird, ein daraus entstehender Krieg ein „Verteidigungskrieg“ und „gerecht“ sein, und die Völker der eroberten Gebiete würden sich als „vom Klassenfeind befreit“ anzusehen haben. So war es denn auch bei dem willkürlich vom Zaun gebrochenen Krieg gegen Finnland 1939 sowie bei der Annektion der baltischen Staaten sowie Bessarabiens 1940. Die Sowjets feierten die „nationale Befreiung“ dieser Länder und verstärkten gleichzeitig ihre Agitation gegen den „Imperialismus“ jenseits ihrer eigenen Grenzen.

Solche Gedanken spielen auch in dem bereits zitierten „Kurzgefaßten Lehrgang der Geschichte der KPdSU(B)¹⁾“ eine hervorragende Rolle. Der Abschnitt „Theorie und Taktik der bolschewistischen Partei in den Fragen des Krieges, des Friedens und der Revolution“ fußt auf dem dargelegten Standpunkt Lenins. Die Bolschewisten gehen von der Auffassung aus, daß die kommunistische Revolution zunächst in einem

¹⁾ KPdSU(B) = Kommunistische Partei der Sowjetunion (Bolschewiki).

oder mehreren Ländern siegreich, und daß in diesem Falle ein bewaffneter Konflikt mit der übrigen Welt unvermeidlich sein würde. Zu dem Problem dieses, nach Auffassung der Bolschewisten unvermeidlichen Krieges zwischen dem „sozialistischen Staat“ und der „Bourgeoisie der anderen Länder“ wird Lenin wie folgt zitiert: „In diesem Falle wäre der Krieg von unserer Seite gesetzlich und gerecht. Das wäre ein Krieg für den Sozialismus, für die Befreiung der anderen Völker von der Bourgeoisie“ (!)¹⁾.

Nach allem Gesagten kann daher festgestellt werden, daß die Kriegsdoktrin des Kommunismus eine zwar verklausulierte und durch weitschweifige theoretische Erörterungen sehr komplizierte, in ihren praktischen Auswirkungen nichtsdestoweniger sehr eindeutige Eroberungsdoktrin darstellt. Daran hat sich bis heute grundsätzlich nichts geändert.

¹⁾ Kurzgefaßter Lehrgang der Geschichte der KPdSU(B), Moskau 1938, S. 163 (russ.).

2. Kapitel. Strategie und Taktik der bolschewistischen Revolution

1. Der politische und militärische Charakter des Kommunismus

Ist die Weltrevolution das letzte Ziel des Bolschewismus und ist der Bürgerkrieg die höchste Form seines bewaffneten Kampfes um die Macht, so sind beide abhängig von äußeren Umständen, von einer bestimmten „Reife“ der revolutionären Entwicklung, sei es in einem einzelnen Lande oder auf dem gesamten Erdball. Lenin unterstreicht diese Tatsache, indem er sagt, „daß die Revolution unmöglich ist, ohne revolutionäre Situation“. Als die Hauptmerkmale der revolutionären Situation stellt er fest:

1. Unmöglichkeit für die herrschende Klasse, ihre Herrschaft in unveränderter Form aufrecht zu erhalten.
2. Verschärfung der Not und des Elends der unterdrückten Klassen über das gewohnte Maß hinaus.
3. Beträchtliche – aus den angeführten Ursachen sich herleitende – Steigerung der Aktivität der Massen¹⁾.

Aufgabe der revolutionären Führung soll es sein, von Fall zu Fall die richtigen Mittel und Wege zu finden, um eine revolutionäre Situation herbeizuführen bzw. sie für die Zwecke der Revolution richtig auszunutzen.

Diese Mittel und Wege werden zu verschiedenen Zeiten, den jeweiligen äußeren Umständen entsprechend, verschieden sein. Das Ziel bleibt jedoch stets unverrückbar bestehen. Und da dieses Ziel der Sturz der bestehenden Regierungsgewalt in einem Lande oder in der ganzen Welt und letzten Endes immer nur unter Anwendung von Gewalt zu erreichen ist, da der Bürgerkrieg oder der revolutionäre Krieg als die entscheidenden Mittel in diesem Kampf von Lenins Standpunkt

¹⁾ Lenin, Sämtliche Werke, deutsche Ausgabe, Bd. 18, S. 319.

aus stets als eine unumgängliche Notwendigkeit erscheinen müssen, erhält die Organisation der kommunistischen revolutionären Bewegung von vornherein einen militärischen Charakter. Auch der Bürgerkrieg oder der revolutionäre Krieg ist nichts anderes, als die „Fortsetzung der Politik mit anderen Mitteln“, in diesem Falle der revolutionären Umsturzpolitik der sie tragenden Partei. Schon in „Friedenszeiten“ müssen daher die militärischen Formen des künftigen „bewaffneten Aufstandes“ und die grundlegenden Prinzipien seiner Führung entwickelt werden.

Die revolutionäre Politik und ihre militärische Fortsetzung greifen in der Praxis des Kommunismus so unmittelbar ineinander über, daß eine strenge Scheidung zwischen beiden kaum zu treffen ist. Die bisherigen historischen Erfahrungen in Rußland und in anderen Ländern – in den letzten Jahren besonders in Spanien – zeigen eindeutig, daß der Bürgerkrieg in dem Augenblick bereits beginnt, in dem kommunistische Organisationen – in legaler oder illegaler Form – überhaupt vorhanden sind. Der politische Kampf des Kommunismus wird von Anfang an nicht nur mit politischen Mitteln im Sinne der Propaganda und der friedlichen Durchdringung der Massen, sondern mit Terror, Überfällen und politischen Morden geführt. Diese „Aktionen“ setzen eine militärisch aufgezugene Organisation voraus, die nach bestimmten Anweisungen der revolutionären Zentrale arbeitet.

Der revolutionäre Kampf des Kommunismus weist infolgedessen einen politischen und einen militärischen Charakter zugleich auf. Inwieweit die rein politischen oder die militärischen Elemente überwiegen, hängt immer nur von der allgemeinen Machtverteilung in der jeweiligen Phase dieses Kampfes ab. Die leitende Zentrale der revolutionären Organisation hat dementsprechend die politische und die militärische Seite des Kampfes stets gleichzeitig im Auge zu halten.

Dieses Ineinandergreifen von politischen und militärischen Elementen im kommunistischen Umsturzkampf hat bei Lenin eine geradezu klassische Darstellung gefunden:

„Nehmen wir die moderne Armee. Sie ist eines von den guten Vorbildern der Organisation. Und gut ist diese Organisation

nur deshalb, weil sie elastisch ist und zugleich Millionen von Menschen einen einheitlichen Willen zu verleihen versteht. Heute noch sitzen diese Millionen bei sich zu Hause, an verschiedenen Ecken und Enden des Landes. Morgen kommt der Mobilmachungsbefehl – und schon haben sie sich an den ihnen bezeichneten Punkten gesammelt. Heute liegen sie in den Schützengräben, liegen da mitunter monatelang. Morgen gehen sie in anderer Formation zum Sturm über. Heute verrichten sie Wunder, vor Kugeln und Schrapnells sich deckend. Morgen verrichten sie Wunder in offenem Kampf. Heute legen ihre Vortrupps Minen unter der Erde, morgen stoßen sie nach den Weisungen der Flieger kilometerweise über der Erde vor. Ja, dies heißt Organisation, wenn im Namen eines bestimmten Ziels, beseelt von einem bestimmten Willen, Millionen Menschen die Form ihres Verkehrs und ihres Tuns ändern, Ort und Methode ihrer Tätigkeit ändern, Waffen und Werkzeuge ändern – entsprechend den veränderten Umständen und Erfordernissen des Kampfes.

Dasselbe gilt auch für den Kampf der Arbeiterklasse gegen die Bourgeoisie. Heute fehlt die revolutionäre Situation, fehlen die Bedingungen für eine Gärung in den Massen, für die Steigerung ihrer Aktivität; heute wird dir ein Wahlzettel in die Hand gedrückt, – nimm ihn, begreife, daß du dich organisieren mußt, um mit dem Wahlzettel deine Feinde zu schlagen . . . Wird dir morgen der Wahlzettel genommen, eine Flinte und ein ausgezeichnetes, nach den letzten Errungenschaften der Maschinenteknik konstruiertes Schnellfeuergeschütz in die Hand gegeben, – so nimm diese Mordwerkzeuge und Zerstörungsmittel, höre nicht auf sentimentale Heulfritzen, die sich vor dem Kriege fürchten; es gibt noch allzuviel auf der Welt, was . . . mit Feuer und Schwert ausgerottet werden muß, und wenn . . . die revolutionäre Situation da ist, so mache dich bereit, . . . die so nützlichen Mordwerkzeuge und Zerstörungsmittel gegen deine Regierung . . . in Gang zu setzen¹⁾.“

¹⁾ Lenin, Sämtliche Werke, deutsche Ausgabe, Bd. 18, S. 365.

Wenn die Elastizität der militärischen Organisation von Lenin zum Vorbild für den politischen Umsturzkampf des Kommunismus genommen wird, so ist es von hier nur ein Schritt, um die militärische Denkweise ganz allgemein auf seinen politischen Kampf zu übertragen, zumal dieser, wie wir gesehen haben, ohnehin von militärischen Elementen stark durchsetzt ist. So spielen Begriffe wie „Strategie“ und „Taktik“ in der kommunistischen Kampftheorie eine große Rolle, wobei auch hier die Anlehnung an Clausewitz unverkennbar ist. Mit dem grundlegenden Unterschied allerdings, daß die von Clausewitz für den nationalen Krieg entwickelten Ideen in verballhornter Form den Zwecken der kommunistischen Kampfpraxis dienstbar gemacht werden.

2. Die drei Etappen der bolschewistischen Revolution

Kein Geringerer als das tatsächliche und somit verantwortliche Oberhaupt des Sowjetstaates, Stalin, hat in seinen im Jahre 1924 an der Swerdlow-Universität gehaltenen Vorlesungen über die „Probleme des Leninismus“ auf Grund von Lenins literarischen Werken die „Strategie und Taktik“ der bolschewistischen Revolution behandelt¹⁾.

Stalin bezeichnet die Strategie und die Taktik des Leninismus als die „Wissenschaft von der Leitung des revolutionären Kampfes des Proletariats“. Dazu gibt er folgende Definitionen: „Die Strategie ist die Feststellung der Richtung des Hauptangriffs des Proletariats in der betreffenden revolutionären Etappe, die Ausarbeitung eines entsprechenden Planes der Verteilung der revolutionären Kräfte (der Haupt- und Nebenreserven), der Kampf um die Durchführung dieses Planes während des ganzen Verlaufes der betreffenden Revolutionsetappe . . . Die Taktik ist die Festlegung der Linie des Verhaltens des Proletariats für die verhältnismäßig kurze Periode des Wechsels von Flut und Ebbe der Bewegung, des Auf- und Abstiegs der Revolution . . .“

Die Strategie befaßt sich also, wie Stalin hervorhebt, mit den ausschlaggebenden Kräften der Revolution und ihren

¹⁾ Die folgenden Zitate stammen, soweit nichts anderes bemerkt wird, aus: Stalin, Probleme des Leninismus, Wien-Berlin 1926.

Reserven. Sie ist auf große Ziele ausgerichtet und ändert sich nur mit dem Übergang der Revolution von einer Etappe zur anderen, bleibt jedoch in ihren Grundlagen während der Dauer einer Etappe unverändert. Das ist so aufzufassen, daß die Strategie z. B. in der Etappe des Kampfes um die Verwirklichung des Sozialismus in einem Lande nach Erreichung dieses Zieles einer anderen Strategie in der neuen Etappe des „in einem Lande siegreichen Sozialismus“ Platz machen muß. Die Strategie der neuen Etappe verfolgt das weitergehende Ziel, von der gewonnenen Position aus den revolutionären Kampf in den anderen Ländern weiterzutreiben und die Revolution im „Weltmaßstab“ zu gewinnen.

In diesem Zusammenhang unterscheidet Stalin drei Etappen der bolschewistischen Revolution.

Die erste Etappe umfaßt die Zeit von 1903 bis Februar 1917, also bis zum Sturz des Zarismus in Rußland. Die Grundkraft der Revolution in dieser Etappe ist das Proletariat, die nächste Reserve die Bauernschaft. Der Hauptangriff richtet sich gegen das liberal-monarchistische Bürgertum. Der Verteilungsplan der Kräfte ist das Bündnis der Arbeiterschaft und der Bauernschaft.

Die zweite Etappe reicht vom März 1917 bis zum bolschewistischen Umsturz im Oktober 1917. Als die Grundkraft der Revolution bezeichnet Stalin das Proletariat, als die nächste Reserve die arme Bauernschaft, die sog. „Dorfarmut“. Das Proletariat der Nachbarländer wird als wahrscheinliche Reserve eingesetzt. Der Hauptangriff richtet sich gegen die kleinbürgerliche Demokratie (Menschewiki und Sozialrevolutionäre). Der Verteilungsplan der Kräfte ist das Bündnis des Proletariats mit der armen Bauernschaft.

Die dritte Etappe beginnt mit dem bolschewistischen Umsturz in Rußland und reicht bis in die Gegenwart und über diese hinaus bis zum „Sturz des Imperialismus in allen Ländern“. Stalin unterstreicht, daß die Revolution jetzt über den Rahmen eines einzelnen Landes hinausgeht: „Es beginnt die Epoche der Weltrevolution.“ Äußerst bezeichnend sind Stalins Angaben über die Grundkräfte der Revolution in dieser Etappe. Als diese führt er an: die Diktatur des Proletariats in dem einen Lande, also in der Sowjetunion,

und die revolutionäre Bewegung des Proletariats in allen übrigen Ländern. Als die Hauptreserven der Revolution werden die halbproletarischen und kleinbäuerlichen Massen in den fortgeschrittenen Ländern und die Befreiungsbewegung in den Kolonien und in den abhängigen Ländern bezeichnet. Der Hauptangriff verfolgt jetzt die Isolierung der kleinbürgerlichen Demokratie, der Parteien der II. Internationale. Das Ziel kann natürlich kein anderes sein, als die Beseitigung des „Imperialismus“, der Sturz der bestehenden Regierungsgewalten in der ganzen Welt. Der Verteilungsplan der Kräfte sieht das Bündnis der proletarischen Revolution mit den Befreiungsbewegungen in den Kolonien und in den abhängigen Ländern vor.

Diese von Stalin in Anlehnung an Lenin definierte „Strategie“ der bolschewistischen Revolution in der Gegenwart bedeutet nichts anderes, als einen Versuch, in die inneren Verhältnisse anderer Staaten einzugreifen. Während die verantwortlichen Männer der Sowjetrepublik, mit Stalin an der Spitze, nach außen hin den friedlichen und defensiven Charakter ihrer Politik beteuern und gleichzeitig angebliche Interventionspläne des Auslandes (oder wenigstens eines Teils des Auslandes) gegen die Sowjetunion behaupten, betreiben sie selber die reinste überhaupt denkbare Interventionspolitik den anderen Staaten gegenüber. Und während die offizielle Theorie die Isolierung der II. Internationale als den Richtpunkt des bolschewistischen Kampfes in der gegenwärtigen Etappe der Revolution herausstellt, wird von dem im August 1935 in Moskau stattgefundenen VII. Weltkongreß der Komintern die Parole der „Einheitsfront“ ausgegeben, d. h. eines politischen Bündnisses des Kommunismus mit der Sozialdemokratie und den ihr nahestehenden Gruppen.

Es wäre ein Fehlschluß, anzunehmen, daß der allgemeine strategische Plan damit aufgegeben worden sei. Stalins Ausführungen über die Strategie und die Taktik der bolschewistischen Revolutionen geben uns in eindeutigster Form die Handhabe zur richtigen Beurteilung dieses Manövers.

Die bereits durchgeführte Definition der Taktik ergänzt Stalin durch die Feststellung, daß sie weniger umfassende Aufgaben verfolge als die Strategie: „Sie verfolgt nicht die

Aufgabe, den Krieg als Ganzes zu gewinnen, sondern nur eine Schlacht, einzelne Kämpfe, sie will diese oder jene Kampagne, diese oder jene Aktion erfolgreich durchführen, die der konkreten Lage des Aufschwungs oder des Rückschlags der Revolution entsprechen. Diese Taktik ist ein Teil der Strategie, dieser untergeordnet und ihr Diener.“ So kann sich die Taktik – bei stets gleichbleibendem, allgemeinem, strategischem Plan – innerhalb einer Etappe mehrere Male ändern, und Stalin gibt aus der Geschichte des Bolschewismus eine Reihe von Beispielen dafür.

Die Taktik ändert sich also je nach dem, „ob wir Flut oder Ebbe haben“, wie sich Stalin ausdrückt.

Seit 1933 hat der Bolschewismus, was keinem Zweifel unterliegt, eine solche Periode der Ebbe erlebt. Die beabsichtigten Durchbrüche an der „weltrevolutionären Front“ haben sich an einigen sehr wichtigen Punkten derselben in offene Niederlagen verwandelt. Vor allen Dingen ist der Kommunismus in Deutschland vernichtend geschlagen worden, während der Sieg des Bolschewismus gerade hier stets als Voraussetzung für den Vormarsch im übrigen Europa bezeichnet worden ist. In Spanien brach im Jahre 1934 – schon damals dank dem selbstlosen Eingreifen des Generals Franco – ein kommunistischer Aufstand zusammen. In dem 1936 durch einen politischen Mord in Spanien provozierten Bürgerkrieg hatten Moskaus Waffen kein Glück. Seit 1933 sind auch an verschiedenen anderen Stellen die Ergebnisse der bolschewistischen Zersetzungsarbeit hinter den Erwartungen zurückgeblieben. Nur in Frankreich und in der Tschecho-Slowakei konnte Moskau dank seiner militärischen Bündnispolitik mit diesen Staaten eine Besserung seiner Chance erwarten.

1935 zeigte es sich, daß der Bolschewismus nicht bereit war, sich mit seinen Mißerfolgen abzufinden und mit allen Mitteln den Versuch zu einer neuen Offensive unternehmen wollte, um die Periode der „Ebbe“ in eine solche der „Flut“ zu verwandeln. Zu diesem Zweck wurde im August 1935 sehr plötzlich der VII. Weltkongreß der Komintern nach Moskau einberufen, auf dem entscheidende Beschlüsse zur Förderung der kommunistischen Wühlarbeit in der ganzen Welt gefaßt werden sollten.

3. Das Prinzip der Grundsatzlosigkeit

Angesichts der neuen Lage hat der „Generalstab der Weltrevolution“, wie der Vertreter der spanischen Kommunisten den VII. Weltkongreß der Komintern in Moskau genannt hat, sich dazu entschlossen, zwar nicht den allgemeinen strategischen Plan, jedoch die Taktik während der Periode der Ebbe zu ändern. Der Eintritt der Sowjetunion in den Völkerbund war ebenso ein Vorläufer, wie die Parole der Einheitsfront mit den „Sozialfaschisten“ der II. Internationale ein Ergebnis dieser neuen Taktik ist. Wie die Bolschewisten Bündnisse dieser Art beurteilen, hat Karl Radek (Sobelsohn) bereits im Jahre 1923 in einer Rede vor der erweiterten Exekutive der Kommunistischen Jugendinternationale in Moskau sehr offen dargelegt: „Unsere Amsterdamer, auch gewisse Teile der Komintern glauben, wenn man Verbündete sagt, so schwört man Treue für immer . . . Unter dem Begriff des Bündnisses versteht man, daß es sich um die Zusammenfassung verschiedener Faktoren zur Behandlung konkreter Aufgaben handelt. Wir haben ein Bündnis gehabt mit den rechten Sozialrevolutionären bei den Wahlen im Jahre 1907. Sie sitzen jetzt bei uns in der Lubjanka¹⁾. Wir haben die Macht zusammen mit den linken Sozialrevolutionären übernommen. Wir haben sie niedergeworfen im Juli 1918²⁾.“ Daraus konnten die neuen Bundesgenossen des Bolschewismus für das ihnen von Moskau zugedachte fernere Schicksal entsprechende Schlüsse ziehen.

Das Schwergewicht ist also nicht auf die je nach den Umständen veränderliche Taktik, sondern auf die sich in den großen Etappen der Revolution stets gleichbleibende Strategie des Bolschewismus zu legen. Die Aufgabe der strategischen Führung besteht darin, wie Stalin feststellt, daß alle Reserven der Revolution zur Erreichung der Hauptziele der Revolution in der betreffenden Etappe ihrer Entwicklung richtig ausgenutzt

¹⁾ Gefängnis der Tscheka in Moskau auf dem Lubjankaplatz.

²⁾ Karl Radek, Der Kampf der kommunistischen Internationale gegen Versailles und gegen die Offensive des Kapitals, S. 76, 3. Aufl., Hamburg 1923.

werden. Hierbei unterscheidet Stalin in Übereinstimmung mit Lenin zwischen direkten und indirekten Reserven.

Als direkte Reserven bezeichnet Stalin:

- a) „Die Bauernschaft und überhaupt die Zwischenschichten des eigenen Landes.
- b) Das Proletariat der benachbarten Länder.
- c) Die revolutionäre Bewegung in den Kolonien und in den abhängigen Ländern.
- d) Die Errungenschaften der Diktatur des Proletariats, — wobei das Proletariat, nachdem es sich das Kräfteübergewicht gesichert hat, auf einen Teil dieser Errungenschaften vorübergehend verzichten kann, zu dem Zweck, dem starken Gegner den Rachen zu stopfen und eine Atempause zu bekommen.“

Hierher sind gewisse, vom Standpunkt des offiziellen kommunistischen Dogmas als scheinbare Inkonsequenzen aufzufassende Erscheinungen der jüngeren Entwicklung des Sowjetstaates zu rechnen, wie etwa eine vorübergehende Lockerung der kommunistischen Agrarpolitik (Verteilung des Ertrages in den Kollektivwirtschaften nach der Arbeitsleistung, Zulassung des Kolchoshandels, Abschaffung der Brotkarte), „Demokratisierung“ der Sowjetverfassung u. a.

Als indirekte Reserven bezeichnet Stalin:

- a) „Die Gegensätze und Konflikte zwischen den nichtproletarischen Klassen des eigenen Landes, die vom Proletariat ausgenutzt werden können zur Schwächung des Gegners und zur Verstärkung der eigenen Reserven und
- b) die Gegensätze, Konflikte und Kriege zwischen den dem proletarischen Staate feindlichen bürgerlichen Staaten, die vom Proletariat ausgenutzt werden können bei seiner Offensive oder zur Durchführung bestimmter Manöver im Falle eines erzwungenen Rückzuges.“

Diese Sätze Stalins sind ein Beitrag zu einer richtigen Beurteilung der Einheitsfronttaktik der Komintern, die ihren Sektionen in den einzelnen Ländern die Pflicht auferlegte,

auch nichtkommunistische Kreise der Bevölkerung den Zielen des Bolschewismus dienstbar zu machen. Und schließlich ist ohne den Punkt b die Außenpolitik des Sowjetstaates überhaupt nicht zu verstehen, worauf an anderer Stelle der vorliegenden Untersuchung noch näher einzugehen sein wird.

Die richtige Ausnutzung der Reserven besteht nach Stalin, immer wieder in Übereinstimmung mit Lenin, in der Erfüllung einiger notwendiger Bedingungen, als deren wichtigste die nachstehenden bezeichnet werden:

1. „Konzentrierung der Hauptkräfte der Revolution im entscheidenden Augenblick an der verwundbarsten Stelle des Gegners . . .“
2. „Die Wahl des Zeitpunktes für den entscheidenden Schlag, für den Beginn des Aufstandes muß so berechnet sein, daß die Krise ihren Höhepunkt bereits erreicht hat . . .“
3. „Unbeirrbar durchführung des einmal eingeschlagenen Kurses über alle Hindernisse und Komplikationen hinweg zum Ziel . . .“
4. „Mit den Reserven so manövrieren, daß man einen geordneten Rückzug durchführen kann, wenn der Feind stark ist, wenn der Rückzug unausbleiblich ist, wenn es offenkundig ungünstig ist, den Kampf, den der Feind aufzwingen will, anzunehmen . . .“

Stalin erklärt abschließend, das Ziel einer solchen Strategie sei folgendes: „Zeit gewinnen, die Kräfte des Gegners zersetzen und die eigenen Kräfte sammeln, um später zum Angriff überzugehen.“ Das sind die Hauptbedingungen für eine im Sinne des Bolschewismus richtige strategische Führung der Revolution.

Demgegenüber ist die taktische Führung, wie Stalin auseinandersetzt, ein Teil der strategischen und den Aufgaben und Forderungen dieser untergeordnet. Die Aufgabe der taktischen Führung besteht nach ihm darin, sich aller Formen des Kampfes und der Organisation des Proletariats zu bemächtigen und ihre richtige Ausnutzung sicherzustellen, damit unter dem gegebenen Kräfteverhältnis das höchstmögliche

Ergebnis erzielt wird, das zur Vorbereitung des strategischen Erfolges nötig ist.

Die richtige Ausnutzung der Formen des Kampfes in der Organisation des Proletariats besteht laut Stalin in der Erfüllung folgender Bedingungen:

1. „Voranstellen jener Kampfformen und Organisationen, die den Bedingungen der gegebenen anschwellenden oder zurückflutenden Bewegung am meisten entsprechen und imstande sind, die Heranziehung der Massen . . . an die Front der Revolution . . . sicherzustellen . . .“
2. „Das Auffinden jenes besonderen Gliedes in der allgemeinen Kette der Prozesse, dessen Festhalten den Besitz der ganzen Kette und die Vorbereitungen für die Erreichung des strategischen Erfolges sichert . . .“

Die bolschewistische Taktik gestattet also die Ergreifung jedes politischen Mittels ohne Ausnahme, wenn es nur im Sinne der ausgegebenen allgemeinen Anweisungen den Zwecken der Sowjetpolitik förderlich erscheint. Deshalb ist es, außenpolitisch betrachtet, nur ein scheinbarer Widerspruch, wenn die Sowjetunion z. B. mit dem bürgerlichen Frankreich als dem typischen Vertreter der „bourgeoisen Reaktion“ militärisch paktiert oder heute an der Seite der britischen Plutokratie gegen das nationalsozialistische Deutschland kämpft. Lenin sagt: „Überzeugtheit, Ergebnisse und die übrigen vortrefflichen Herzensqualitäten sind etwas auf politischem Gebiet durchaus nicht ernst zu Nehmendes.“

Wenn auch zu gewissen Zeiten die bolschewistische Taktik auf merkwürdig verschlungenen Pfaden wandelt, so bleibt das letzte Ziel der über ihr waltenden Strategie unverändert. Diese gilt, vom Sowjetstaat her gesehen, für die Innen- und für die Außenpolitik zugleich. Und wenn Stalin davon spricht, daß Zeit gewonnen werden soll, daß die Kräfte des Gegners zersetzt und die eigenen Kräfte gesammelt werden sollen, um später zum Angriff überzugehen, so handelt es sich hierbei je nach den Umständen um den Gegner im eigenen Lande bzw. um den „Klassenfeind“ schlechthin, im „Weltmaßstab“ aufgefaßt.

In Übereinstimmung mit der im ersten Kapitel dargelegten Kriegsdoktrin des Kommunismus kann der außenpolitische Gegner des Sowjetstaates, der zum Objekt eines revolutionären Angriffskrieges der Sowjetunion gemacht wird, ein einzelnes „bourgeoises, reaktionäres Land“, es kann eine Gruppe von Staaten, es kann die gesamte übrige Welt sein. Und auch die „Zersetzung der Kräfte des Gegners“ kann in dieser dreifachen Steigerung begriffen werden. Wie auch die jeweiligen Ziele der bolschewistischen Außenpolitik sein mögen: ob sie sich gegen einen einzelnen oder gegen einige wenige Staaten richtet, oder ob sie Zeitgewinn sucht, um die Kräfte der ganzen übrigen Welt zu zersetzen, die „inneren Widersprüche“ innerhalb dieser Welt zu verstärken, um dann bei einer neuen Weltkatastrophe ihre weltrevolutionären Absichten zu verwirklichen, bleibt belanglos. Die Strategie und die Taktik der bolschewistischen Revolution wie die Kriegsdoktrin des Kommunismus sind die theoretischen Grundlagen einer ausgesprochenen Gewaltpolitik. Ihr Machtinstrument ist die Rote Armee.

II. Abschnitt

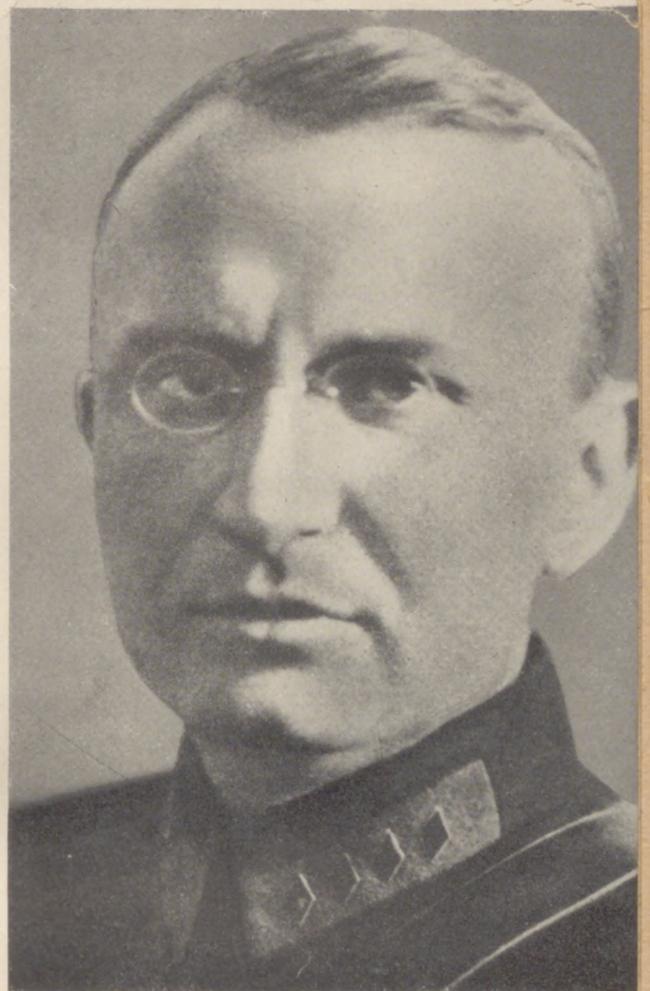
Sowjet-Imperialismus

3. Kapitel. Die Sowjetunion in Asien

1. Die zaristische Vorgeschichte

Zum Verständnis der Sowjetpolitik in Asien ist es erforderlich, sich die historischen Voraussetzungen zu vergegenwärtigen, auf die sie vielfach zurückgreifen muß. Rußlands Vorstoß in den asiatischen Raum begann zur Regierungszeit des Moskauer Zaren Iwan des Schrecklichen. Um 1800 war der erste Abschnitt der russischen Asienpolitik mit dem Vordringen bis zum Stillen Ozean abgeschlossen. In der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts trat eine gewisse Ruhepause ein. Dies war die Zeit der Bindung der russischen Politik auf dem Balkan und des gleichzeitigen Vordringens Englands und Frankreichs gegen Südchina. Als Rußlands Kampf um den Einfluß im Mittelmeergebiet sich mit dem wachsenden Widerstand Englands hoffnungslos in die Länge zog, wandte sich Rußland wieder dem Osten zu.

Die neue Etappe des russischen Vordringens in Richtung auf den Fernen Osten und in Mittelasien stand bereits im Zeichen der modernen Verkehrsentwicklung. Die Eroberung West-Turkestans bis zur unmittelbaren Berührung mit Persien, Afghanistan und China wurde seit den sechziger Jahren schrittweise durchgeführt und fand mit dem russisch-englischen Vertrag von 1885 ihren Abschluß. Die russische Stellung in diesem Gebiet wurde strategisch durch den im März 1880 begonnenen Bau der Transkaspischen Eisenbahn unterbaut, die den Anfang für das spätere russische Eisenbahnnetz in Turkestan bildete. Um diese Zeit entstanden die ersten großen politischen Gegensätze zwischen Rußland und England in Mittelasien.



6. Links: Marschall Tuchatschewskij (erschossen) — 7. Rechts: Armeekommandeur 1. Ranges Uborewitsch, der Befehlshaber des ehemaligen Weißrussischen Militärbezirks (erschossen)

Opfer des Stalin-Terrors in der Roten Armee

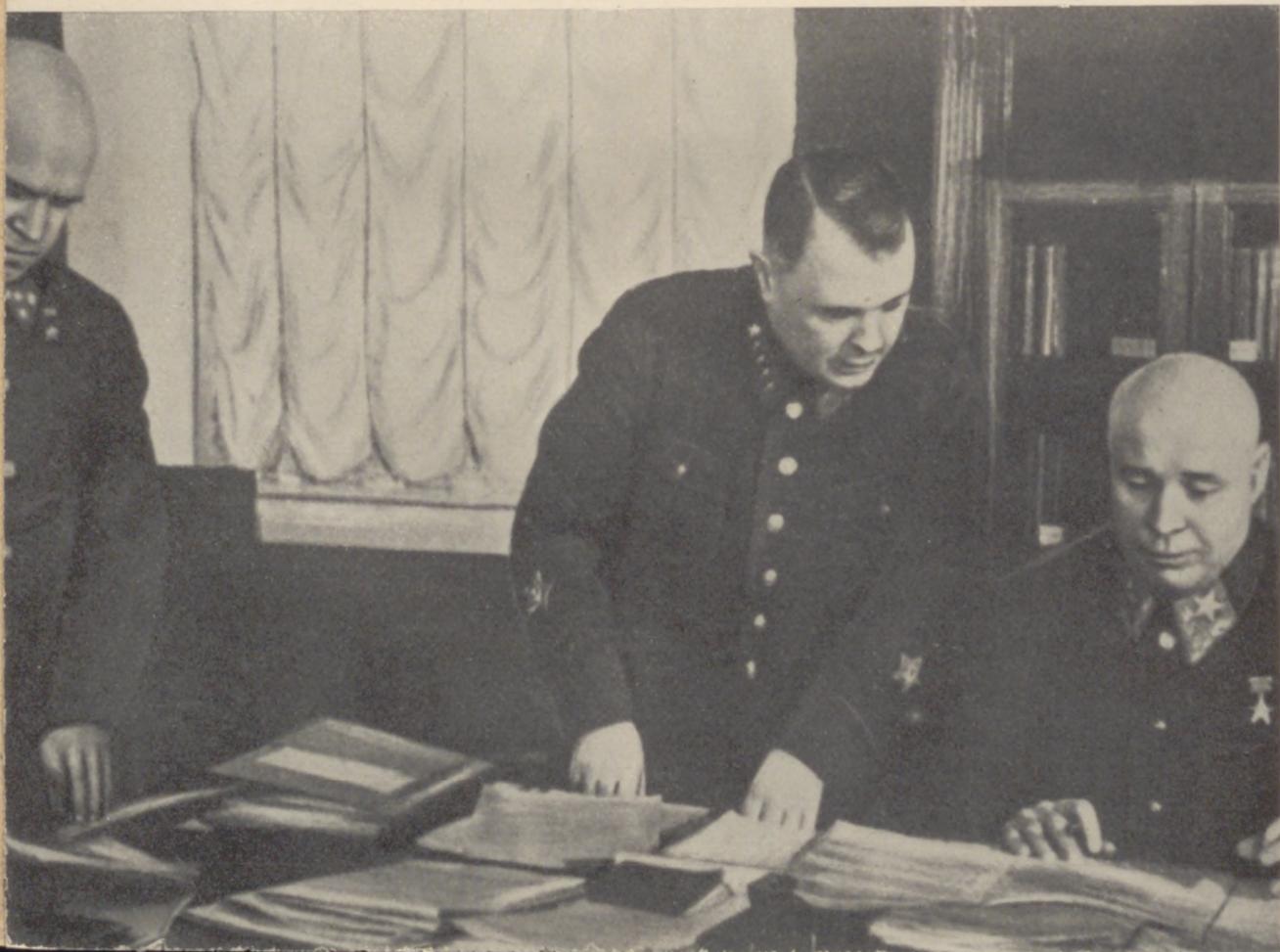
8. Links: Armeekommandeur 2. Ranges Alksnis, Chef der bolschewistischen Luftflotte (erschossen)
9. Rechts: Marschall Jegorow, Chef des Generalstabs der Roten Armee (spurlos verschwunden)





10. Generalleutnant Jakob Schmuschkewitsch, der jüdische Chef der bolschewistischen Luftflotte, mit seinen Eltern

11. Die oberste Leitung der Roten Armee. Von rechts nach links Marschall Timoschenko; Armeekommandeur 1. Ranges Saporoshez, Chef der Hauptverwaltung für die politische Propaganda in der Roten Armee; Armeegeneral Shukow, Chef des Generalstabes der Roten Armee



Die im Mai 1891 in Bau genommene Transsibirische Eisenbahn nach Wladiwostok war die Hauptträgerin des russischen Vormarsches nach Ostasien und ermöglichte erst die spätere Ausdehnung des russischen Einflusses über Nordchina und Korea, die schließlich zum Zusammenstoß mit Japan führte.

Die ersten näheren Beziehungen zwischen Rußland und Japan gehen auf die Zeit Peters des Großen zurück. Ein damals geplanter Handelsvertrag zwischen beiden Mächten kam ebensowenig zustande, wie ein späterer Versuch im Jahre 1804. Inzwischen hatten sich längs der neuentstandenen russisch-chinesischen Grenze eine Reihe von umstrittenen Problemen zwischen Rußland und China entwickelt, die im Vertrag von Aigun 1857 eine Regelung fanden, durch den Rußland in den Besitz des linken Amurufers und des Ussurigebietes (Küstenprovinz) gelangte. Ungefähr um dieselbe Zeit (1853) entstand der erste russisch-japanische Konflikt durch die Errichtung von zwei russischen Militärposten auf der Insel Sachalin. Seine Beilegung erfolgte 1855 durch den Abschluß eines Vertrages und durch die Errichtung einer gemeinsamen Verwaltung auf Sachalin, die sich als unhaltbar erwies und 1875 zu einem neuen Vertrag führte. Rußland erhielt die ganze Insel gegen Abtretung der Kurilen an Japan. Das angebahnte Freundschaftsverhältnis zwischen beiden Staaten währte bis zum neuen Zusammenstoß ihrer Interessen in Korea. Nach dem chinesisch-japanischen Krieg um Korea wurde Japan durch das Dazwischentreten der europäischen Großmächte im Frieden von Shimonoseki 1897 um die Früchte seines Sieges gebracht, indem es sich mit der Insel Formosa begnügen mußte. Trotzdem hatte China seinen Einfluß in Korea an Japan verloren, und da gleichzeitig Rußland dort Interessen anmeldete, mußte eine Verständigung zwischen beiden Mächten gesucht werden. Diese wurde in den Verträgen von 1896 und 1898 in Gestalt eines russisch-japanischen Kondominiums gefunden, allerdings ohne eine Lösung von Dauer zu bleiben.

Inzwischen hatte sich Rußlands Stellung in Ostasien mit dem fortschreitenden Bau der Transsibirischen Eisenbahn und mit den in China erworbenen Konzessionen zum Bau

der Ostchinesischen Eisenbahn quer durch die Mandchurei nebst einer Zweiglinie von Charbin nach Port Arthur grundlegend geändert. Hatte das bisherige Vordringen Rußlands in Asien (von der Rivalität mit England in Mittelasien abgesehen) keine wesentlichen Streitfragen mit anderen Großmächten hervorgerufen, so begann die russische Ostasienpolitik jetzt (wie die russische Politik überhaupt) in Rußland selbst mit den wachsenden inneren Schwierigkeiten einen problematischen Charakter anzunehmen. Dieses um so mehr, als inzwischen noch andere europäische Großmächte in großem Stil begonnen hatten, sich in China eigene Interessensphären zu sichern.

Die Politik der europäischen Mächte in Ostasien beruhte im wesentlichen auf dem Grundsatz, durch eine mögliche Schwächung Chinas dieses zu immer weiteren Konzessionen zu treiben. Für Rußland ergab sich so die Frage, ob es sich an den Bestrebungen der europäischen Mächte zur Aufteilung Chinas beteiligen oder unter Verzicht auf aggressive Ziele im Bunde mit China sein eigenes Territorium sichern und wirtschaftlich erschließen sollte. Rußland entschloß sich für den ersten Weg und verlor damit die Freundschaft Chinas, ohne die der europäischen Mächte zu gewinnen. So trieb Rußland, nach allen Seiten isoliert, dem Kriege entgegen, zumal der englisch-japanische Bündnisvertrag vom Jahre 1902 Japan für die Verteidigung seiner Interessen in China und Korea freie Hand ließ.

Das Drama des russisch-japanischen Krieges vernichtete Rußlands Vormachtstellung in Ostasien. Sein territorialer Bestand im Fernen Osten blieb zwar mit Ausnahme von Südsachalin unangetastet, jedoch mußte es seine sämtlichen Interessen auf Korea und in der südlichen Mandchurei einschließlich der von ihm soeben erst erbauten Südmandschurischen Eisenbahn an Japan abtreten.

In Ostasien zurückgedrängt, suchte Rußland, gestützt auf den Vertrag mit Japan vom Jahre 1907, sich in der Äußeren Mongolei auf Kosten Chinas schadlos zu halten.

Eine Betrachtung der russischen Eisenbahnlinien zwischen Irtysh und Jenissei verdeutlicht die an diesem Punkt kurz vor dem Weltkrieg erfolgte Schwenkung der russischen Asien-

politik zum unmittelbaren Angriff auf die Mongolei. Der Beginn der chinesischen Revolution im Jahre 1911 wurde von Rußland benutzt, um durch Förderung der Autonomiebestrebungen der Äußeren Mongolei hier festen Fuß zu fassen. Der russisch-chinesische Vertrag von Kiachta (1915) war bereits ein Ergebnis dieser Politik. Trotz der nominellen Anerkennung der chinesischen Oberherrschaft bedeutete er praktisch die Errichtung eines russischen Protektorates über die Äußere Mongolei. Gleichzeitig versuchte Rußland, eine ähnliche Politik in den mongolischen Westgebieten der Mandschurei (Bargaproblem) durchzuführen.

Auch in Westchina suchte Rußland, seine mittelasiatische Basis ausnutzend, sich ein Äquivalent für die erlittene Niederlage zu verschaffen. Die Ausbreitung des russischen Einflusses nach Westchina (Provinz Sinkiang¹) wurde begünstigt durch die Lage des Landes, das geographisch und wirtschaftlich durchaus nach Westen ausgerichtet ist. Dem wirtschaftlichen Vordringen Rußlands stellten sich hier keine unüberwindlichen natürlichen Schranken entgegen.

Die russische Siedlungsbewegung in Asien erfolgte in der letzten zaristischen Periode längs der Transsibirischen Bahn, von wo aus sie in südlicher Richtung den verschiedenen Flußläufen folgend gegen die chinesische Grenze vorstieß, wirksam unterstützt durch entsprechende Eisenbahnbauten, die kurz vor dem Weltkrieg ausgeführt worden sind. Das war die Grundlage der russischen Politik in der Mongolei und ermöglichte die Anwendung des gleichen Prinzips in Westchina. In Turkestan war das bis in die Landschaft Ferghana reichende mittelasiatische Eisenbahnnetz der Hauptträger dieser Politik. Damals bereits spielte das Projekt einer Eisenbahnverbindung zwischen Russisch-Turkestan und Sibirien in den russischen Plänen eine große Rolle und wurde später von den Bolschewisten in die Wirklichkeit umgesetzt. 1911 versuchte Rußland, über die Vertragsgrenze von 1881 hinaus in Ost-Turkestan festen Fuß zu fassen, jedoch geriet diese Entwicklung durch den Weltkrieg ins Stocken.

Auf dieser historischen Grundlage sind die großen politischen

¹) Chinesische Bezeichnung für Ost-Turkestan, das zu China gehört.

Probleme an der ganzen asiatischen Front Rußlands entstanden, die heute in weitgehendem Maße die asiatische Politik des Sowjetstaates bestimmen. Die allgemeine Tendenz der russischen Politik in Asien bestand zu allen Zeiten darin, in einer nie aufhörenden Jagd nach neuen Grenzen wirtschaftlich und politisch weiter vorzustoßen. Diese Bewegung wurde erst durch die bolschewistische Revolution zunächst vorübergehend unterbrochen, um dann unter neuen Parolen wieder kräftig einzusetzen.

2. Der Sowiet-Imperialismus und die Ostchinesische Eisenbahn

Nach dem bolschewistischen Umsturz begann die Politik des neugegründeten Sowjetstaates zunächst auf der Grundlage der revolutionären Postulate des Selbstbestimmungsrechtes der Völker. Das alte Zarenreich zerfiel in seine nationalen Bestandteile. In den Randgebieten Rußlands, von der Ostsee bis zum Stillen Ozean, bildeten sich selbständige Nationalstaaten. Der Bolschewismus benutzte diese Entwicklung für seinen Kampf gegen die Konterrevolution, jedoch nach den ersten Erfolgen der Sowjetmacht im Bürgerkriege setzte bereits die Reaktion seitens der kommunistischen Partei gegen die eigenen früheren propagandistischen Parolen ein. Unter den Losungen der proletarischen Diktatur wurden die nationalen Freiheitsbewegungen der Völker Rußlands in einem Meer von Blut erstickt. Am Ende des Bürgerkrieges befand sich, mit Ausnahme der in den westlichen Randgebieten des alten Reiches neuentstandenen Staaten, das gesamte ehemalige Territorium der Zarenmonarchie wieder in den Händen Moskaus.

Während im Sowjetstaat selbst das Prinzip des Selbstbestimmungsrechtes und der nationalen Freiheit durch das Prinzip des Klassenkampfes ersetzt und die proletarische Klassendiktatur überall mit Gewalt durchgeführt wurde, entfalteten die Bolschewisten jenseits ihrer Grenzen eine großangelegte Propaganda, vor allem in den Gebieten des nahen Orients und im übrigen Asien. Bereits im November 1917 war ein Aufruf an alle werktätigen Mohammedaner Rußlands und des Ostens erlassen worden. Ihm folgte im Oktober 1918 die

Gründung des „Verbandes zur Befreiung des Ostens“. Im September 1920 berief die III. Internationale einen Kongreß der Völker des Orients in Baku ein, dem Anfang 1922 ein Fern-Ost-Kongreß in Moskau folgte.

Alle diese Deklarationen und Kongresse verfolgten das gleiche Ziel, in einer Zeit, als in der UdSSR. selbst das Prinzip des Selbstbestimmungsrechtes der Völker schrittweise liquidiert wurde, bei den asiatischen Völkern jenseits der Sowjetgrenzen unter Verkündung gerade dieses Prinzips Einfluß zu gewinnen.

Auch China gegenüber verfolgte die Sowjetpolitik zunächst die Tendenz, unter Ablehnung des alten russischen „Imperialismus“ neue Grundlagen für die gegenseitigen Beziehungen zwischen beiden Staaten zu schaffen. Im September 1920 richtete Karachan im Namen der Sowjetregierung eine Note an China¹⁾, in der zum Ausdruck gebracht wurde, die Rote Armee sei über den Ural nach Osten marschiert, nicht um Eroberungen zu machen, sondern um das chinesische Volk vom ausländischen Joch zu befreien. Seit der Machtübernahme durch die Arbeiter und Bauern seien die Völker der ganzen Welt von der Sowjetregierung aufgerufen worden, einen dauernden Frieden zu schaffen. Dieser müsse auf dem Prinzip des wechselseitigen Verzichtes auf jede Annexion fremden Gebietes und auf der Anerkennung des Selbstbestimmungsrechtes aller Völker gegründet werden. Keine Macht dürfe berechtigt sein, ein schwächeres Land zu unterwerfen. Die Regierung der Bauern und Arbeiter erkenne alle geheimen Verträge nicht an, durch welche die Regierungen der Zaren und die Regierungen der Alliierten die Völker des Ostens geknechtet hätten im alleinigen Interesse der russischen und ausländischen Kapitalisten, Finanzleute und Generäle. „Die Sowjetregierung verzichtet“ – so fuhr die Note fort – „auf alle Eroberungen der zaristischen Regierung, die China der Man-

¹⁾ Vgl. Korostovetz, Von Cinggis Khan zur Sowjetrepublik, S. 313ff. Berlin 1926.



— Die wichtigsten Eisenbahnen
 - - - Die wichtigsten, in den letzten
 Jahren genannten, neuen
 Eisenbahnpläne (z. T. im Bau)

Maßstab 1 : 37 500 000
 0 500 1000
 Kilometer

dschurei und anderer Gebiete beraubt hat. Die Einwohner dieser Gebiete sollen die Frage der Grenzen und der Regierungsform selbst entscheiden. Die Sowjetregierung gibt dem chinesischen Volke ohne jedwede Entschädigung sowohl die chinesische Ostbahn zurück, als alle Bergwerkskonzessionen, Forstausbeutungsrechte und sonstige Gerechtsame, welche die zaristische Regierung, Kerenski, Horwath, Semjenoff, Koltschak u. a. Exgeneräle, Kapitalisten und Räuber China entrissen haben... Die Sowjetregierung ist sich dessen bewußt, daß die Alliierten und Japan alles tun werden, um zu verhindern, daß die Stimme der russischen Bauern und Arbeiter zum chinesischen Volke dringt, damit die Chinesen nicht verstehen sollen, daß mit den Räufern in China und der Mandschurei ein Ende gemacht werden muß, wenn alles Geraubte wiedergewonnen werden soll...“

Es hat weder der Alliierten noch Japans bedurft, um den Chinesen über die wahre Bedeutung der Karachan-Note die Augen zu öffnen. Das anfängliche chinesische Mißtrauen gegenüber dem bolschewistischen Angebot von Vertragsverhandlungen auf der bezeichneten Grundlage erwies sich als berechtigt, als der Sowjetvertreter in Wladiwostok, Welenski, auf Befragen die Erklärung abgab, daß die Frage der Annullierung der früheren Verträge erst nach der Anerkennung der Sowjetunion durch China akut werden könne. Unter solchen Umständen konnte von erfolgversprechenden Verhandlungen keine Rede sein.

Es zeigte sich sehr bald, daß diese Anwendung großzügiger Freigebigkeit seitens der Sowjetregierung nur eine durch die außen- und innenpolitischen Schwierigkeiten bedingte taktische und propagandistische Maßnahme gewesen ist. Bereits im Jahre 1922, nachdem die Sowjetmacht sich notdürftig konsolidiert hatte, bezeichnete Joffe die Ostchinesische Eisenbahn als integrierenden Bestandteil der Transsibirischen Bahn und gab die Höhe der vom zaristischen Rußland in die Bahn investierten Summen mit 800 Millionen Rubel an! Offenbar war jetzt von einer „entschädigungslosen Rückgabe“ der Bahn an China keine Rede mehr.

Nach langwierigen und an dramatischen Zusammenstößen reichen Verhandlungen kam schließlich am 31. Mai 1924 das Abkommen von Peking zustande. Dieses Abkommen trug provisorischen Charakter und regelte die Eigentumsverhältnisse der Bahn bis zu einer neuen Konferenz. Die Ostchinesische Eisenbahn wurde zu einem rein wirtschaftlichen Unternehmen erklärt und der gemeinsamen Verwaltung beider Regierungen unterstellt.

Das sowjetisch-chinesische Kondominium an der Bahn bewährte sich nicht und führte zu zahlreichen Schwierigkeiten, zumal der bolschewistische Teil des Verwaltungsapparates von den Sowjetbeamten und den Agenten der Komintern zur Entfaltung einer großzügigen kommunistischen Propaganda in der Mandschurei und über ihre Grenzen hinaus in anderen Teilen Chinas ausgenutzt wurde. Im Jahre 1929 kam es zu einem offenen Ausbruch des Konfliktes, der sogar zu bewaffneten Zusammenstößen in der Mandschurei führte. Nach schwierigen Verhandlungen gelang es der Sowjetregierung, im Protokoll zu Chabarowsk vom 22. Dezember 1929 über den status quo ante hinaus nicht unwesentliche Zugeständnisse durchzusetzen und ihre Stellung an der Ostchinesischen Eisenbahn und in der Mandschurei zu verbessern. Gleichzeitig wurde eine weitere Konferenz mit dem Ziel der endgültigen Bereinigung aller zwischen China und der Sowjetunion bestehenden Streitfragen in Aussicht genommen. Am 12. Oktober 1930 wurde diese Konferenz in Moskau eröffnet, ohne jemals zu einem praktischen Ergebnis geführt zu haben.

Die Bolschewisten hatten inzwischen die Karachan-Note gänzlich vergessen und nutzten ihr politisches Übergewicht über die Chinesen weidlich aus, um aus den „imperialistischen“ Verträgen der ehemaligen Zarenmonarchie den größtmöglichen Nutzen für sich zu ziehen. Im Juli 1931 verlangte die Sowjetregierung für die Ostchinesische Eisenbahn einen Kaufpreis von 400 Millionen Rubel. Die Zahlung dieser enormen Summe sollte in der Art verrechnet werden, daß der UdSSR. die zollfreie Einfuhr von Sowjetwaren nach der Mandschurei über die Landesgrenze zugestanden werden sollte. Die für diese Einfuhr zu zahlenden Zölle sollten lediglich theoretisch

berechnet und China bis zur Erledigung des gesamten Kaufpreises auf Konto gutgeschrieben werden. Die bis dahin an den mandschurischen Grenzen gezahlten Zölle beliefen sich auf etwa 200000 Pfund, so daß bei einem Kaufpreis von 400 Millionen Goldrubel (oder 40 Millionen Pfund) ohne Zinsberechnung ein Zeitraum von 200 Jahren zur Abdeckung dieser Schulden erforderlich gewesen wäre¹⁾ und bis zur endgültigen Begleichung der Schuld hätte sich die Sowjetregierung wohl nach wie vor als der rechtmäßige Besitzer der Bahn gefühlt. Auf jeden Fall hätte diese Regelung der Sowjetunion für die Dauer von zwei Jahrhunderten vertraglich garantierte „Interessen“ in der Mandschurei verliehen, die zu einem späteren Zeitpunkt und unter günstigeren Verhältnissen den Ausgangspunkt für eine weitere Ausbreitung des Sowjeteinflusses in der Mandschurei und darüber hinaus in ganz China hätten bilden können.

Wodurch unterscheidet sich diese Politik von jener Politik gewisser Großmächte in China – sagen wir beispielsweise Großbritanniens –, die Lenin und seine Epigonen in schärfsten Formulierungen als „Imperialismus“ bezeichnen, und dem die Sowjetunion angeblich den Kampf bis zu seiner Vernichtung angesagt hat?

Selbst wenn man in Rechnung setzt, daß die schon vor dem Jahre 1931 in Kraft getretenen höheren Zölle in der Mandschurei jenen Zeitraum von 200 Jahren um einiges herabgesetzt haben würden, wäre die Mandschurei doch auf Generationen hinaus wirtschaftlich der UdSSR. vollkommen ausgeliefert worden. Was hier versucht werden sollte, stellt genauidieselbe Methode der „wirtschaftlichen Durchdringung“ eines fremden Gebietes dar, wie sie dem „Imperialismus“ eigen ist. Die Kolonialgeschichte zeigt, daß eine solche wirtschaftliche Durchdringung zu allen Zeiten häufig der Ausgangspunkt für die künftige Errichtung von politischen Protektoraten und schließlich für offene Annexionen gewesen ist. Lenin selbst bezeichnet den Kampf um Rohstoff- oder Absatzgebiete als das entscheidende

¹⁾ Vgl. „Ostasiatische Rundschau“, Heft 13. Hamburg 1931.

Kriterium, auf Grund dessen eine Politik dieser Art als „Imperialismus“ zu bezeichnen ist. Der Versuch der Sowjetunion in der Mandschurei weist daher alle von Lenin als objektive Merkmale des Imperialismus definierten Wesenszüge auf.

Die Tatsache, daß der spätere Gang der Geschichte in der Mandschurei eine andere Richtung eingeschlagen hat, als es von Moskau ursprünglich geplant war, kann die Sowjetunion natürlich politisch nicht entlasten. Die Ereignisse der folgenden Jahre zeigen, daß die Bolschewisten ihre frühere Position in der Mandschurei nicht freiwillig, sondern nur unter dem Druck einer stärkeren Macht aufgegeben haben. Wenn damit auch gewisse Pläne der Komintern in diesen nahrhaften Gefilden der Weltpolitik nicht mehr zur Ausführung gelangen konnten, so ist das nicht die Folge einer plötzlichen Bescheidenheit und Mäßigung, die über die leitenden Männer des Bolschewismus in Moskau hereingebrochen ist, sondern das Verdienst Japans, das der vordringenden roten Flut sehr entschlossen einen Damm entgegengesetzt hat.

Nach der im Jahre 1932 mit japanischer Hilfe erfolgten Gründung eines selbständigen mandschurischen Staates war es nur eine Frage der Zeit, wann das Problem der Ostchinesischen Eisenbahn erneut akut werden würde. Bereits im Jahre 1933 kam es zwischen der mandschurischen Regierung und der UdSSR. zu einem offenen Konflikt um die Ostchinesische Eisenbahn. Die japanische Regierung brachte in ihrer Note vom 26. Mai 1933 sofort in unmißverständlicher Weise zum Ausdruck, daß sie zur Wahrung ihrer eigenen Interessen in der Mandschurei unbedingt entschlossen war, indem sie erklärte: „Die Beilegung des wegen der Ostchinesischen Eisenbahn entstandenen Konfliktes muß Verhandlungen der Sowjetunion mit Mandschukuo überlassen bleiben, die für die gemeinsame Verwaltung der Eisenbahn verantwortlich sind. Die Förderung friedlicher Beziehungen zwischen der Sowjetunion und Mandschukuo ist jedoch die wichtigste Grundlage des allgemeinen Friedens im Fernen Osten. Die japanische Regierung ist auf Grund des japanisch-mandschurischen

Protokolls an der Wahrung von Ordnung und Ruhe in Mandschukuo dauernd interessiert¹⁾).

Nachdem die Sowjetunion es jetzt nicht mehr mit dem schwachen China, sondern mit dem mächtigen Japan zu tun hatte, konnte über den weiteren Lauf der Dinge in der Mandschurei kein Zweifel mehr bestehen. Für die Sowjetpolitik kam es jetzt nur noch darauf an, den Rückzug mit möglichst geringem Prestigeverlust so anzutreten, daß ihr Gesicht nach außen hin einigermaßen gewahrt blieb. Die Sowjetpolitik, zwischen offenem Imperialismus und revolutionären Parolen festgefahren, war in eine Sackgasse geraten. Der Zeitpunkt, den Rückzug aus der Mandschurei in der Form eines „revolutionären“ Aktes anzutreten, war verpaßt. Solange der Sowjet-Imperialismus in der Mandschurei sich halten konnte, hatte er den Bürgern der Sowjetunion und der übrigen Welt gegenüber wenigstens den äußeren Erfolg auf seiner Seite. Jetzt jedoch hatte er vor dem noch stärkeren „Imperialismus“ Japans das Feld zu räumen.

Litwinow-Finkelstein versuchte zu retten, was zu retten war. Im Juli 1933 gab er eine gewundene Erklärung ab, die folgende bemerkenswerte Sätze enthielt:

„Was die Motive betrifft, die uns dazu bewogen haben, einem Verkauf der Ostchinesischen Eisenbahn zuzustimmen, so bestehen diese in folgendem: durch den Bau der Eisenbahnlinie in der Mandschurei auf fremdem Gebiet verfolgte die zaristische Regierung zweifellos imperialistische Ziele; solche Ziele hat die Sowjetregierung nicht und kann sie auch nicht haben. Nach der Oktoberrevolution verlor die Ostchinesische Eisenbahn für die Völker des ehemaligen russischen Kaiserreiches ihre Bedeutung als Eroberungsmittel. Die Eisenbahnlinie ist jedoch von den Arbeits Groschen der Völker der Sowjetunion erbaut worden, und deshalb hält sich die Sowjetregierung für verpflichtet, die Vermögensinteressen der Eisenbahn zu schützen. Sie war stets bereit, die Eisenbahn an China zu verkaufen; doch hatte dieses keine Möglichkeit, sie zu kaufen. Die Sowjetregierung hat ihr Vermögensrecht auf die Eisenbahn vollkommen aufrechterhalten, hat sie aber in ein

¹⁾ Deutscher Geschichtskalender 1933, Bd. B, S. 176.

kommerzielles Unternehmen verwandelt und hat es mit Rücksicht darauf, daß sie über fremdes Gebiet führt, für gerecht erachtet, den Herren dieses Territoriums in der Verwaltung ein paritätisches Recht und die Hälfte des Gewinnes einzuräumen. Trotzdem wurde die Ostchinesische Eisenbahn zur Quelle von Reibungen zwischen der UdSSR., China und der Mandschurei . . . Mit Rücksicht auf diese Erwägungen haben wir den Vorschlag gemacht, die Eisenbahn zu verkaufen. Unser Vorschlag ist ein neuer Ausdruck der Friedensliebe der Sowjets. Ich bin überzeugt, daß nur diejenigen gegen diesen Vorschlag sein können, die aus irgendeinem Grund an der Zuspitzung der sowjetistisch-japanischen und der sowjetistisch-mandschurischen Beziehungen ein Interesse haben ¹⁾).

Hier muß bemerkt werden, daß die japanischen Eisenbahnneubauten in der Mandschurei seit einer Reihe von Jahren bereits die Tendenz erkennen ließen, vor allem den wirtschaftlichen Wert der Ostchinesischen Eisenbahn durch eine Ablenkung der mandschurischen Warenausfuhr von ihrem Weg von Wladiwostok nach den südmandschurischen Häfen herabzusetzen. Hier war es vor allem die kapitalkräftige Südmandschurische Eisenbahngesellschaft, die eine erfolgreiche Tätigkeit entfaltete und nach der Gründung Mandschukuos die Verwaltung sämtlicher mandschurischer Bahnen übernahm. War schon die Ostchinesische Eisenbahn, die auf ihrer Oststrecke von Charbin bis Pogranitschnaja fast ausschließlich von der Ausfuhr der Mandschurei über Wladiwostok abhängig war, in den letzten Jahren durch die japanische Konkurrenz immer mehr beeinträchtigt worden, so wurde ihre Rentabilität schließlich aufs stärkste gefährdet durch den Bau der Parallelbahn Kirin-Kainai, die eine Verbindung zu dem günstiger als Dairen und in der Nähe von Wladiwostok gelegenen Hafen Seishin in Korea schafft. Dazu traten die strategischen Baupläne der Japaner in der Nordostecke der Mandschurei, wohin von Korea aus eine Bahn parallel zur sowjetisch-mandschurischen Grenze mit Verbindungslinien zum Sungari und Ussuri in Angriff genommen wurde.

¹⁾ Diplomatenzeitung 1933, Heft 73.

Auf diese Weise waren es neben den allgemeinen politischen auch wirtschaftliche Gründe, die es der Sowjetregierung geraten erscheinen ließen, die Ostchinesische Eisenbahn zu verkaufen. Der Gang der Verhandlungen, mit denen 1933 begonnen wurde, zeigt allerdings, wie schwer sich die UdSSR. von der Ostchinesischen Eisenbahn als dem hauptsächlichsten Träger des bolschewistischen Einflusses in der Mandschurei trennen konnte. Im Herbst 1933 kam es zu jener Verschärfung des Konfliktes zwischen den Verhandlungspartnern, die mit den zahlreichen gegenseitigen Verhaftungen, Noten, Protesten und schließlich militärischen Demonstrationen längs der sowjetisch-mandschurischen Grenze der europäischen Presse vielfach den Anlaß geboten hat, von einem unmittelbar bevorstehenden Krieg zu sprechen. Dieses Kriegsgeschrei im Fernen Osten hat sich als ein Sturm im Wasserglas erwiesen. Im Februar 1934 wurden die unterbrochenen Verhandlungen erneut aufgenommen, doch gerieten sie bald wieder ins Stocken. Es kam zu einer neuen Reihe von bolschewistischen Grenzverletzungen und Provokationen. Moskau hoffte damals noch, durch militärischen Druck und Einschüchterungsmanöver etwas erreichen zu können. Gleichzeitig erfolgten Überfälle von bewaffneten Banden auf die umstrittene Eisenbahn, bei denen die Hand Moskaus deutlich zu spüren war. Doch alle diese roten Machenschaften blieben angesichts der unerschütterlich festen Haltung, die Japan dem Bolschewismus gegenüber eingenommen hatte, erfolglos. Die Bolschewisten mußten weichen.

Es ist sehr charakteristisch für den ganzen Vorgang, daß der materielle Hintergrund dieses gewaltigen Aufgebotes an Propagandamitteln schließlich nur die Differenz von 40 Mill. Yen (rund 35 Mill. Mark!) war, über die sich die Parteien nicht einigen konnten. Schließlich kam es zum Abschluß eines Vertrages, der am 23. März 1935 von der Sowjetunion, Japan und Mandschukuo in Tokio unterzeichnet wurde. Die Kaufsumme wurde auf 140 Mill. Yen festgesetzt, von denen ein Drittel in bar sofort bezahlt werden sollte. Der Rest sollte in Sachlieferungen beglichen werden, über die ein bestimmter Modus vereinbart wurde.

Damit ist dieser Abschnitt des sowjet-imperialistischen Kampfes um die Mandschurei ohne Ruhm zu Ende gegangen. Niemand wird nach den geschilderten Ereignissen auf den Gedanken kommen, die von Herrn Litwinow-Finkelstein in seiner Erklärung angegebenen Gründe für den Verkauf der Ostchinesischen Eisenbahn und die Räumung der Mandschurei ernst zu nehmen. Das, was der Sowjetdiplomate als einen „neuen Ausdruck der Friedensliebe der Sowjets“ hinzustellen sucht, ist durchaus kein Produkt des eigenen Wollens, sondern des begrenzten Anderskönnens, oder noch deutlicher gesagt: der Einsatz der roten Bajonette hätte jetzt für den Sowjetstaat ein zu großes Risiko (besonders auch innenpolitisch) bedeutet, als daß die Sowjetregierung einen in der UdSSR. unpopulären Krieg um die Mandschurei hätte wagen dürfen. Vom Standpunkt des Leninismus aus muß das mandschurische Eisenbahngeschäft geradezu als Grotteske bezeichnet werden. Den alten Propagandaparolen zufolge müßte der alleinige rechtmäßige Herr der Mandschurei nebst der Bahn von diesem Standpunkt aus China sein. Statt dessen geschieht folgendes: obwohl China, von seinem theoretisch anerkannten Anspruch ganz abgesehen, vertragsgemäß immerhin noch Mitinhaber der Bahn ist, verkauft die UdSSR. diese Bahn über den Kopf Chinas hinweg. Sie verkauft die Bahn ausgerechnet an die Macht, vor deren „Imperialismus“ sie China angeblich schützen will. Da aber China dieses Geschäft nicht billigen will und dagegen protestiert, wird ihm von Herrn Litwinow-Finkelstein obendrein noch der Vorwurf des Störenfriedes im Fernen Osten gemacht, denn nur gegen China ist der letzte Satz der Litwinowschen Erklärung gerichtet. Damit ist die Demagogie der Moskauer Parole eines angeblichen Kampfes gegen den „Imperialismus“ auf die Spitze getrieben. Die Sowjetunion selber treibt eine eindeutig imperialistische Politik.

3. Moskaus neue Wege in der Mandschurei

Aus der Mandschurei verdrängt und seiner früheren, als Erbe noch vom verhaßten zaristischen Regime übernommenen Machtstellung in dem wirtschaftlich und militärisch wichtigen

Gebiet nördlich des Gelben Meeres beraubt, schien die UdSSR. trotzdem auf einen politischen Einfluß hier nicht völlig verzichten zu wollen. Im Gegenteil waren Anzeichen dafür vorhanden, daß Moskau versuchen wollte, sich wenigstens propagandistische Erfolge zu sichern. Die veränderte Sachlage zwang es jedoch, neue Mittel und Wege zu suchen, um das erhoffte Ziel zu erreichen.

Das wichtigste Hilfsmittel auf diesem Gebiet war die Komintern mit ihren ausländischen Sektionen. Der VII. Weltkongreß der Komintern in Moskau im August 1935 löste eine erhöhte kommunistische Propagandatätigkeit in der ganzen Welt aus. Der Ferne Osten gehörte zu denjenigen Gebieten, in denen die Komintern noch die größten Aussichten auf Erfolg zu haben hoffte. Die Rivalität zu Japan um die Vormacht in Ostasien verwies die propagandistische Aktivität der Sowjets auch aus diesem Grunde auf dasjenige Gebiet, wo sich die Interessen beider Mächte am unmittelbarsten berührten: auf die Mandschurei mit den anliegenden Provinzen.

Die politischen Agenten Moskaus versuchten denn auch, in der Mandschurei das kommunistische Propagandasystem den neuen Verhältnissen anzupassen. Diese Propaganda stand vor der Aufgabe, unter wesentlich erschwerten Bedingungen ihre Ziele weiter verfolgen zu müssen, und es blieb ihr nur die Flucht in die Illegalität.

Die Vorarbeiten hierzu wurden bereits lange vor der Übergabe der Ostchinesischen Bahn an die mandschurischen Behörden begonnen. Die roten Propagandazentralen wurden an solchen Plätzen untergebracht, die gegen äußere Zugriffe der Behörden am meisten geschützt erschienen. Das waren die Sowjet-Konsulate, von denen aus die geheimen Fäden zu den eigentlichen über das Land gestreuten Ausführungsorganen liefen. Daneben kam den Sowjet-Handelsorganisationen in diesem System eine große Bedeutung zu, wenn sie auch angesichts der neuen Lage eine gewisse Einschränkung ihres Apparates erfahren hatten. Dagegen waren Bestrebungen im Gange, um das illegale kommunistische Zellensystem weiter auszubauen. Den Stamm dafür bildeten die noch in der Mandschurei verbliebenen Sowjetbürger. Gleichzeitig versuchten die Sowjetagenten, auch unter den anderen in der Mandschurei

zahlreich vorhandenen Russen Fuß zu fassen, obwohl die Aussichten auf Erfolg hier nicht groß waren. Diese Arbeit wurde zum Teil mit Hilfe von pseudopatriotischen kommunistischen Parolen in Szene gesetzt, die bekanntlich seit einiger Zeit auch in der UdSSR beliebt sind, um die bäuerlichen Massen bei der Stange zu halten.

Solche Versuche Moskaus wurden um so eifriger betrieben, als jetzt die früheren Möglichkeiten entfielen, mittels der unter dem Schutz der Exterritorialität der Ostchinesischen Eisenbahnzone geschaffenen kommunistischen Gewerkschaften die politische Massenagitation zu betreiben. In früheren Jahren war es den Funktionären dieser Gewerkschaften in die Hand gegeben, nicht nur ihre eigenen Angehörigen, sondern auch mandschurische Vertreter unter dem Vorwand von „Dienstobliegenheiten“ der kommunistischen Propaganda dienstbar zu machen. Unter den neuen Verhältnissen blieb nur die Hoffnung, an Stelle des früher ausgeübten Druckes von oben, reiche Geldmittel fließen zu lassen, um auf diese Weise die verschütteten Kanäle neu zu erschließen.

Die von den Bolschewisten auf die chinesischen Kommunisten in der Mandschurei einst gesetzten Hoffnungen wurden enttäuscht: bei der Durchführung der ihnen auferlegten Aufgaben haben sie sich nicht auf der „erforderlichen Höhe“ gezeigt. Nach der Aufdeckung des Zentralkomitees der chinesischen kommunistischen Partei in Mukden wurde es 1932 nach Charbin verlegt, wo es sich bald darauf selbst auflöste. Von diesem Zeitpunkt an wandte sich die Aufmerksamkeit der Sowjetagenten in erster Linie der Chunchusenbewegung zu. Die Chunchusen waren ursprünglich eine Art patriotische Bewegung gegen die Fremden, und das Zarenreich hatte schon zu Zeiten der russischen Okkupation der Mandschurei mit ihnen als Gegner zu rechnen gehabt. Kein Geringerer als Tschangtsolin hat von ihnen aus seine politische und militärische Laufbahn begonnen. Diese Chunchusen spielten unter den Freischärlerbanden, mit denen die mandschurischen und japanischen Behörden eine Zeitlang zu kämpfen hatten, eine gewisse Rolle.

Es ist unschwer zu erraten, worauf die Sowjets hier hinauswollten. Indem sie sich hier, wie in ganz Asien, als „Freunde

der unterdrückten Ostvölker“ aufspielten, unterstützten sie den Bandenkrieg gegen die Japaner als einen im Sinne der kommunistischen Kriegsdoktrin „nationalen Krieg“ und versuchten gleichzeitig, ihm durch ihre Propaganda eine kommunistische Wendung zu geben, das heißt ihn in einen Bürgerkrieg zu verwandeln. Dabei hofften sie wohl vor allem bei den Teilen der Freischärler ein williges Ohr zu finden, die sich aus den Resten der alten mandschurischen Armee bzw. aus nicht-bodenansässigen Elementen rekrutierten und infolgedessen für die kommunistische Propaganda leichter zugänglich waren. Das Ziel dieser Propaganda war nicht nur die Bekämpfung des japanischen Einflusses in der Mandschurei, sondern darüber hinaus die Zersetzung des mandschurischen Staates und die Errichtung einer „Bürgerkriegsfront“ unter Ausnutzung der in China gemachten Erfahrungen.

Es mag vielleicht auffällig erscheinen, daß die Sowjetregierung ihre grundsätzliche Einstellung zum neuen mandschurischen Staat in völkerrechtlicher Beziehung grundlegend geändert hat. In der Propaganda hat die UdSSR. seinerzeit der Los-trennung der Mandschurei von China als selbständigem Staat den größten Widerstand entgegengesetzt. In Moskau wurde mehr als einmal betont, daß die formale Anerkennung Mandschukuos seitens der Sowjetregierung nicht in Frage kommen könne. Man bezog sich dabei in heuchlerischer Weise auf den Grundsatz der Unverletzlichkeit der Integrität Chinas.

Die Tatsache jedoch, daß der Sowjetstaat mit der mandschurischen Regierung verhandelt und mit ihr in aller Form einen Vertrag abgeschlossen hat, kann wohl kaum anders als eine De-facto-Anerkennung der Mandschurei aufgefaßt werden.

Diese Tatsache darf nicht ausschließlich als ein Rückzug vor der stärkeren Macht Japans ausgelegt werden. Dieser Vorgang muß auch auf dem Hintergrunde der kommunistischen Doktrin betrachtet werden. Im Sinne dieser Doktrin stellt die Mandschurei heute nichts anderes als einen nationalen bürgerlichen Staat dar, der sich über kurz oder lang gegen jeden fremden „Imperialismus“ (gemeint ist Japan) wenden

muß, um seine volle Souveränität zu erlangen. Dieser Staat muß weiterhin, wie in anderem Zusammenhang bereits dargelegt wurde, eine bestimmte Entwicklung durchlaufen, bis er die Reife für den Übergang zum „Sozialismus“ (gemeint ist der bolschewistische Umsturz) erlangt haben wird.

Die Anerkennung der Mandschurei liegt daher durchaus in der Richtung der marxistischen Dialektik und entspricht der vom Standpunkt Moskaus als richtig erscheinenden „Strategie und Taktik der mandschurischen Revolution“. Das Endziel ist die Sowjetmandschurei, die von Moskau aus regiert wird. Allerdings ist das heute nur noch eine vage Zukunftshoffnung. In der Mandschurei hat der Bolschewismus die Schlacht zunächst gründlich verloren. Dank dem energischen Eingreifen der mandschurischen Regierung wird hier die Tätigkeit der Agenten Moskaus weitgehend unterbunden.

Um so stärker ist die Sowjetunion jetzt bemüht, im Fernen Osten die militärischen, wirtschaftlichen und politischen Voraussetzungen zu schaffen, die unter günstigeren Umständen für die Durchführung eines bolschewistischen Gewaltstreiches als erforderlich angesehen werden. Hierher gehören vor allen Dingen die strategischen Eisenbahnbauten¹⁾, die in dem Gebiet zwischen Baikalsee und dem Stillen Ozean geplant bzw. bereits ausgeführt werden. Zu erwähnen ist zunächst eine 3000 km lange Bahn, die bei Taischet westlich des Baikalsees die große sibirische Magistrale verläßt und parallel zum großen Bogen der Amurbahn in Ostsibirien mit zwei Abzweigungen in Nikolajewsk an der Amurmündung und in Komsomolsk endet. Die Bahn, die von der GPU. mit Zwangsarbeitern aus den hier eigens zu diesem Zweck angelegten Zwangsarbeitslagern gebaut wird, soll streckenweise bereits fertiggestellt sein. Es ist dies die berühmte „BAM“ (Baikal-Amur-Magistrale), die ihre traurige Berühmtheit durch die gewaltigen Menschenopfer erlangt hat, die hier schon jetzt zu verzeichnen sind. Der rein strategische Charakter dieser Bahn geht sowohl aus ihrem Verlauf wie aus drei in südlicher Richtung projektierten Verbindungs-

¹⁾ Vgl. hierzu die Karte auf Seite 54.

bahnen zur Amurbahn hervor. Ebenfalls strategische Bedeutung haben Eisenbahnbauten im Gebiet von Sretensk, insbesondere eine Bahn parallel zur westlichen Grenze der Mandschurei, von der behauptet wird, daß sie bis Kerulen in der Äußeren Mongolei verlaufen soll.

Eine weitere aggressive Maßnahme der Bolschewisten ist die Schaffung einer befestigten Ausfallbasis gegen die Mandschurei längs der ganzen Amur- und Ussurigrenze. Der größte Wert wird auf den weiteren Ausbau der Festung Wladiwostok gelegt, die als rote Flugzeug- und U-Boot-Basis eine große Bedeutung hat. Im übrigen soll das ganze in Frage stehende Gebiet wirtschaftlich so ausgebaut werden, daß eine hier operierende Sowjetarmee sich auf ein eigenes „autarkes“ Hinterland stützen kann. Wie weit diese Absicht mit den in der UdSSR. üblichen Methoden verwirklicht werden kann, ist allerdings eine Frage, die heute noch kaum eindeutig zu beantworten ist. Unter den politischen Maßnahmen ist vor allem die „Säuberung“ der „Besonderen Fernöstlichen Roten Armee“ von unerwünschten Elementen zu nennen, auf die an anderer Stelle noch näher eingegangen wird.

Die starke Massierung von Truppen und Kriegsmaterial aller Art in Ostsibirien und in der Küstenprovinz sind ein weiterer Beweis für die imperialistischen Absichten, die von der UdSSR. im Fernen Osten verfolgt werden.

Die sowjetischen Streitkräfte im Fernen Osten bestanden noch im Jahre 1931 aus 4 Infanterie- und 1 Kavallerie-Division, also aus nicht mehr als 70000 Mann. Zugeteilt waren dieser Truppe damals 150 Flugzeuge und 40 Tanks. Bereits 2 Jahre später war diese Armee auf 180000 Mann gebracht (9 Infanterie- und 2 Kavallerie-Divisionen, 350 Flugzeuge, 300 Tanks und 5 Unterseeboote). 1935 schätzte man die Sowjettruppen im Fernen Osten auf 250000 Mann mit 750 Flugzeugen und 40 Unterseebooten, im Jahre 1937 aber standen hier nach japanischer Schätzung¹⁾ rund 320000 Mann mit 1200 Flugzeugen, 1200 Tanks und 70 Unterseebooten in

¹⁾ Korrespondenz des Japanischen Vereins in Deutschland, Berlin Nr. 863 vom 30. Januar 1939.

Wladiwostok bereit. Im Jahre 1938 soll, ohne daß authentische Zahlen vorliegen, der weitere Nachschub angedauert haben.

Diese kurzen Angaben mögen zur Skizzierung der sowjetischen Bedrohung der Mandschurei genügen.

Hand in Hand gehen damit die von den Bolschewisten provozierten Grenzzwischenfälle, die von Jahr zu Jahr immer häufiger werden und einen immer größeren Umfang annehmen. Der größte Zwischenfall dieser Art waren die Grenzkämpfe im Changfeng-Gebiet im August 1938, bei denen die Bolschewisten allerdings sich blutige Köpfe geholt haben.

Alles das weist darauf hin, daß die Sowjetunion sich nur sehr schwer mit den seit 1932 im Fernen Osten erlittenen Niederlagen abfindet und ganz offensichtlich auf eine Gelegenheit wartet, um zu neuen Angriffen übergehen zu können. Wenn ein größerer Konflikt bisher vermieden wurde, so ist das nicht zuletzt auf den Respekt zurückzuführen, den die Bolschewisten im Fernen Osten vor den japanischen Waffen haben. Damit ist jedoch nicht gesagt, daß die UdSSR. auf jede Aktivität verzichtet. Im Gegenteil versucht Moskau in den anderen Außenländern Chinas – in der Äußeren Mongolei, in Westchina – und besonders in China selbst eine politische und strategische Basis für die Bolschewisierung ganz Asiens zu gewinnen!

4. Die sowjet-imperialistische Durchdringung der Äußeren Mongolei

Für den unmittelbar nach der Revolution begonnenen Rückzug in Ostasien versuchte die Sowjetunion sich an anderen Stellen ihrer asiatischen Front, und zwar in der Äußeren Mongolei und in Westchina (Ost-Turkestan), schadlos zu halten.

Unter dem Vorwand des Kampfes gegen den gegenrevolutionären Baron von Ungern-Sternberg (eines Parteigängers des Atamans Semjenow), der sich mit seinem Freikorps in die Äußere Mongolei zurückgezogen hatte, drangen im Sommer 1921 bewaffnete bolschewistische Banden in die Äußere Mongolei ein. Sie schlugen die Weißen Truppen und errich-

teten eine mongolische Volksrepublik nach sowjetischem Muster, ungeachtet dessen, daß dieses Gebiet de jure ein Bestandteil Chinas war. Die Hauptstadt des Landes, Urga, wurde in Ulan-Bator-Choto, d. h. „Stadt der roten Helden“ umbenannt. Am 5. November 1921 wurde zwischen der UdSSR. und der neuen Republik ein gegenseitiger Anerkennungs- und Bündnisvertrag abgeschlossen. Von diesem Augenblick an begann die innerpolitische und soziale Umwälzung in der Mongolei auf Anstiftung und unter dem unmittelbaren Druck der Bolschewisten.

Im Jahre 1923 wurde zwischen beiden Staaten ein weiterer Vertrag geschlossen, der ganz offen den Zweck verfolgte, die in die Mongolei eingedrungenen kommunistischen Grundsätze zu stabilisieren und die Unabhängigkeit der Äußeren Mongolei erneut zu betonen, nachdem im Jahre vorher eine Verschwörung von mongolischen Nationalisten gegen die Sowjetisierung des Landes von der Tschecha blutig unterdrückt worden war.

In dem neuen Abkommen wurden alle Mineralschätze, Wälder, Flüsse und Seen sozialisiert, das Eigentumsrecht der Fürsten an Grund und Boden aufgehoben und durch ein Sowjetsystem zur Ausbeutung des Landes ersetzt. Die Weidegründe der Nomaden sollten an mittellose Mongolen und Russen zur Nutzung vergeben werden. Mit der Verwertung der Naturschätze des Landes und der Entwicklung von Handel und Industrie sollten sowjetische Sachverständige und Ratgeber betraut, die Bergwerke sollten sowjetischen Genossenschaften zur gemeinsamen Ausbeutung mit mongolischen Arbeitern abgetreten werden. Zur Aufrechterhaltung der Ordnung sollten Sowjettruppen in der Äußeren Mongolei bleiben (!). Die Exterritorialität der Ausländer wurde aufgehoben, jedoch wurde bestimmt, daß die Untertanen von Ländern, welche die Autonomie der Äußeren Mongolei anerkannt haben, Vorrechte erhalten sollten. Praktisch trat diese Bestimmung nur für Sowjetbürger in Kraft, da es außer der UdSSR. keinen Staat gab, der bereit gewesen wäre, die Lostrennung der Äußeren Mongolei von China zu sanktionieren. So wurde ein sowjetrussischer Vertreter als Mitglied des mongolischen Gerichtshofes mit Vetorechten in

solchen Fällen zugelassen, in denen Angehörige des Sowjetstaates betroffen waren. Der Hutuktu in Urga sollte seinen Titel als geistliches Oberhaupt behalten, jedoch an der weltlichen Regierung im Gegensatz zur Vergangenheit nicht teilhaben. Als höchste Regierungsinstanz wurde die Nationalversammlung (Huruldan) proklamiert und die Exekutive dem Kabinett der Minister übergeben¹⁾.

Dieses Abkommen zwischen Moskau und der Äußeren Mongolei ist ein außerordentlich bemerkenswertes Dokument. Es ist nicht nur ein Abkommen über die gegenseitigen Beziehungen zwischen zwei Staaten, es regelt nicht nur einige gemeinsam interessierende Fragen, sondern stellt einen diktatorischen Eingriff in die inneren Verhältnisse der Äußeren Mongolei dar. Der Äußeren Mongolei werden bestimmte völkerrechtliche, staatsrechtliche, wirtschaftspolitische und Verwaltungsmaßnahmen vorgeschrieben, worin zum Ausdruck kommt, daß die „Mongolische Volksrepublik“ von Moskau noch nicht einmal als ein autonomer, geschweige denn als ein souveräner Staat angesehen wird. In diesem „Abkommen“ werden die Grundsätze vorweggenommen, die ein Jahr später (1924) in der „Verfassungsurkunde der Mongolischen Volksrepublik“ vom 26. November 1924 als angeblicher „Wille der breiten Volksmassen“ der Mongolei niedergelegt wurden.

Korostovetz, der ehemalige politische Vertreter des Zarenreiches in der mongolischen Hauptstadt Urga, beschreibt den neugeschaffenen Zustand in der Äußeren Mongolei folgendermaßen:

„De jure besitzt Kalka²⁾ eine kommunistische Volksregierung, de facto wird es von einer kleinen fremdstämmigen Clique regiert, die sich auf die bewaffnete Macht stützt. Der Charakter der Ende 1924 veröffentlichten Verfassung ist dadurch bestimmt worden, daß die Sowjetjuristen sie ausgearbeitet haben. Nominell liegt die Legislative beim Huruldan, während die Exekutive dem Rate der Kabinettsminister gehört... Tatsächlich liegt die vollziehende Gewalt in den

¹⁾ Vgl. Korostovetz, Von Cinggis Khan zur Sowjetrepublik, S. 333. Berlin 1926.

²⁾ Mongolische Bezeichnung für die Äußere Mongolei.

Händen des Chefs vom Stabe der Sowjettruppen, der mit dem mongolischen Kriegsministerium zusammenarbeitet. Das letztere ist das Hauptorgan des russischen Einflusses in der Mongolei und hält enge Fühlung mit Moskau, von wo es mit den nötigen Direktiven versehen wird. Russische Burjäten und Kalmücken, Mitglieder der kommunistischen Partei, sind den mongolischen Ministerien als Ratgeber beigegeben und dienen, wie früher, als Vermittler und Dolmetscher zwischen Russen und Mongolen. Mit Ausnahme des Finanzministeriums haben die mongolischen Ministerien keine große Bedeutung und sind ganz und gar vom Kriegsministerium abhängig¹⁾."

Das praktische Ergebnis dieser Politik ist die vollendete Lostrennung der Äußeren Mongolei von China und ihre Unterstellung unter die Kontrolle Moskaus. Formal hat China diese Entwicklung niemals anerkannt. Das ist jedoch auf die Haltung Moskaus in der Frage der Äußeren Mongolei ohne jeden Einfluß geblieben. Die bereits erwähnte Karachan-Erklärung vom Jahre 1920 mit ihrem Verzicht auf „alle Eroberungen der zaristischen Regierung, die China der Mandschurei und anderer Gebiete beraubt hat“, hätte selbstverständlich eine sinngemäße Anwendung auch auf die Äußere Mongolei finden müssen. Das ist seitens des Sowjetstaates nicht nur unterblieben, sondern darüber hinaus hat er noch in einem anderen, zu China gehörigen Gebiet – in Urjan-chai – eine nackte Eroberungspolitik betrieben.

Das Urjan-chai-Gebiet stellt den äußersten nördlichen Zipfel der Mongolei dar. Das bolschewistische Vorgehen in diesem Gebiet, das sich hier ebenso wie in der Äußeren Mongolei auf die (in der bolschewistischen Agitation als „Imperialismus“ gebrandmarkte) Vorarbeit des Zarenreiches stützte, ist ein besonders charakteristisches Beispiel für Taktik und Methoden der Sowjetpolitik längs der asiatischen Grenzen der UdSSR. Auf dieses Gebiet erhoben die Äußere Mongolei und China gleichen Anspruch. Ihnen gegenüber stellte sich die Sowjetregierung 1921 bedenkenlos auf denselben

¹⁾ Korostovetz, Von Cinggis Khan zur Sowjetrepublik, S. 334.

Standpunkt, wie der russische Ministerrat 1912: die hier lebenden Sojoten hätten den chinesischen Beamten in der Äußeren Mongolei unterstanden; diese seien jedoch nach der Unabhängigkeitserklärung der Äußeren Mongolei vertrieben worden; damit habe China seine Anrechte verloren, während die Äußere Mongolei solche nie besessen habe; infolgedessen seien die Sojoten herrenlos geworden.

Die zaristische Regierung hat seinerzeit diese Auslegung dazu benutzt, um das Gebiet zum „Schutze“ ihrer Untertanen in ihre Gewalt zu bringen. Die Sowjetregierung ihrerseits ging taktisch anders, im Endergebnis allerdings ebenso wie ihre Vorgängerin vor. Auf Grund der am 11. November 1917 bereits proklamierten und am 10. Juli 1918 vom V. Russischen Sowjetkongreß zum Bestandteil der Sowjetverfassung erhobenen „Erklärung der Rechte der Völkerschaften Rußlands“, durch welche unter anderem das freie Selbstbestimmungsrecht für sie bis zur Loslösung und Bildung selbständiger Staaten proklamiert worden war, wurde im September 1921 das Urjan-chai-Gebiet nominell aus der ehemaligen russischen Oberhoheit entlassen. Durch die Umwandlung in die Sowjetrepublik Tannu-tuwa wurde das Gebiet jedoch praktisch zu einem Bestandteil der Sowjetunion gemacht. Das Gebiet muß heute bis zu dem Zeitpunkt, wenn der durch bolschewistische Gewaltakte hier, wie in der ganzen Äußeren Mongolei erzwungene Zustand im Interesse des Friedens im Fernen Osten einer grundlegenden Revision unterzogen werden wird, als zur UdSSR. gehörig angesehen werden.

Diese letzte Feststellung kann überhaupt auf die ganze Äußere Mongolei bezogen werden. Die Sowjetgewalt herrscht in Ulan-Bator und die UdSSR. ist seit Jahren ununterbrochen bestrebt, ihre Stellung in der Äußeren Mongolei wirtschaftlich und vor allem militärisch aufs stärkste auszubauen.

In dem Vertrag mit China vom 31. Mai 1924, der in dem Kampf um die Ostchinesische Eisenbahn eine große Rolle gespielt hat, war u. a. eine Bestimmung enthalten, daß die Regierung der UdSSR. die Äußere Mongolei als einen integrierenden Bestandteil Chinas anerkenne und die Oberhoheit über dieses Gebiet in Zukunft achten würde. Diese Be-

stimmung ist nur ein Fetzen Papier geblieben, so daß die „Ostasiatische Rundschau“ 1930 feststellen konnte: „Es scheint, daß dieser integrierende Bestandteil Chinas allmählich zu einem integrierenden Bestandteil Sowjet-Rußlands wird¹⁾.“

Bis zum Jahre 1930 hatte die UdSSR. die Äußere Mongolei bereits so weit unter ihre Herrschaft gebracht, daß die offene Annexion nur noch eine Formsache war. Die Kontrolle der auswärtigen Beziehungen der Äußeren Mongolei lag fast ausnahmslos in der Hand Moskaus. Dasselbe gilt für den wirtschaftlichen Einfluß. Die Wirtschaftspolitik der UdSSR. in der Äußeren Mongolei zeigt die offene Tendenz, das gesamte Gebiet wirtschaftlich nach außen hermetisch abzuschließen. Die mongolische Ausfuhr nach Kalgan, dem Haupteinfallstor von China und der Mongolei, ging von 1928 bis 1929 von 12 Mill. Dollar auf 2,5 Mill. Dollar zurück und hörte 1930 gänzlich auf. Der gesamte Außenhandel der Äußeren Mongolei ist nahezu vollkommen zu einem Monopol der UdSSR. geworden.

Es ist übrigens interessant festzustellen, daß diese Entwicklung nach 1928 eintrat, zu einer Zeit also, als die Bolschewisten größere Schwierigkeiten in der Mandschurei erlebten. Von da an wuchs das militärische Interesse der UdSSR. an der Äußeren Mongolei zusehends und damit das Bestreben, mit der Vernichtung aller ausländischen Einflüsse in der Äußeren Mongolei dieses für Moskau so wichtige Gebiet sich restlos anzugliedern. Im Jahre 1927 errechnete man das Anlagekapital der 283 chinesischen, 10 englischen, 5 amerikanischen und 3 deutschen Firmen mit insgesamt 12 Mill. Silberdollar, denen 2,5 Mill. sowjetrussisches Kapital und 4,4 Mill. mongolisches Bank- und Genossenschaftskapital gegenüberstanden²⁾. Die sowjetrussischen Organisationen in der Äußeren Mongolei haben es bis heute verstanden, die gesamten ausländischen Investitionen in ihren Besitz zu bringen, außerdem ist die Staatsbank der UdSSR. an der der Mongolei zur Hälfte beteiligt.

¹⁾ „Ostasiatische Rundschau“, Heft 11. Hamburg 1930.

²⁾ Laut Pörzgen in der „Frankfurter Zeitung“ vom 12. 6. 1938.

Die kapitalistische Beherrschung der Äußeren Mongolei durch die UdSSR. hat auch in der für die letztere in wachsendem Maße aktiven Handelsbilanz einen Ausdruck gefunden (in Millionen Rubel):

	1929	1933	1934	1935	1936	1937
Mong. Einfuhr:	16,4	38,5	44,8	11,6	50,4	65,8
Mong. Ausfuhr:	15,2	17,2	20,5	7,9	32,1	33,6

Diese Ziffern werden noch eindrucksvoller, wenn man sich vergegenwärtigt, daß die Gesamtbevölkerung der Äußeren Mongolei kaum mehr als 700000 Köpfe zählt.

Selbstverständlich spielen Eisenbahnpläne in den mongolischen Kombinationen der Sowjetunion eine nicht geringe Rolle. Die zaristische Regierung hatte sich im Jahre 1914 durch ein Abkommen mit der Äußeren Mongolei Eisenbahnkonzessionen gesichert. Zu einer Verwirklichung der russischen Eisenbahnpläne ist es damals nicht gekommen. Vor Jahren erinnerte man sich jedoch in der Sowjetunion des alten, schon vom Grafen Witte erwogenen Projektes einer transmongolischen Bahn, die von Bijsk über Kosch-Agatsch, Kobdo, Ulijassutai nach Ulan-Bator oder nach Kalgan führen sollte. Diesem Riesenprojekt wird man gegenwärtig, soweit es noch bestehen sollte, keine über die propagandistischen Bedürfnisse der Sowjetregierung hinausreichende Bedeutung beilegen dürfen. Anders verhält es sich mit dem Bau einer Eisenbahn von Tschita nach Ulan-Bator, für den die UdSSR. in einem Abkommen vom September 1925 mit der Äußeren Mongolei eine Konzession erworben hat. Vor einiger Zeit wurde auch berichtet, daß mit dem Bau dieser Bahn demnächst begonnen werden soll. Daneben werden noch verschiedene andere Eisenbahnprojekte genannt.

Die Politik der Sowjetregierung in der Äußeren Mongolei trägt nach allem Gesagten die typischen Merkmale einer Kolonialpolitik. Das Beispiel der Äußeren Mongolei ist sehr instruktiv für die Hetze, die von Moskau aus gegen die europäischen Kolonialmächte betrieben wird. Die demagogische Parole: „Befreiung der Kolonialvölker vom Joch der Imperialisten!“, unter der von Moskau der Kolonialbolschewismus geschürt wird, hindert die Bolschewisten selbst

keinen Augenblick, in der Äußeren Mongolei eine äußerst kapitalistische und imperialistische Kolonialpolitik zu betreiben. Jeder Selbständigkeit restlos beraubt, ist die Äußere Mongolei auf das Niveau einer roten Kolonie der UdSSR. herabgedrückt und wird von den Bolschewisten dementsprechend behandelt. Das wirtschaftlich und strategisch wichtige Gebiet ist Gegenstand einer brutalen Ausbeutung seitens der UdSSR., die sich auf die roten Bajonette stützt. Wichtig für die Bolschewisten ist besonders die mongolische Viehzucht als Versorgungsquelle für die fernöstliche Rote Armee.

Wenn in der Sowjetpresse in regelmäßigen Abständen Berichte über Freundschaftsbesuche von mongolischen Ministern in Moskau oder von Sowjetkommissaren in Ulan-Bator bzw. über Verhandlungen und über Abkommen erscheinen, die angeblich zwischen zwei unabhängigen Staaten geschlossen werden, so dienen sie lediglich der Maskierung der tatsächlichen vollkommenen Abhängigkeit der mongolischen Kolonie vom Sowjetstaat.

Nach außen hin wird allerdings immer wieder versucht, den Anschein zu erwecken, als sei die Äußere Mongolei ein selbständiger Staat. Insbesondere sind die Bolschewisten bemüht, der militärischen Inanspruchnahme dieses Gebietes für ihre durchsichtigen Zwecke eine „völkerrechtliche“ Begründung zu geben. So wurde am 12. März 1936 in Ulan-Bator zwischen dem Bevollmächtigten der Sowjetregierung Tairow und Vertretern der „Mongolischen Volksrepublik“ ein „Protokoll über den gegenseitigen Beistand“ unterzeichnet. Einleitend wird auf die alte Freundschaft seit 1921 Bezug genommen, als das mongolische Gebiet „mit Unterstützung der Roten Armee von den weißgardistischen Abteilungen befreit wurde“ (!). Das Protokoll bestimmt inhaltsgemäß folgendes:

1. Gemeinsame Erwägungen über erforderliche Maßnahmen im Falle eines drohenden Angriffs auf einen der Vertragspartner.
2. Verpflichtung zu gegenseitiger militärischer Hilfeleistung im Falle eines militärischen Angriffs auf einen der Vertragspartner.

3. Verpflichtung zur Zurückziehung der Truppen eines der Partner auf dem Gebiet des anderen Partners, die sich dort in Einhaltung der Verpflichtungen aus dem vorliegenden Abkommen befinden, sobald dies unnötig geworden ist.

Der aggressive Charakter dieses Abkommens wurde durch die äußeren Umstände unterstrichen, unter denen es geschlossen wurde. Seit längerer Zeit wurde die Lage im Fernen Osten durch mongolisch-mandschurische Grenzzwischenfälle schwer belastet, die offensichtlich von Moskau inspiriert waren. Am 5. März 1936 erklärte Stalin, durch die kurz vorher erfolgte Ratifizierung des sowjetisch-französischen Militärpaktes durch die Pariser Kammer zu neuen Taten ermutigt, in einem Interview, das er dem amerikanischen Journalisten Roy Howard gewährte, daß im Falle eines militärischen Konfliktes zwischen Japan und der Äußeren Mongolei die UdSSR. zur Hilfeleistung verpflichtet (!) sei. Anlässlich dieser offenen Drohung an Japan wurde zum erstenmal das Bestehen einer Militärkonvention zwischen der UdSSR. und der angeblich unabhängigen „Mongolischen Volksrepublik“ von sowjetischer Seite offiziell zugegeben. Unmittelbar darauf folgte das Abkommen selbst und der neue, besonders schwere Grenzzwischenfall vom 1. April am Buir-See.

Aus den geschilderten Tatsachen geht deutlich hervor, daß die Äußere Mongolei neben ihrer kolonialen Bedeutung für die UdSSR. gleichzeitig Bedeutung als militärisches Aufmarschgebiet des Sowjet-Imperialismus hat. Die Zahl der in Ulan-Bator, Kobdo, Uljassutai und anderen Plätzen stationierten Sowjettruppen wird auf 70–90000 Mann geschätzt. Sie sind mit allen modernen Angriffswaffen ausgerüstet und stellen eine Bedrohung sowohl der Mandschurei, wie Nordchinas dar. Eine Änderung der bestehenden Tatsachen kann von den Mongolen selbst ohne fremde Hilfe nicht herbeigeführt werden. Verschiedene mongolische Aufstandsversuche zur Erlangung der verlorenen Freiheit wurden von den Bolschewisten blutig niedergeschlagen.

5. Moskaus Kampf um Turkestan

Eine weitere große Einbruchsstelle des bolschewistischen Einflusses in das Gebiet der chinesischen Außenländer ist Ost-

Turkestan, das unter der chinesischen Bezeichnung „Sin-kiang“ die westlichste Provinz Chinas ist. Auch hier setzt die UdSSR. im Gegensatz zu ihren Freiheitsproklamationen für die Völker Asiens die Politik des ehemaligen russischen Reichs unter neuen Parolen fort. Der grundlegende Unterschied zwischen beiden besteht allerdings darin, daß an Stelle der nationalen Begründung des alten russischen Ausbreitungsdranges die weltrevolutionäre Ideologie des „Sammelns der russischen Lande“ unter dem roten Banner des Bolschewismus getreten ist. Für die von diesen Bestrebungen betroffenen Völker und Staaten bleibt es jedoch belanglos, unter welcher äußeren Parole sie dem Zepter Moskaus unterstellt werden sollen. In ihren Auswirkungen bedeutet für sie freilich die Herrschaft des Bolschewismus weit mehr als den Verlust ihrer nationalen Freiheit, denn der volks-, kultur- und religionsfeindliche Bolschewismus geht überall darauf aus, die völkische Substanz der von ihm beherrschten Nationen zu vernichten. Eine verlorene nationale Freiheit kann wiedergewonnen werden, vernichtetes Volkstum jedoch ist unersetzlich.

Zum Verständnis der Vorgänge in Ost-Turkestan erscheint es zweckmäßig, einige allgemeine und historische Bemerkungen vorzuschicken. Es handelt sich hier um ein Gebiet, das sich eines noch unerforschten, aber zweifellos riesigen Reichtums an Naturschätzen wie Steinkohle, Naphtha, Gold usw. und an Rohstoffen aller Art, besonders Wolle, Baumwolle, Felle, Seide, erfreut.

Historisch und rechtmäßig gehören Ost- und das in den sechziger und siebziger Jahren zu Rußland gefallene West-Turkestan zusammen. Schon im hohen Altertum haben sich hier die Einflüsse des Nahen Orients und die des Fernen Ostens gekreuzt. Seit den Tagen der persischen Heldensage haben die verschiedenen Völkerwellen, die über das Land hinweggegangen sind, viele Reiche hervorgebracht. Nach dem Sturz der Sassaniden drangen die Araber in die turkestanische Hochebene vor. Die vom islamischen Orient hereinbrechenden Turkvölker zogen durch West-Turkestan, während Ost-Turkestan (Tarimbecken) das Durchgangsland nach Ostasien blieb. Nach den Mongolenstürmen entstanden in Turkestan

verschiedene türkische Staaten; später bildeten die Kirgisen und Usbeken eigene Staatswesen, von denen Chiwa und Buchara nach dem Vordringen der Russen in Mittelasien in ein Vasallenverhältnis zu Moskau kamen.

„Sinkiang“ betrachten die Chinesen als ihr ältestes Kolonialland, jedoch während der ganzen Geschichte dieses Gebiets bis in die neueste Zeit hinein blieb die chinesische Herrschaft in Ost-Turkestan umstritten. Die mohammedanischen Stämme haben mit fanatischer Leidenschaft ihre Sonderstellung und Eigenart gegen die Chinesen verteidigt, ebenso wie sie auch in West-Turkestan sich niemals kampflos fremdem Joch gebeugt haben. Nicht weniger als zehn Aufstände waren allein im vergangenen Jahrhundert in Ost-Turkestan zu verzeichnen und dreimal wurde die Unabhängigkeit des Landes proklamiert. Zuletzt hatte sich Yakub Beg 1870 zum Chan eines großen Reiches aufgeworfen, das nach seinem Tode Rußland und China zum Opfer fiel.

Nach dem bolschewistischen Umsturz und in den Jahren des Bürgerkrieges, als aus Moskau, der Metropole der „Weltrevolution“, mit viel Geschrei gegen die Unterdrückung der Völker durch die „Imperialisten“ das „Recht der Selbstbestimmung und nationalen Unabhängigkeit“ proklamiert wurde, gerieten auch die mohammedanischen Turkstämme in Turkestan erneut in Bewegung.

Die Bolschewisten dachten jedoch keinen Augenblick daran, ihre aus agitatorischen Gründen gegebenen verlogenen Versprechungen einzulösen. Der Aufruf „An die werktätigen Mohammedaner“ vom 7. Dezember 1917 war vergessen. Wohl bedienten sich die Bolschewisten in den ersten Phasen des Bürgerkrieges dieser Parolen und Versprechungen, um die Fremdvölker Rußlands gegen die nationalrussische Freiheitsbewegung auszuspielen – wie es in ganz Mittelasien geschehen ist. Jedoch nach Beseitigung des sogenannten „Orenburger Pfropfens“ (1919) fiel die Rote Armee mordend und sengend in West-Turkestan ein und stellte, wie es im bolschewistischen Jargon heißt, hier „die revolutionäre Ordnung her“. An der Spitze der immer wieder aufflammenden Freiheitsbewegung der Turkstämme versuchte Enver Pascha ver-

geblich, von der Landschaft Ferghana aus einen mittelasiatischen Türkenstaat zu errichten. Als ausgerufener Emir von Turkestan fiel er am 4. August 1922 bei Düschembe in der Bucharei im Kampf gegen die Rote Armee. West-Turkestan wurde von den Bolschewisten annektiert.

Nach 1919 schlugen die Wogen des sowjetrussischen Bürgerkrieges auch über die Grenzen dieses Gebietes. Verschiedene Abteilungen der gegen die Roten kämpfenden nationalrussischen Truppen waren gezwungen, auf ihrem Rückzug den Boden von Ost-Turkestan zu betreten, wo sie von den chinesischen Grenzbehörden entwaffnet wurden. Ein Teil von ihnen siedelte sich hier an und spielte bei den späteren Ereignissen in Ost-Turkestan eine gewisse Rolle.

Dieser Grenzübertritt wurde von den Bolschewisten als willkommener Vorwand benutzt, um in Ost-Turkestan einzudringen. Damit wurde das Land in den Wirkungsbereich des roten Imperialismus einbezogen. Nach Schließung des alten russischen Konsulats in Tschugutschak erschienen hier, sowie in Kuldscha, Kaschgar, Urumtschi und Sira Sume, Sowjetagenten. Gestützt auf die Bajonette der roten Banden zwangen sie die chinesischen Lokalbehörden mit dem chinesischen Gouverneur an ihrer Spitze zum Gehorsam. Die durch die geographische Lage und die Verkehrsverhältnisse ohnehin bedingte Tendenz der ostturkestanischen Wirtschaft nach Westen wurde von der Sowjetregierung zur Ausbreitung und Festigung ihres politischen Einflusses in diesem de jure noch der chinesischen Souveränität unterstehenden Lande ausgenutzt. Der Gouverneur geriet mit der Zeit so sehr in die Abhängigkeit von Moskau, daß er selbständige Verträge mit der Sowjetregierung abschloß und sogar eigene Konsulate auf Sowjetterritorium unterhielt und entsprechende Sowjetkonsulate in Ost-Turkestan zuließ. Der bereits äußerst schwache Zusammenhang zwischen den chinesischen Lokalbehörden mit der chinesischen Zentralregierung in Nanking wurde schließlich fast gänzlich unterbrochen, so daß die Bolschewisten hier eine durch nichts gehemmte Tätigkeit entfalten konnten.

Die wirtschaftsimperialistische Politik der Bolschewisten in Ost-Turkestan wirkte sich in der wirtschaftlichen

Isolierung des Landes aus. Diese wurde durch die Beseitigung der ausländischen Konkurrenz teils durch handelspolitische Maßnahmen, wie z. B. Preisunterbietung, teils durch offene Gewaltanwendung (Abschließung der Grenzen) erreicht. Für das erzielte Ergebnis sprechen folgende Zahlen: der Handelsumsatz zwischen Ost-Turkestan und der UdSSR. betrug 1931 rund 24 Mill. Rubel, 1932 rund 28 Mill. Rubel, 1933 rund 29,7 Mill. Rubel; dem steht 1931 ein Handelsumsatz mit allen übrigen Nachbarländern von knapp 1,5 Mill. Rubel gegenüber.

Nachdem die Isolierung erzwungen war, folgte die zweite Phase des roten Wirtschaftsimperialismus: die hemmungslose Ausbeutung des Landes durch Diktieren der Preise und der Waren, ohne daß auf die Bedürfnisse und die Leistungsfähigkeit der Volkswirtschaft die geringste Rücksicht genommen wurde. So wurde beispielsweise die Baumwollausfuhr aus Ost-Turkestan rigoros unterbunden. Hingegen bezogen und beziehen die Bolschewisten aus Ost-Turkestan solche Rohstoffe, die sie für ihre Zwecke benötigen oder die sie auf dem Weltmarkt in kostbare Devisen verwandeln können. Als „Gegenleistung“ beglücken sie das Land mit den Segnungen ihrer „sozialistischen Industrie“, d. h. sie zwingen ihm diejenige Ausschußproduktion auf, die nicht einmal auf dem warenhungrigen und unverwöhnten Sowjetmarkt an den Mann gebracht werden kann!

Der wirtschaftliche Einfluß als Mittel der politischen Expansion wurde von den Bolschewisten in Mittelasien durch eine entsprechende Verkehrspolitik militärstrategisch unterbaut. Diesem Zweck vor allem diente der Bau der Turksib-Bahn, die Sowjet-Turkestan mit Sibirien verbindet. Die Fertigstellung dieser Bahn (1931), die übrigens unzählige Menschenopfer gekostet hat, wurde für die Ausbreitung des Sowjeteinflusses nach Ost-Turkestan von entscheidender Bedeutung.

Die rein politische Bedeutung dieser Bahn wird hier am augenfälligsten klar und widerlegt die bolschewistische These, daß die Eisenbahnpolitik Moskaus „unter den Bedingungen der proletarischen Diktatur“ im Gegensatz zur zaristischen Vergangenheit „keine imperialistischen Ziele“ verfolge. Wenn



12. Bolschewistische Fotomontage mit dem Bildnis Stalins im Dienste der Popularisierung der militärischen und wirtschaftlichen Kriegsvorbereitung der UdSSR

Kriegs- und Rüstungspropaganda in der Sowjetunion

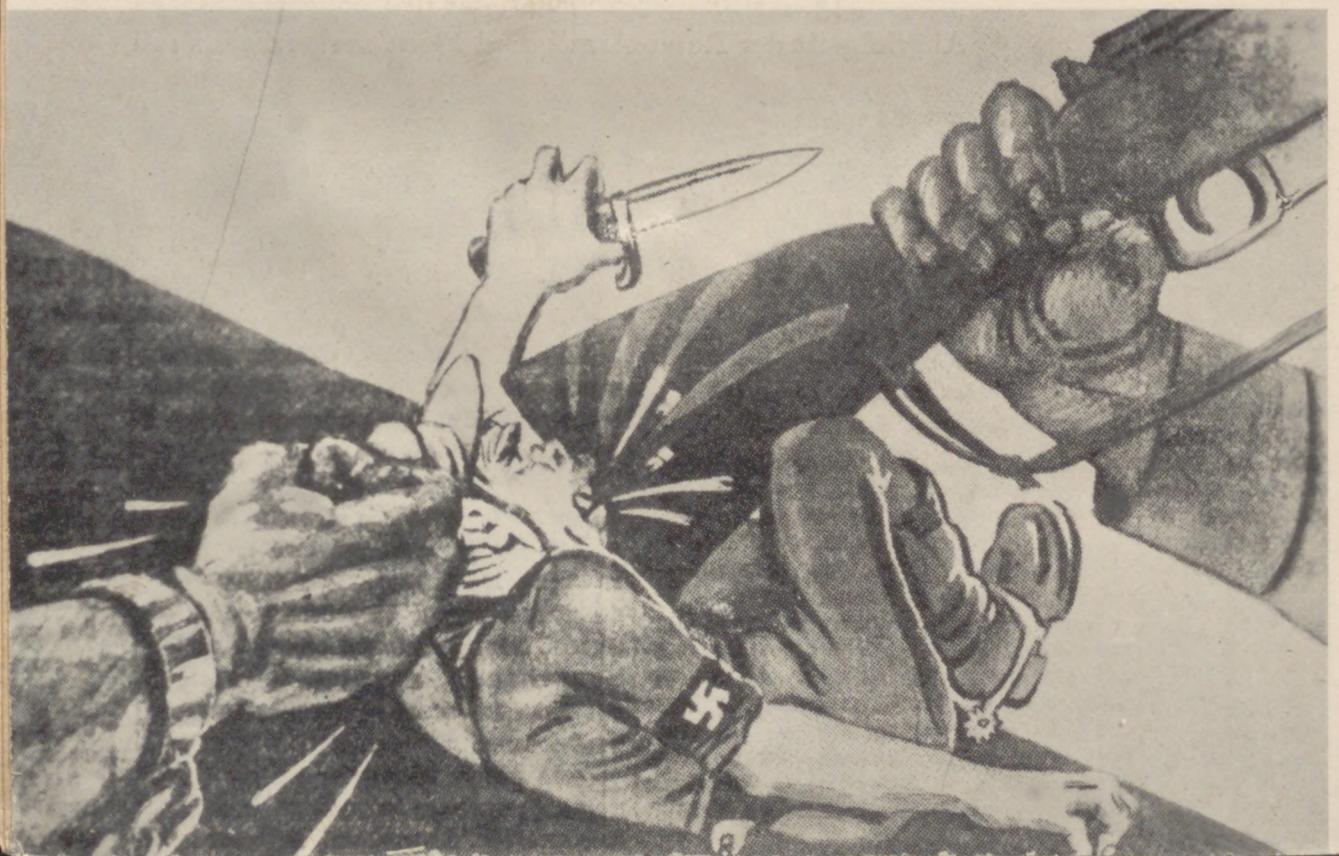
13. Kriegerisches Plakat, das den bolschewistischen Angriffsg Geist der Roten Armee und Flotte verherrlichen soll





14. Bild aus der „Komsomolskaja Prawda“ vom 1. 8. 1936:
Der Bolschewik, der den Nationalsozialismus „erledigt“

15. Drei Wochen vor dem Nichtangriffspakt mit Deutschland: „Maschinostrojenije“ vom
1. 8. 1939 versinnbildlicht im unteren Bild das Verhältnis der Sowjetunion zu Deutschland



in der UdSSR. in diesem Zusammenhang viel von ausschließlich „wirtschaftlichen Notwendigkeiten“ die Rede war, so waren diese lediglich im Hinblick auf das neue Rayonierungssystem der Sowjetunion gemeint und sollten in Anwendung auf die Turksib-Bahn mit dem beabsichtigten Ausgleich zwischen dem auf Monokultur abgestellten Sowjet-Turkestan (Baumwolle) und den Getreidegebieten Sibiriens begründet werden. In dieser Beziehung hat die Bahn die in sie gesetzten Hoffnungen nicht erfüllt. Dafür hat sie für die Entfaltung und die Festigung der Sowjetmacht in Zentralasien über die Grenzen der UdSSR. hinaus, also in ihrer außenpolitischen Wirkung, ihre imperialistische Zweckbestimmung unter Beweis gestellt.

Der Charakter der Eisenbahnpolitik Moskaus in diesem Gebiet geht aus einer Betrachtung der zum Teil bereits in Angriff genommenen bzw. geplanten neuen Projekte in unmißverständlicher Weise hervor. An neuen Linien werden vor allem genannt: Alma-Ata-Kuldscha, Sergiopol-Tschugutschak und eine Eisenbahn von Semipalatinsk in das Altai-Gebiet. In sowjetrussischen Veröffentlichungen wurden außerdem noch zwei weitere große Projekte genannt: Osch-Kaschgar und die Verlängerung der nach Tschugutschak geplanten Bahn bis Urumtschi. Es ist übrigens bemerkenswert, daß in allen bolschewistischen Eisenbahnplänen in diesem Gebiet über Ost-Turkestan wie über eigenes Territorium verfügt wird.

Alle diese Eisenbahnen greifen, von der Turksib abzweigend, nach Ost-Turkestan hinein und müssen selbstverständlich im Falle ihrer Realisierung die zur Zeit offiziell noch geltende Grenze zwischen Ost-Turkestan und der UdSSR. illusorisch machen. Der imperialistische Charakter der geschilderten Politik ist unverkennbar.

Die letzten Ereignisse in Ost-Turkestan beweisen dies übrigens in überzeugendster Weise. Es zeigt sich hier, daß die Bolschewisten bei ihrem angeborenen Ausbreitungsdrang bequeme Gelegenheiten auszunützen verstehen, auch wenn ihre sonstigen Projekte noch im Stadium der Vorbereitung stecken. Moskau hat nicht gewartet, bis es seine geplanten Bahnen nach Ost-Turkestan fertiggestellt hat, sondern hat von den

Gelegenheiten, die sich hier geboten haben, ausgiebigsten Gebrauch gemacht.

Die Bolschewisten beobachteten von Anfang an mit besonderer Aufmerksamkeit das Verhältnis zwischen der einheimischen Bevölkerung und den Chinesen und versuchten jederzeit, die einen gegen die anderen auszuspielen. Den Unabhängigkeitsbestrebungen unter den Turkstämmen begegneten sie mit sehr geteilten Gefühlen. Wenn ihnen auch jede Schwächung des chinesischen Einflusses in Ost-Turkestan aus naheliegenden Gründen willkommen war, so erblickten sie doch in der nationaltürkischen Bewegung einen Herd zahlreicher Gefahren für das zur UdSSR. gehörige West-Turkestan.

1931 kam es zu einer neuen Aufstandsbewegung der Turkstämme in der Dsungarei, die sich äußerlich als Emanzipation von Nanking darstellte, jedoch gleichzeitig gegen den bolschewistischen Einfluß gerichtet war. Der angegriffene chinesische Gouverneur Chin-Shu-jen, der wegen seiner Maßnahmen zur Monopolisierung des Handels (bolschewistischer Einfluß!) auch bei den chinesischen Kaufleuten unbeliebt war, konnte sich nur mit Unterstützung eines aus etwa 3000 russischen Emigranten bestehenden Korps vorübergehend der Aufständischen erwehren. Er wurde jedoch bald abgesetzt und es wurde eine zwar chinesische, jedoch von Nanking unabhängige Regierung gebildet. Über sie hinweg griff die Aufstandsbewegung, auf deren Seite auch die Tunganen aus der benachbarten chinesischen Provinz Kansu unter dem General Ma Chung-ying kämpften, 1933 auf Kaschgarien über. Im Herbst des gleichen Jahres wurde in Aksu die „Unabhängige Türkische Republik Ost-Turkestan“ ausgerufen.

Dieses Ergebnis war das Unangenehmste, was den Bolschewisten begegnen konnte. Sie zögerten denn auch keinen Augenblick, um mit für die dortigen Verhältnisse starken bewaffneten Kräften in Ost-Turkestan einzugreifen. Im Dezember 1933 marschierten Formationen der Roten Armee, deren Stärke auf 7000 Mann geschätzt wird, mit Artillerie, Panzerwagen und Flugzeugen in zwei Kolonnen über Kuldscha und Tschugutschak in Ost-Turkestan ein. Die nationale Freiheitsbewegung der einheimischen Bevölkerung wurde nach bewährtem Vorbild

des Bürgerkrieges in Rußland brutal zusammengeschossen. Im März 1934 proklamierten die Bolschewisten die „Autonome Republik Jurgustan“. Als erste „Kulturleistung“ erfolgte die Gründung einer GPU., die vom ersten Tage ihres Bestehens mit Verhaftungen und Erschießungen eine fieberhafte Tätigkeit entfaltete. Die Sowjetisierung des Landes wurde beschleunigt durchgeführt. Ost-Turkestan ist heute praktisch aus dem chinesischen Staatsverband ausgeschieden und genau so, wie die Äußere Mongolei, zu einer Sowjetkolonie degradiert.

Für die Bolschewisten hat Ost-Turkestan eine hervorragende strategische Bedeutung. Von Moskau aus betrachtet, erscheint die Sowjetpolitik in diesem Gebiet als ein Versuch, neben einer Flankensicherung ihrer Stellung in der Äußeren Mongolei gleichzeitig eine Art Korridor durch das Tarimbecken nach den zentralchinesischen Gebieten zu gewinnen, in denen das rote Zentrum Chinas liegt. Ein Gelingen dieses Planes bedeutet für die Bolschewisten die Möglichkeit, jederzeit auf direktem Wege Waffen, Munition und Truppen in das Herz von China zu schaffen.

6. Nationalitätenpolitik als imperialistische Waffe

Die verschiedenen Beispiele des Sowjet-Imperialismus in Asien regen gleichzeitig dazu an, einige Überlegungen über die Nationalitätenpolitik der UdSSR. anzustellen, die bei allen Bestrebungen des Bolschewismus in Asien eine große praktische Bedeutung hat.

Die UdSSR. ist ein Nationalitätenstaat. Der nationale Freiheitskampf der Völker Rußlands hatte während des Bürgerkrieges praktisch bereits die Aufteilung des alten Reiches herbeigeführt. Nur durch die theoretische Übernahme gewisser nationalbündischer Elemente – wenigstens auf kulturellem Gebiet – in die Grundlagen des Sowjetstaates ist es den neuen Machthabern gelungen, den territorialen Bestand des alten Reiches, wenn auch mit wesentlichen Abstrichen in der baltischen Zone, in die Gegenwart hinüberzuretten. Die Anwendung der Gewalt hat in dieser Beziehung eine große Rolle

gespielt, doch hätte diese allein nicht ausreichen können, um den beabsichtigten Zweck zu erreichen. Die Parole der „nationalen Autonomie“ mußte als Köder dienen.

Aber die Nationalitätenpolitik der UdSSR. hat in ihrer Stellung zwischen Propaganda und Wirklichkeit ein doppeltes Gesicht erhalten. Die praktische Wirkung der bundesstaatlichen Verfassung der Sowjetunion, die das Selbstbestimmungsrecht der einzelnen Bundesmitglieder theoretisch bis zum Recht des Ausscheidens aus dem Gesamtverband steigert, wird durch das Prinzip der Klassendiktatur, d. h. durch einen neuen Absolutismus wieder aufgehoben. Bestehen bleibt die propagandistische Wirkung, die in erster Linie außenpolitisch ausgebeutet wird. Durch die Gewährung des Rechtes des Eintritts in den Sowjetstaat an jede sozialistische Sowjetrepublik, die sich außerhalb der heutigen Grenzen der UdSSR. bildet, wird theoretisch der Idee der „Weltrevolution“ Rechnung getragen. Praktisch werden jedoch unter dem Schein eines neuen klassenmäßig bestimmten „Rechtes“ der willkürlichen Ausbreitung des Sowjetstaates überall dort, wo seine politischen und militärischen Machtmittel ausreichen, alle Tore geöffnet.

Das ist die praktische Grundlage des Sowjet-Imperialismus, der längs der asiatischen Grenzen der UdSSR. ein sehr realer Faktor ist und sich, wie alle angeführten historischen Beispiele zeigen, nach dem Gesetz des geringsten Widerstandes auswirkt. Die Nationalitätenpolitik des Sowjetstaates dient ihm als Mittel zum Zweck.

Auf diese Weise stellen die nationalstaatlichen Gebilde in Gestalt von „sozialistischen“ oder „autonomen Sowjetrepubliken“, die in dem Raum zwischen dem Kaspisee und dem fernöstlichen Küstenstreifen geschaffen worden sind, durchgehend eine Spekulation auf jenseits der Grenze liegende Möglichkeiten dar. Es ist eine Eigenart dieser Grenze, daß sie überall den Lebensraum der verschiedenen Völker und Stämme durchschneidet und so mit einer ununterbrochenen Kette von Grenzproblemen einen durchaus labilen Charakter trägt.

Es kann jedoch nicht unausgesprochen bleiben, daß eben hier unter Umständen eine große Gefahrenquelle für die Sowjetunion selber entstehen kann. Niemand kann heute mit Be-

stimmtheit sagen, wie die nationalen Probleme in dem gewaltigen Raum, den Moskau beherrscht, sich ferner entwickeln werden. Es gehört jedoch keine besondere Prophetengabe zu der Feststellung, daß diese Probleme über kurz oder lang eine den Interessen der Völker entsprechende Lösung werden finden müssen. Vom Standpunkt der beherrschten Völker muß die bolschewistische Diktatur in gewissem Sinne immer auch als russische Herrschaft erscheinen. Sollte im Rahmen einer weiteren nationalen Differenzierung der Völker der UdSSR. ihr bisheriges Nahziel der kulturellen Gleichberechtigung mit dem russischen „Staatsvolk“¹⁾ von dem Willen zu eigener Staatlichkeit mit Anspruch auf uneingeschränkte Souveränität abgelöst werden, so könnte dies eine Umwälzung in der Verteilung der Kräfte vor allem in Asien herbeiführen, deren Folgen heute kaum zu übersehen sind.

Gerade diese Gefahr wird jedoch auf der anderen Seite für den Sowjet-Imperialismus immer wieder ein Ansporn sein müssen, seine Machtmittel zu verstärken und durch eine aggressive Politik danach zu trachten, auf jeden Fall und überall „erfolgreich“ zu sein. Man kann sagen, daß diese Tendenz die Folge eines ihm innewohnenden inneren Gesetzes ist, von dem er sich nicht freimachen kann, ohne sich selbst aufzugeben.

Der Sowjet-Imperialismus muß daher gewissermaßen aus Selbsterhaltungstrieb ständig im Angriff bleiben. Wird ihm an einer Stelle ein Damm entgegengesetzt, so wird er stets versuchen müssen, an einer anderen Stelle einen neuen Durchbruch zu wagen. Die Politik der UdSSR. in der Mandschurei, in der Mongolei und in Ost-Turkestan bestätigt diese Auffassung. Solchermaßen stellt die Sowjetunion

¹⁾ Es ist hier zu beachten, daß die Russen in der UdSSR. als „Staatsvolk“ im üblichen Sinne gar nicht aufgefaßt werden dürfen, da sie selbst unter der Herrschaft einer ihnen artfremden, d. h. jüdischen Diktatur stehen. Dadurch erhalten die Nationalitätenprobleme in der UdSSR. einen besonders komplizierten Charakter.

durch die politischen Grundlagen, auf denen sie als Klassenstaat mit weltrevolutionärer Zielsetzung aufgebaut ist, eine ständige Bedrohung aller ihrer Nachbarvölker und Staaten dar. Sie muß mit innerer Gesetzmäßigkeit überall auf fremdes Gebiet übergreifen und damit eine nie abreißende Kette von Konflikten mit anderen Mächten schaffen.

Diese Konflikte bleiben auch nirgends aus. Die Lage Ost-Turkestans im Schnittpunkt der sowjetischen, englischen und neuerdings auch japanischen Interessensphären in Innerasien verleiht den dortigen Ereignissen eine über den lokalen Bereich hinausgreifende Bedeutung.

Die Engländer betrachten den südlichen Teil von Ost-Turkestan zusammen mit den südöstlich und südwestlich von ihm gelegenen Gebieten als Glacis zum Schutze Indiens, der Zentralposition ihrer Weltmacht. Die Sowjetpropaganda macht ihrerseits kein Hehl daraus, daß die Eroberung Indiens für den Kommunismus eines ihrer Hauptziele ist. Alle Versuche der Sowjetunion, mit Hilfe ihrer politischen Agenten in Tibet oder in Afghanistan einzudringen, um in diesen Gebieten den bolschewistischen Aufmarsch vorzubereiten, sind auf das Ziel der Eroberung Indiens gerichtet. Die Ausbreitung des Sowjeteinflusses in Ost-Turkestan verfolgt u. a. auch diesen Zweck und stellt damit eine unmittelbare Bedrohung der Stellung Englands in Asien dar.

Auf der anderen Seite steht Japan mit seinen Neuerwerbungen auf dem asiatischen Kontinent, die es nur in jahrzehntelangem zähen Kampf mit Rußland und der UdSSR gewinnen konnte, und jetzt gegen einen möglichen umfassenden Gegenangriff der Sowjetpolitik zu verteidigen hat.

Die Mandschurei ist von drei Seiten umstellt. Japan sieht sich daher gezwungen, den Sowjetbestrebungen in der Mongolei und in Westchina entgegenzutreten. Seit der Gründung des mandschurischen Kaiserreiches und seit der im Dezember 1933 erfolgten Ausrufung der Unabhängigkeit der Inneren Mongolei, wo der japanische Einfluß bereits sehr stark ist, muß Japan als Schutzmaßnahme gegen den aggressiven Bolschewismus seine Interessensphäre

über die sowjetisch-japanische Demarkationslinie von 1925 hinaus in westlicher Richtung vorschieben. Darin kommt sowohl eine vorbeugende Umfassungsbewegung gegen die Stellung der UdSSR. in der Äußeren Mongolei zum Ausdruck, wie auch die Schaffung einer vorgeschobenen Verteidigungslinie gegen einen möglichen bolschewistischen Vorstoß aus der Richtung Ost-Turkestans bzw. Zentralchinas.

7. China als Basis des Bolschewismus

Am Beispiel der Ostchinesischen Eisenbahn ist bereits gezeigt worden, mit welchen rigorosen Mitteln die Sowjetunion China gegenüber ihre imperialistischen Ansprüche zu verwirklichen versucht hat. Es kann keinem Zweifel unterliegen, daß die durch das brutale Eingreifen der Roten Armee in der Mandschurei 1929 erzwungene Niederlage Chinas eine Katastrophe zur Folge gehabt hätte, wenn nicht zwei Jahre später Japan sich eingeschaltet hätte, um einem Weitervordringen Moskaus in der Mandschurei und Nordchina Einhalt zu gebieten. Damit ist auch der Kampf des Bolschewismus um China in eine neue Phase getreten, da Moskau von diesem Zeitpunkt an es nicht mehr mit China allein, sondern auch mit Japan zu tun hatte, für welches die Verhinderung einer Bolschewisierung des „Landes der Mitte“ eine nackte Existenzfrage war. Denn über eines war sich Japan im klaren: mit einem Sieg des Bolschewismus in China war das Schicksal aller Völker in Asien besiegelt.

Nach der verhinderten „Hilfe von außen“ für den damals bereits sehr starken Kommunismus in China gingen die Bolschewisten in verstärktem Maße dazu über, die in China selbst liegenden Möglichkeiten auszunutzen, um entscheidende Fortschritte ihres imperialistischen Strebens nach einer vollkommenen Beherrschung Chinas zu erreichen.

Die ersten Versuche der Bolschewisten, in China vorzustoßen, hatten zunächst nur bescheidene Ergebnisse. Die weitaus bäuerliche, in Tradition und Familie fest verwurzelte Bevölkerung Chinas war nicht der geeignete Boden, um die

kommunistische Saat so ohne weiteres gedeihen zu lassen. Im Juli 1921 wurde auf Betreiben des bereits 1919 nach China entsandten Kominternagenten Welenskij in Schanghai die Kommunistische Partei Chinas gegründet. Da Moskau einsah, daß es mit einer Agitation in den Massen zunächst nicht viel erreichen konnte, versuchte es die unter der Leitung von Sun Yat-sen stehende national-revolutionäre Partei, die Kuomintang, für ihre Zwecke auszunutzen. Die Karachannote von 1920¹⁾ sollte politisch den Boden vorbereiten. Die später folgenden sowjetisch-chinesischen Verhandlungen wegen der Ostchinesischen Eisenbahn wurden von Moskau benutzt, um die Chinesen unter stärksten politischen Druck zu setzen. In das Jahr des Pekingener Abkommens (1924) fällt zugleich das überaus bedeutsame Ereignis der Zulassung der Kommunisten zur Mitarbeit in der Kuomintang! „Mitarbeit“ bedeutete hier, da die Kommunisten in China selbst über keinen nennenswerten Anhang verfügten, in erster Linie Entsendung von militärischen und politischen „Beratern“ aus der UdSSR.: der jüdische Sowjetagent Borodin-Grusenberg und Galen (der spätere rote Marschall Blücher) erschienen auf der Bildfläche. Galen hatte den Auftrag, eine chinesische Armee aufzustellen und auszubilden; sein Schüler war Tschiangkaischek.

Sofort nach dem Tode Sun Yat-sens (12. März 1925), der trotz seines Paktierens mit Moskau den Kommunismus für China ablehnte, verschärfte die Komintern den Kurs in China. Vorbereitet war dies bereits durch die fieberhafte und echt jüdische Tätigkeit, die Borodin-Grusenberg innerhalb der Kuomintang von Anfang an entfaltet hatte. Schon am 23. Mai 1925 trat er mit einem Aufruf an die Öffentlichkeit, der die Forderung enthielt, daß die Kuomintang sich eindeutig auf die Seite der Sowjetunion stellen müßte. Zur gleichen Zeit machten sich die ersten folgenreichen Auswirkungen der Tätigkeit der zahlenmäßig noch völlig unbedeutenden (damals nur etwa 1000 Mitglieder!), doch dank der Legalisierung durch die Kuomintang und dank der Anwesenheit eines Borodin-Grusenberg bereits zu Einfluß gelangten Kommunistischen

¹⁾ Siehe S. 53.

Partei bemerkbar: in Schanghai kam es zu schweren Ausschreitungen, Streiks und blutigen Zusammenstößen. Das Exekutivkomitee der Komintern gab an die chinesischen Kommunisten die Weisung aus, in der Arbeiterschaft und in der Bauernschaft für die Bildung von Sowjets nach sowjet-russischem Vorbild zu agitieren. Auch die Parolen waren sofort gefunden: Lohnforderungen für die einen, agrar-revolutionäre Forderungen für die anderen und Fremdenhaß für beide gemeinsam!

Die Taktik der Komintern war es, in erster Linie die Bauern als die Hauptmasse der chinesischen Bevölkerung zu revolutionieren. Die Bolschewisten gingen deshalb mit großer Vorsicht vor und gaben nur solche Parolen aus, von denen sie hoffen durften, daß sie bei den Bauern Gehör finden würden. Insbesondere waren sie bemüht, die armen gegen die reichen Bauern aufzuhetzen und so den Klassenhaß und Klassenkampf in die Reihen der Landbevölkerung zu tragen. Zugleich verstärkten die Kommunisten ihre Tätigkeit innerhalb der Kuomintang, wo sich bald ein „rechter“ und ein „linker“ Flügel bildeten, der letztere natürlich unter kommunistischer Führung.

Die Wirkung dieser von Moskau inspirierten und finanzierten Tätigkeit blieb nicht aus. Die Bauernrevolten griffen immer weiter um sich und die innerchinesischen Kämpfe nahmen immer offener den Charakter eines bolschewistischen Bürgerkrieges an. Das Ergebnis der Tätigkeit von Galenblücher war die Entstehung einer chinesischen „Roten Armee“, die nach den während des Bürgerkrieges in Rußland gemachten Erfahrungen organisiert wurde. Daneben wurden, gleichfalls nach sowjetrussischem Muster, Abteilungen „Roter Partisanen“ formiert. Beide – „Rote Armee“ und „Rote Partisanen“ – waren nichts anderes, als bewaffnete Räuberbanden, die mordend und plündernd das Land durchzogen.

Im April 1927 bildete Tschiangkaischek eine Regierung des rechten Flügels der Kuomintang, schloß die Linken aus ihren Reihen aus und zwang Borodin-Grusenbergs, bald darauf China zu verlassen. Die Kommunisten antworteten mit bewaffneten Aufständen. Der Bruch mit der Kuomintang war vollzogen, doch erlitten die Kommunisten eine Schlappe.

Dieser Mißerfolg veranlaßte keinen Geringeren, als den Sowjetdiktator Stalin, eine Analyse der chinesischen Revolution zu geben. Stalin kam dabei zu einer Einteilung der chinesischen Revolution in drei Etappen¹⁾. Die erste Etappe umfaßt die Zeit des allgemeinen nationalen Kampfes gegen den äußeren Feind, das heißt gegen den ausländischen „Imperialismus“; die zweite Etappe ist die bürgerlich-demokratische Revolution; die dritte Etappe ist schließlich die – Sowjetrevolution.

Stalin und dementsprechend selbstverständlich auch der vom 17. Juli bis 1. September 1928 in Moskau tagende VI. Weltkongreß der Komintern stellten fest, daß sich China zur Zeit in der zweiten Etappe der Revolution befinde, „in der die wichtigsten Bedingungen für die Diktatur des Proletariats und die sozialistische Revolution vorbereitet werden“²⁾.

Die Folge dieser Feststellungen war ein energisches: Zurück-Marsch-Marsch! Das bedeutete selbstverständlich nicht etwa Verzicht auf die Eroberung Chinas, sondern Anwendung einer vorsichtigeren, dem „bürgerlich-demokratischen Charakter der zweiten Periode der chinesischen Revolution“ angepaßten Taktik. Hauptlosung blieb: Agrarrevolution, d. h. allmähliche Radikalisierung der Bauern unter Führung der Kommunisten mit dem Ziel der Bildung von Sowjets. Hingegen wurde jeder „Putschismus“ untersagt.

Die folgende Etappe des Kampfes um China wird im Zentralorgan der Komintern folgendermaßen beschrieben: „Von Ende 1927 bis zum Frühjahr 1930 kämpften die ursprünglichen Sowjetzellen und die einzelnen Abteilungen der jungen Roten Armee angesichts des vorübergehenden Abebbens der revolutionären Welle im wesentlichen in der Defensive. Erst seit dem Sommer 1930 begannen die Sowjetzellen und die Abteilungen der Roten Armee mit dem Beginn eines neuen

¹⁾ Vgl. „Strategie und Taktik der Komintern in der national-kolonialen Revolution am Beispiel Chinas“, S. 100. Moskau 1934 (russ.).

²⁾ Aus den Thesen des VI. Weltkongresses der Komintern über die „revolutionäre Bewegung in den Kolonial- und Halbkolonialländern“.

revolutionären Aufschwungs im Lande sich wieder zu festigen und zu wachsen. Im Verlauf von 3–4 Jahren war es den Hauptkräften der Roten Armee gelungen, sich eine territoriale Basis in großen Teilen der Provinzen Kiangsi und Fukien zu schaffen und auszubauen, wo eine auf dem I. Sowjetkongreß in ihrer Hauptstadt Ju-kin gewählte provisorische Zentralregierung der Chinesischen Sowjet-Republik gebildet wurde¹⁾. Ihr Vorsitzender war der Kommunist Mao Tse-tung, ihr gehörte ferner u. a. als Kriegskommissar Tschu-de an, der später als Oberbefehlshaber der „8. revolutionären Volksarmee“ bekannt wurde.

Es muß hier hinzugefügt werden, daß als wichtigste Maßnahme im Zusammenhang mit der Bildung dieser „Sowjetregierung“ die Schaffung einer „Generaldirektion der GPU.“ war, nachdem seit 1928 bereits in Schanghai eine GPU.-Zentrale als ihre Vorläuferin existierte. Die oberste Leitung dieser nach sowjetrussischem Muster eingerichteten Institution befand sich selbstverständlich in Moskau und hatte wohl nach den Erfahrungen der letzten Jahre vor allen Dingen dafür zu sorgen, daß die von Moskau dekretierte „Parteidisziplin“ nicht verletzt wurde.

Angesichts der immer drohender werdenden Gefahr mußte sich Tschiangkaischek zu energischen Maßnahmen entschließen. Er unternahm mehrere Feldzüge gegen die Roten, jedoch gelang es ihm nicht, sie entscheidend zu schlagen. Sie zogen sich in die zentralchinesischen Provinzen zurück, zunächst nach Szetschwan, dann nach Schensi und Kansu.

Zur gleichen Zeit (1934) marschierten die Bolschewisten in Ost-Turkestan ein. Der unmittelbare Zusammenhang zwischen beiden Aktionen wird hier ebenso klar, wie die revolutionsstrategische Bedeutung Ost-Turkestans für die Bolschewisierung Chinas.

Die drohende kommunistische Gefahr in China, die gleichzeitig eine offene japanfeindliche Tendenz hatte – die Kommunisten waren seit Jahren energisch bestrebt, Tschiangkaischek zu einem militärischen Konflikt mit Japan zu zwingen –

¹⁾ Kommunistische Internationale, Moskau 1936, H. 14, S. 84 (russ.).

konnte von Japan nicht tatenlos hingenommen werden. Seit 1931 spielten sich in der Mandschurei die bekannten Ereignisse ab, die als Abwehrmaßnahmen Japans gegen den frech vordringenden Bolschewismus zu werten sind.

So geriet Tschiangkaischek zwischen die beiden großen Mächte, die um eine Entscheidung in Ostasien ringen: auf der einen Seite stand der Bolschewismus mit seinem weltrevolutionären Anspruch auf die Beherrschung aller Völker – auf der anderen Seite Japan als Verteidiger Ostasiens gegen den Roten Imperialismus. In dieser Lage konnte Tschiangkaischek nicht länger eine Politik auf des Messers Schneide betreiben. Es gab nur eine Wahl: entweder mit Japan gegen den Bolschewismus, oder mit dem Bolschewismus gegen Japan. Moskau erkannte dies mit sicherem Blick und vollzog kurz entschlossen eine neue taktische Schwenkung. Diese bestand, theoretisch gesehen, darin, daß die chinesische Revolution von der „zweiten“ auf die „erste Etappe“ zurückgeschaltet wurde: auf die Etappe „des allgemeinen nationalen Kampfes gegen den äußeren Feind, d. h. gegen den ausländischen Imperialismus“.

In der Praxis sah das so aus, daß die vom VII. Komintern-Kongreß in Moskau ausgegebene Parole der „Volksfront“ sinngemäß auf China angewandt wurde. Im November 1935 erfolgte ein erster Vorstoß der Kommunistischen Partei Chinas in der neuen Richtung. Im August 1936 folgte ein „Offener Brief“ an die Kuomintang mit dem Vorschlag einer gemeinsamen Aktion gegen Japan.

Mitte Dezember 1936 ereignete sich der „Zwischenfall von Sianfu“: Tschiangkaischek wurde von dem nach Moskau orientierten Tschanghsueliang gefangengesetzt und nach einiger Zeit wieder freigelassen. Der für unsere Begriffe reichlich mysteriöse Vorfall hat zu den verschiedenartigsten Kombinationen Anlaß gegeben, u. a. zu der Behauptung, die Freilassung Tschiangkaischeks sei erst erfolgt, nachdem er bestimmte sowjetfreundliche Verpflichtungen übernommen habe. Eine authentische Aufklärung des Vorfalls ist nicht erfolgt. Der weitere Verlauf der Dinge in China war jedoch der folgende:

Das Zentralkomitee der Kommunistischen Partei Chinas unterbreitete Anfang 1937 der Kuomintang folgende konkrete Vorschläge:

1. Beendigung des Bürgerkrieges und Konzentration aller Kräfte zum Kampf gegen Japan;
2. Presse- und Versammlungsfreiheit, sowie allgemeine Amnestie für die politischen Gefangenen;
3. Einberufung einer Nationalversammlung unter Beteiligung aller Parteien (also auch der Kommunisten);
4. rascheste Beendigung der Vorbereitungen für den militärischen Kampf gegen Japan;
5. Verbesserung der Lage der Volksmassen.

Als Gegenleistung versprochen die Kommunisten:

1. Einstellung des bewaffneten Kampfes zum Sturz der Kuomintang-Regierung;
2. Umbenennung der Sowjet-Regierung in „Leitung des besonderen Rayons der Chinesischen Republik“ und der Roten Armee in – national-revolutionäre Armee, sowie deren Unterstellung unter die Nanking-Regierung;
3. Einführung eines demokratischen Verwaltungsregimes im „Besonderen Rayon“;
4. Einstellung der Enteignung des Bodens der Gutsbesitzer;
5. Durchführung des Programms der nationalen Einheitsfront gegen Japan¹⁾.

Es folgten längere Verhandlungen mit dem Ergebnis, daß am 23. September ein Abkommen zwischen der Kuomintang und der Kommunistischen Partei Chinas publiziert wurde, das alle wesentlichen Forderungen der Kommunisten enthielt. Aber bereits einen Monat vorher, am 21. August 1937, war ein „Nichtangriffspakt“ zwischen China und der UdSSR. unterzeichnet worden.

Tschiangkaischek scheint einen ähnlichen Fehler begangen zu haben, wie seinerzeit Sun Yat-sen, der sich auf die Loyalität von kommunistischen Deklarationen verlassen zu dürfen geglaubt hat. Die Taktik der Kommunisten ist jedenfalls

¹⁾ Kommunistische Internationale, Moskau 1937, H. 10/11, S. 103 (russ.).

vollständig klar und geht aus ihren eigenen dialektischen Konstruktionen unmißverständlich hervor. Für sie ist die Zusammenarbeit mit der Kuomintang lediglich ein Mittel zur Verwirklichung der auf dem VII. Weltkongreß der Komintern von Dimitroff proklamierten „Taktik des Trojanischen Pferdes“. Also eine Wiederholung des schon einmal versuchten Spiels des Eindringens in die Kuomintang und ihrer Ausnutzung für ihre revolutionären Umtriebe.

Im übrigen sieht die Entwicklung in China, um bei der taktischen Analyse Stalins zu bleiben, so aus, daß die erste Etappe der Revolution für die Kommunisten lediglich eine Vorstufe für die beiden nächsten Etappen ist. Das beweisen folgende Sätze der „Kommunistischen Internationale“¹⁾ über die Perspektiven der bolschewistischen Revolution in China: „Eine entschiedene Führung der demokratischen Revolution durch uns ist eine Vorbedingung des Kampfes für den Sieg des Sozialismus. Der Übergang vom Zustand, in dem die Bourgeoisie das Übergewicht hat, zu dem Zustand, in dem das Proletariat das Übergewicht haben wird, – ist eine Frage des Kampfes. Wir sind Anhänger des revolutionären Hinüberwachens. Wir sind dafür, daß wir alle notwendigen Etappen der demokratischen Republik durchlaufen und zum Sozialismus übergehen.“ (!)

Das ist ein klares, ein unmißverständliches Programm des Roten Imperialismus zur Eroberung Chinas.

¹⁾ Kommunistische Internationale, Moskau 1937, H. 9, S. 73 (russ.).

4. Kapitel. Die Sowjetunion in Europa

1. *Zwei Pole der Sowjetpolitik*

„Wird Sowjetrußland erstarken, so wird der Versailler Vertrag zusammenbrechen, wie das beinahe im Juli 1920 auf den ersten Schlag der Roten Armee hin der Fall war.“ Diese Worte sprach Lenin am 15. Oktober 1920 vor Vertretern der Bauernschaft des Moskauer Gouvernements¹⁾.

Inzwischen sind viele Jahre ins Land gegangen. Die Sowjetunion ist äußerlich erstarkt und der Versailler Vertrag ist zusammengebrochen. Hat Lenin also recht behalten?

Die Beantwortung dieser Frage ist für die Beurteilung der europäischen Politik der UdSSR. von grundlegender Bedeutung. Seit dem 27. Juni 1918 bis zur Wiedereinführung der allgemeinen Wehrpflicht in Deutschland am 16. März 1935 war das Versailler Diktat mit seinen Folgen das Zentralproblem Europas und in einem erweiterten Sinne auch der übrigen Welt. Der Charakter der Politik aller Staaten, besonders der Großmächte, hing in erster Linie von ihrer prinzipiellen Einstellung zum Versailler Diktat ab.

Das gilt natürlich auch von der Sowjetunion. Jedoch war die Einstellung des Sowjetstaates zu Versailles von vornherein ganz anderer Art als die der übrigen Länder. Alle Staaten, die als „Sieger“ oder als „Besiegte“ oder als indirekt in Mitleidenschaft gezogene „Neutrale“ in das Versailler System einbezogen waren, bildeten von der UdSSR. her gesehen eine Welt für sich. Das war die bürgerliche Welt, der vom Bolschewismus der Kampf angesagt war bis zu ihrer Vernichtung. Der Sowjetstaat hatte sich zunächst von dieser Welt theoretisch wenigstens ausgeschlossen und es hätte ihm im Grunde genommen gleichgültig sein können, wie die Beziehungen unter den Staaten dieser in seinen Augen dem Untergang geweihten Welt geregelt wurden.

¹⁾ Zit. in: Lenin, Über den Versailler Vertrag, S. 80. Wien-Berlin 1933.

Praktisch lagen die Dinge anders.

Erstens konnte sich die Sowjetunion, wie sich sehr bald zeigte, von der übrigen Welt nicht radikal abschließen. Die Wucht der wirtschaftlichen Tatsachen erwies sich stärker als das Dogma. Der Umschwung trat 1921 ein, als mit der Einführung der „NEP.“¹⁾ nicht nur in der Theorie eine Reihe wichtiger kommunistischer Positionen in der UdSSR. aufgegeben werden mußten. „Wir sehen vollkommen klar und verhehlen es nicht, daß die neue ökonomische Politik ein Rückzug ist, wir waren weiter gegangen, als wir festhalten konnten . . .“, sprach Lenin am 6. März 1922 in der Sitzung der kommunistischen Fraktion des allrussischen Metallarbeiterkongresses aus²⁾). Dieses Eingeständnis besagte mit anderen Worten, daß die Bolschewisten nicht imstande waren, mit eigenen Kräften und Mitteln wenigstens jenes Minimum an wirtschaftlichen Leistungen zuwege zu bringen, die das von ihnen beherrschte Land vor dem vollkommenen Untergang retten sollte. Die Lage in der UdSSR. war damals für die Bolschewisten gefährlich genug. Sie waren zwar aus dem Bürgerkrieg als Sieger hervorgegangen, doch die hungernden Volksmassen verlangten jetzt die Einlösung der ihnen gegebenen Versprechen. Der Aufstand der Matrosen von Kronstadt gegen die bolschewistische Zwangsherrschaft (Februar 1921) war das Warnungssignal und die Einführung der NEP. die Antwort darauf.

Damit begannen aber auch die Versuche der Führer des Sowjetstaates, mit der verpönten übrigen Welt Verbindung zu bekommen. Dienten die bereits 1920 mit Estland, Litauen, Lettland, Finnland und Polen abgeschlossenen Verträge der Herstellung des Friedens an den Westgrenzen der UdSSR., waren die Bündnisverträge des Jahres 1921 mit Persien, Afghanistan und der Türkei gegen den „europäischen Imperialismus“ abgeschlossen, so trugen die Anerkennungsverträge und provisorischen Handelsabkommen mit England und Deutschland (März und Mai 1921) bereits einen anderen Charakter.

¹⁾ Russische Abkürzung für „neue ökonomische Politik“.

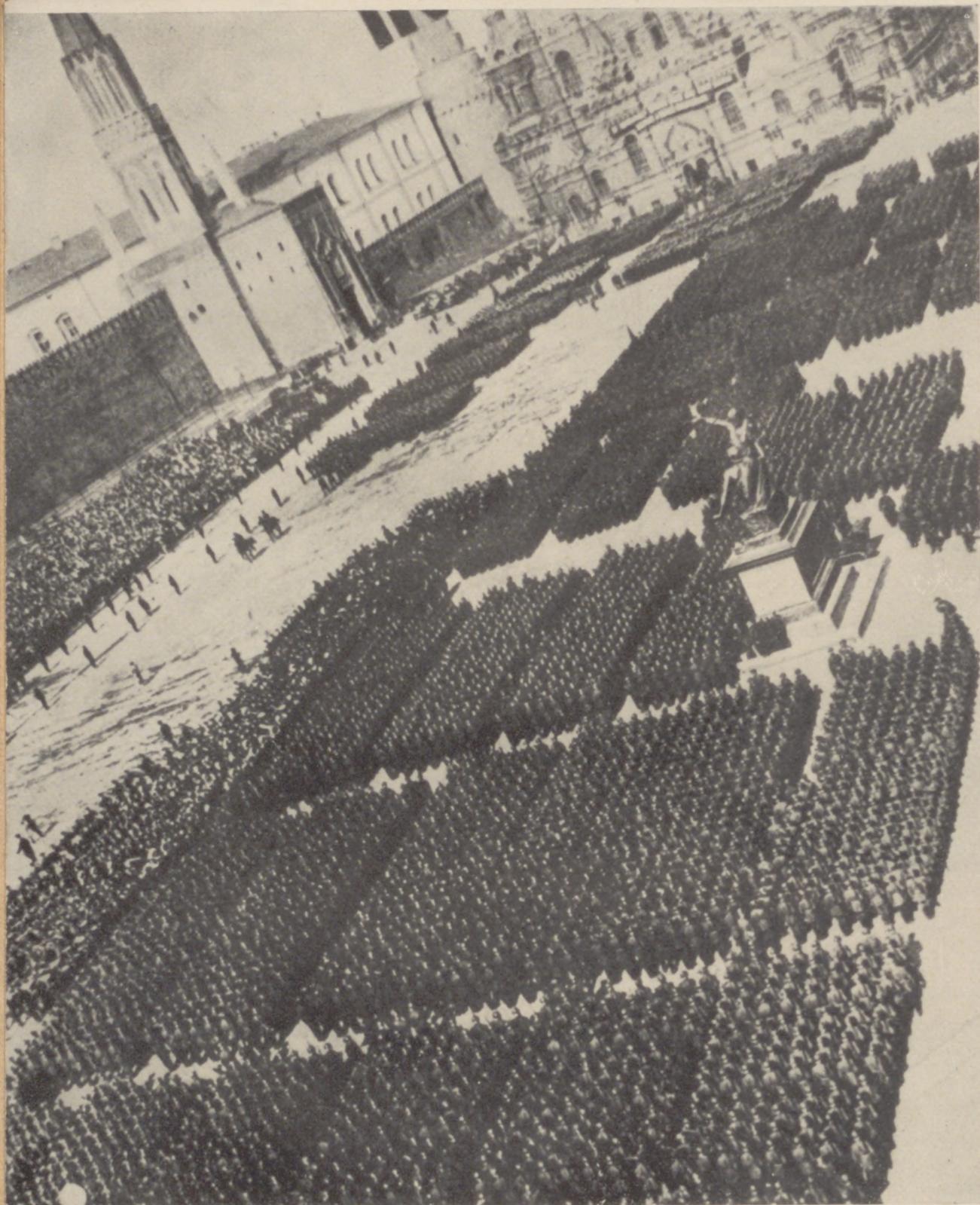
²⁾ „Prawda“ Nr. 98 vom 5. Mai 1922.



16. Dieses Plakat verherrlicht die berühmten Flintenweiber des Bürgerkrieges; ihnen soll die weibliche Jugend der Sowjetunion nacheifern

17. Dieses Bild aus dem „Gudok“ vom 10. 5. 1939 zeigt zwei sowjetische „Hausfrauen“ während ihrer Ausbildung für den Heckenschützenkrieg





18. Parade auf dem Roten Platz in Moskau. Die angetretenen bolschewistischen Heerhaufen sollten einmal „Nazi-Deutschland“ vernichten

Im April 1922 ging Tschitscherin im Auftrage seiner Regierung auf die Konferenz von Genua. Lenin erklärte hierzu: „Wir haben von allem Anfang an erklärt, daß wir Genua begrüßen und nach Genua gehen werden; wir haben ausgezeichnet begriffen und haben durchaus keinen Hehl daraus gemacht, daß wir als Kaufleute dorthin gehen, weil der Handel mit den kapitalistischen Ländern (solange sie noch nicht ganz in Trümmer gegangen sind) für uns unbedingt notwendig ist, und daß wir zu dem Zweck dahin gehen, um auf die richtigste und ersprießlichste Weise über die politisch angemessenen Bedingungen für diesen Handel zu beraten, und weiter nichts“¹⁾.

Zweitens waren die Gegensätze innerhalb der übrigen Welt für die Sowjetunion unter dem Gesichtspunkt ihrer Ausnutzung für die Zwecke der Weltrevolution von größter Bedeutung. In seiner Rede in einer Versammlung der Zellensekretäre der Moskauer Organisation der KPR(b). am 26. November 1920 warf Lenin die Frage auf, ob es in der kapitalistischen Welt Gegensätze gäbe, „die man ausnutzen muß“? Lenin stellte damals drei wesentliche Gegensätze fest: die Beziehungen zwischen Japan und Amerika, zwischen Amerika und der ganzen übrigen Welt und schließlich zwischen der Entente und Deutschland. Diese Gegensätze spielten in allen außenpolitischen Kombinationen Lenins eine große Rolle und er wurde nicht müde, immer wieder in den verschiedensten Variationen und Zusammenhängen auf sie hinzuweisen und sie in das Bewußtsein der Völker der UdSSR. einzuhämmern.

Die Spekulation auf vorhandene oder mögliche Gegensätze zwischen den anderen Staaten und Völkern war seit Lenin bis in unsere Tage hinein das tragende Element der bolschewistischen Außenpolitik. Lenin formulierte mit beispielloser zynischer Offenheit die Folgerungen, die von der Sowjetunion außenpolitisch aus den geschilderten Tatsachen gezogen werden mußten: „Die praktische Aufgabe der kommunistischen Politik besteht darin, daß wir diese Feindschaft uns zunutze machen und die

¹⁾ Lenin, wie oben.

Kapitalisten gegeneinander aufstacheln... Die Unterstützung des einen Landes gegen das andere wäre natürlich ein Verbrechen am Kommunismus, aber wir Kommunisten müssen das eine Land gegen das andere ausspielen. Begehen wir damit nicht ein Verbrechen am Kommunismus? Nein, denn wir tun dies als sozialistischer Staat, der kommunistische Propaganda treibt...“¹⁾ Und Karl Radek erklärte in seiner Rede in der Sitzung der Erweiterten Exekutive der Kommunistischen Jugendinternationale in Moskau am 13. Juli 1923: „Der Sieg der Arbeiterklasse ist nur dann möglich, wenn gegen dieselbe keine geeinte Front der Bourgeoisie besteht... Der Wille zur Revolution wächst in der Arbeiterklasse in dem Maße, in dem sie sieht, daß der Gegner gespalten, also schwach ist“²⁾.

Das sind praktische Beispiele zu dem, was an anderer Stelle über die Strategie und die Taktik der bolschewistischen Revolution ausgeführt wurde. Lenin und seine Vertrauensmänner fühlen sich durchaus erhaben über „kleinliche“ Bedenken. Der Zweck heiligt jedes Mittel, und alles, was dem primitiv denkenden Sowjetbürger als Verbrechen am Kommunismus selber erscheinen müßte – z. B. die Schürung der Gegensätze zwischen den anderen Staaten mit dem Ziel, einen Krieg zu provozieren –, verwandelt sich bei ihnen zur höchsten kommunistischen Tugend.

Es ist daher nichts anderes als nackte Demagogie, wenn Tschitscherin in der ersten Plenarsitzung der Konferenz von Genua am 10. April 1922 mit Pathos erklärte: „Die Herstellung des Weltfriedens muß das Werk eines Universalkongresses werden, der auf der Basis des Selbstbestimmungsrechtes für alle unterdrückten Völker gegründet sein muß... Die russische Regierung ist bereit... an der Revision der Statuten des Völkerbundes teilzunehmen, damit dieser in eine wirkliche Völkerliga verwandelt wird, ohne Beherrschung der einen durch andere, ohne die jetzige Trennung in Sieger und

¹⁾ Vgl. Lenin in der Rede vom 26. November 1920, zit. in: Lenin, Über den Versailler Vertrag, S. 86–89. Wien-Berlin 1933.

²⁾ Radek, Der Kampf der Kommunistischen Internationale gegen Versailles und gegen die Offensive des Kapitals, 3. Auflage, S. 63. Hamburg 1923.

Besiegte . . .“ Bekanntlich gehörte die UdSSR. später dem Völkerbund an, ohne daß eine Revision seiner Statuten vorgenommen worden wäre.

Im Jahre 1922 befand sich die Sowjetpolitik in einer schwierigen Lage. Sie mußte die Gegensätze zwischen den anderen Staaten schüren und gleichzeitig versuchen, mit diesen Staaten zu einer wirtschaftlichen Zusammenarbeit zu gelangen, weil sie selbst eine der größten Wirtschaftskatastrophen der Weltgeschichte erlebte und auf Hilfe von auswärts angewiesen war. Die Notwendigkeit, fremde Hilfe in Anspruch nehmen zu müssen, blieb auch in späteren Jahren ein wichtiger Bestandteil der Sowjetpolitik. Der Abschluß des Rapallovertrages mit Deutschland unmittelbar nach der erfolglos verlaufenen Konferenz von Genua war der erste große Schritt in dieser Richtung. Im Laufe der Jahre wurden die wirtschaftlichen Beziehungen auch zu den übrigen Staaten hergestellt.

An den Schwierigkeiten des Jahres 1922 hat sich in gewissem Sinne auch später nicht viel geändert. Die „Aufstachelung der Kapitalisten gegeneinander“ und die „Notwendigkeit des Handels mit ihnen“ sind die beiden Pole, zwischen denen die Sowjetpolitik nach 1921 hin und her schwankte, sich bald dem einen, bald dem andern nähernd und dabei unablässig das Ziel im Auge behaltend: „. . . den Völkern, die das bürgerliche Joch erkennen, zu beweisen, daß für sie keine andere Rettung besteht als die Sowjetrepublik“¹⁾.

Auf diesem Hintergrund muß die Einstellung der Bolschewisten zu Versailles betrachtet werden.

2. Die Polemik gegen Versailles

Was zunächst die theoretischen Grundlagen der Einstellung Lenins zum Versailler Diktat betrifft, so sind diese nach seiner Definition des Weltkrieges als eines „imperialistischen“ Krieges klar. Er leitet jedoch nicht nur den Charakter des Versailler Diktates aus dem Charakter des Weltkrieges ab,

¹⁾ Aus Lenins Rede auf dem 8. Allrussischen Sowjetkongreß am 22. Dezember 1920.

sondern er schließt auch umgekehrt (nach dem Grundsatz: doppelt genäht hält besser) von ihm auf den Charakter des ihm vorausgegangenen Krieges: ist es schon naheliegend anzunehmen, daß ein imperialistischer Krieg mit einem eben-solchen Frieden endet, so ist ein imperialistisches Friedens-diktat unter allen Umständen ein unleugbarer Beweis dafür, daß es nur aus einem imperialistischen Krieg hervorgegangen sein kann.

Aus den zahlreichen Auslassungen Lenins über das Versailler Diktat sei hier folgende wiedergegeben: „Der Versailler Vertrag ist ein Vertrag von Banditen und Räubern. Als uns der Friede von Brest-Litowsk aufgezwungen wurde, unter dessen Joch wir uns solange befanden, da schrie man in der ganzen Welt, das sei ein Raubfriede. Als Deutschland besiegt war, da schrie der Völkerbund, dessen Mitglieder gegen Deutschland gekämpft hatten, das sei ein Befreiungskrieg, ein demokratischer Krieg gewesen. Man zwang Deutschland einen Frieden auf, aber dieser Friede war ein Friede von Wucherern und Henkern, denn Deutschland und Österreich wurden ausgeplündert und zerstückelt. Man nahm diesen Ländern alle Mittel zum Leben, ließ die Kinder hungern und Hungers sterben. Was ist also der Versailler Vertrag? Ein ungeheuerlicher Raubfrieden, der Dutzende Millionen Menschen, und darunter die zivilisiertesten, zu Sklaven macht. Das ist kein Frieden, das sind vielmehr Bedingungen, die einem wehrlosen Opfer von Räubern mit dem Messer in der Hand diktiert worden sind. Die Gegner Deutschlands haben auf Grund des Versailler Friedensvertrages ihm alle Kolonien weggenommen. Die Türkei und Persien sind zu Sklaven gemacht worden. Wir haben eine Lage bekommen, wo sieben Zehntel der Bevölkerung der Erde Sklaven geworden sind. Diese Sklaven sind über die ganze Welt verstreut und einer kleinen Zahl von Ländern zur Peinigung ausgeliefert“¹⁾.

¹⁾ Lenin auf einer Konferenz von bäuerlichen Vertretern des Moskauer Gouvernements am 15. Oktober 1920, zit. in: Lenin, „Über den Versailler Vertrag“, S. 76. Wien-Berlin 1933.

Hier kann man nur sagen: gut gebrüllt, Löwe! Doch wenn man bereits mit Lenins Prinzipien in der Außenpolitik Bekanntschaft gemacht hat, wird man diese temperamentvollen Äußerungen nicht ohne gewisse Reserve zur Kenntnis nehmen. Es geschieht doch sicher nicht ohne Grund, wenn der Vertreter der Weltrevolution innerhalb der „kapitalistischen Welt“ so eindeutig Partei ergreift.

Lenin polemisiert gegen das Versailler Diktat stets in einem ganz bestimmten, den Bedürfnissen der Weltrevolution angepaßten Sinne. Dabei geht die Spekulation bald auf diese, bald auf jene Kreise im Ausland, die in der jeweiligen konkreten Situation im Interesse der Sowjetpolitik beeinflussbar erscheinen.

Es entspricht dem bolschewistischen Ausbreitungsbedürfnis im „Weltmaßstab“, diesen praktischen Zweck unter möglichst günstigen äußeren Umständen zu verfolgen. Diese Umstände sind um so günstiger, je größer die Gegensätze in der Welt jenseits der Sowjetgrenzen sind, und wir wissen bereits, welche ausschließlich große Bedeutung gerade diesem Faktor in der revolutionären Theorie des Bolschewismus beigelegt wird.

Das Versailler System erscheint, von diesem Standpunkt aus betrachtet, besonders in Europa als das wichtigste Hilfsmittel der auf Zersetzung bedachten Sowjetpolitik. Der Sowjetstaat mußte sich in früheren Jahren mit allen Mitteln dagegen wehren, daß Deutschland endgültig unterworfen und in die Front der Versaillesmächte hineingezwungen wurde. Das hätte, von der Moskauer Warte gesehen, damals nichts anderes bedeutet, als den vollendeten Zusammenschluß aller „kapitalistischen Mächte“. Auf der anderen Seite mußte den Bolschewisten der umgekehrte Fall, die Vernichtung des Versailler Diktates, die Wiederherstellung eines in jeder Beziehung uneingeschränkt souveränen Deutschen Reiches, unerwünscht erscheinen. Ein starkes, seines völkischen Eigenwertes bewußtes und seiner eigenen Kraft vertrauendes Deutschland konnte vor allem auf die Lage in Mitteleuropa nicht ohne Einfluß bleiben.

Das Versailler System bedeutete daher für die sowjetrussische Auffassung in gewissem Sinne den

äußeren Ausdruck für ein deutsch-französisches „Gleichgewicht“ in Europa, unter der Voraussetzung, daß ein bestimmter labiler Zustand erhalten blieb, so daß weder Frankreich seine Hegemonie in Europa uneingeschränkt ausüben, noch Deutschland seine vollkommene Freiheit wiedergewinnen konnte. Das bolschewistische Moskau warf daher seine außenpolitischen „Sympathien“ stets dort in die Waagschale, wo das politische Gewicht zu leicht zu werden drohte.

Da das politische Übergewicht lange Zeit durchaus auf Seiten Frankreichs lag, trat die UdSSR. damals gegen Frankreich, gegen den Völkerbund als ein Machtinstrument Frankreichs und damit gegen das Versailler Diktat auf.

Im Jahre 1920 kam noch ein weiterer Umstand hinzu: die Sowjetunion befand sich damals im Kriegszustand mit Polen, das von Frankreich unterstützt wurde. Die angeführten Auslassungen Lenins gegen Versailles haben unmittelbar nach dem für Moskau unglücklich verlaufenen Feldzug stattgefunden und gaben zusammenfassend den Standpunkt wieder, der von der Sowjetunion vor und während des Feldzuges eingenommen worden ist. Die taktische Auswertung des Versailler Diktates ergab sich aus dem Interesse der UdSSR., Deutschland nicht gegen sich zu wissen. Der Krieg gegen Polen wurde als eine eigenartige Mischung zwischen revolutionärem und national-russischem Krieg geführt. Waren die revolutionären Parolen für das Proletariat, so waren die „nationalen“ Parolen für die Bauernmassen bestimmt, ohne die ein Krieg nicht geführt werden konnte.

Auch in der außenpolitischen Taktik der Bolschewisten traten beide Elemente in Erscheinung. Einerseits wurde durch Betonung des Klassenkampfes gegen die Weltbourgeoisie, die in Gestalt der polnischen Magnaten getroffen werden sollte, an das Proletariat in den anderen Ländern (besonders in Polen selbst) appelliert. Gleichzeitig wurde versucht, in Deutschland den Eindruck zu erwecken, als kämpfe die Rote Armee in erster Linie gegen Versailles und für die Freiheit der durch Versailles unterdrückten Völker. In seiner zitierten Rede führte Lenin nachträglich aus: „Und in dieser Zeit durch-

brach die Rote Armee die polnische Grenze und näherte sich der deutschen Grenze. Das war zu einer Zeit, als in Deutschland alle, sogar die schwärzesten Reaktionäre und Monarchisten, sagten, daß die Bolschewiki sie retten würden . . .“

Da diese Spekulation fehlgeschlagen war, wurde in der nach dem Feldzug gehaltenen Rede das weltrevolutionäre Element in den Vordergrund gestellt und Lenin sagte weiter: „Also, der Feldzug gegen den Versailler Frieden, gegen die Kapitalisten und Großgrundbesitzer aller Länder . . . ist nicht umsonst gewesen. Das haben Millionen und aber Millionen von Arbeitern und Bauern in allen Ländern gesehen, und sie haben darüber nachgedacht. Und jetzt sehen sie in der Sowjetrepublik ihren Erlöser. Sie sagen: die Rote Armee hat bewiesen, daß sie auf Angriffe zu antworten versteht . . .“ Und in einer anderen, kurz vorher gehaltenen Rede erklärte Lenin folgendes: „Aber indem wir Polen angreifen, greifen wir auch die Entente an; indem wir die polnische Armee vernichten, vernichten wir jenen Versailler Frieden, auf dem das ganze System der heutigen internationalen Beziehungen beruht. — Wäre Polen ein Sowjetstaat geworden, hätten die Warschauer Arbeiter von Sowjetrußland die Hilfe erhalten, die sie erwarteten und begrüßten, so wäre damit der Versailler Friede und das ganze internationale System erschüttert worden, das ein Ergebnis des Sieges über Deutschland ist. Frankreich hätte dann nicht mehr jenen Pufferstaat, der Deutschland von Sowjetrußland trennt. Es hätte keinen Sturmbock gegen die Sowjetrepublik. Es hätte nicht die Hoffnung, seine Dutzende von Milliarden zurückzuerhalten, und würde noch schneller der Katastrophe entgegengehen als jetzt“¹⁾.

Es muß bei allem hervorgehoben werden, daß auch die in erster Linie für das Proletariat der vom Versailler Diktat betroffenen Länder bestimmten Auslassungen Lenins gleichfalls ein gewisses „nationales“ Element enthielten. Lenin scheint keineswegs überzeugt gewesen zu sein, daß die Parole des Klassenkampfes allein ausreichte, um jenseits der Sowjetgrenzen den erwünschten propagandistischen Erfolg zu haben.

¹⁾ Lenin, „Über den Versailler Vertrag“, S. 69. Wien-Berlin 1933.

Ein historischer Rückblick zeigt, daß in den für den Kommunismus in Deutschland besonders kritischen Perioden sowohl zu Lebzeiten Lenins als auch unter seinen Nachfolgern die „nationale“ Behandlung des Versailler Problems stets ein wesentlicher Bestandteil der kommunistischen Taktik gewesen ist. Die verschiedenartigen Schattierungen in der Formulierung der Parolen zum Versailler Problem ergaben sich aus dem Charakter ihrer Adressate. Die Bolschewisten erblickten hier einerseits ein sicheres Mittel zur Radikalisierung der marxistischen Kreise und zur kommunistischen Zersetzung Deutschlands. Zugleich aber verbanden sie damit den Versuch, eine Einbruchsstelle in die das Weimarer System und seine Erfüllungspolitik ablehnenden nationalen Kreise, namentlich der Jugend, zu schaffen – d. h. diejenigen Kreise, die im Moskauer Jargon mit dem Sammelbegriff „Faschisten“ beehrt wurden. Bezeichnend ist z. B. die Tatsache, daß die Sammelbroschüre Lenins „Über den Versailler Vertrag“, der die angeführten Lenin-Zitate entnommen sind, noch im Jahre 1933 in deutscher Sprache herausgegeben wurde!

Dem Völkerbund gegenüber nahm Lenin die gleiche ablehnende Haltung ein, wie gegenüber dem Versailler Diktat, das seine Grundlage war. In einem Interview mit dem Korrespondenten des „Observer“ und des „Manchester Guardian“ im November 1922 sprach er diese Gegnerschaft offen aus und sagte: „Der Völkerbund trägt so sehr die Züge seiner Entstehung aus dem Weltkrieg an sich, er ist so untrennbar verbunden mit dem Versailler Frieden, es fehlt ihm so ganz und gar alles, was einer wirklichen Gleichberechtigung der Nationen ähnlich sähe, alles, was wirklich ein friedliches Zusammenleben ermöglichen würde, daß unsere negative Einstellung zum Völkerbund keinerlei weitere Kommentare erfordert“¹⁾.

Alle diese Auslassungen Lenins haben lange Zeit hindurch die Politik der UdSSR. bestimmt. Die Zahl der schärfsten Ausfälle der Sowjetpolitiker, Diplomaten und Literaten gegen Versailles, gegen den Völkerbund und gegen Frankreich ist

¹⁾ Lenin, „Über den Versailler Vertrag“, S. 115.

Legion. Es gab keinen Sowjetkongreß, keine Parteitagung, keine Revolutionsfeier und überhaupt keine größere offizielle Gelegenheit, bei denen der Standpunkt der Sowjetregierung in diesen Fragen nicht zum Ausdruck gebracht worden wäre. An der Spitze marschierte stets Stalin selbst, und seine Worte wurden von der Sowjetpresse in größter Aufmachung der Öffentlichkeit übergeben. Auf dem 15. kommunistischen Parteitag der Sowjetunion im Dezember 1927 in Moskau sagte Stalin z. B. folgendes über den Völkerbund:

„Betrachten wir den Völkerbund, der nach der Ansicht der verlogenen bürgerlichen Presse und der nicht weniger verlogenen sozialdemokratischen Presse ein Werkzeug des Friedens sein soll. Wozu führt das Geschwätz des Völkerbundes über die Fragen des Friedens, der Abrüstung, der Einschränkung der Rüstungen? Zu nichts Gutem, zu nichts anderem als dem Betrug an den Massen, neuen fieberhaften Rüstungen, neuer Verschärfung der heranreifenden Konflikte. Kann man etwa die Tatsache als Zufall ansehen, daß der Völkerbund drei Jahre lang über Frieden und Abrüstung schwätzt, daß die sogenannte II. Internationale dieses verlogene Geschwätz unterstützt, während die ‚Nationen‘ immer weiter und weiter rüsten, die alten Konflikte zwischen den ‚Mächten‘ erweitern, neue Konflikte anhäufen und auf diese Weise die Sache des Friedens untergraben? . . . Oder nehmen wir z. B. das jetzige System der ‚Freundschaftsverträge‘ der kapitalistischen Staaten . . . Ist das etwa nicht ein System der Vorbereitung neuer Kriege und der Gruppierung der Kräfte für die künftigen militärischen Konflikte? . . . Das Wachstum der Rüstungen rechtfertigte man früher durch das Vorhandensein des in Waffen starrenden Deutschland. Jetzt fällt diese ‚Rechtfertigung‘ fort. Ist es etwa nicht klar, daß das Anwachsen der Rüstungen durch die Unvermeidlichkeit neuer imperialistischer Kriege zwischen den ‚Mächten‘ diktiert wird, daß der ‚Geist des Krieges‘ der Hauptinhalt des ‚Geistes von Locarno‘ ist?“¹⁾

Dann aber hat sich in dieser Beziehung alles radikal geändert. Die bolschewistische Sowjetunion erhielt Sitz und

¹⁾ Protokoll, Fünfzehnter Parteitag der Kommunistischen Partei der Sowjetunion, S. 20/21. Hamburg-Berlin 1928.

Stimme im Völkerbund, die politischen Kulissen wurden ausgetauscht; Frankreich wurde Freund und Bundesgenosse, ein „Garant des Friedens“; das Genfer Gremium wurde ein „Bollwerk gegen den deutschen Imperialismus“, und französische Frontkämpfer des „imperialistischen Krieges“ wurden in Moskau feierlich empfangen.

Diese Umstellung kam so plötzlich, sie war so außergewöhnlich und befand sich in einem so schreienden Gegensatz zu allen bis dahin ausgegebenen Parolen, daß sie nicht ohne eine gewisse ideologische Vorbereitung vollzogen werden konnte.

3. Karl Radek als Anwalt des Systems Iswolski-Poincaré

Es war für die Bolschewisten nicht ganz leicht über die ideologischen Schwierigkeiten hinwegzukommen, die sich für sie aus dem Eintritt der UdSSR. in den Völkerbund und aus der Annäherung an Frankreich ergeben mußten. Diese Schwierigkeiten waren natürlich nicht moralischer Art, sondern sie ergaben sich aus dem praktischen Verhältnis der Sowjetregierung zu den breiten Massen der eigenen Bevölkerung, die im Laufe von eineinhalb Jahrzehnten außenpolitisch in einer ganz bestimmten Richtung erzogen wurden. Die schwierige Aufgabe der notwendig gewordenen „geistigen Umbewaffnung“ der Sowjetöffentlichkeit ist dem bekannten, inzwischen in der Versenkung verschwundenen Publizisten Karl Radek zugefallen, der als damals maßgeblicher außenpolitischer Mitarbeiter des Zentralorgans der Regierung, der „Iswestija“, Anspruch darauf erheben konnte, als offizieller Kommentator der Sowjetaußenpolitik gewertet zu werden. In den Jahren 1934 und 1935 hat er in seinem Blatt eine außenpolitische Aufsatzreihe veröffentlicht, die dazu dienen sollte, den neuen Kurs zu begründen.

Die Gründe für ein solches Unterfangen lagen klar auf der Hand: Seit der vollzogenen Schwenkung mußte es eine der Hauptaufgaben der Sowjetpublizistik sein, die von ihr selbst den Sowjetbürgern im Laufe der Jahre beigebrachte Meinung über Frankreich nach und nach zu „liquidieren“. Diese Notwendigkeit trat besonders eindringlich mit Rücksicht auf

diejenigen Schichten des unteren und mittleren Kommando-bestandes der Partei und der Roten Armee in den Vordergrund, die – ebenso wie ein Teil der durch die Sowjetschule gegangenen jüngeren Generation – sich angewöhnt haben, die Grundsätze Lenins auf ihre Art als ein „Ideal“ zu pflegen. Im Gegensatz zu den Regierungskreisen, die als versierte Bolschewisten seit jeher gewöhnt waren, diese Grundsätze je nach Lage der Dinge im politischen Kampf als taktisches Mittel zu benutzen, bedeuteten sie für jene – besonders in Anwendung auf die Außenpolitik – ein unumstößliches Prinzip. Die Bedrohung der UdSSR. durch den „imperialistischen Klassenfeind“ von außen her konnte von ihnen in erster Linie nicht anders denn als eine Bedrohung durch die Träger des Versailler Systems mit dem „bourgeoisien“ Frankreich an der Spitze aufgefaßt werden. Gerade dieses Frankreich aber wurde jetzt zum Bundesgenossen der Sowjetunion, der „Avantgarde des revolutionären Proletariats“.

Es lohnt, auf die Taschenspielertricks etwas näher einzugehen, deren sich Radek – und in seinem Gefolge die gesamte Sowjetpresse – in jenen Monaten bediente, um vor der Sowjetöffentlichkeit das Zusammengehen mit jenen „Räubern und Banditen“ zu begründen, die man noch kurz vorher maßlos beschimpft hat.

Das Stichwort, auf das Radek seine Auslassungen abstellte, war der „deutsche Imperialismus“. Man darf sich nicht dadurch täuschen lassen, daß er in einem Aufsatz über die Marneschlacht auch die Gegner Deutschlands als eine imperialistische Koalition kennzeichnete. Nach Lenin war der Weltkrieg das Ergebnis des Antagonismus innerhalb der Welt der imperialistischen Mächte. Aus Gründen des Dogmas konnte deshalb in diesem frühen Stadium des neuen Kurses noch schlecht nur von einem deutschen Imperialismus die Rede sein. Jedoch war es durchaus der Ton, der auch hier die Musik macht. Mit betonter Deutlichkeit legte der Verfasser den Nachdruck eben auf den deutschen Imperialismus als Grundlage für die Entlastungsoffensive, die er zugunsten der französischen Verantwortlichkeit am Weltkrieg unternahm.

Die Ehrenrettung Frankreichs war, wie zugegeben werden muß, keine leichte Aufgabe. Um so bemerkenswerter ist die

dialektische Methode, mit der dies versucht wurde: Bei aller Anerkennung der Gegner Deutschlands als einer „imperialistischen Koalition“ blieb es immerhin nach Radek der „deutsche Imperialismus“, der sich 1914 zum Krieg gegen jene „entschlossen“ hat! Eine solche Festlegung Deutschlands als „Angreifer“, d. h. als den moralisch Verantwortlichen am Weltkrieg, war die bekannte grundlegende These der Pariser Advokaten des sogenannten Weltgewissens, auf der das ganze politische System von Versailles aufgebaut war. Ihre mechanische Übernahme genügt jedoch nicht, um ein in leninistischen Gedankengängen geschultes Publikum hinreichend zu überzeugen. Denn der Weltkrieg war, wie Lenin in allen seinen Schriften hervorhebt, die unvermeidliche Folge der innerhalb der kapitalistischen Welt angehäuften Gegensätze und somit zwangsläufig. War er aber zwangsläufig und unabwendbar, wie Lenin lehrt, so spielt das bürgerlich-moralische Element von Schuld und Sühne im Zusammenhang mit seiner Entstehung offenbar keine ausschlaggebende Rolle. Der Kreis der Beweisgründe mußte deshalb viel enger gezogen werden, so eng, daß der zu entlastende französische Imperialismus aus der Urheberschaft am Weltkriege mehr oder weniger eliminiert wurde.

Also sagte Radek: „Der Schlieffensche Plan hatte einen Kardinalfehler: Er ging davon aus, daß der Hauptgegner – Frankreich sei, während die Entente bestand, deren Mittelpunkt der englische Imperialismus war. Der Krieg entbrannte auf der Grundlage des englisch-deutschen und nicht des französisch-deutschen Imperialismus. Der französisch-deutsche Gegensatz wurde zwar nach dem deutschen Siege von 1871 und nach der deutschen Einigung, durch welche das europäische Kräfteverhältnis verschoben und die französische Hegemonie in Europa vernichtet wurde, verschärft. Dieser Gegensatz wäre jedoch nicht imstande gewesen, einen Krieg zwischen Deutschland und Frankreich hervorzurufen und nur der durch die Entstehung des deutschen Imperialismus hervorgerufene englisch-deutsche Gegensatz hat zum Weltkrieg geführt, in welchem sich um die englisch-deutsche Achse alle anderen Gegensätze entfaltet haben.“

Das war die neue und sehr bequeme Formel. Ihr zufolge stand nicht nur der neue Bundesgenosse Frankreich, oder, was dasselbe ist, das politische System Poincaré-Iswolski in blütenweißer Unschuld da, sondern es wurde gleichzeitig Deutschland die alleinige und so nebenher auch dem damals noch stark als Gegner empfundenen England ein Teil der Verantwortung für den Weltkrieg zugeschoben. Vor allem war der dialektische Zweck in dieser Kombination erreicht. In der Formel: „englisch-deutscher Gegensatz = Weltkrieg“ blieb kein Raum für den französischen Imperialismus als ausschlaggebenden Faktor der Vorgeschichte des Weltkrieges, was auch zu „beweisen“ war.

Die Art und Weise, wie diese Formel zustande gebracht wurde, ist ein typisches Beispiel für die Denktechnik des Bolschewismus. Am Anfang steht eine Fiktion, auf ihr ein dialektisch gewonnenes Gedankensystem. Auf diese Weise kann alles bewiesen werden.

Über die Verantwortlichkeit der englischen Politik am Weltkrieg braucht angesichts der umfassenden Fachliteratur über diesen Gegenstand an dieser Stelle kaum etwas gesagt zu werden. Einige Korrekturen an der Radekschen Geschichtsdeutung für die Periode von 1871 bis zum August 1914 dürfen dennoch im Interesse einer richtigen Bewertung der bolschewistischen Methoden nicht unausgesprochen bleiben.

Die englische Aktivität gegen Deutschland trat später in die Arena der Geschichte, als jene Politik Frankreichs, die durch das berühmte Wort Gambettas gekennzeichnet wird: „Nie von der Revanche sprechen, doch stets an sie denken.“

Überblicken wir die vier Jahrzehnte vor dem Weltkriege, so können wir in chronologischer Reihenfolge im wesentlichen vier Gefahrenquellen für den Frieden erkennen: die französische Revanche-Idee, den Ausbreitungsdrang des russischen Panslawismus (Balkanproblem) – beide zunächst neutralisiert durch Bismarcks Politik –, dann gegen Ende des Jahrhunderts den kolonialen Gegensatz Frankreichs und Rußlands zu England, und schließlich die wachsende Auflehnung Englands gegen den deutschen Anspruch auf Gleichberechtigung als Großmacht. Die Resultierende aus diesen vier Kräften hat schließlich den Weltkrieg entfesselt. Dabei hat sich die

gemeinsame Feindschaft gegen Deutschland stärker erwiesen als die Gegensätze, die innerhalb der Koalition selbst bestanden haben. Frankreich aber blieb stets die haßerfüllte Seele der antideutschen Koalition.

Die – natürlich gewollte – Einseitigkeit der Radekschen Geschichtsauslegung kommt auf dem Hintergrund der historischen Tatsachen klar zum Ausdruck. Jedoch bedarf sie noch einiger Ergänzungen, um zu voller Wirkung zu gelangen.

Bekanntlich hat die Sowjetregierung, von einigen früheren Teilveröffentlichungen abgesehen, s. Zt. mit einer großen Aktenpublikation aus den zaristischen Archiven begonnen, die ihrem Gesamtplan nach die Zeit vom Berliner Kongreß bis 1917 umfassen sollte. Davon sind mehrere Bände für die Zeit unmittelbar vor Ausbruch des Weltkrieges auch in deutscher Sprache erschienen. Diese Veröffentlichungen, wie die wissenschaftlichen Kommentare der Sowjethistoriker zur Vorgeschichte des Weltkrieges, haben vor 1933 im allgemeinen keinen besonderen Ehrgeiz gezeigt, eine ausschließliche individuelle Verantwortlichkeit am Weltkriege für einzelne Personen oder für einzelne Staaten zu beweisen. Das ergab sich schon aus den mehrfach erwähnten Leninschen Thesen. Für die „leninistische Geschichtsauffassung“ wäre ja auch nichts gewonnen, wenn eine einzelne Person oder eine einzelne Regierung oder eine Gruppe von Regierungen der „imperialistischen Welt“ auf Kosten aller anderen dem Verdammnisurteil der Geschichte anheimfallen würden. Getroffen werden sollte das politische System einer ganzen historischen Epoche, nämlich der „Epoche des Imperialismus als der höchsten Entwicklungsstufe des Kapitalismus“ schlechthin! Für uns ist es deshalb im Hinblick auf die historische Formel Radeks von großer Bedeutung, wenn aus dem vorliegenden historischen Material schon nach der Veröffentlichung der ersten Bruchstücke aus den russischen Archiven der mit der Sichtung des Materials beauftragte Sowjethistoriker Pokrowski am 23. Februar 1919 in der „Prawda“ feststellen mußte: „Alle diese Dokumente werfen ein überaus helles Licht auf die Vorbereitungen des Krieges seitens der Entente.“

Zugegeben sei hier die Möglichkeit des Einwandes, daß diese

Feststellung nur auf diesen konkreten Fall anwendbar sei, weil es sich damals nur um Bruchstücke des Aktenmaterials gehandelt habe. Wie aber verhält es sich mit solchen lückenlosen Reihen von Veröffentlichungen, wie sie die großen Aktenpublikationen der Sowjetregierung darstellen? Im Vorwort des sowjetrussischen Herausgebers, des bereits genannten Prof. Pokrowski, lesen wir: „Aus allen Dokumenten, die wir bis jetzt angeführt haben – und wir haben alle Hauptgruppen der Dokumente berührt –, ist eines gar nicht sichtbar: der deutsche Imperialismus. D. h. natürlich keineswegs, daß diese Macht, eine der entscheidenden auf der Bühne der Welt-diplomatie, zu dieser Zeit fehlte. Aber es bedeutet zweifellos, daß auf dem russischen Teil dieser Bühne in diesem Augenblick die aktive Rolle nicht ihr gehört.“

Es ist selbstverständlich, daß in einer Sowjetpublikation der „deutsche Imperialismus“ von vornherein als existent angenommen werden muß, auch wenn er gar nicht „sichtbar“ ist. Aber um ein wieviel Mehrfaches muß er weniger wirksam gewesen sein als alle übrigen Imperialismen, wenn er nicht einmal „sichtbar“ ist! Denn weder die Beschränkung auf den russischen Sektor der Weltbühne noch auf die Zeit, aus welcher die betreffenden Dokumente stammen, rechtfertigen seinen Mangel an Aktivität – wenn er vorhanden war und obendrein noch in einem solchen Umfang, daß Radek von ihm sagen konnte, er habe sich „zum Krieg gegen eine gewaltige Koalition von imperialistischen Mächten entschlossen“! Denn der Zeitpunkt, um den es sich bei jenen Dokumenten handelt, war ja das Jahr 1914, ein Zeitpunkt also, in dem ein „deutscher Imperialismus, der sich zum Kriege entschlossen hat“, naturgemäß am stärksten in Erscheinung hätte treten müssen. Wie hätte damals der „deutsche Imperialismus“, von welchem Radek behauptet, daß er „vor der äußerst schwierigen Aufgabe der Umteilung der Welt zu seinen Gunsten“ gestanden habe, „unsichtbar“ bleiben können? Greift doch diese Korrespondenz so weit über den Rahmen des russischen Teiles der Weltbühne hinaus, daß der angeblich außerhalb von ihm wirksame „deutsche Imperialismus“ sich zwangsläufig in ihr widerspiegeln müßte. Wenn er aber dies nicht tut und gehässigerweise „unsichtbar“ bleibt,

so doch offenbar deshalb – weil er zum mindesten in dem behaupteten Umfang eben nicht vorhanden war, bzw. von den anderen Imperialismen bis zur Bedeutungslosigkeit überschattet wurde.

Die volle Wahrheit aber ist die, daß der deutsche Imperialismus eine krankhafte Erfindung in den Gehirnen solcher Politiker und Literaten ist, die allen Grund haben, hinter dieser und ähnlichen Erfindungen ihr eigenes schlechtes Gewissen zu verbergen.

Der alles andere als historisch ungebildete jüdische Sowjetskribent der „Iswestija“ wußte das alles sehr gut. Er hatte die Aktenpublikationen sehr eifrig studiert und bis dahin eine Korrektur an den Feststellungen der Sowjethistoriker nicht für erforderlich gehalten. Seine journalistischen Erzeugnisse kennzeichneten sich als krampfhafter Versuch, dem Sowjetpublikum gegenüber eine Rechtfertigung der politischen Schwenkung der UdSSR. in die imperialistische Front von Versailles zu finden. Von da an blieb der Bolschewismus der schärfste und konsequenteste Verfechter des Status quo von Versailles in Europa – und das noch in einer Zeit, als die Versailles-Mächte selbst sich bereits mit einer neuen Ordnung in Europa wohl oder übel abgefunden hatten.

4. Der neue außenpolitische Kurs der Sowjetunion

Die Radekschen Geschichtsfälschungen sind die ideologische Vorbereitung der Sowjetöffentlichkeit auf eine neue Politik der Sowjetunion. Ihr Hauptzweck ist es, der Bevölkerung der UdSSR. den Begriff eines „deutschen Imperialismus“ fest ins Bewußtsein einzubrennen und wenn dabei auf die Methoden der Weltkriegspropaganda gegen Deutschland zurückgegriffen wird, so offenbar in der Absicht, die damals unter zaristischem System gelegten Keime zu neuer Entfaltung zu bringen. Die Methode der Infamierung ist im Prinzip die alte geblieben. Auch die Weltkriegspropaganda beruhte auf dem Grundgedanken des „deutschen Imperialismus“. Der wesentlichste Unterschied besteht heute darin, daß die deutschfeindliche Propaganda der Sowjetunion marxistisch-klassen-

kämpferisch unterbaut wird im Sinne der messianischen Aufgabe des Kampfes gegen den „Faschismus“, der „Befreiung des ausgebeuteten deutschen Proletariats“ und wie die bekannten Formeln lauten mögen.

Dabei geht es nicht ohne sehr merkwürdige Kombinationen ab. In einem Nachruf für den verstorbenen französischen Ministerpräsidenten Poincaré erklärte Radek, er sei „in dem Augenblick verschieden, als ein Teil seiner Voraussagen sich bestätigt habe“. Poincaré habe erkannt, daß eine Verständigung Frankreichs mit Deutschland eine „societas leonina“ mit Deutschland als Löwe geworden wäre. Doch habe Poincaré keinen neuen Weg finden können, der nur in der Richtung einer Zusammenarbeit mit der UdSSR. zu suchen gewesen wäre. Von dieser Einschränkung abgesehen, hat sich also Poincaré nach sowjetrussischer Auffassung offenbar als ausgezeichneter Diagnostiker der politischen Entwicklung in Europa erwiesen, wenn er auch nicht die Fähigkeit aufgebracht hat, daraus die praktische Folgerung für Frankreich zu ziehen. Die leitenden Männer Frankreichs jedoch, „sogar aus Poincarés Generation und sogar solche, die seiner Denkschule angehörten“, haben, wie Radek feststellt, schließlich einzusehen vermocht, daß nur die Annäherung Frankreichs an die UdSSR. Europa vor dem Abgrund retten könne!

Im Herbst 1934, als diese Annäherung bereits recht weit gediehen war und als es sich darum handelte, eine zweckmäßige Form der praktischen politischen und militärischen Zusammenarbeit zwischen beiden Staaten zu finden, sah sich die Sowjetpolitik vor die Notwendigkeit gestellt, um gewisse Kreise in Frankreich werben zu müssen, die für den Gedanken eines Bündnisses mit Moskau keine Sympathie aufzubringen vermochten.

Aus Anlaß der zehnjährigen Wiederkehr der Wiederaufnahme diplomatischer Beziehungen zwischen Paris und Moskau malte Radek in einem Aufsatz in der „Iswestija“ die Gefahren aus, die Frankreich bei seiner Aufgabe als Garant des Friedens drohen. Es fehlte nicht der Hinweis darauf, daß Frankreich im Weltkrieg nicht aus eigener Kraft gesiegt habe und man mußte unwillkürlich zwischen den

Zeilen lesen, daß es der „russischen Dampfwalze“ eigentlich viel zu verdanken habe. Es wurde unterstrichen, daß zwischen Frankreich und Italien Meinungsverschiedenheiten beständen, daß England für seine Schiedsrichterrolle zwischen ihm und Deutschland einen hohen Preis verlange und obendrein die französische Bewegungsfreiheit behindere, daß die Vereinigten Staaten am Streit in Europa uninteressiert seien, und daß das französische ost- und südosteuropäische Bündnissystem sich als unzuverlässig erweise. Und alles dieses in einer Zeit, in der es kein zaristisches Rußland mehr gibt. Aber es gibt eine Sowjetunion und diese „erklärt sich offen für die weitere Festigung der Beziehungen zwischen beiden Ländern, für den Kampf Schulter an Schulter mit Frankreich gegen die Kriegsgefahr und für die Sicherung des Friedens“.

Solche und ähnliche Ausführungen, die in der geschilderten Periode der sowjetisch-französischen Annäherung die Spalten der Sowjetpresse füllten, waren, wie gesagt, auf diejenigen Kreise in Frankreich gemünzt, die nicht mit der erwünschten Schnelligkeit begreifen wollten, daß der Moloch im Osten von gestern nun plötzlich zu einem höchst achtbaren Mitglied der abendländischen Zivilisation geworden sein sollte, und die es klüger fanden, die Dinge Deutschland gegenüber nicht auf die Spitze zu treiben. Gegen diese Kreise hat Pertinax im „Echo de Paris“ unermüdlich den Bannstrahl geschleudert: keine Verständigung mit Deutschland! Diese würde bedeuten, daß die Interessen Frankreichs am Rhein enden und daß Deutschland in Mittel- und Osteuropa tun und lassen dürfe, was ihm beliebt!

Radek nahm den Kampfgruf auf und reichte ihn an die Adresse der „germanophilen Kreise“ auch in Jugoslawien, Rumänien und Polen weiter. Daneben polemisierte er noch gegen diejenigen Kreise in Frankreich, die zwar ebenfalls keine Annäherung an Deutschland, aber auch keine an die UdSSR. wünschten und mehr den Ausbau der Beziehungen zu Italien, England und zu den Staaten der Kleinen Entente befürworteten.

Für die Sowjetunion lag hier der springende Punkt bei England. Mit vielen Worten versuchte Radek es zu überzeugen,

daß eine französisch-englische Zusammenarbeit für die „Sicherung des Friedens“ nicht ausreichend sei. Denn England wolle die Rolle Frankreichs auf dem europäischen Kontinent nur auf die Verteidigung seiner Grenzen beschränken: „Diese Politik gipfelt letzten Endes in dem Vorschlag, daß Frankreich auf seine Stellung als europäische Großmacht verzichten und sich mit der Verteidigung seiner Weinberge begnügen soll.“ Und indem er auf die Gefahren hinwies, die daraus für England selbst entstehen könnten, daß das „von England so sehr gefürchtete Auftauchen der deutschen Luftflotte im Westen“ auch als Folge eines Konfliktes in Osteuropa erfolgen könnte, rief er beschwörend aus: „Welches ist der Weg, der England zur Preisgabe seiner Isolierungstendenzen veranlassen und zur Schaffung und Verteidigung eines gemeinsamen Systems der Stabilisierung Europas führen kann?“ Als dieser Weg erwies sich nach Radeks unverblümter Ansicht der offene und erpresserische Druck auf England: die Beseitigung der Abhängigkeit Frankreichs von der englischen Hilfe durch das Bündnis mit der Sowjetunion. Damit erhielt auch die sowjetisch-französische Bündnispolitik, die sich damals gerade in einem entscheidenden Stadium der Vorbereitung befand, von Moskau aus betrachtet, noch einen bedeutenden Nebensinn. Es handelte sich für die Bolschewisten nicht nur darum, in Frankreich einen Bundesgenossen gegen „Nazi-Deutschland“ zu gewinnen. Der Pakt wurde von Moskau fast nicht minder damals zugleich gegen England betrieben, mit dem Ziel, es in die Isolierung zu treiben und dadurch zu einem Kurs zu zwingen, der von der Sowjetunion im Interesse des Weltbolschewismus als notwendig erachtet wurde.

Hier zeigt sich deutlich, wie sehr damals England von den Sowjetpolitikern noch als dunkler Punkt in ihren auswärtigen Beziehungen empfunden wurde, und mit welchem Eifer die UdSSR. sich bereit zeigte, Frankreich nicht nur in Mitteleuropa, sondern auch auf dem britischen Teil der Weltbühne Sekundantendienste zu leisten. Das Verhältnis zwischen Moskau und London war damals noch so gespannt, daß Radek vom „historischen Gegensatz zwischen Großbritannien,

als dem Vertreter der kapitalistischen Welt, und der Sowjetunion, als der Vertreterin des Sozialismus“ sprechen konnte. Doch fühlte man deutlich hindurch, wie sehr die UdSSR. es begrüßen würde, wenn – trotz aller ideologischen Bedenken von ihrem „proletarischen“ Standpunkt aus – dieser „historische Gegensatz“ einer anderen Form der gegenseitigen Beziehungen weichen würde.

Die Argumente, die von der Sowjetunion zu diesem Zweck ins Feld geführt wurden, kamen in folgenden Worten Radeks zum Ausdruck: „Die Weltbourgeoisie hat vom Weltkrieg einiges gelernt. Sie hat gesehen, wie der deutsche Imperialismus den Weltkrieg mit einem strategischen Plan eröffnet und nach dessen Zusammenbruch einen anderen Plan entwickelt hat, und ein Teil der englischen Imperialisten fragt sich, wo sind die Garantien dafür, daß der deutsche Faschismus, nachdem er den Zug nach dem Osten begonnen und sich dort die Zähne ausgebissen hat, nicht sagen würde: ‚Ich besitze eine mächtige Luftflotte, die in einer Flugstunde in Großbritannien sein kann, wo es noch etwas zu gewinnen gibt. Ist es im Osten mit dem jungen sozialistischen Staat nichts geworden, der sich stärker erwiesen hat, als wir angenommen haben, so versuchen wir unser Glück mit dem fett gewordenen englischen Imperium, welches viel zu viel Kolonien besitzt.‘“

Dieser vulgäre Überzeugungsversuch wurde im September 1934 unternommen. Die UdSSR. versuchte damals folgendes zu erreichen:

1. Frankreich fest an sich zu binden und es damit von der englischen „Vormundschaft“ zu befreien;
2. England der neuen Entente näherzubringen;
3. England innerhalb dieser Entente zu veranlassen, die sowjetisch-französische Politik mitzumachen.

Das Angriffsziel war und blieb das „faschistische Deutschland“.

In diesem Zusammenhang spielte der „Ostpakt“ eine große Rolle, auf den in erster Linie Moskau hinsteuerte und der letzten Endes darauf hinauslief, jeden lokalen Krieg, in den die UdSSR. infolge ihrer aggressiven Politik hineingeraten könnte, zu einem neuen Weltkrieg zu machen.

Der deutsche Standpunkt zu dieser Frage war von Anfang an klar: Deutschland war nicht bereit, sich zu solchen Kombinationen herzugeben. Zur Begründung dieses berechtigten Standpunktes können wir an dieser Stelle darauf verzichten, das zu wiederholen, was vom Führer Adolf Hitler und von anderen verantwortlichen deutschen Stellen gesagt wurde. Wir können uns damit begnügen, keinen anderen als Herrn Litwinow selber über die Bedeutung derartiger „Sicherheitsabkommen“ sprechen zu lassen. Am 16. März 1928 erklärte der Außenkommissar der Sowjetunion zu dem Bericht des Sicherheitskomitees in Genf:

„Wir glauben, daß der Weg, den das Sicherheitskomitee eingeschlagen hat, nicht zu einer allgemeinen Sicherheit führen, sondern nur die Sicherheit einzelner Länder oder Ländergruppen erhöhen kann, während er gleichzeitig eine Drohung für die Unabhängigkeit und territoriale Unverletzlichkeit anderer Länder oder Ländergruppen in sich schließt. Übrigens kann infolge des Mangels exakter Kriterien dafür, was ein Angriffs- und was ein Verteidigungskrieg ist, das System regionaler, auf gegenseitiger Unterstützung gegründeter Garantiepakte, wie es das Sicherheitskomitee vorschlägt, zu einem Zustande führen, der in gefährlicher Weise mit dem System von Allianzen und anderen militärischen und politischen Verbindungen, wie es vor dem Kriege bestanden hat, verwandt ist. Gerade dieses System selbst, das eine der Ursachen des Weltkrieges war, kann eine Drohung für den Frieden sein. Indem es die aggressiven Neigungen kriegslustiger und streitsüchtiger Regierungen nährt und erhält, kann es jeden lokalen Krieg in ein allgemeines Gemetzel verwandeln. Nach der Ansicht der Sowjetdelegation sind die Beschlüsse des Sicherheitskomitees geeignet, ohne die Wahrscheinlichkeit künftiger Kriege herabzusetzen, den Schauplatz dieser Kriege auszudehnen, und ihre furchtbaren Folgen zu verschärfen¹⁾.“

¹⁾ Der Kampf der Sowjetunion um den Frieden, S. 154. Berlin 1929.

Diesen Ausführungen des Herrn Litwinow ist unsererseits kaum etwas hinzuzufügen. Man kann jedoch aus ihnen weiter folgern, daß in erster Linie „kriegslustige und streitsüchtige Regierungen“ ein Interesse an solchen Pakten haben können. Man muß daher wissen, von wem Vorschläge zum Abschluß solcher Pakte ausgehen, um zu wissen, wer zu der Kategorie der von Litwinow so charakterisierten Regierungen zu rechnen ist.

Wenn das Deutsche Reich den Ostpakt abgelehnt hat, so hat es offenbar auch im Sinne dieser von Herrn Litwinow in Genf abgegebenen Erklärung nur dem Frieden gedient. Wenn regionale Pakte der bezeichneten Art nach dem Zeugnis des Herrn Litwinow selbst nur eine neue Quelle von Gefahren für den Frieden darstellen, so drängt sich von selbst der Schluß auf, daß der Krieg nur dadurch vermieden werden kann, daß die einzelnen Regierungen in unmittelbaren Verhandlungen miteinander die Ursachen vermindern oder beseitigen, die zu Konflikten mit Waffengewalt führen können. Das war auch der Weg, auf dem Deutschland versucht hat, dem Frieden zu dienen.

Die Bemühungen der UdSSR. um England haben damals scheinbar nicht zu dem erhofften Ergebnis geführt. Die Diplomatie und die Presse der UdSSR. haben alles getan, was in ihren Kräften stand, um die Entente der Vorkriegszeit wieder aufleben zu lassen. Mit dem Abschluß des sowjetisch-französischen Militärpaktes und eines analogen Paktes mit der Tschecho-Slowakei ist der Weg der Militärallianzen im Geiste der Poincaré-Isiwolski-Politik offen betreten worden. Es zeigte sich jedoch bald, daß diese Politik im Sinne der britischen Plutokraten lag, und die Reise Edens nach Moskau bedeutete den ersten Schritt auf dem Wege einer Annäherung zwischen London und Moskau im gemeinsamen Haß gegen das nationalsozialistische Reich.

5. Strategie und Taktik der Sowjetpolitik in Europa

In den Jahren 1934 und 1935 ist es mit großer Klarheit deutlich geworden, daß der Sowjetunion an der Erhaltung des allgemeinen Friedens nur mit bestimmten Einschränkungen

gelegen ist. Ohne Zweifel fühlte sich die UdSSR. noch nicht stark genug, um ihre weltrevolutionäre außenpolitische Zielsetzung mit der Waffe in der Hand zu verwirklichen. Ohne Zweifel mußte ihr vorläufig viel daran gelegen sein, den Frieden so lange zu erhalten, bis sie militärisch und wirtschaftlich die materiellen Voraussetzungen für eine bewaffnete weltrevolutionäre Offensive geschaffen haben würde.

Um so mehr war Moskau bestrebt, diese für eine künftige Entwicklung im weltrevolutionären Sinne erforderlichen Vorbereitungen zu treffen. Dazu gehörte dreierlei:

1. Sicherung der eigenen militärischen und wirtschaftlichen Aufrüstung durch möglichst großen Zeitgewinn.
2. Erhaltung der wichtigsten Quellen möglicher Konflikte zwischen den Staaten der „kapitalistischen Welt“ auf der Grundlage von „Siegern“ und „Besiegten“ des Weltkrieges.
3. Schaffung eines möglichst komplizierten und unübersichtlichen Paktsystems, das die Möglichkeit bietet, zum gegebenen Zeitpunkt mit Hilfe eines kleinen Provokateurs, an denen es wie 1914 auch heute nicht fehlt, den Stein ins Rollen zu bringen.

Das war der allgemeine „politisch-strategische“ Plan der Sowjetpolitik. Die ihm untergeordneten taktischen Entscheidungen wechselten von Fall zu Fall nach Lage der Dinge.

Die ungeheuerlichen Sowjetrüstungen der vorangegangenen Jahre wurden meist mit der angeblichen „Bedrohung“ der UdSSR. durch den „deutschen Faschismus“ motiviert. Nach Edens Besuch in Moskau und während der Konferenzen in Stresa und Genf haben die Sowjets eine gewisse Verlagerung des Schwergewichts ihrer Argumente vorgenommen, was abermals in einem Aufsatz von Radek zum Ausdruck gekommen ist: Deutschland bedrohe mit allen Schrecken der Apokalypse die Sowjetunion. Diese Bedrohung beziehe sich jedoch auf die fernere Zukunft. Die gegenwärtigen Rüstungsforderungen Deutschlands (das deutsche Wehrgesetz war damals noch nicht veröffentlicht) hingegen seien „in erster Linie gegen die Westmächte gerichtet. Und wenn Deutschland die

Trennung des Völkerbundes vom Versailler Vertrag verlangt, so tut es dies zunächst mit dem Ziel, sich die Liquidierung der territorialen Bestimmungen des Versailler Vertrages zu erleichtern.“

In das gleiche Horn blies der bolschewistische Verteidigungskommissar Tuchatschewski in einem Aufsatz in der „Iswestija“ über die „Kriegspläne des heutigen Deutschland“, indem auch er sich auf die Verbote des Versailler Vertrages berief! Derselbe Versailler Vertrag spielte eine Rolle in einem vom Organ der Roten Armee „Krasnaja Swesda“ in größter Aufmachung gebrachten Artikel über die „Vorbereitungen des deutschen Faschismus zum Kriege“.

In einer Zeit also, als selbst die offizielle französische Außenpolitik theoretisch zwar ihre „Rechte“ aus dem Versailler Diktat noch betonte, praktisch jedoch sich mit den neuen Tatsachen abfinden mußte, sehen wir die UdSSR. das Erbe jener „Banditen, Räuber, Wucherer und Henker“ verteidigen, als die Lenin die Väter von Versailles bezeichnet hat! Das ist die praktische Bestätigung dessen, was an anderer Stelle über die beiden Pole der Sowjetpolitik in Europa gesagt wurde.

Wenn Radek sich dagegen wandte, daß Frankreich sich auf die „Verteidigung seiner Weinberge“ beschränken solle, so war auch das nur ein Versuch in der gleichen Richtung. Zugleich war es eine offene Unterstützung der aggressiven Ziele der französischen Politik. Ein Staat, der eine reine Verteidigungspolitik führt, muß sich naturgemäß auf die Verteidigung seiner Grenze beschränken. Soll er sich aber darauf nicht beschränken, so soll er offenbar über seine „Weinberge“ hinaus im Lebensraum anderer Staaten und Völker etwas „verteidigen“, mit anderen Worten, eigene Sonderinteressen geltend machen, die auf Kosten der Lebensinteressen der betreffenden Staaten und Völker gehen müssen.

Eine solche Politik hat Lenin früher als „Imperialismus“ bezeichnet. Im vorliegenden Falle unterstützt also die UdSSR. den französischen Imperialismus, und zwar – wie sich aus dem ganzen Zusammenhang ergibt – in Mittel- und Osteuropa. Beides natürlich nur in Zusammenarbeit mit der UdSSR., die hier sowjet-imperialistische Ziele zu verfolgen hat. Wer

aber ist der Träger des französischen Imperialismus? Nach der bolschewistischen Theorie ist es die französische „Bourgeoisie, die Bankiers und die Industriekapitäne“.

Radek hat, wie wir gesehen haben, in einem anderen Zusammenhang einen offenen Anbiederungsversuch an die „Weltbourgeoisie“ gemacht, von der er sagte, daß sie aus dem Weltkrieg einiges gelernt habe, und die er mit dem Schreckgespenst des „deutschen Imperialismus“ für die Sowjetunion zu gewinnen suchte. Die Bourgeoisie der Versaillemächte ist also der UdSSR. nunmehr gut genug, um sie vor den Wagen des Bolschewismus zu spannen und mit ihrer Hilfe die Wege für die Weltrevolution zu ebnen.

Es sei hier an einen sehr bezeichnenden Zwischenfall in der siebenten Sitzung der Vorbereitenden Abrüstungskommission in Genf am 22. März 1928 erinnert. Der Vertreter Großbritanniens, Lord Cushendun, richtete an die Sowjetdelegation die Frage, welches ihre Haltung gegenüber dem Bürgerkrieg sei, ob sie ihn verurteile oder ob sie ihn für legitim halte. Litwinow-Finkelstein wies in seiner Antwort darauf hin, daß der Konventionsentwurf der Sowjetregierung sich nur auf den internationalen Krieg beziehe und fuhr fort:

„Es ist uns niemals eingefallen zu glauben, daß der Völkerbund beabsichtige, in die Frage der Abrüstung und der Sicherheit auch die Verhütung des Bürgerkrieges und des Klassenkampfes einzubegreifen. Ich kann ohne das geringste Zögern erklären, daß die Sowjetregierung niemals eingewilligt hätte, mit der britischen oder irgendeiner anderen hier vertretenen Regierung an dem Studium von Fragen teilzunehmen, die den Klassenkampf gegen die Revolution betreffen. Es wäre in der Tat sehr naiv, auf eine Arbeit dieser Art seitens der Regierung zu rechnen, die aus einer der größten Revolutionen der Geschichte hervorgegangen ist, und die ins Leben gerufen wurde, um die Errungenschaften dieser Revolution zu schützen!“¹⁾

Litwinow bekannte sich also offen, was ganz natürlich und von seinem Standpunkt aus ehrlich war, zur bolschewistischen

¹⁾ Der Kampf der Sowjetunion um den Frieden, S. 24. Berlin 1929.

Revolution und zum Bürgerkrieg. Bekennt sich Herr Litwinow 1935 und später nicht mehr zur bolschewistischen Revolution und zum Bürgerkrieg?

Diese Frage stellen heißt, sie verneinen. Selbstverständlich bekennt sich Litwinow weiterhin zur bolschewistischen Revolution und zum Bürgerkrieg. Würde er sich dazu nicht mehr bekennen, würde er nicht der Außenkommissar der Sowjetunion sein.

Was aber „bolschewistische Revolution“ bedeutet, haben wir aus den Theorien Lenins und Stalins in unmißverständlichster Weise ersehen: es ist die Weltrevolution, die Organisierung des Bürgerkrieges und des bewaffneten Aufstandes in allen Ländern der Welt. Der VII. Weltkongreß der Komintern im August 1935 in Moskau hat keineswegs darauf verzichtet, seine allgemeine weltrevolutionäre Zielsetzung zu betonen.

Die Sowjetunion und die Komintern sind zwei Gebilde, die nicht nur ideologisch, sondern auch organisatorisch eine Einheit bilden. Letzteres wird zwar in Moskau bestritten, und es wird der Eindruck zu erwecken versucht, als sei die Komintern eine selbständige Zentrale des „Weltproletariats“. Solche und ähnliche Manöver können jedoch an der Tatsache nichts ändern, daß die Komintern lediglich einen Apparat darstellt, der dafür bestimmt ist, denjenigen Teil der weltrevolutionären Zersetzungsarbeit zu übernehmen, der von der Sowjetunion selbst ohne Gefahr für ihre offiziellen Beziehungen zu anderen Staaten nicht durchgeführt werden kann. Zu dieser Arbeit gehört u. a. die Stärkung der kommunistischen Front in allen Ländern, darunter auch den „verbündeten“, deren bürgerliche Regierungen zwar in bundesbrüderlichen Beziehungen zur Zentrale der Weltrevolution stehen, deren kommunistische Parteien jedoch in Moskau trotz allem als zuverlässigere Faktoren angesehen werden, als die offiziellen Vertretungen der betreffenden Völker.

Zusammenfassend kann also über die neue Sowjetpolitik in Europa folgendes gesagt werden:

1. Der allgemeine strategische Plan der Eroberung Europas für den Kommunismus durch den gewalt-

samen Umsturz bleibt bestehen, da die von Lenin und Stalin offiziell formulierten Prinzipien über die Strategie und die Taktik der bolschewistischen Revolution nach wie vor die Grundlage der Sowjetpolitik sind.

2. Die Taktik der Sowjetpolitik in Europa besteht jetzt darin, Deutschland durch eine möglichst große Koalition von Staaten weitgehendst zu isolieren.
3. Zur Isolierung des „deutschen Faschismus“ soll grundsätzlich auch mit der „Bourgeoisie“ der anderen Staaten paktiert werden.

Daneben geht die politische Zersetzungsarbeit in den einzelnen Staaten, sofern ihr nicht ein entschiedener Damm entgegengesetzt wird, weiter. Für diesen Sonderzweig der „europäischen Politik“ des Bolschewismus gelten folgende Richtlinien:

1. Der strategische Plan ist die Eroberung der einzelnen Staaten für den Kommunismus.
2. Die Taktik in den einzelnen Staaten besteht darin, die „Bourgeoisie“ durch eine möglichst umfassende Koalition der Arbeiter, Bauern und des Kleinbürgertums weitgehendst zu isolieren.
3. Zur Isolierung der „Bourgeoisie“ in den einzelnen Staaten soll grundsätzlich auch mit den „Sozialfaschisten“ der II. Internationale zwecks Bildung einer Einheitsfront paktiert werden.

Die Bündnispolitik mit bürgerlichen Staaten und die gleichzeitige kommunistische Zersetzungsarbeit in ihnen bilden vom bolschewistischen Standpunkt aus keinen Widerspruch. Im Gegenteil ist der Bolschewismus bemüht – was sich aus der ganzen marxistisch-leninistisch-stalinistischen Dialektik als ein unabänderliches Grundprinzip ergibt – seine Bundesgenossen zu bolschewisieren, in der von Moskaus Standpunkt aus richtigen Erkenntnis, daß ein halbbolschewistischer Bundesgenosse wertvoller, als ein „bürgerlicher“ und ein vollbolschewistischer unvergleichlich zuverlässiger, als ein halbbolschewistischer ist!

6. *Von der Einkreisung Deutschlands zum Kriege*

Lenin sagt, die marxistische Lösung der Frage der Demokratie bestehe in der Ausnutzung der demokratischen Einrichtungen zum Zwecke des Sieges des Proletariats¹⁾. Das gilt nicht nur für den innenpolitischen Kampf. Der Bolschewismus benutzt die Demokratie überall als ein Mittel zum Zweck. Die von Moskau eingeleitete Neuorientierung seiner europäischen Politik mit dem Ziel einer Zusammenarbeit mit den Demokratien stellt eine praktische Nutzenanwendung des zitierten Leninschen Grundsatzes auf außenpolitischem Gebiet dar.

Vom ersten Tage an ist Moskau leidenschaftlich bemüht, die demokratischen Einrichtungen in Europa für seine Mächtschaften auszunutzen, Unfrieden zu stiften, bestehende Gegensätze und Konflikte zu generalisieren. Moskau ist es, das den Abessinienkonflikt durch seine radikale Sanktionshetze zu einem allgemeinen bewaffneten Konflikt im Mittelmeer zu erweitern sucht. Moskau ist es, das durch Finkelstein-Litwinow die Westpaktverhandlungen torpediert, eine Verschärfung der militärischen Sanktionsbestimmungen des Völkerbundes durchzusetzen sucht und zur Bildung eines Blocks gegen Deutschland aufruft. Moskau ist es, das in Spanien einen bolschewistischen Bürgerkrieg provoziert und ihn durch Sabotage des Londoner Nichteinmischungsausschusses zu einem allgemeinen Krieg auszuweiten sich bemüht. Moskau hetzt frech gegen die „Annexion“ Österreichs. Zur Zeit der Tschechenkrise stärkt es der Prager Regierung durch militärische Hilfeversprechen den Rücken. Das Münchener Abkommen wird nicht nur abgelehnt, sondern zur Grundlage einer neuen beispiellosen Hetze gemacht.

Diese neue europäische Politik der UdSSR. ist vom ersten Augenblick an durch das Bestreben gekennzeichnet, Deutschland zu isolieren, es politisch und militärisch einzukreisen. Die propagandistischen Schlagworte dieser Politik sind „Kollektive Sicherheit“ und „Unteilbarkeit des Friedens“. Ein System von Pakten mit der berüchtigten „automatischen“ Beistandsklausel soll im geeigneten Augenblick den Ausbruch

¹⁾ Vgl. Lenin, Werke, Bd. 30, S. 260. Moskau-Leningrad 1930.

eines Krieges ermöglichen, bei dem die UdSSR. selbst in der zweiten Linie bleiben kann.

Zur Förderung dieser unlauteren Absichten wird eine neue „historische“ These verkündet. Diese lautet dahingehend, daß ein Krieg nicht erst in absehbarer Zukunft zu erwarten sei, sondern daß die Staaten und Völker sich bereits mitten in ihm befänden. Die Schuldigen dieses „zweiten imperialistischen Krieges“ sind selbstredend die „faschistischen Aggressoren“. Die Fronten laufen von „Gibraltar bis Schanghai“! Aber – und das ist die entscheidende Wendung: „Der Krieg ist im letzten Grunde gegen die kapitalistischen Interessen Englands, Frankreichs, der Vereinigten Staaten gerichtet... Ein besonderes Merkmal des zweiten imperialistischen Krieges besteht vorläufig darin, daß er von den aggressiven Mächten geführt wird, während die demokratischen Mächte, gegen die der Krieg eigentlich gerichtet ist, sich den Anschein geben, als ob sie der Krieg nichts angehe¹⁾.“

Diese neue These ist bereits mehr, als nur ein Wink mit dem Zaunpfahl. Eine plumpere und gröbere Einladung an die demokratischen Staaten, aus diesem gegen sie bereits im Gang befindlichen Kriege die Konsequenzen zu ziehen, ist kaum denkbar. Die Moskauer Deklamationen sind in diesem Stadium der europäischen Politik in erster Linie an die englische Adresse gerichtet. Chamberlains hinterhältige, auf Zeitgewinn abgestellte Politik findet nicht den Beifall Moskaus. Moskau hält es mit der zu schnellerem Handeln treibenden Gruppe unter der Führung Churchills. In der für den politischen Apparat in der Roten Armee bestimmten Zeitschrift „Propagandist i Agitator RKKK.“²⁾ heißt es: „In der britischen Nachkriegspolitik sind zwei Tendenzen zu beobachten. Die eine wird von dem weitsichtigeren Teil der englischen konservativen Bourgeoisie (Churchill usw.) vertreten und besteht in dem Bestreben nach Sicherung der britischen Interessen durch die Teilnahme an einem internationalen System der kollektiven Sicherheit...“ Die zweite Gruppe (Chamberlain) wird verächtlich wegen ihrer Schwäche abgetan!

¹⁾ Geschichte der Kommunistischen Partei der Sowjetunion, S. 403. Moskau 1939.

²⁾ Propagandist und Agitator der Roten Armee, 1938, H. 6, S. 12.

Moskau kennt durch Herrn Maiskij in London die Briten zu gut, um nicht zu wissen, daß Chamberlain und Churchill sich nur in der Methode, jedoch nicht im Endziel unterscheiden. Doch sind Chamberlains Gründe für Moskau nicht stichhaltig. Moskau kommt es auf einen baldigen Konflikt an, und zwar auf einen Konflikt ohne einseitige Sieger. Auf einen langen Konflikt, der beide Seiten erschöpft und dem Bolschewismus die Möglichkeit gibt, in der Schlußphase des Kampfes eine Entscheidung für sich selbst herbeizuführen. Diese eindeutige Kominterntaktik läßt keinen Zweifel zu. Und man glaubt in Moskau, daß das gegenseitige Kräfteverhältnis zu jenem Zeitpunkt dem gesteckten Ziel entspricht. Deshalb wird den Demokratien Mut zugesprochen: „Die demokratischen Staaten sind natürlich stärker als die faschistischen Staaten. Der einseitige Charakter des sich ausbreitenden Weltkrieges erklärt sich durch das Fehlen einer Einheitsfront der demokratischen Staaten gegen die faschistischen Mächte¹⁾.“

Immer mehr verfolgt Moskau die Taktik, die demokratischen Staaten als stark und die „faschistischen“ Staaten als schwach hinzustellen. „Krasnaja Swesda“ vom 29. Januar 1939 versteigt sich zu der an Schwachsinn grenzenden Behauptung, der „wirtschaftliche Zerfall Deutschlands könne noch vor seinem Eintritt in den Krieg erfolgen, die politisch-moralische Verfassung der deutschen Armee sei unzuverlässig (!)“ und Deutschland könne „einen ernsthaften Krieg nicht aushalten (!)“. Ähnlicher Irrsinn wird auch durch andere Sowjetblätter verbreitet.

Inzwischen treten die Ziele der britischen Politik immer unverhüllter zutage. Die britischen Garantieangebote und Garantieverprechen zeigen deutlich, wie man sich in London eine Einkreisung Deutschlands und einen zukünftigen Krieg gegen das Reich denkt. Es zeigt sich zugleich, daß seit längerer Zeit zwei Aspiranten auf den gleichen Gegenstand am Werke sind: die britische Plutokratie und der Moskauer Bolschewismus. Aber jeder von beiden denkt daran, den anderen die Kastanien aus dem Feuer holen zu lassen. So

¹⁾ Geschichte der Kommunistischen Partei der Sowjetunion, S. 404' Moskau 1939.

kommt es zu den englisch-französisch-sowjetischen Pakt- und Generalstabsbesprechungen in Moskau im Frühjahr und Sommer 1939. Moskaus Taktik geht darauf aus, auf jeden Fall einen Konflikt in Europa unabwendbar zu machen, während die Briten die deutschen Hauptkräfte im Osten zu binden hoffen.

Der Abschluß des deutsch-sowjetischen Nichtangriffspaktes im August 1939, zu dem sich der Führer schweren Herzens im Interesse der Verhinderung der britischen Einkreisungspolitik entschlossen hatte, wird in Moskau von den hinterhältigsten Gedanken begleitet. Moskau fühlt sich trotz des Paktes als Einkreisungsmacht im Osten und ist von vornherein entschlossen, in den europäischen Konflikt, den es für unvermeidlich hält und den es herbeisehnt, zu einem ihm genehmen Zeitpunkt einzugreifen. Zweifellos hat Moskau die Kräfte des Reiches unterschätzt, zweifellos rechnet es mit einem anderen Kriegsverlauf, als es die nächsten Wochen in Polen und später der Feldzug in Frankreich zeigen.

Während die Sowjetpresse sich zunächst „neutral“ tarnt, setzt die Kominternpresse im Ausland die alte Hetze verstärkt fort. Die Baseler „Rundschau“ feiert den Nichtangriffspakt als eine „Niederlage“ Deutschlands, als ein „Zurückweichen des wichtigsten Kriegsbrandstifters in Europa“. Das gleiche Blatt bringt am 31. August 1939 Brandaufrufe gegen das Reich, während es gleichzeitig den Patriotismus der französischen Kommunisten lobt. Und am 21. September 1939 gibt es eine Sympathieerklärung für Churchill ab: „Man kann nicht daran zweifeln, daß er aufrichtig und energisch sich in diesem Kampf einsetzt; jedoch sind in der Regierung die Leute verblieben, die mit der Politik von München am engsten verbunden sind. Solange sie im Amt bleiben, können die Anstrengungen, die für die Erringung des Sieges unternommen werden, bestenfalls mit halbem Herzen gemacht werden.“ Bald tauchen auch in der Sowjetpresse wieder die alten weltrevolutionären Parolen auf, die beweisen, daß sich an der geistigen Haltung Moskaus nichts geändert hat.

Aus der Proklamation des Führers vom 22. Juni 1941 und aus den vom Auswärtigen Amt am gleichen Tage der

Öffentlichkeit übergebenen Material wissen wir heute, welches Doppelspiel Moskau nach dem Abschluß des Nichtangriffspaktes gespielt hat.

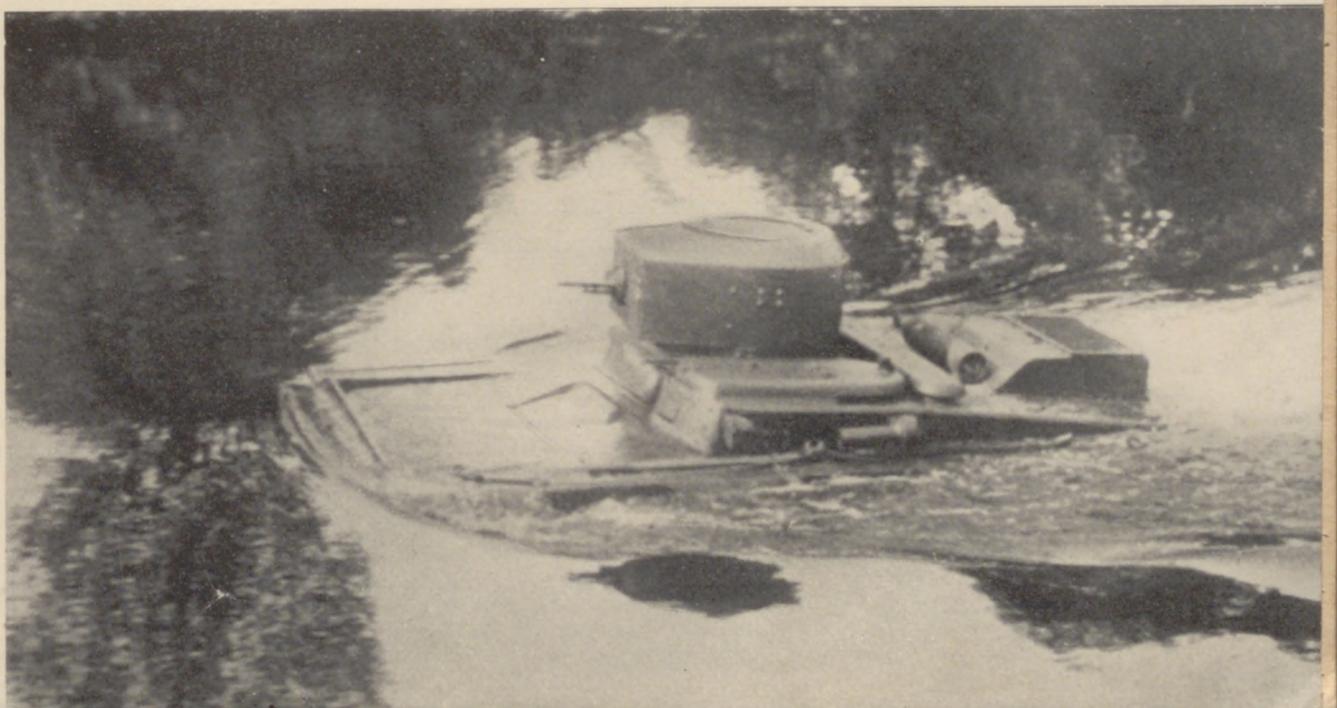
Moskau verletzt willkürlich die seinen Interessen gezogenen Grenzen, es überfällt vertragswidrig Finnland, die baltischen Staaten und Rumänien, es fordert in seiner Unverschämtheit militärische Stützpunkte in Bulgarien und an den Dardanellen, es organisiert den serbischen Putsch, schließt mit den Putschisten einen Freundschaftspakt und gibt ihnen durch ein Waffenlieferungsversprechen den letzten Anstoß zum Krieg gegen das Reich! Außerdem entfalten die Komintern und die GPU., wie gleichfalls inzwischen bekannt geworden ist, in fast allen europäischen Ländern eine gegen das Deutsche Reich gerichtete Zersetzungsarbeit und organisieren die Spionage sowie Sabotageakte. Schließlich werden an den Westgrenzen der Sowjetunion solche gewaltigen Truppenansammlungen massiert, daß die Angriffsabsichten der UdSSR. gegen das Deutsche Reich ganz zweifelsfrei erkennbar werden. Dieser Aufmarsch der Roten Armee erfolgt bereits im Frühjahr 1940. Dadurch werden so starke deutsche Kräfte im Osten gebunden, daß eine radikale Beendigung des Krieges im Westen nicht möglich wird. Damit wird das erreicht, was von englischer Seite in den Verhandlungen mit Moskau 1939 beabsichtigt war.

In diesem hinterhältigen Falschspiel der Sowjetunion spiegelt sich die ganze „Strategie und Taktik“ des Bolschewismus wider. Alles, was an Gemeinheit und Betrugerei in den Lehren der Bolschewisten jahrzehntelang kultiviert wurde, hat hier seine praktische Nutzanwendung gefunden. Es zeigt sich ganz deutlich, daß die Theorie des Bolschewismus und seine Praxis trotz zeitweiliger scheinbarer Widersprüche im Endergebnis eine Einheit bilden. Der Bolschewismus hat zum Kriege getrieben und hat den Krieg erreicht. Doch die deutsche Antwort hat nicht auf sich warten lassen!



19. Das Zusammenwirken der Luftwaffe mit der Panzerwaffe wurde fleißig exerziert. Das Bild zeigt eine Gefechtsszene aus den Manövern der Roten Armee

20. Sowjetischer Amphibien-Tank





21. Die bolschewistische Panzerwaffe wurde jahrelang gewaltig ausgebaut. Sie sollte den „revolutionären Angriffskrieg“ nach Deutschland und Europa tragen

III. Abschnitt

Die Vorbereitung zum Kriege

5. Kapitel. Kriegs- und Rüstungspsychose

1. Die innenpolitischen Schwierigkeiten

Aus den bisherigen Darlegungen über die ideologischen und praktischen Beweggründe der Sowjetpolitik geht deutlich hervor, daß die Sowjetunion sehr weitgehende Ziele verfolgt, die mit friedlichen Mitteln niemals zu erreichen sein werden. Eine Änderung dieser Politik kommt nicht in Frage, da der Bolschewismus auf die Weltrevolution nicht verzichten kann, ohne sich selbst als Bolschewismus aufzugeben. Wenn der Bolschewismus sich nicht zur Selbstliquidierung entschließen wird, so wird er sich über kurz oder lang für den „revolutionären Krieg“ entscheiden müssen. Dafür muß er die machtpolitischen Vorbedingungen schaffen: eine starke Armee, eine leistungsfähige Wehrwirtschaft und eine von kriegerischem Geist erfüllte Bevölkerung.

Auch der Bolschewismus muß mit dem ursächlichen Zusammenhang zwischen den moralischen und materiellen Kräften des Landes und seiner Bevölkerung rechnen, die als Grundlage für die militärische Leistungsfähigkeit des Staates und seiner Armee unentbehrlich sind. Die Einheit von Volk und Staat ist die elementarste Voraussetzung für den militärischen und politischen Erfolg im Kriege. Eben hier liegt das schwierigste Problem für die Sowjetunion.

In der ersten Periode der Revolution, als sie noch vorwiegend den Charakter einer Agrarrevolution hatte, wurde der Begriff des „Klassenkampfes“ von den Bauern, der Hauptmasse der Bevölkerung, ausschließlich im Sinne der sogenannten „schwarzen Umteilung“ des Bodens aufgefaßt. Er erschöpfte sich im radikalsten Falle in der Parole: „Alles Land den Bauern!“ Der eigentliche Kommunismus hingegen ging den

Bauern niemals über den Rahmen des ihnen aus dem alten „Mir“-System an sich vertrauten Gedankens der Gemeinsamkeit des Grundbesitzes hinaus und hob ihre individuellen Ansprüche nicht auf.

Jene Parole: „Alles Land den Bauern!“ wurde von den Bolschewisten proklamiert und stellte einen offenen Betrug dar, denn sie stand im prinzipiellen Gegensatz zu der kommunistischen Forderung nach Aufhebung jeglichen Privateigentums. Der Keim zu späteren Konflikten war damit gelegt. Nachdem der enteignete Boden der Gutsbesitzer in die Hände der Bauern übergegangen war, regte sich in diesen der Wille zum Eigentum: sie waren keineswegs bereit, ihre Erzungenschaft der Revolution preiszugeben. Die Kollektivierung der Landwirtschaft, also die praktische Aufhebung der zweckgeborenen agrarrevolutionären Losung des Bolschewismus, führte zu einem permanenten Kriegszustand zwischen Staat und Bauern, zu einer passiven und oft auch aktiven Resistenz der auf Wahrung ihrer Eigentumsrechte bedachten Bauern gegen die Maßnahmen der Regierung. Die Gefahr einer neuen Agrarrevolution dämmerte am Horizont der Sowjetrepublik und diese Gefahr konnte bisher nicht beseitigt werden.

Nicht viel besser steht es um das Verhältnis zwischen Sowjetregierung und Arbeiterschaft. In den Jahren der agitatorischen Vorbereitung des Umsturzes und während der Oktoberrevolution hatten es die Bolschewisten leicht. Zahlreiche Erscheinungen frühkapitalistischer Entwicklung boten genügend Ansatzpunkte für die Kritik, die von einsichtigen Teilen der ehemals herrschenden Kreise in Rußland geübt wurde, ohne daß es zu durchgreifenden Maßnahmen gekommen wäre. Die hemmungslose demagogische Zersetzungspropaganda der Bolschewisten versuchte hieraus in gewissenlosester Weise Kapital zu schlagen. Mit der in allen Ländern der Welt praktizierten Methode führten die Bolschewisten den Kampf nicht um einen gerechten sozialen Ausgleich zwischen den verschiedenen Volksschichten im Sinne einer Volksgemeinschaft, sondern von vornherein auf der Basis des schonungslosen Klassenkampfes mit dem Ziel der Vernich-

tung der ehemals herrschenden „Klassen“ durch die „zur Herrschaft aufsteigende Klasse des Proletariats“. Unter dieser Parole wurde der Arbeiterschaft versprochen, daß sie zur Beherrscherin der Produktionsmittel und zur Nutznießerin einer neuen, nämlich der „sozialistischen Produktions- und Gesellschaftsordnung“ werden müsse.

Soweit es sich um die theoretische Seite dieses Problems handelte, ging es den Arbeitern in Rußland ähnlich wie den Bauern. Der wahre Sinn jener revolutionären Parole wurde entweder überhaupt nicht verstanden oder nur zur Hälfte verdaut. Haften blieb die Hoffnung auf wirtschaftliche Vorteile. In der Wirklichkeit der bolschewistischen Diktatur wurden aber sämtliche Hoffnungen enttäuscht. Die Arbeiterschaft sank unter den Lebensstandard der Vorkriegszeit herab. Jede Freizügigkeit wurde aufgehoben. Die Arbeiterschaft wurde Gegenstand brutalster kapitalistischer Ausbeutung, die selbst in den klassischen Hochburgen des liberalen Kapitalismus nach ihresgleichen sucht. Die im Laufe der Jahre von der Sowjetpresse zugegebenen zahlreichen Sabotageakte in der Industrie, die nur einen bescheidenen Teil der tatsächlich erfolgten betragen, sind ein eindrucksvolles Zeugnis für die Zustände, die sich hier allmählich herausgebildet haben. Wenn von den Bolschewisten solche Akte der Notwehr dem „Klassenfeind“ zugeschoben werden, so kann daraus gefolgert werden, daß dieser Feind des Bolschewismus seit langem bereits in den Reihen der Arbeiterschaft selbst steht.

Hinzu traten die Kämpfe innerhalb der Kommunistischen Partei um die „Generallinie“ und um die Auslegung des marxistischen Dogmas, bei denen zeitweilig die Bauernfrage eine große Rolle spielte. Diese Kämpfe haben innerhalb und außerhalb der Sowjetunion eine umfangreiche Literatur erzeugt, die für einen normalen Menschen infolge ihres demagogischen und mit stumpfsinnigen dialektischen Tricks überladenen Inhalts völlig ungenießbar ist. In dieser Literatur hat der jüdische Intellekt, der Erfinder und Hüter des Marxismus-Leninismus, seine exzentrischsten und geilsten Blüten hervorgebracht. Der praktische Niederschlag dieser Kämpfe in der Sowjetunion übertrifft an sadistischer Grausamkeit

alles, was je in der Geschichte der Menschheit an Schrecklichem gewesen ist.

Diese jahrelangen Kämpfe zwischen den verschiedenen kommunistischen Gruppen, den „Trotzkisten“, den „Stalinisten“ und anderen, wirken bis in die Gegenwart hinein und haben nach den monströsen Schauprozessen der letzten Jahre noch lange nicht ihren Abschluß gefunden. Charakteristisch ist für diese Kämpfe, daß auch sie – obwohl sie innerhalb des Bolschewismus selbst stattfinden – klassenkämpferisch unterbaut werden, wobei die Unterliegenden des Verrats am Kommunismus und als im Dienst fremder Generalstäbe bzw. kapitalistischer ausländischer Spionagezentralen stehend beschuldigt werden. Gegenwärtig hat Stalin in dieser Beziehung die Oberhand über seine Feinde, jedoch würde er im umgekehrten Falle von jenen mit den gleichen Verbrechen belastet werden.

Das Hineinziehen des Auslandes in die schmutzigen Familienangelegenheiten des Bolschewismus stellt eine Ablenkungs- und Verschleierungstaktik dar, um gewisse Tatbestände zu verbergen, die nur mittelbar oder überhaupt nicht mit der Partei zusammenhängen und die beweisen, daß es in der Sowjetunion eine illegale Bewegung gegen den Bolschewismus gibt, die sich vorwiegend auf die unterdrückten Nationalitäten in den Randgebieten der UdSSR. stützt. Jedesmal wenn aus der Sowjetunion neue Nachrichten über Massenterror und Massenerschießungen zur zivilisierten Welt dringen, so sind das Symptome eines langsam beginnenden Zerfalls der bolschewistischen Macht. Man muß sich stets vergegenwärtigen, daß mit den Opfern der Rivalitätskämpfe innerhalb der judobolschewistischen Spitzenclique immer gleichzeitig Dutzende und Hunderte von sogenannten „Klassenfeinden“ in der gesamten UdSSR. „physisch liquidiert“ werden, die mit jener Clique und ihren Kämpfen nichts zu tun haben. Unter ihnen befindet sich so mancher kleine Parteikommunist, manchmal auch höhere Funktionär, der vielleicht nur aus seinem Unterbewußtsein zu einer „Todsünde“ wider die „Generallinie“ der Partei gekommen ist.

Seit langem betreiben die Bolschewisten eine planmäßige Vernichtung der nationalen Führerschicht der

einzelnen Völker, die zwangsweise das Sowjetregime ertragen müssen. In allen diesen Fällen von Maßregelungen und Erschießungen lautet die Anklage zumeist auf das Vorhandensein von „faschistischen Tendenzen“ oder von „rechten Abweichungen in der nationalen Frage“. Verhaftungen, Absetzungen und Exekutionen haben in den letzten Jahren auffälligerweise insbesondere in den mittelasiatischen Sowjetrepubliken, in der Burjätomongolei, im Kaukasus, in der Ukraine, in Weißrußland und in Karelien stattgefunden. Nach den Geständnissen der Sowjetpresse haben sich „Konterrevolution und bürgerlicher Nationalismus“ im Regierungs- und Parteiapparat, im Komsomol (Kommunistischer Jugendverband), in der Presse, in Verlagen, in verschiedenen Organisationen usw. „eingenistet“. Es ist bemerkenswert, daß die Bolschewisten als Reaktion auf diese für sie so gefährlichen Erscheinungen außer dem Terror u. a. nichts Besseres gefunden haben, als den Druck einer verschärften Russifizierungspolitik. So wurde laut Verordnung des Rates der Volkskommissare und des ZK. der WKP(b). der Ukraine ab 1. September 1938 der russische Sprachunterricht in sämtlichen ukrainischen Schulen eingeführt. In anderen von den Nationalitäten besiedelten Randgebieten der UdSSR., namentlich im Westen (besonders stark in Karelien), wird eine ähnliche Politik betrieben. In den unmittelbar an andere Staaten angrenzenden Gebieten, besonders im Westen der UdSSR., greift man auch zu dem Mittel der Zwangsevakuierung der Bevölkerung.

Alle angedeuteten Tatsachen mögen einen Begriff davon geben, welchen inneren Schwierigkeiten sich die Leitung der KPdSU(B). gegenüber sieht. Es geht hier um nichts weniger als um die nackte Existenzfrage des Bolschewismus. Und zwar ist diese Existenzfrage des Bolschewismus nicht etwa außenpolitisch gestellt, denn die UdSSR. wird ja von außen her von niemandem angegriffen, sondern sie ist ein reines innenpolitisches Problem der Sowjetunion selbst. Daraus ergibt sich aber für die Bolschewisten zugleich der Zwang, ein Ventil nach außen zu öffnen, um dem inneren Hochdruck einen Ausweg zu schaffen. Das Prinzip des Klassenkampfes im Innern und die Idee der Weltrevolution als außenpolitisches

Programm sind zwei Dinge, die sich auf die Dauer nicht trennen lassen. Damit soll gesagt sein, daß die Bolschewisten den Klassenkampf auf die Dauer nicht nur innenpolitisch führen können, sondern über kurz oder lang zu einer „weltrevolutionären Aktion“ übergehen müssen – und zwar schon aus Selbsterhaltungstrieb.

Der Bolschewismus bleibt deshalb als internationaler Unruhestifter und Kriegshetzer auch dann gefährlich, wenn seine tatsächlichen Machtmittel nur beschränkte sind, weil er aus Gründen der Selbsterhaltung zum Vabanquespiel, d. h. zur Katastrophenpolitik in größtem Stil getrieben werden kann. Der Bolschewismus bleibt also eine Kriegsgefahr kraft seiner Existenz in jedem Fall, unabhängig davon, ob er militärisch und rüstungspolitisch stark oder schwach ist. Der praktische Niederschlag des ersten oder zweiten Tatbestandes findet sich in seinen außenpolitischen Bemühungen um militärische Bundesgenossen. Der Idealzustand vom Standpunkt des Bolschewismus ist der, daß seine eigenen Kräfte ausreichen, um allein den „revolutionären Angriffskrieg“ gegen die ganze übrige Welt zu führen, mit dem Ziel der Errichtung der kommunistischen Weltrepublik. Je schwächer jedoch der Bolschewismus innerhalb der Grenzen seiner eigenen „Basis“, d. h. der Sowjetunion ist, um so mehr ist er auf Bundesgenossen im Auslande angewiesen. Um solche zu gewinnen, ist er auch zu einem „taktischen Rückzug“ bereit. Einen solchen stellt z. B. die „Sowjetdemokratie“ dar, die seit dem Eintritt der UdSSR. in den Völkerbund nach außen hin vorgespiegelt und von den Demokratien des Westens zum Teil auch geglaubt wird. Die Bolschewisten sind auch bereit, in einer pseudonationalen Maskierung aufzutreten, um Vertrauen bei ihren Bundesgenossen oder solchen, die es werden sollen, zu erschleichen. Hier ergibt sich eine unerschöpfliche Skala von Möglichkeiten, die gleichzeitig ein Gradmesser zur Beurteilung der tatsächlichen Stärke der UdSSR. ist.

Solange aber die äußeren Umstände den Übergang zur weltrevolutionären Offensive mit bewaffneter Macht nicht gestatten, können die aus dem Dogma selbst sich ergebenden inneren Gefahrenquellen mit „Ideologien“ allein nicht zu-

gestopft werden. Es bedarf einer realen Macht, die bei der Aufrechterhaltung der „Partei- und Klassendisziplin“ eingesetzt werden kann. Neben den Truppen der GPU. ist das die Rote Armee, die damit auch zu einer Waffe, aber auch zum Objekt der innenpolitischen Kämpfe wird. Insofern verfolgen die Rüstungen der Sowjetunion einen außen- und einen innenpolitischen Zweck zugleich.

2. Die Triebkräfte der Kriegs- und Rüstungspropaganda

Die militärische und rüstungspolitische Propaganda der KPdSU(B). wird unter solchen Umständen von zwei Faktoren bestimmt:

1. Von der weltrevolutionären Zielsetzung mit den aus ihr sich ergebenden praktischen Folgerungen für die Wehrpolitik der UdSSR.
2. Von der Notwendigkeit, die Masse der Sowjetbürger von den inneren Schwierigkeiten auf von außen her angeblich drohende Gefahren abzulenken.

Auf dieser Basis wird in der UdSSR. seit vielen Jahren eine Kriegspsychose von geradezu ungeheuerlichen Dimensionen erzeugt. Es wird keine Gelegenheit versäumt, um den Sowjetbürgern die angeblichen Angriffsabsichten des Auslandes gegen den Sowjetstaat einzuhämmern. Die Zeitungen traktieren in seitenlangen Abhandlungen über diesen Gegenstand. Plakate und Transparente proklamieren in Riesenaufmachung: „Die Sowjetunion ist in Gefahr!“ Der Rundfunk steht im Dienste der Kriegspropaganda unter der gleichen Parole. Propagandaschriften und sonstige Literatur über die drohende „Intervention“ werden in Massenaufgaben verbreitet. In allen Reden der bolschewistischen Regierungsmänner wird die Vorbereitung des Krieges gegen die UdSSR. als eine feststehende Tatsache behauptet.

Die psychologischen Triebkräfte dieser Propaganda ergeben sich aus der Kriegsdoktrin des Kommunismus. Ein Staat, der unter der Losung der klassenmäßig bestimmten Weltrevolution den ganzen Erdball für den Kommunismus erobern will, muß sich des eigenen ungeheuren Gegensatzes zu der

übrigen Welt bewußt sein. Er muß letzten Endes ein ähnliches Bewußtsein dieses Gegensatzes auch bei dieser Welt ihm selbst gegenüber annehmen. Dieser Gegensatz wird von der Sowjetunion als ein Klassengegensatz zwischen dem „proletarischen“ und den „bourgeois“ Staaten angesehen. Klassengegensätze aber führen nach der kommunistischen Doktrin zu Klassenkämpfen und Klassenkriegen. Die letzte Folge des Gegensatzes zwischen der UdSSR. und der übrigen Welt muß also ein Krieg sein.

Die These von der Unvermeidlichkeit eines bewaffneten Zusammenstoßes zwischen dem „Staat der Arbeiter und Bauern“ und den „Staaten der Bourgeoisie“ ist eine der Grundlehren des Bolschewismus. Das Bewußtsein von der drohenden Kriegsgefahr ist schließlich nichts anderes als ein Produkt des eigenen schlechten Gewissens: will man selbst jemanden angreifen, so muß man mit einer entsprechenden Gegenwirkung rechnen.

Außerdem ist, wie wir aus der kommunistischen Theorie wissen, jeder Krieg, den die UdSSR. führen wird, im „historisch-politischen Sinne ein Verteidigungskrieg, unabhängig davon, wer zuerst angreifen wird“¹⁾. Allein die Tatsache des Vorhandenseins einer nichtbolschewistischen Welt wird bereits als ein Angriff auf die elementarsten Lebensrechte der UdSSR. angesehen.

Äußerst bezeichnend für die bolschewistische Auffassung ist folgender Ausspruch Lenins im Jahre 1920: „Der Haß der polnischen Kapitalisten gegen die Sowjetmacht ist sehr stark. Sie unterdrücken mit unerhörter Grausamkeit die einfachsten Streiks.“²⁾ (!) Wenn also ein Staat gegen die kommunistische Zersetzungsarbeit innerhalb seiner eigenen Staatsgrenzen seine Machtmittel einsetzt, so betrachtet die Sowjetunion dies als einen Eingriff in ihre Rechte und Interessen! Jede Aburteilung von kommunistischen Hetzern zum bewaffneten Aufstand in der übrigen Welt ist nach bolschewistischer Auffassung ein Angriff auf die Sowjetmacht!

Um wieviel mehr muß unter solchen Umständen jede wehr-

¹⁾ Vgl. Degtjarew, a. a. O.

²⁾ Lenin in einer Rede am 20. November 1920, zit. in: Lenin, Über den Versailler Vertrag, S. 85.

politische Maßnahme eines anderen Staates gegen die Möglichkeit eines bewaffneten Überfalles seitens der Sowjetunion auf ihn als Angriff auf den Sowjetstaat betrachtet werden! Nach Meinung der Bolschewisten ist es grundsätzlich ein Verbrechen, sich gegen den Bolschewismus zu verteidigen. Eine solche Verteidigung ist eine „reaktionäre“ Maßnahme und laut Degtjarew im „historisch-politischen Sinne ein Angriff auf die Sowjetunion“.

Von hier ist es nur ein kleiner Schritt bis zu der Behauptung, daß diese Welt ihrerseits Angriffsabsichten gegen die UdSSR. habe und den Krieg mit dem Ziel des Sturzes der Sowjetmacht organisiere. „Der Krieg der Imperialisten gegen den Sowjetbund ist ein offener gegenrevolutionärer Krieg der Bourgeoisie gegen das Proletariat. Sein Hauptziel ist – der Sturz der proletarischen Diktatur und die Errichtung der Herrschaft des weißgardistischen Terrors gegen die Arbeiterklasse und die werktätigen Massen des ganzen Landes“¹⁾.

3. Die „Interventionsfront“

Wird auch die übrige Welt als Ganzes im Gegensatz zur Sowjetunion betrachtet, so werden innerhalb ihrer doch wesentliche Unterscheidungen gemacht. Das ergibt sich aus den jeweiligen aktuellen Bedürfnissen der Sowjetpolitik. Die allgemeine Formel „kapitalistische Welt contra Sowjetunion“ muß auf die konkrete Formel einer akuten Gefahr seitens bestimmter Staaten für die UdSSR. gebracht werden, um von den Massen der Sowjetbevölkerung sinnfällig begriffen zu werden.

In dieser Beziehung hat die Sowjetpolitik im Laufe der Jahre große Wandlungen durchgemacht. Bis 1933 wurden Frankreich und England abwechselnd als die Einpeitscher zum „Interventionskrieg“ gegen die UdSSR. bezeichnet. Typisch ist die in einer Schrift im Jahre 1929 gemachte Einteilung der Staaten hinsichtlich ihrer Rolle „in einem neuen Krieg gegen die UdSSR.“²⁾.

¹⁾ Aus den Thesen der Komintern, zit. bei: Degtjarew, Die politische Arbeit in der Roten Armee in Kriegszeiten, S. 17. Moskau 1930 (russ.).

²⁾ Vgl. Daschinskij und Radopolskij, Die Vorbereitung des Krieges gegen die UdSSR., S. 48ff. Moskau 1929 (russ.).

1. Die erste Gruppe bestand demzufolge damals aus den der UdSSR. offen feindlich gesinnten Staaten: England, Frankreich und den westlichen Nachbarn der Sowjetunion – Polen, Rumänien, Finnland, Estland und Lettland. Ferner wurden Japan und Italien dazugerechnet.
2. Die zweite Gruppe bildeten die Staaten, die zwar ebenfalls eine prinzipielle Gegnerschaft zur UdSSR. zum Ausdruck brachten, jedoch infolge bestimmter Gründe sich der antisowjetischen Front noch nicht offen angeschlossen hatten: Tschecho-Slowakei, Ungarn, Bulgarien, Jugoslawien, Griechenland, Belgien, Dänemark und die Schweiz.
3. Die dritte Gruppe umfaßte die Staaten, die aus geographischen, politischen und wirtschaftlichen Gründen an einem Kampf gegen die UdSSR. wenig interessiert waren: Türkei, Persien, Afghanistan, China (mit Ausnahme der „reaktionären nordchinesischen Militaristen“), Österreich, Schweden, Norwegen und die lateinamerikanischen Staaten.
4. Eine Sonderstellung nahmen Deutschland und die USA. ein, deren Haltung als noch nicht endgültig geklärt bezeichnet wurde, die jedoch vor allem von England heiß umworben wurden, da ihr spezifisches Gewicht innerhalb der weltpolitischen Lage so groß war, daß ohne ihre Beteiligung oder wenigstens ihre Neutralität ein Angriff auf die UdSSR. schwer vorstellbar erschien!

Diese prinzipielle Auffassung ist in den großen politischen Reden Stalins, Finkelstein-Litwinows, Woroschilows, Molotows, Kalinins und zahlreicher anderer führender Persönlichkeiten der UdSSR. jahrelang in der mannigfaltigsten Weise vertreten worden.

Das war in den Jahren, als die Sowjetunion noch eine Hoffnung auf eine kommunistische Revolution in Mitteleuropa hatte. Nachdem diese Hoffnung endgültig zu Grabe getragen war, sind andere Kombinationen und Konstruktionen an Stelle der früheren gesetzt worden.

Seit 1933 wird Deutschland bzw. der „deutsche Faschismus“ als der hauptsächlichste Träger der „Interventionsfront“

bezeichnet. Voll ohnmächtiger Wut richtet die Sowjetunion ihren ganzen Haß gegen das nationalsozialistische Deutschland, weil sie auf die Einmischung in die inneren Verhältnisse Deutschlands nicht verzichten will, weil sie den „Sturz des Faschismus in Deutschland“ zum zentralen Problem ihrer auswärtigen Politik gemacht hat, weil sie im Kampf gegen den „deutschen Militarismus“ eingedenk des Jahres 1914 eine zugkräftige Parole für die Ablenkung der eigenen Volksmassen von den inneren Schwierigkeiten im Sowjetstaat zu finden hofft, weil ohne eine bolschewistische Eroberung Deutschlands die letzten Hoffnungen auf die Weltrevolution preisgegeben werden müßten!

Die eigenen Angriffsabsichten gegen Deutschland werden jedoch in der Sowjetpropaganda in gewissenlosester Weise in angebliche Angriffsabsichten Deutschlands gegen die UdSSR. umgelogen!

„Die deutschen Faschisten, die Mordwerkzeuge geschaffen haben, die selbst die wilhelminische Armee des gehässigen preußischen Militarismus übertreffen, haben die gespannte internationale Atmosphäre noch mehr verschärft. Die Regierung Hitlers setzt den Krieg unmittelbar auf die Tagesordnung. Sie bedroht unmittelbar die benachbarten Länder. Die deutschen Faschisten schreiten bewußt zu einem neuen imperialistischen Weltkrieg. Sie richten die Spitzen ihrer Bajonette, ihre Kanonenrohre, ihre Flugzeuge gegen das Land des sozialistischen Aufbaues, an dessen Macht jede faschistische Welle zerbricht – gegen die Sowjetunion.“ Diese Sätze in der in Moskau erscheinenden Zeitschrift „Kommunistische Internationale“¹⁾, die, wie auf ihrem Titelblatt hervorgehoben ist, unter maßgeblicher Beteiligung des Sowjetdiktators Stalin herausgegeben wird, mögen als bescheidene Kostprobe der gehässigen Sprache zitiert sein, die seit Jahren in Moskau gegen das Deutsche Reich und seine Repräsentanten geführt wird. Die Sowjetpolitiker und ihre Presse schrecken vor keiner Gemeinheit zurück, um in den Volksmassen der UdSSR.

¹⁾ „Kommunistische Internationale“, Heft 10. Moskau 1935 (russ.).

Haß gegen Deutschland zu erzeugen. Hand in Hand damit geht die Hetze gegen die anderen Mächte des Dreierpaktes. Italien und Japan werden maßlos beschimpft, desgleichen alle Staaten, die ein autoritäres Regime besitzen.

Die Hetze gegen die „faschistischen Mächte“ und die Erzeugung der Interventionspsychose in der UdSSR. bedingen sich gegenseitig. Es gibt keine führende Persönlichkeit und keine parteiliche, staatliche, militärische, wirtschaftliche oder kulturpolitische Instanz, die an diesem Feldzug nicht beteiligt wäre. An der Spitze dieser Kampagne steht Stalin selbst. Die Schauprozesse in Moskau, auf die bereits hingewiesen wurde, waren eines der Mittel, um in den Massen das Bewußtsein einer drohenden ausländischen „Intervention“ zu erzeugen.

Es wäre ein Irrtum, zu glauben, daß diese absurden Hirn-gepinste von den Bolschewisten bewußt lediglich als reine Erfindungen und Lügen verbreitet werden. Das ist nicht der Fall! Die Bolschewisten glauben wirklich, daß dem so sei. Und zwar sind sie hier das Opfer einer sehr bezeichnenden Autosuggestion. Die ganze Politik der Sowjetunion und der Komintern beruht ihrerseits nämlich auf dem Prinzip der Einmischung in die inneren Verhältnisse fremder Völker und Staaten. Überall sind die Agenten Moskaus fieberhaft am Werke, um Zersetzungsarbeit zu leisten, überall werden die Massen gegen ihre Regierungen aufgeputscht. Überall werden revolutionäre Keimzellen geschaffen, aus denen revolutionäre Organisationen erwachsen, die ihrerseits bewaffnete kommunistische Verbände für den Bürgerkrieg bilden. Überall dort, wo seitens der Regierungen nicht von vornherein mit aller Energie den bolschewistischen Umtrieben ein Riegel vorgeschoben wird, wirkt sich die politische Intervention aus, die das offene Ziel des bewaffneten Eingriffs zur Errichtung der Sowjetmacht verfolgt. Bei dieser eigenen Einstellung können die Bolschewisten nichts anderes annehmen, als daß umgekehrt das gleiche auch gegen sie betrieben wird. Für einen Bolschewisten ist es einfach unvorstellbar, daß Staaten friedlich nebeneinander leben können, ohne sich bei jeder Gelegenheit gegenseitig ins Handwerk zu pfuschen. Die ganze Interventionspsychose in der Sowjetunion stellt somit,

so lächerlich sie auch sein mag, eine unmittelbare Folgerscheinung der eigenen Aggressivität dar.

4. Die Idee des „bewaffneten Volkes“

Die rüstungspolitischen Anstrengungen der Bolschewisten entsprechen nach Umfang, Inhalt und Methode der beschriebenen Interventionspsychose. Die letzte Konsequenz einer bis zur äußersten Grenze des Möglichen gesteigerten Rüstungspolitik liegt in der Militarisierung des gesamten öffentlichen Lebens des Staates und in dem Bestreben nach einer restlosen wehrpolitischen Erfassung der gesamten männlichen und weiblichen Bevölkerung des Landes. Das Problem der Bewaffnung der Massen für den Klassenkrieg kann auf die Heeresorganisation im ganzen und auf die Sonderaufgaben der Wehrpolitik außerhalb der Armee nicht ohne Einfluß bleiben. Das Bestreben der zuständigen Instanzen läuft darauf hinaus, auch auf diesem Gebiet sich von der Entwicklung in der Welt der „bürgerlichen Staaten“ abzusondern und selbständige „proletarische“ Formen der Organisation zu finden.

Soweit es sich dabei um die praktische Seite der Wehrpolitik handelt, bleibt ein großer Teil dieser Bestrebungen graue Theorie. Die materiellen Voraussetzungen der Heeresorganisation und der Rüstungspolitik sowie die praktischen Erfordernisse der zu lösenden Aufgaben sind an bestimmte Normen gebunden, die nicht einfach hinwegzudisputieren sind. Die politische und propagandistische Seite der Wehrpolitik hingegen gibt viele Möglichkeiten für die dogmatische Auslegung der zu treffenden Maßnahmen.

Der inzwischen erschossene Leiter der großen, über die gesamte UdSSR. verbreiteten Wehrorganisation „Osoaviachim“, Eidemann, veröffentlichte aus Anlaß des 17jährigen Jubiläums der Roten Armee einen Aufsatz unter der bezeichnenden Überschrift: „Das bewaffnete Volk“¹⁾. Eidemann ging darin von der uns bereits auch von anderen bolschewistischen Theoretikern bekannten Auffassung aus, daß die Theorie der kleinen, hochgradig spezialisierten und

¹⁾ „Iswestija“ vom 23. Februar 1935.

motomechanisierten Berufsheere, die gelegentlich im Auslande vertreten wurde, in gewissem Sinne eine charakteristische Erscheinung der bürgerlichen Welt sei. Solche und ähnliche Theorien seien eigentlich nichts anderes als das Produkt der Angst vor der Bewaffnung der Massen und der daraus erwachsenden revolutionären Gefahren für die bürgerlichen Staaten.

In der Sowjetunion hingegen könne es Hemmungen dieser Art nicht geben. Es gäbe nur eine Armee, die die Gegenüberstellung von Mensch und Technik nicht kenne: die Rote Armee. Und es gäbe nur ein Land auf der Welt, dessen Ehre und Unantastbarkeit seiner Grenzen von den Massen und von der modernen Technik zugleich verteidigt würden: die Sowjetunion.

Das Problem des „bewaffneten Volkes“ scheint demnach nach bolschewistischer Auffassung nur in der UdSSR. in größtem Maßstabe lösbar zu sein. Zur Bekräftigung seiner These verwies Eidemann auf die Entwicklung der großen wehrpolitischen Massenorganisationen der UdSSR., wie der „Osoaviachim“, des „Awtodor“¹⁾ u. a. Die Tatsache, daß es gelungen war, in diesen Organisationen Millionen von Mitgliedern zu erfassen, galt Eidemann als Beweis dafür, daß eben nur in der Sowjetunion es ein solches „bewaffnetes Volk“ und eine solche sonst nirgends in der Welt mögliche Erscheinung gebe, wie die „Liebe der Volksmassen zum sozialistischen Vaterland“.

Die Idee des „bewaffneten Volkes“ ist in dieser Formulierung immerhin etwas Neues für die Sowjetunion. Die alte bolschewistische Losung lautete bekanntlich nicht „Bewaffnung des Volkes“, sondern „Bewaffnung des Proletariats“. Jahrelang wurde den ausländischen Delegierten bei den Moskauer Paraden symbolisch eine Abteilung bewaffneter Arbeiter vorgeführt. Doch jetzt sehen sich die Bolschewisten vor die Aufgabe gestellt, auch diejenigen Kreise der Bevölkerung für ihre kriegerischen Unternehmungen einzuspannen, die nicht zum „Proletariat“ gehören. Aber auch das letztere ist ein

¹⁾ Inzwischen in der „Osoaviachim“ aufgegangen.

Faktor, dessen Zuverlässigkeit nach langjährigen Erfahrungen mit der bolschewistischen Diktatur sehr nachgelassen hat.

Mit der Parole des „bewaffneten Volkes“ wird den Massen eine Ideologie hingeworfen, die geeignet ist, sie über die wahren Absichten der kommunistischen Parteileitung hinwegzutäuschen. Die Idee des „bewaffneten Volkes“ ist ein Gegenstück zur „Interventionsfront“ und stellt den Versuch dar, dieser einen einheitlichen Block der Sowjetbevölkerung entgegenzustellen. Die neue Parole ist außerdem in einer Zeit entstanden, als die Sowjetregierung große Anstrengungen machte, um für einige westeuropäische Mächte bündnisfähig zu erscheinen und aus diesem Grunde Wert auf ein „demokratisches Gesicht“ legte. Was hört sich demokratischer an, als „bewaffnetes Volk“?

In ihren praktischen Auswirkungen bedeutet die neue Idee nichts anderes, als eine Militarisierung des gesamten öffentlichen Lebens der UdSSR. Neben den großen Wehrorganisationen stehen natürlich zahlreiche andere Einrichtungen des Staates und der Wirtschaft für die Erfüllung von wehrpolitischen Aufgaben zur Verfügung. Organisierung des Luft- und Gasschutzes, Heranziehung der Frauen zu militärischen Dienstleistungen auf den verschiedensten Gebieten, Militarisierung der Kommunistischen Partei, des Komsomol, der Wirtschaft, der Gewerkschaften, der Schulen usw. kennzeichnen – um nur einige zu nennen – die Hauptaufgaben, die unter dem Deckmantel der neuen Parole durchgeführt werden. Eine umfassende Rüstungspolitik muß auf die Erfassung der gesamten Bevölkerung ausgerichtet sein. Es ist übrigens bemerkenswert, welch großes Interesse man seit 1938 den ehemals so verpönten Kopfarbeitern entgegenzubringen bestrebt ist. Die Sowjetpresse betont, daß die Kopfarbeiter keine „Bürger zweiter Klasse“ seien, sondern ebenso ehrenvolle und notwendige Arbeit leisteten wie die Industriearbeiter und Kolchosbauern. Die „Sowjetintelligenz“ wurde plötzlich als staatspolitisch wertvoller Faktor entdeckt und diese Entdeckung darf man wohl mit Recht auch als Maßnahme für die „moralische Mobilisierung“ der Sowjetbevölkerung für den Kriegsfall ansehen.

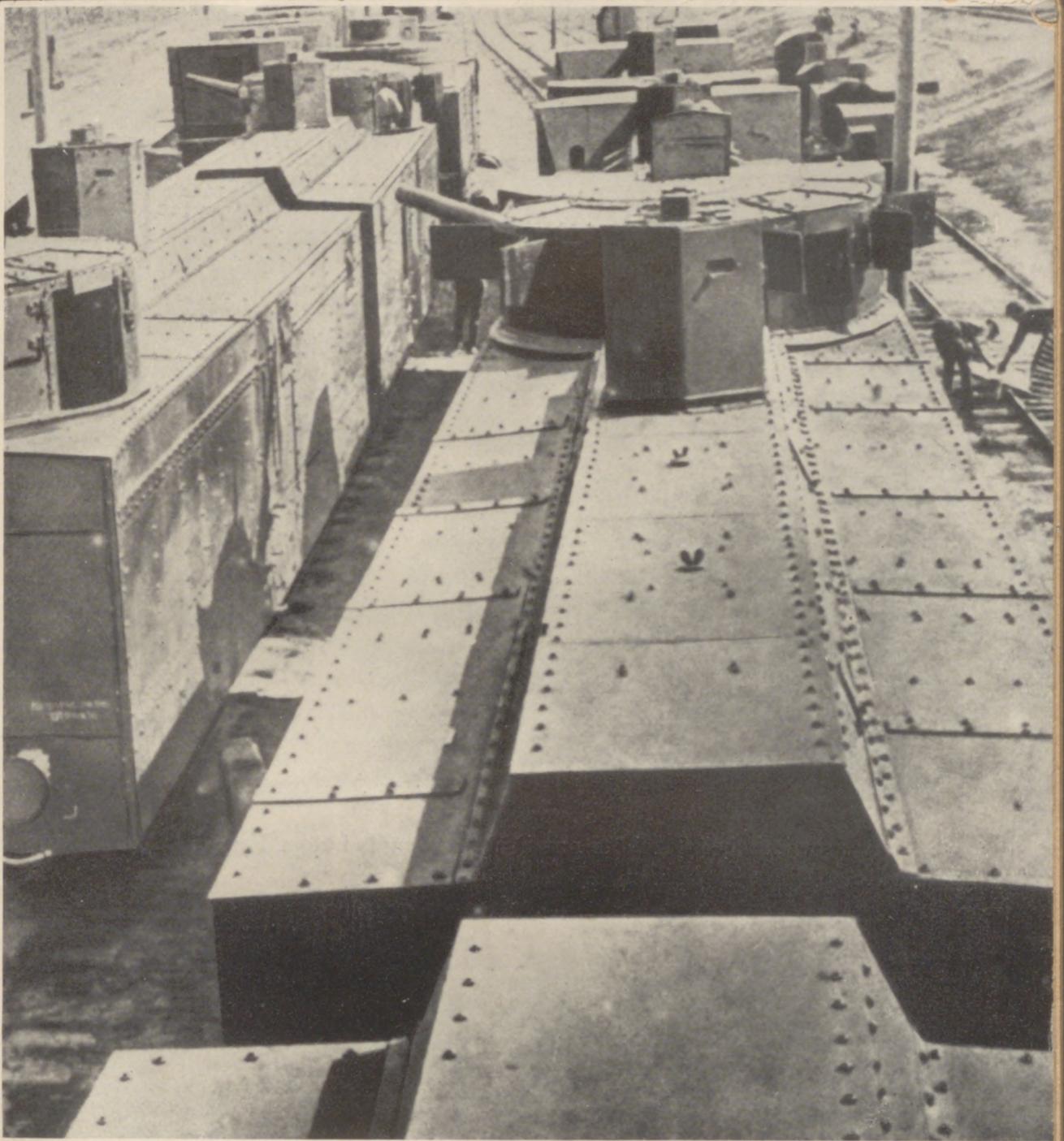
5. „Osoaviachim“

Der Begriff des „bewaffneten Volkes“ wird in der Sowjetunion im engeren Sinne in erster Linie auf die große Wehrorganisation „Osoaviachim“ angewandt. Über die Entstehung und Entwicklung dieser für die Sowjetrüstungen sehr wichtigen Organisation sei folgendes gesagt:

Bereits 1920 wurde in Moskau die „Militärwissenschaftliche Gesellschaft“ (in russischer Abkürzung „WNO“) an der Militärakademie gegründet, die im Laufe der nächsten Jahre eine Reihe von Zweigstellen in der Provinz erhielt und 1926 sich in „Gesellschaft zur Förderung der Landesverteidigung“ (russische Abkürzung „OSO“) umbenannte. 1927 verschmolz sie sich mit einem ähnlichen Verband – dem „Aviachim“ – und wurde zum „Osoaviachim“. Im Laufe des ersten Fünfjahresplanes wurde die „Osoaviachim“ zu einer Massenorganisation umgebaut und in den unmittelbaren Dienst der bolschewistischen Aufrüstung gestellt.

Wie alle Organisationen in der UdSSR. untersteht die „Osoaviachim“ der Kommunistischen Partei, von deren Zentralkomitee sie ihre Anweisungen und Befehle erhält. Daneben bestehen enge organisatorische und personelle Bindungen zum Komsomol und zur Roten Armee.

Von den Aufgaben, die der „Osoaviachim“ übertragen sind, steht die politische Ausrichtung ihrer Mitglieder im Sinne der kommunistischen Doktrin und des Klassenkampfes an erster Stelle. Die parteipolitische Zuverlässigkeit ist die erste Vorbedingung, die von jedem Mitglied verlangt wird, unabhängig davon, ob es sich um einen Parteikommunisten oder einen Parteilosen handelt. Hinsichtlich ihrer parteipolitischen Zuverlässigkeit unterliegt die gesamte Organisation von der obersten Leitung bis zum jüngsten Einzelmitglied der ständigen Überwachung und Kontrolle durch die Organe der GPU. Nach außen auf dem Prinzip der Freiwilligkeit aufgebaut, stellt die „Osoaviachim“ in Wirklichkeit eine Zwangsorganisation dar, der sich kein Sowjetbürger entziehen kann, ohne sich der Gefahr auszusetzen, als „Klassenfeind“ in die Netze der GPU. zu geraten.

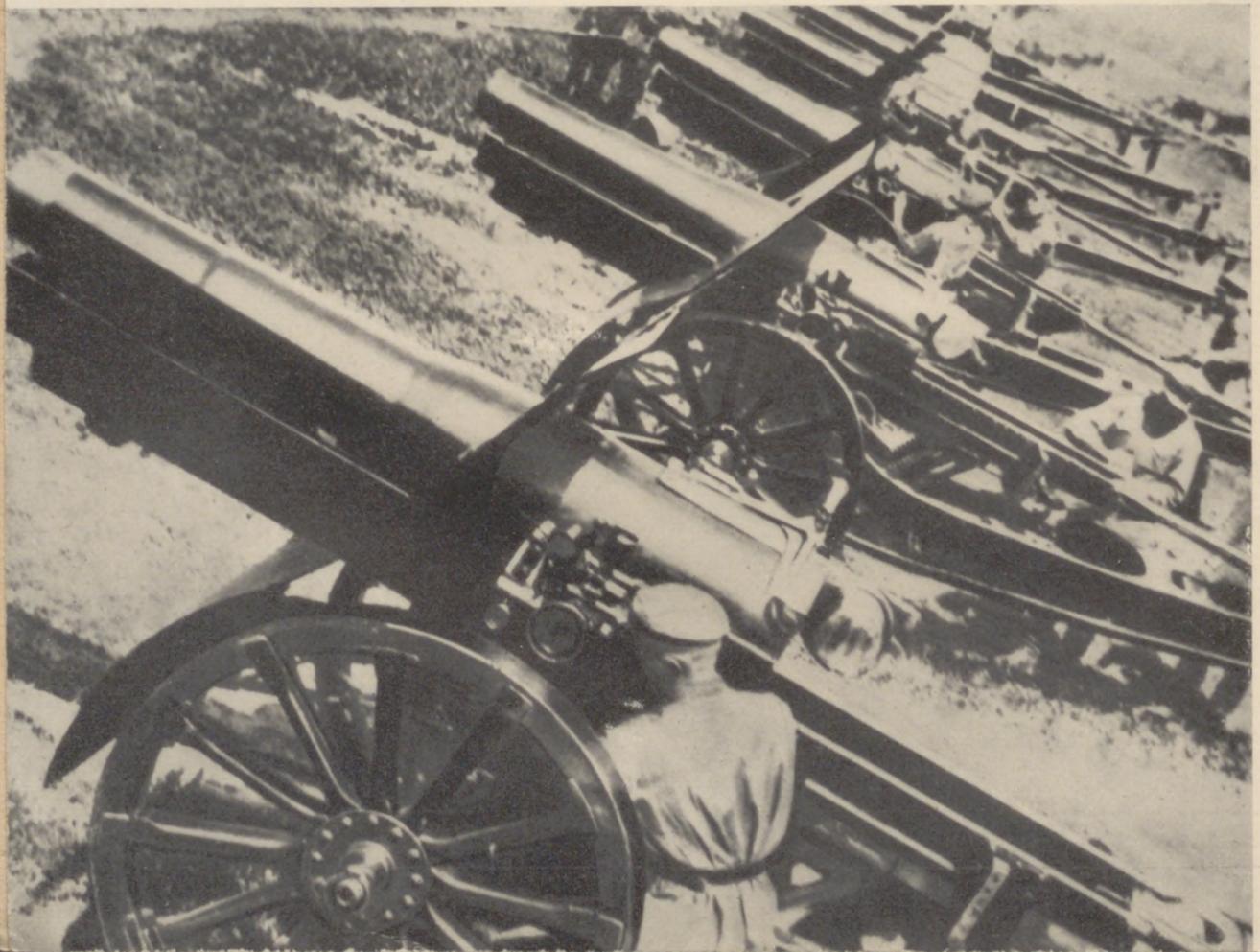


22. Bolschewistische Panzerzüge



23. Schweres sowjetisches Geschütz mit Traktorenzug bei einer Parade auf dem Roten Platz in Moskau

24. Haubitzen der Roten Armee



Als wichtigste und umfassendste Aufgaben der „Osoaviachim“ werden die folgenden genannt:

1. Die vormilitärische Ausbildung desjenigen Teils der Sowjetjugend, der in absehbarer Zeit zur Armee einberufen wird. Die Ausbildung umfaßt die Anfangsgründe des Frontdienstes, Schießen, sowie die Aneignung von technischen Grundkenntnissen, die für den Dienst in der Roten Armee als erforderlich erachtet werden. Die Ausbildung erfolgt an besonders dafür bestimmten Plätzen und in Lagern, die von den großen Fabrik- oder Rayonsowjets der „Osoaviachim“ eingerichtet werden.
2. Die militärische und technische Ausbildung der gesamten übrigen Sowjetjugend sowie solcher gedienter Personen, die ihre militärischen Kenntnisse aufzufrischen bzw. zu ergänzen haben. Für diese Millionenmassen unterhält die „Osoaviachim“ zahlreiche Spezialorganisationen, Schulen, Zirkel und Klubs. Hierher gehört vor allem die Fliegerausbildung in den „Aeroklubs“, in den Motor- und Segelfliegerschulen einzelner großer Industriewerke und Kollektivwirtschaften, in den „Stationen für Fallschirmspringer“ und in den „Laboratorien für Aviomodellisten“. Weitere Aufgaben sind: Schießsport, Ausbildung von „chemischen Abteilungen“ sowie von Gas- und Luftschutzkommandos, Ausbildung im Nachrichtendienst, für die Kriegsmarine usw. Für die sogenannten „Woroschilow-Schützen“, „Woroschilow-Kavalleristen“, für die Flieger aller Kategorien und alle übrigen Zweige der militärischen und sportlichen Ausbildung werden Wettbewerbe ausgeschrieben, die grundsätzlich mit einem radikalen politischen, d. h. klassenkämpferischen Inhalt versehen werden.
3. Ausbildung der gesamten übrigen Bevölkerung. Darüber heißt es in einer vom Zentralblatt der „Osoaviachim“ herausgegebenen Schrift¹⁾: „Im nächsten Krieg wird die Grenze zwischen der Front und dem Hinterland fast völlig verschwinden. Die feindliche Luftwaffe wird

¹⁾ Leontjew, Das bewaffnete Volk, Moskau 1936, S. 38 (russ.).

Städte, Siedlungen und Eisenbahnstationen angreifen, die Hunderte, möglicherweise sogar Tausende von Kilometern hinter der Front liegen, der Feind wird bisweilen dort Landungstruppen aussetzen und dichtbesiedelte Plätze in die Luft sprengen, niederbrennen oder mit Gasen vergiften. Die Zivilbevölkerung muß diese Gefahren nicht nur kennen, sondern ihnen auch zu begegnen wissen. Jede Panik, die bei einem solchen stets unerwarteten Überfall ausbrechen kann, vermag die allergrößten Schäden zu verursachen.“

Mit dieser Begründung wird die Bevölkerung aller Altersstufen einschließlich der Mädchen und Frauen zum Dienst in der „Osoaviachim“ herangezogen. Der Sowjetpresse zufolge haben im Herbst 1938 im Laufe von zweieinhalb Monaten an den Gasschutzübungen in Moskau 850 Organisationen mit insgesamt 370 000 Personen teilgenommen. Wenn diese Zahl den Tatsachen entspricht, sind also annähernd 10 v. H. der Bevölkerung zu den Wehrübungen herangezogen worden.

In ihrem organisatorischen Aufbau paßt sich die „Osoaviachim“ der verwaltungstechnischen Einteilung der Sowjetunion an. Ihre untersten Gliederungen sind die Zellen, die sogenannten „Anfangsorganisationen“ in den einzelnen Betrieben, Kooperativen, Kolchosen oder Sowchosen. Innerhalb dieser Zellen bilden die einzelnen Waffengattungen besondere Gruppen bzw. Ausbildungseinheiten. Die nächste Verwaltungsstufe sind die Rayonsowjets, von denen es mehr als 3000 gibt. Sie leiten und beaufsichtigen die Zellenarbeit bzw. fassen mehrere oder alle Zellen des Rayons zu gemeinsamen Veranstaltungen und Lehrgängen zusammen. Die Gebietssowjets sowie die Sowjets in den einzelnen Sowjetrepubliken sind die letzte Instanz vor dem Zentralsowjet der „Osoaviachim“, an dessen Spitze ein Leiter mit der Uniform eines Armeekommandeurs (Generalsrang) steht. Ihr Ausbildungspersonal erhält die „Osoaviachim“ von der Roten Armee.

Nach den in der Sowjetunion publizierten Angaben umfaßte die Organisation „Osoaviachim“ im Jahre 1935 insgesamt 13 Millionen Mitglieder. Dazu kam die sowjetische Organi-

sation des Roten Kreuzes mit 7 Millionen und die militärische Organisation „Awtodor“ (in erster Linie für die Ausbildung von Kraftfahrern bestimmt, inzwischen in der „Osoaviachim“ aufgegangen) mit 3 Millionen. In den letzten anderthalb Jahren vor 1935 haben rund 720 000 Mitglieder der „Osoaviachim“ das Abzeichen der „Woroschilow-Schützen“ erworben. Dazu kamen rund eine halbe Million „Aviomodellisten“, d. h. junge Leute, die unter sachkundiger Anleitung Flugzeuge bauen, Tausende von Fallschirmabspringern, Zehntausende von Segelfliegern, Hunderte von Aeroklubs, Zehntausende von Teilnehmern an den Militärzirkeln in den Industriewerken usw. Inzwischen dürften diese Angaben noch um einiges höher sein.

In Verbindung mit der allgemeinen Kriegs- und Rüstungspsychose in der Sowjetunion nimmt die Tätigkeit der „Osoaviachim“ oftmals geradezu groteske Formen an. Während einer Kampagne für die Ausbildung im Gasschutz ist man so weit gegangen, daß in Krankenhäusern sogar schwierige Operationen von den Ärzten mit Gasmaske ausgeführt wurden! In einer Entbindungsanstalt wurden Frauen gezwungen, mit aufgesetzter Gasmaske zu entbinden!! In der „Iswestija“ wurde vor einiger Zeit ein Bild veröffentlicht, das die Unterweisung einer Gruppe von Moskauer Balletttänzerinnen im Gebrauch des Maschinengewehrs zeigt. Propagandamärsche mit aufgesetzten Gasmasken, Luftschutzübungen und ähnliche Veranstaltungen sind an der Tagesordnung, wobei man auf Grund der äußeren Aufmachung dieser Veranstaltungen zu der Annahme gelangen kann, daß es sich dabei weniger um sachliche Leistungen, als um politische und propagandistische Effekte im Sinne der beschriebenen Kriegspsychose handelt.

6. Militarismus und Klassenhaß in der Jugend

Lenin hatte die Bedeutung des Nachwuchses für die Zwecke des Bolschewismus schon frühzeitig erkannt. Bereits auf dem 2. Parteikongreß im Jahre 1902 erhob er die Forderung der Erfassung der Jugend im Rahmen der Partei. Unmittelbar nach dem Umsturz erfolgte im Oktober 1917 die Gründung

eines Jungarbeiterverbandes, aus dem ein Jahr später der Komsomol, der Kommunistische Jugendverband, als Nachwuchsorganisation der Partei zur Erfassung der 16–23jährigen hervorging. Die ersten aktiven Aufgaben des Komsomol fielen mit den Forderungen des bolschewistischen Bürgerkrieges und der Periode des sogenannten „Kriegskommunismus“ zusammen. Es waren dies hauptsächlich militärische Aufgaben. Vor allem hatte der Komsomol die Mobilisierung der Jugend vom 16. Lebensjahr an für die Rote Armee durchzuführen. Weiter wurde er zur Bekämpfung der Fahnenflucht, zu Spitzeldiensten für die Tscheka, zur gewaltsamen Aufbringung von Lebensmitteln in den Dörfern und ähnlichen Aufgaben verwandt. Auf diese Weise wurde eine ganze Generation von Marodeuren herangezogen, die als berufene Träger der Klassenkampfideologie der Partei den weiteren Weg des Komsomol bestimmen sollten.

1922 und 1925 wurden innerhalb des Komsomol die Organisationen der „jungen Pioniere“ und der „Oktoberkinder“ zur Erfassung der Kinder vom 8. Lebensjahr an geschaffen. Auf diese Weise sollte der zukünftige Sowjetbürger von seiner frühesten Jugend an in den Gedankengängen der Kommunistischen Partei, d. h. in der Ideologie des Klassenhasses, erzogen werden.

Der politische Druck, den der Komsomol mit Hilfe der Partei und der Tscheka von Anfang an auf die nicht organisierten Teile der Jugend in der UdSSR. auszuüben begann, wuchs sich sehr bald – den innenpolitischen Methoden der UdSSR. entsprechend – in offenen Terror aus. Der Komsomol begann in Schule, Elternhaus und schließlich überall dort einzudringen, wo Jugendliche anzutreffen waren. Wurde er auch zahlenmäßig künstlich aufgebläht, so blieben seine eigentlichen Arbeitsleistungen doch sehr mangelhaft.

Mit der Einführung des Wehrgesetzes vom 23. September 1925, welches die vormilitärische Ausbildung der Jugend regelte, erstanden vor dem Komsomol neue Aufgaben. Offenbar war er jedoch außerstande, diese Aufgaben befriedigend zu lösen. Das Problem der vormilitärischen Ausbildung wurde in der einschlägigen Sowjetliteratur mehrere Jahre lang lebhaft diskutiert. Aus den Diskussionen war er-

sichtlich, daß es vor allem an einer einheitlichen Führung fehlte. Infolgedessen wurde überhaupt nicht oder nur stümperhaft gearbeitet. Erst mit Beginn des 1. Fünfjahresplanes (1928), als die Kriegsrüstungen der UdSSR. in größtem Maßstabe forciert wurden, rückte die vormilitärische Ausbildung wieder in den Vordergrund. Ihr Hauptträger war jetzt die „Osoaviachim“ und umfaßte auf militärischem Gebiet auch die Arbeit des Komsomol, mit dem sie personell eng verbunden war.

Damit wurde auch die seit langem geforderte Militarisierung der Schulen in Angriff genommen. In den Richtlinien des Volkskommissars für Bildungswesen heißt es: „Die Vorbereitung der Schuljugend zur Verteidigung des Sowjetstaates wird und darf nicht episodisch, nicht in Gestalt von Kampagnen und von speziellen Kursen über militärische Wissenschaften, die in den Schulen eingeführt werden, sondern muß als ein System, das organisch in das System der sozialen Erziehung und Bildung Eingang gefunden hat, erfolgen“¹⁾.

Über Richtung und Methode der militärischen Arbeit in den Schulen gibt das Inhaltsverzeichnis der genannten, für den offiziellen Gebrauch in den Schulen bestimmten Schrift Aufschluß:

Teil I: Über die Kriegsgefahr und über die Rote Armee (Materialien für Berichte, Aussprachen und die Arbeit in den Zirkeln). Die Kriegsgefahr bleibt in Kraft. — Über die Verteidigung (aus dem Aufruf des Zentralkomitees der WKP(b). — Wir wollen den Krieg nicht, doch werden wir zu ihm bereit sein (aus dem Aufruf des Zentralkomitees des Komsomol). — Seien wir wachsam. — Die Friedenspolitik der UdSSR. — Die Vorbereitungen der Imperialisten zum Kriege gegen die UdSSR. — Die Kapitalisten rüsten unaufhörlich und organisieren neue Kriege. — Die WKP(b), der Organisator und der Führer der Roten Armee. — Der Leninsche Komsomol in der Roten Armee. — Der Aufbau der bewaffneten Kräfte der UdSSR. — Osoaviachim.

¹⁾ Zit. in: Die Propaganda der Verteidigung der UdSSR. in der Schule, S. 7, Moskau 1929 (russ.).

Teil II: Die Formen und die Methoden der Propaganda für die Verteidigung der UdSSR. in der Schule. Der Militärzirkel. – Die Arbeit mit der Zeitung. – Schülersausflüge zu den Truppenteilen. – Gedenkabend für die Rote Armee. – Der Tag der Roten Armee in der Schule. – Kriegsspiele. – Bibliographischer Literaturhinweis über die Rote Armee und die Landesverteidigung.

Dieser Aufriß zeigt die politische Ausrichtung der militärischen Erziehung der sowjetischen Schuljugend im Sinne der bolschewistischen Kriegsdoktrin. Die Ausbildung erfolgt obligatorisch für Knaben und Mädchen und umfaßt theoretische Schulung sowie praktische Übungen. Nach dem 12. Lebensjahr folgt der pflichtmäßige Dienst in den „militärwissenschaftlichen Zirkeln“ der „Osoaviachim“, wo bereits Ausbildung mit der Waffe beginnt. Selbstverständlich wurden auch die Hochschulen einer weitgehenden Militarisierung unterworfen. Die schon 1928 eingeführten militärischen Übungen wurden auf Grund eines im Herbst 1930 veröffentlichten Programms zu selbständigen obligatorischen militärischen Kursen ausgebaut, die aus mehreren Fächern bestanden und an denen auch die weiblichen Studierenden teilzunehmen hatten. Zu den Ausbildungsfächern gehören u. a. Artilleriewesen, Tankwesen, chemische Kriegführung, allgemeine Kriegstechnik, Technik des Bürgerkrieges usw. An den Hochschulen wurden besondere Lehrstühle bzw. Lehrämter für militärische Disziplinen und Kriegswissenschaften gebildet, wobei sich die einzelnen Hochschulen auf bestimmte militärische Spezialitäten einstellten.

Um die militärische Ausbildung der Schuljugend im Sinne der bolschewistischen Kriegsdoktrin noch straffer zu gestalten, gaben die Präsidien der Zentralsowjets der „Osoaviachim“ der UdSSR. und der RSFSR. im März 1937 unter Bezugnahme auf verschiedene Mängel in der praktischen Arbeit einen Erlaß heraus, der u. a. folgendes bestimmt¹⁾:

Über die Arbeit der Osoaviachim unter den Pionieren und Schülern:

¹⁾ Na Strashe vom 3. März 1937. Wir veröffentlichen eine gekürzte Inhaltsangabe.

Teil I: Über die vormilitärische und militärische Ausbildung der Schüler der höheren Klassen der Mittelschulen.

Alle Republik-, Gau-, Gebiets- und Rayonsorganisationen der Osoaviachim werden verpflichtet, die Organe des Volksebildungskommissariats sowie die Mittelschulen bei der Durchführung der militärischen Ausbildung der Schuljugend aktiv zu unterstützen. Es wird u. a. folgendes bestimmt:

1. Auswahl der militärischen Instruktoren in den Schulen aus dem Bestand der Reservekommandeure der Osoaviachim.
2. Heranziehung der militärischen Instruktoren der Schulen zu den Übungen der Kommandeure der Osoaviachim.
3. Planmäßige Überwachung der Arbeit der militärischen Instruktoren in den Schulen.
4. Heranziehung der militärischen Instruktoren der Schulen zur aktiven Mitarbeit in der Osoaviachim.
5. Rechtzeitige Versorgung der Schulen mit Kleinkalibermunition.

Teil II: Verschiedene Formen der militärischen Arbeit mit Pionieren und Schülern außerhalb der Schule.

Hier sind u. a. zu erwähnen:

1. Ausbildung zur Erfüllung der Normen für die Erlangung der verschiedenen Leistungsabzeichen der Osoaviachim („Junger Woroschilowschütze“, „Junger Flugzeugbauer“, „Sei bereit zur Luft- und chemischen Abwehr“ usw.).
2. Organisation von Zirkeln für die Behandlung von speziellen Fragen (z. B. von Flugzeugmodellen, Luft- und Gasschutz, Nachrichtenwesen, Kriegsmarine, Topographie usw.).
3. Organisation von Wettbewerben aller Art.
4. Durchführung von Kriegsspielen zwecks praktischer Anwendung der in den Zirkeln erworbenen Kenntnisse.

Teil III: Über die organisatorische und materielle Sicherstellung der militärischen Ausbildung der Schüler.

1. Verpflichtung der Osoaviachim zur Schaffung von primären Organisationen der Osoaviachim an allen Schulen.
2. Regelung der Verpflichtungen der zuständigen Instanzen der Osoaviachim zur Ernennung von Instruktoren für verschiedene Zweige der militärischen Ausbildung der Schuljugend.
3. Bereitstellung von 6 Millionen Schuß Kleinkalibermunition für die Schießausbildung der Schuljugend im Jahre 1937. Anweisungen über Verwendung und Kontrolle der Munition.
4. Vorbereitende Maßnahmen zur Einführung eines geeigneten Kleinkalibergewehrs für Kinder.
5. Vorschlag zur Verteilung von Gasmasken an die Volkshilfskommissariate der einzelnen Republiken.
6. Bereitstellung von geeigneten Räumen, Schießständen und sonstigen Ausbildungsstätten.
7. Bereitstellung von Leistungsabzeichen.
8. Herausgabe einer Sammlung von Kriegsspielen und Bereitstellung von hierfür erforderlichen Geräten (Feldtelefone, Holzgewehre, MGs. mit Knattervorrichtung usw.).

Teil IV: Über die Leitung der militärischen Massenarbeit unter den Kindern.

Ernennung von verantwortlichen Leitern der militärischen Arbeit in den Schulen bei den Republik-, Gau- und Gebietssovjets der Osoaviachim; Ausarbeitung von Arbeitsplänen durch die Republik-, Gau-, Gebiets-, Stadt- und Rayonssowjets der Osoaviachim; Ankündigung von Kontrollmaßnahmen in den wichtigsten Großstädten und Gebieten.

Dieser Erlaß, der das praktische Ergebnis der bereits einige Zeit vorher eingeleiteten Kritik an der Arbeit dieser Organisation war, konnte das über ihr schwebende Damoklesschwert der Stalinschen „Reinigung“ nicht mehr abwenden. Die innerpolitischen Kämpfe in der UdSSR. erfaßten auch die Osoaviachim mit dem Ergebnis, daß außer ihrem Leiter, dem Armeekommandeur Eidemann, zahlreiche andere große und

kleine Funktionäre der Organisation 1937 dem berühmten Genickschuß des NKWD.¹⁾ zum Opfer fielen.

Bei der militärischen Ausbildung der sowjetischen Schuljugend ist jedoch der Nachdruck weniger auf die militärischen Leistungen, als auf ihren klassenpolitischen Inhalt zu legen. Organisatorisch leidet die praktische Arbeit auch heute noch, wie vieles andere in der UdSSR., an zahlreichen Mängeln. Es besteht kein Grund, die praktischen Ergebnisse der militärischen Ausbildung der sowjetischen Schuljugend zu überschätzen. Wichtiger ist allerdings die klassenkämpferische Verhetzung der Jugend, die in größtem Maßstab betrieben wird. Dabei geht seit einiger Zeit die Tendenz dahin, an Stelle der mißglückten früheren Methoden jetzt mit neuen Mitteln die Massen der sowjetischen Jugend politisch zu erfassen.

Der Umschwung trat mit dem X. Kongreß des Komsomol (1935) ein. Bis dahin war der Komsomol eine Art von „jugendlicher Avantgarde“ des Bolschewismus, der sozusagen zehn Schritte vor der Front des „revolutionären Proletariats“ marschieren sollte. Die Begriffe darüber, was noch als „revolutionär“ und was bereits als „Opportunismus“ zu gelten habe, begannen jedoch im Zuge der unaufhörlichen, intrigenreichen innerparteilichen Kämpfe um die „Generallinie“ allmählich noch verschwommener zu werden, als sie es schon vorher waren. Immer entscheidender wirkte sich die Willkür der Stalinclique aus. Auch im Komsomol traten oppositionelle Strömungen auf. Dazu kam, daß der Komsomol zwar rund 4 Millionen Mitglieder zählte, jedoch noch weit davon entfernt war, die Sowjetjugend zu repräsentieren. Nach einer Umorganisation und Neubesetzung des ZK. des Komsomol im Februar 1935 auf Grund einer Verfügung des ZK. der KPdSU(B). erhielt im Juli des gleichen Jahres der inzwischen abgesetzte damalige Sekretär des ZK. des Komsomol Kossarew von Stalin persönlich neue Anweisungen für die Umgestaltung der kommunistischen Jugendorganisation. Der Komsomol verlor jeden Schein seiner Selbständigkeit und wurde zu einem willenlosen

¹⁾ Narodnyj Kommissariat Wnutrjennyj Džel = Volkskommissariat des Innern, seit 1934 die neue Bezeichnung für die GPU.

Werkzeug in der Hand Stalins. In seinem im März 1936¹⁾ veröffentlichten neuen Programm wird als Hauptaufgabe des Komsomol die wehrpolitische Erziehung der Sowjetjugend bezeichnet. Nach seiner neuen Satzung²⁾ ist er nicht mehr „eine ihrem Wesen nach proletarische Massenorganisation, die in sich breite Schichten der fortschrittlichen, klassenbewußten und politisch aufgeklärten Jugend vereinigt“ – wie die alte Formel lautete –, sondern „eine parteilose Massenorganisation, die breite Schichten der fortschrittlichen, aufgeklärten, werktätigen Jugend aus Stadt und Land in sich vereint“. Gleichzeitig wurden die Aufnahmebedingungen dahingehend geändert, daß die Jugend aus allen Schichten der Sowjetbevölkerung nunmehr im Komsomol aufgehen kann.

Was bedeutet diese weitgehende Umgestaltung des Komsomol in der Praxis der UdSSR.? Die Antwort ist nicht schwer zu finden:

1. Stärkste Bindung des Komsomol an die Stalinclique.
2. Verschärfte politische Kontrolle durch Partei und NKWD.³⁾
3. Bestreben zur Erfassung der gesamten Sowjetjugend.

Politische Kontrolle bedeutet in diesem Falle nicht nur Sicherstellung der innenpolitischen Zuverlässigkeit, sondern gleichzeitig auch die Sicherstellung der Erfüllung der Sowjetjugend mit der klassenkämpferischen Ideologie der KPdSU(B)„, ihrer Erziehung im weltrevolutionären imperialistischen Geist des Bolschewismus. Nichts beweist das besser als die Proklamation anläßlich des zwanzigjährigen Jubiläums des Komsomol im Jahre 1938 an den „Steuermann der Komintern“ Dimitroff, die mit folgendem Gelöbniß schloß: „Wenn der Ruf zum entscheidenden Kampf ertönt, so wird die Sowjet-

¹⁾ „Prawda“ vom 3. März 1936.

²⁾ „Prawda“ vom 23. April 1936.

³⁾ Das NKWD. wurde Ende 1940 in ein Volkskommissariat des Innern und ein Volkskommissariat für Staatssicherheit in Personalunion unter Berija umgebildet und Juli 1941 wieder in alter Form reorganisiert.

jugend mit dem Komsomol an der Spitze unter der Leitung der herrlichen Kommunistischen Partei siegreich für den Triumph des Kommunismus auf der ganzen Welt kämpfen“ (!).

7. „*Sowjetpatriotismus*“ und *Legende der eigenen „Unbesiegbarkeit“*

Die Unsicherheit der inneren Lage, die negativen Auswirkungen des Klassenkampfes, der große Volksteile außerhalb jeder Rechtsordnung stellt, die unter der Oberfläche des Sowjetsystems schwelenden Funken des Widerstandes bergen Gefahren in sich, die im Kriegsfall unabsehbare Folgen zeitigen können. Je weiter die UdSSR. auf ihrem Wege zum Kriege fortgeschritten ist, um so mehr erwuchs hier ein Problem, das einer Lösung entgegengeführt werden mußte.

Im Laufe der Jahre wird es auch der Sowjetregierung wohl zweifelhaft geworden sein, ob ein aktiver Einsatz der Armee und der gesamten Bevölkerung lediglich unter einer Klassenparole möglich sein würde. Die Sowjetregierung muß ihre Politik stets mit einem Seitenblick auf die Armee und auf die Bauern durchführen. Keine Armee kämpft auf die Dauer für fremde Ziele. Selbst der Kollektivbauer verläßt nicht die Scholle, die nicht einmal ihm selbst gehört, um im Namen des Bolschewismus die Arbeiter von ganz Europa zu „befreien“ oder irgendwelche fremde Regime zu stürzen. Das sind keine Kampfziele, die ein Volk zum letzten Einsatz begeistern könnten.

Aber es sind zweifellos die Kampfziele der Sowjetregierung. Diese Kampfziele müssen in eine Form gekleidet werden, die psychologisch die für die Kriegführung notwendigen Voraussetzungen schafft. Die „Verteidigung gegen den Imperialismus“ ist ein gangbarer Weg, der die nationalen Gefühle weckt und außerdem der Doktrin entspricht. Der Bauer erblickt darin immer eine Verteidigung der Scholle, seines Landes, seines Vaterlandes. So muß denn zur Klassenparole etwas Neues hinzutreten, etwas der internationalen Konzeption des Bolschewismus zwar grundsätzlich Widersprechendes, aber immerhin – es ist der einzige Ausweg:

der „Sowjetpatriotismus“ mit seinem Appell an die nationalen Gefühle der breiten Massen.

Schon Lenin hat in seinem Referat auf dem VII. Parteikongreß am 7. März 1918 den bis dahin verpönten Begriff „Vaterland“ in den sowjetrussischen Sprachgebrauch eingeführt: „Ihr gehört zu den Leuten, die seit Oktober 1917 zu Anhängern der Vaterlandsverteidigung geworden sind . . ., denn wir sind alle seit dem 25. Oktober zu Vaterlandsverteidigern geworden . . .“¹⁾.

Somit ist der ideologische Anschluß ans Dogma gefunden. In der neuen Sowjetverfassung vom 5. Dezember 1936 wird in Artikel 133 der Vaterlandsbegriff mit folgenden Worten verankert: „Die Verteidigung des Vaterlandes ist heilige Pflicht eines jeden Bürgers der UdSSR.“²⁾.

Ein eigenartiges Treiben beginnt auf allen Gebieten der Sowjetpropaganda, in der Presse, im Rundfunk, im Theater, im Film. Alte Schulbücher werden vernichtet und durch neue ersetzt, ältere Parteiliteratur wird ballenweise eingestampft und durch eine neue, auf die veränderte Sachlage abgestellte abgelöst. Man sucht nach Anknüpfungsmöglichkeiten an die alte nationale Geschichte Rußlands. Der im Jahre 1938 in der Sowjetunion gedrehte Film „Alexander Newskij“ stellt den „heldenmütigen und siegreichen Kampf des großen russischen Volkes gegen die eroberungssüchtigen deutschen Barbaren“ dar. Ein Monumentalfilm „Peter der Große“ verherrlicht den Zaren, indem indirekt sich eine Parallele zu Stalin ergibt und Peter als eine Art von Vorläufer des Bolschewismus erscheint. Es wird sogar der Beschluß gefaßt, ein Denkmal für Peter den Großen zu errichten. Gestalten wie Minin und Posharskij, wie der General Suworow werden verherrlicht. In Büchern und Broschüren, namentlich in Jugendschriften, wird der „Vaterländische Krieg von 1812“ behandelt. In langen Reihen werden in der Presse die Namen der berühmten Vertreter der alten russischen Literatur veröffentlicht, ihre Werke gerühmt. „Wirkliche Patrioten unserer Heimat waren die Menschen, die dem russischen Namen durch wunderbare

¹⁾ Lenin, Über den Krieg, S. 65. Berlin 1926.

²⁾ „Verfassung der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken“, S. 63. Moskau 1937.

Kulturschöpfungen Ehre gemacht haben“, ruft das Parteiorgan „Prawda“ aus¹⁾).

Trotzdem ist dieser „Sowjetpatriotismus“ alles andere als eine nationale Erscheinung. Wie sehr es sich hierbei um eine künstliche Konstruktion der Sowjetpropaganda handelt, geht aus folgenden Worten des Organs des Komsomol, der „Komsomolskaja Prawda“ vom 18. März 1941 (!) hervor: „Der proletarische Internationalismus und der Sowjetpatriotismus sind zwei voneinander untrennbare Begriffe“. Noch eindeutiger drückt sich das Militärblatt „Na Strashe“ vom 8. Juni 1939 aus: „Die UdSSR. ist das Vaterland des internationalen Proletariats, die Basis und der Stützpunkt der Entwicklung der proletarischen Revolution in der ganzen Welt. Deshalb ist der Sowjetpatriotismus untrennbar vom Kampf für die proletarische Weltrevolution, vom Kampf gegen den Faschismus. Der Internationalismus – das ist das Banner der Sowjetpatrioten.“

Hier werden zwei Begriffe miteinander verkoppelt, die in einem unüberwindlichen Widerspruch zueinander stehen. Schon Lenin hat sich darum bemüht, diesen Widerspruch zu mildern, indem er versuchte, eine Synthese zwischen Russentum und Bolschewismus herzustellen. Seinen Spuren folgend, schreibt die „Komsomolskaja Prawda“ vom 23. September 1939: „Wie sollte man auch jene Heimat nicht lieben, als dessen Befreier dasjenige Volk erscheint, das der Welt die höchste Errungenschaft der Menschheitskultur, die fortschrittlichste Erscheinung aller Zeiten gegeben hat – den Bolschewismus . . . Gerade diese fortschrittliche Rolle unserer Heimat in der Weltgeschichte erfüllt jeden Bürger des Landes der Sowjets mit dem Gefühl eines leidenschaftlichen und ergebenen Patriotismus.“ Trotz allem Sowjet„patriotismus“ hat sich am Charakter der Sowjetunion nichts geändert: „Die Sowjetunion ist das internationale Vaterland der Werktätigen“ – sagt „Industrija“ vom 23. Februar 1940, nachdem es kurz vorher, am 22. Januar 1940, festgestellt hatte: „Der Leninismus wird in der ganzen Welt siegen. Auf der Erdkugel wird der Kommunismus triumphieren.“

¹⁾ „Prawda“ vom 10. April 1938.

Es ist also ein Pseudopatriotismus, der in der UdSSR. erzeugt wird. Von den Volksmassen mag er vorübergehend aufgenommen und in ihrem Sinne ausgelegt werden. Doch wer weiß, was in diesen Köpfen vor sich geht? Solange dieser „Sowjetpatriotismus“ im Bewußtsein des Volkes eine nationale Bedeutung hat, solange er vom Bolschewismus in diesem Sinne geschickt genährt und ausgenutzt werden kann, mag es noch gehen. So lange kann die Sowjetregierung unter dem Schlagwort der „Verteidigung gegen den Imperialismus“ eine aggressive Politik treiben und die Volksmassen dafür ausnutzen. Doch kann das Ergebnis wesentlich anders ausfallen, wenn die Massen erkennen, wofür sie mißbraucht wurden. Auch die von Natur aus passiven Volksmassen Rußlands – wären sie nicht passiv, es gäbe längst keinen Bolschewismus mehr – könnten einmal durch eine ganz große Katastrophe wacherüttelt werden. Vor diesem Augenblick können die bolschewistischen Machthaber Rußlands erzittern.

Neben der Propagierung des „Sowjetpatriotismus“ wird mit allen Mitteln versucht, in den Volksmassen die Vorstellung von der Unüberwindlichkeit der UdSSR. zu wecken und zu erhalten. Ausgangspunkt für diese Propaganda ist der bolschewistische Bürgerkrieg. Der Sieg der Roten über die Weißen und über die Truppen der Entente wird als heroisches Beispiel der Unüberwindlichkeit der Roten Armee hingestellt. Die Schlacht bei Zarizyn, bei der sich zwei äußerst schlecht bewaffnete Gegner gegenübergestanden haben und deren Ausgang nachträglich Stalin zugeschrieben wurde, hat als „Rotes Verdun“ in die Annalen der bolschewistischen Geschichtsschreibung Eingang gefunden. Sie wird als Beispiel noch nie dagewesenen Heroismus gerühmt. Zahlreiche Helden des Bürgerkrieges werden zu legendären Gestalten, zu Symbolen der Unbesiegbarkeit der UdSSR. erhoben.

Dem wird voll Verachtung die übrige Welt gegenübergestellt. „Der Weltimperialismus verfügt über kolossale Territorien..., doch gibt es keinerlei Möglichkeit, eine einheitliche Front des Imperialismus gegen die Sowjetunion zusammenzubringen... Ein Krieg gegen das Land des Sozialismus... wird sich unweigerlich in einen Bürgerkrieg verwandeln“, heißt es in einer

Broschüre „Die Verteidigung des Vaterlandes“¹⁾. Sollten es jedoch diese „Imperialisten“ und „Faschisten“ trotzdem wagen, die UdSSR. anzugreifen, so werden sie zerschmettert werden. Hat schon die Bürgerkriegsarmee trotz ihrer rückständigen und schlechten Bewaffnung gesiegt, um wieviel größer sind die Siegesaussichten der mit den modernsten Waffen ausgestatteten Roten Armee jetzt! „Die Rote Armee ist so mächtig und standhaft, wie keine einzige Armee in der Welt“, erklärt die Zeitschrift „Propagandist und Agitator der Roten Armee“²⁾. Und Woroschilow sagt auf der ersten alluniierten Konferenz der Stachanow-Arbeiter: „Jetzt, wo unsere Kräfte sich verzehnfacht haben, stellen wir gar nicht die Frage, ob wir den Feind besiegen werden oder nicht. Zweifellos werden wir siegen“³⁾. Doch um diese Legende der eigenen Unbesiegbarkeit aufrecht erhalten zu können, müssen ihre Urheber dafür sorgen, daß die Bevölkerung keine Möglichkeit erhält, Vergleiche mit anderen Ländern anzustellen. Das ist auch aus anderen Gründen erforderlich. Denn ähnliche Legendenbildungen werden auch auf anderen Gebieten organisiert, z. B. auf wirtschaftlichem Gebiet. Auch da wird der Bevölkerung eine Überlegenheit der UdSSR. über die anderen Industrieländer suggeriert, die sich sofort in ein Nichts verflüchtigen müßte, wenn die Sowjetbürger Gelegenheit bekämen, westeuropäische Staaten zu Gesicht zu bekommen. Das aber darf unter keinen Umständen geschehen. Seit der Revolution ist die UdSSR. deshalb nach außen hin hermetisch abgeschlossen und es ist den Einheimischen bei Todesstrafe verboten, die Grenzen dieses Staates zu überschreiten.

So sehen die krampfhaften Versuche der bolschewistischen Machthaber aus, in den Volksmassen, die sie beherrschen, jene psychologischen Voraussetzungen zu schaffen, deren sie für ihre politischen und militärischen Ziele bedürfen. Wie weit die dabei angewandten Mittel und Methoden zu brauchbaren und dauerhaften Ergebnissen führen, kann allerdings erst der Ernstfall zeigen.

¹⁾ Kiubyschew, „Die Verteidigung des Vaterlandes“, S. 45–48 (russ.). Moskau 1937.

²⁾ „Propagandist i Agitator RKKKA“, H. 4. Moskau 1938.

³⁾ Woroschilow, „Artikel und Reden“, S. 641 (russ.). Moskau 1936.

6. Kapitel. Die Rüstungspolitik der Sowjetunion

1. Raumpolitische Voraussetzungen

Der ehemalige russische Kriegsminister Suchomlinow schreibt in seinen Erinnerungen: „Ein Heeresaufbau ist nicht mehr und nicht weniger als die Schaffung eines Instruments, das unter allen nur denkbaren politischen Vorbedingungen und Konstellationen von der Staatsleitung als Friedens- oder Kriegsmittel verwendet werden kann. Bezüglich der politischen Möglichkeiten, unter denen ein Land zur Mobilmachung seiner Armee geführt werden kann, gibt es keine Grenzen. Der Heeresreformer kann in dieser Richtung gar nicht phantasiebegabt genug sein; er braucht sich nur die Grenzen seines Landes, die Geschichte von deren Werden und die wirtschaftlichen Notwendigkeiten vor Augen zu halten, dann hat er den ungeheuren großen Rahmen, in dem er sein Werk aufführen müßte. Die Eigentümlichkeit des großen weiten russischen Reiches, das sich über zwei Kontinente erstreckt und den sechsten Teil der Erdoberfläche einnimmt und trotz einer unendlich langen Küste kaum ernstlich zur See bedroht werden kann, lenkt die Phantasie auf die trockenen Grenzen“¹⁾.

Die Geschichte vom Werden der alten russischen Grenze weist als charakteristisches Merkmal überall den Einbruch der russischen Macht in den Lebensraum anderer Völker und Staaten auf. Sie ist als das Ergebnis einer Jahrhunderte währenden offensiven Politik des zaristischen Reiches entstanden. Daraus ergab sich die defensive Aufgabe Rußlands mit der Notwendigkeit, die eroberten Gebiete außen- und innenpolitisch zu verteidigen. Gleichzeitig wurden alle neu gewonnenen Landstriche zu Aufmarschgebieten für weitere Vorstöße, zu einer Basis weiterer offensiver Zielsetzungen.

¹⁾ Suchomlinow, Erinnerungen, S. 331. Berlin 1924.

In der Politik der Sowjetunion kommt, wie wir gesehen haben, eine ganz ähnliche Tendenz zum Ausdruck. Allerdings ist die ideologische Begründung dieses Ausbreitungsdranges im Sinne der klassenmäßig bestimmten Weltrevolution, mit dem letzten Ziel der Schaffung einer proletarischen Weltrepublik eine andere geworden. Für die außerhalb der Grenzen der UdSSR. gelegene Umwelt, die das Objekt dieses Ausbreitungsdranges ist, liegt jedoch das Schwergewicht nicht in der ideologischen Begründung des ihr zugedachten späteren Schicksals, sondern ganz einfach in den militärischen und politischen Konsequenzen dieser Politik, mit denen sie zu rechnen hat.

Angesichts dieser Tatsachen gilt das, was Suhomlinow sagt, im Prinzip auch für die Sowjetrepublik. Der bolschewistische Generalstab muß bei der Lösung der ihm von der Sowjetpolitik gestellten militärischen Aufgaben von den realen Voraussetzungen der geographischen Lage des Landes, des Charakters seiner Grenzen und den durch die Raumweite des Staates gegebenen sonstigen Bedingungen ausgehen.

Noch stärker als bei der alten Monarchie tritt bei der Sowjetunion ihr kontinentaler Charakter in den Vordergrund. Durch den Verlust Finnlands und der baltischen Provinzen¹⁾ ist die Sowjetunion von der Ostsee zurückgedrängt worden. Am Stillen Ozean hat der in den Händen der UdSSR. verbliebene Küstenstreifen mit Wladiwostok angesichts der japanischen Seemacht seine Bedeutung für eine maritime Politik, die in der Vergangenheit das Ziel Rußlands gewesen sein mag, verloren. Das Schwarze Meer kommt infolge seines Binnenseecharakters in dieser Beziehung ebenfalls in Fortfall. Und schließlich bietet die Murmanküste als Seebasis keine großen Möglichkeiten, wenn auch ihre Bedeutung durch die neue Kanalverbindung von der Ostsee zum Weißen Meer gestiegen ist. Die übrige Nordküste ist fast ganz durch Eis gesperrt und nur während weniger Sommermonate ist Gelegenheit gegeben, auf dem nördlichen Seeweg in die Mündungsgebiete der großen sibirischen Ströme zu gelangen.

¹⁾ Letztere wurden 1940 von der UdSSR. wieder annektiert.

Bieten auf diese Weise die Küsten der UdSSR. keine ausreichende Basis für eine maritime Politik, so bieten sie andererseits auch für feindliche Angriffe im Falle eines Krieges kein günstiges Objekt. Die Sowjetunion ist von der See her schlecht angreifbar.

Der kontinentale Charakter der Sowjetunion lenkt die Aufmerksamkeit in erster Linie auf ihre Landgrenzen. Trotz ihrer riesenhaften Ausdehnung erfreuen sich diese zu großem Teil eines natürlichen Schutzes durch weite Seen- und Sumpfgebiete, durch Wüsten, Gebirge und Wälder. Infolgedessen werden militärische Kampfhandlungen im Kriegsfall auf bestimmte Räume beschränkt.

Der stärkste Bundesgenosse der UdSSR. als Militärmacht ist der gewaltige Raum mit seinen wirtschaftlichen und menschlichen Reserven, den sie beherrscht. Der Raum ist zunächst ein defensiver Faktor. Er bietet die Möglichkeit des Ausweichens vor einem starken Gegner und der dezentralisierten Verteilung der wehrpolitisch wichtigen Industrien im Innern des Landes, fern der Einwirkung durch die Luftwaffe der Kriegsgegner.

Als offensiver Faktor kann der Raum erst dann in Erscheinung treten, wenn er wirtschaftlich und verkehrspolitisch so weit erschlossen ist, daß die in ihm vorhandenen Reserven zu vollem offensivem Einsatz an der Front der kämpfenden Armee gebracht werden können. Die Kriege des alten Rußlands haben in vielen Fällen die defensive Kraft des russischen Raumes unter Beweis gestellt. Ebenso hat der Weltkrieg gezeigt, daß die Voraussetzungen seiner Ausnutzung für die offensive Kampfführung unter den Bedingungen des modernen Krieges noch nicht erfüllt waren.

2. Die Erfahrungen des Weltkrieges

Die Niederlagen der russischen Armee im Weltkriege waren nicht nur militärisch und strategisch bedingt. Der russische Zusammenbruch hat vor allem die verhängnisvolle wirtschaftliche und technische Rückständigkeit des alten Reiches gezeigt.

Es hat in Rußland nicht an Theoretikern gefehlt, die bei Kriegsausbruch zu beweisen versucht haben, daß der vor-

wiegend agrarische Charakter des Landes Rußland die Möglichkeit geben würde, die Entbehrungen des Krieges leichter zu ertragen als die Industriestaaten. Zum mindesten hat es nicht an Versuchen gefehlt, diese gefährliche These der Öffentlichkeit gegenüber zu benutzen, um auf die Stimmung der Volksmassen im optimistischen Sinne einzuwirken. Von den gewaltigen Ausmaßen des agrarischen Hinterlandes mit seinen menschlichen und ökonomischen Reserven und von dem naturalwirtschaftlichen Charakter der russischen Landwirtschaft erwartete man eine besonders große Widerstandsfähigkeit gegenüber den Lasten des Krieges.

Der Weltkrieg hat den Irrtum dieser Anschauung bewiesen. Und da auch die Sowjetunion – trotz der fortschreitenden Industrialisierung – vorwiegend ein Agrarland ist, sind die materiellen Voraussetzungen der UdSSR. für den Kriegsfall in vielen Beziehungen ähnlich denen des Jahres 1914. Die Kenntnis der organischen und mechanischen Zusammenhänge, die den russischen Zusammenbruch beschleunigt bzw. mit herbeigeführt haben, sind deshalb eine wichtige Voraussetzung zum Verständnis der Probleme, denen sich die Sowjetregierung bei der Organisation der militärischen und wirtschaftlichen Kräfte für den Kriegsfall gegenüber sieht.

Schneller und unmittelbarer als andere kriegführende Staaten bekam Rußland die wirtschaftlichen Folgen des Krieges zu fühlen. Industrie und Verkehr wurden als erste von ihnen betroffen. Von hier aus setzte sich die Bewegung auf die Landwirtschaft fort. Die einheimische Industrie, vor 1914 schon dem Bedarf des Landes nicht gewachsen, konnte den erhöhten Anforderungen des Krieges erst recht nicht standhalten. Der Mangel an qualifizierten Arbeitern und an technischer Ausrüstung sowie die wachsenden Transport-schwierigkeiten förderten den Verfall der gesamten Wirtschaft.

Von den rein militärischen Mißerfolgen abgesehen wurde die ungeheure Agrarkatastrophe (namentlich in der Revolutionsperiode seit Anfang 1917) für den inneren Zusammenbruch Rußlands entscheidend. Die Schwächung der Landwirtschaft infolge der Entziehung von Arbeitskräften durch

die Massenmobilisierung der Bevölkerung und die Zerreißung der inneren und äußeren Marktverbindungen verminderten die Produktion quantitativ und qualitativ gewaltig. Die Hauptlasten des Krieges kamen auf die Schultern des Bauerntums zu liegen, das infolge seines kulturellen Tiefstandes ihnen auch geistig und moralisch nicht gewachsen war.

Alles das mußte zu einer Versorgungskrise führen, die schließlich einen ungeahnten Umfang annahm. Das bekannte Resultat war das allgemeine Chaos, in dem das alte Rußland untergegangen ist.

Rußland hat über einen ungeheuren Raum verfügt, jedoch hat es ihn nicht genügend beherrscht, ihn weder wirtschaftlich noch verkehrspolitisch genügend erschlossen gehabt, um aus ihm die erforderliche militärische Widerstandskraft schöpfen zu können.

Die allgemeinen Erfahrungen des Weltkrieges sind die Grundlage der wehrpolitischen Maßnahmen der Sowjetregierung. Sie müssen um so schwerer ins Gewicht fallen, als die Sowjetpolitik ihrem ganzen Charakter nach nicht in erster Linie die Landesverteidigung im Auge hat, sondern sich vielmehr vor die Aufgabe gestellt sieht, im Sinne ihrer offensiven weltrevolutionären Zielsetzung die militärischen und wirtschaftlichen Mittel für einen revolutionären Angriffskrieg bereitzustellen. Infolgedessen kann sie nicht bei dem Studium der Ursachen des russischen Zusammenbruchs im Weltkrieg stehen bleiben, sondern muß aus den Erfahrungen des Weltkrieges Anhaltspunkte dafür zu gewinnen suchen, welcher Grad der Konzentration aller militärischen, wirtschaftlichen und menschlichen Kräfte erforderlich ist, um unter Berücksichtigung der modernen Technik einen Krieg angriffsweise mit Erfolg führen zu können. Das Problem liegt darin, eine solche materielle Überlegenheit über den Gegner zu erhalten, daß der Bewegungskrieg nicht zum Stillstand kommt und ein Erstarren der Front im Stellungskrieg vermieden wird.

Unter diesem Gesichtspunkt zeigt die militärische Literatur der UdSSR. großes Interesse für die Stärken der Armeen, die

Verluste und den Materialverbrauch im Weltkriege, um festzustellen, welche Minimalanforderungen an die Kriegswirtschaft und die Bevölkerung eines kriegführenden Staates in Zukunft gestellt werden müssen.

So hebt z. B. Wenzow¹⁾ hervor, daß angesichts der Erfahrungen des Weltkrieges die Aufmerksamkeit besonders auf die gewaltige zahlenmäßige Stärke der mobilisierten bewaffneten Kräfte konzentriert werden müsse.

Auch Triandafilow, einer der bekanntesten Militärsachverständigen der Sowjetunion, spricht sich für den Massencharakter der modernen Heere aus, in betontem Gegensatz zu den gelegentlich zugunsten kleiner, besonders hoch qualifizierter Berufsarmeen ausgesprochenen Meinungen²⁾. Das ist die in der Sowjetunion vorherrschende Anschauung, die, wie die Organisation der Roten Armee beweist, als Grundlage für die Wehrpolitik der UdSSR. angenommen worden ist.

Wenzow betont mit Recht die Folgerungen, die aus dem Massencharakter der Heere für die gesamte Volkswirtschaft gezogen werden müssen. Diese Massen müssen gepflegt, bekleidet, mit modernen technischen Kampfmitteln ausgerüstet werden und das gesamte Proviant- und Ausrüstungsmaterial muß rechtzeitig produziert und an die einzelnen Heeresverbände herangebracht werden.

Wenzow zeichnet ferner mit einigen Strichen den gewaltigen Materialverbrauch der kämpfenden Truppe. Als Beispiel führt er an, daß die russische Armee im Jahre 1916 rund 16 Millionen Geschosse, d. h. 17mal soviel wie während des russisch-japanischen Krieges, verbraucht habe. Diese Ziffer sinke jedoch angesichts des Materialverbrauchs an der europäischen Westfront zur Bedeutungslosigkeit herab. Die Franzosen hätten nach ihren eigenen Angaben bei der Verteidigung von Verdun im Verlauf von 16 Tagen 10 Millionen Geschosse verfeuert. Die Zahl der deutschen Geschütze sei, wie Wenzow hervorhebt, während des Krieges von 7500 auf 20000

¹⁾ S. Wenzow, Volkswirtschaft und Landesverteidigung der UdSSR. Moskau 1928 (russ.).

²⁾ Vgl. Triandafilow, Der Charakter der Operationen moderner Heere, S. 26ff. Moskau 1929 (russ.).

gestiegen. England habe 1915 272 Flugzeuge besessen, im Oktober 1918 habe ihre Zahl 22 171 betragen.

Als Beispiel für den durchschnittlichen jährlichen Munitionsverbrauch verschiedener Länder im Weltkrieg, bezogen auf das einzelne Geschütz, gibt Shigur¹⁾ folgende Daten:

Geschosse	Frankreich	Deutschland	Vereinigte Staaten von Nordamerika
Auf ein leichtes Feldgeschütz	12 000	17 000	15 000
Auf eine leichte Feldhaubitze	6 000	17 000	—
Auf ein schweres Feldgeschütz	6 000	{ 10 cm = 10 500	4,7 Zoll = 9 000
Auf eine schwere Feldhaubitze	4 500	{ 15 cm = 6 300	155 mm = 5 000
		10 000	7 500

Shigur weist darauf hin, daß die jährlichen Verluste an Artillerie in den Jahren 1915–1918 in der französischen Armee rund 105 %, in der englischen Armee rund 120 % des gesamten Artillerieparks des Frontheeres betragen hätten. Davon wären etwa 60 % auf unwiederbringliche Verluste durch vollständige Abnutzung, feindliches Feuer oder Eroberung entfallen. Bei der noch höheren Feuerbeanspruchung des einzelnen Geschützes im zukünftigen Kriege würde diese Art von Verlusten an Artillerie voraussichtlich auf 100 % pro Jahr zu veranschlagen sein²⁾.

Diese Hinweise auf den Verbrauch an Artillerie und Artilleriemunition sind nur ein einzelnes Beispiel von vielen. Es muß in Betracht gezogen werden, daß die moderne Armee auch noch zahlreiche andere technische Kampfmittel benötigt, wie Flugzeuge, Panzerwagen usw. Dazu kommen Nachschub, Nachrichtenmittel aller Art, Bekleidung, Verpflegung usw. usw., von den gewaltigen finanziellen Mitteln und von der Organisation der Etappe sowie des gesamten Hinterlandes ganz abgesehen.

¹⁾ Shigur, Der zukünftige Krieg und die Aufgaben der Landesverteidigung der UdSSR., S. 56ff. Moskau 1928 (russ.).

²⁾ Die Verantwortung für alle Zahlenangaben muß den zitierten Verfassern vorbehalten bleiben.

Alle diese materiellen Mittel unterliegen einem dauernden Verbrauch bzw. der Vernichtung und müssen fortlaufend, und zwar in steigendem Maße ersetzt werden. Die Erfahrungen zeigen, daß die Anforderungen der Truppe und des gesamten Heeresapparates im Kriege an das Hinterland von Jahr zu Jahr wachsen, ohne jemals eine stabilisierte Dauernorm zu erreichen. In dieser Beziehung diktieren sich die kriegführenden Staaten gegenseitig das Gesetz des Handelns, bis entweder militärische Ereignisse an der Front eine eindeutige Entscheidung herbeiführen oder die eine Seite ihre sämtlichen Hilfsquellen erschöpft hat und das Wettrennen aufgeben muß. Hierher gehört auch die Erschöpfung der moralischen Kampfkraft eines der Gegner.

Diese und ähnliche Betrachtungen gewinnen an Bedeutung, wenn man die mutmaßliche Dauer eines künftigen Krieges in Betracht zieht. Diese Frage läßt sich im voraus schwer beantworten. In der UdSSR. geht jedenfalls die Meinung dahin, daß mit einer langen Kriegsdauer gerechnet werden muß. Die offizielle kommunistische Doktrin spricht sogar von einer ganzen „Periode von imperialistischen und revolutionären Kriegen“. Die gesamte Wehrpolitik der Sowjetunion ist in diesem Sinne ausgerichtet, zumal auch mit der Gefahr einer möglichen wirtschaftlichen Blockade gerechnet wird, die an dem deutschen Beispiel im Weltkrieg studiert wird. Wenn auch die UdSSR. über unerschöpfliche Rohstoffquellen verfügt, so können ihr ähnliche Gefahren erwachsen aus dem Mangel an Industrie, die diese Rohstoffe fördert und verarbeitet, aus der Unzulänglichkeit der Transportmittel, die die Rohstoffe und Fertigfabrikate unter die jeweiligen Verbraucher verteilt bzw. an dem Mangel an qualifizierten menschlichen Kräften, die den für die Kriegführung unerläßlichen Produktions- und Verteilungsapparat aufbauen und in Gang halten. Der drohenden Gefahren innerer politischer Komplikationen sei an dieser Stelle nur nebenbei Erwähnung getan.

Wenn die Sowjetunion, ihrer offiziellen Doktrin gemäß, sich auf künftige revolutionäre Angriffskriege vorbereitet, so muß sie von den realen Gegebenheiten ausgehend,

die Voraussetzungen zu schaffen suchen, die ihr alle notwendigen Hilfsmittel für die Durchführung ihrer Politik in die Hand geben.

3. Die Grundzüge der wirtschaftlichen Mobilmachung der UdSSR.

Die militärische Kraft eines Landes ist in unserem Jahrhundert stärker denn je von wirtschaftlichen Faktoren abhängig. War die technische Rückständigkeit Rußlands eine der Hauptursachen seiner Niederlage im Weltkrieg, so wird in der UdSSR. daraus die praktische Konsequenz in Gestalt der Industrialisierung des Landes (Rüstungsindustrie) gezogen. Wir sehen hier davon ab, die besonderen ideologischen Gründe zu untersuchen, die mit dem Aufbau einer großen modernen Industrie die „Produktion von Proletariern“ als den Trägern des neuen Staates bzw. einer „neuen Gesellschaftsordnung“ bezweckt. Proletariat im Sinne von Marx und Lenin gibt es nur dort, wo es eine Industrie gibt. Wenn die UdSSR. als vorwiegend agrarisches Land mit seiner bäuerlichen Bevölkerung nichtsdestoweniger als „proletarischer Klassenstaat“ in die Arena der Geschichte getreten ist, so ist das ein gewisser Widerspruch, der einer Korrektur bedarf. Da diese in kurzer Zeit herbeigeführt werden soll, so kann es ohne harte zwangsweise Eingriffe in die organische Entwicklung des Landes nicht abgehen. Das wäre andeutungsweise die eine Seite des Industrialisierungsprogramms der Sowjetregierung.

Die andere, für unsere Untersuchung entscheidende Seite ergibt sich aus dem eingangs betonten Grunde. Von außen her gesehen, vom Standpunkt aller in der unmittelbaren Wirkungsnähe der UdSSR. gelegenen Staaten, muß die militärische Bedeutung der sowjetrussischen Wirtschaftspolitik, also der gewaltige Ausbau der Rüstungsindustrie auf Kosten aller anderen Industriezweige, im Mittelpunkt aller Betrachtungen stehen. Dieses um so mehr, als in der UdSSR. dem militärischen und strategischen Sektor des ersten Fünfjahresplanes von Anfang an die größte Aufmerksamkeit zugewendet wurde, was vom zweiten und vom dritten Plan in noch stärkerem Maße gesagt werden kann.

Auf dem XV. Kongreß der Kommunistischen Partei wurde das Zentralkomitee beauftragt, in der Richtung der Kriegsfertigkeit der Roten Armee und Flotte und der Schaffung der für den Kriegsfall notwendigen Voraussetzungen und Reserven eine besonders energische Tätigkeit zu entfalten. In bezug auf den ersten Fünfjahresplan wurde gesagt, es sei notwendig, bei der Aufstellung und bei der Durchführung des Planes den Hauptnachdruck „auf die schnellste Entfaltung derjenigen Zweige der Volkswirtschaft, besonders der Industrie, zu legen, denen in erster Linie die Sicherstellung der Landesverteidigung und der wirtschaftlichen Widerstandsfähigkeit des Landes im Kriegsfall zukommen würde“¹⁾. Es wurde die Forderung aufgestellt, daß nicht nur die Planungs- und Wirtschaftsorgane, sondern auch die gesamte Partei unentwegt ihre Aufmerksamkeit auf alle Fragen der Landesverteidigung im Zusammenhang mit dem Fünfjahresplan lenken sollten.

In der Sowjetunion wird, wie wir bereits gesehen haben, bei allen Kriegsvorbereitungen grundsätzlich von Landesverteidigung gesprochen. Auch der revolutionäre Angriffskrieg ist in der bolschewistischen Ideologie nur bekanntlich ein Verteidigungskrieg und alle auf ihn berechneten praktischen Maßnahmen der Sowjetregierung sind Verteidigungsmaßnahmen. Wir wissen jedoch aus der offiziellen Kriegsdoktrin des Kommunismus, welches die eigentlichen Ziele der revolutionären Politik der UdSSR. sind und daß der Begriff der Landesverteidigung nur eine Umschreibung für den geplanten Angriff auf die übrige Welt ist. Wenn wir nachfolgend in Anlehnung an die offizielle Ausdrucksweise der Sowjets den Begriff „Landesverteidigung“ benutzen, so stets im Sinne der eigentlichen aggressiven Absichten des Bolschewismus, wie sie sich aus seiner offiziellen Kriegsdoktrin ergeben.

Die großzügige Propaganda für die „Landesverteidigung“ und die Propaganda für den wirtschaftlichen Aufbau sind aufeinander abgestimmt. Werden die gewaltigen Kapitalaufwendungen für die Industrie mit den militärischen

¹⁾ Wenzow, Die Volkswirtschaft und die Landesverteidigung der UdSSR., S. 52. Moskau 1928 (russ.).

Interessen des Landes begründet, so wird umgekehrt das Vorhandensein einer großen „sozialistischen Wirtschaft“ als das stärkste Bollwerk für die militärische Kraft des Landes bezeichnet.

Die Propaganda geht in dieser Beziehung leichtfertig so weit, daß sie die Staaten der kapitalistischen Umwelt als unfähig bezeichnet, ihre Wehrwirtschaft auf der Grundlage ihres ökonomischen und sozialen Systems den tatsächlichen Bedürfnissen entsprechend zu organisieren: „Die Anforderungen des modernen Krieges überschreiten den Rahmen der kapitalistischen Wirtschaft. Der Krieg erfordert die größtmögliche Konzentration der wirtschaftlichen Kräfte, die planmäßige Ausnutzung sämtlicher Elemente der Nationalwirtschaft. Die Regierungen der kapitalistischen Länder sind gezwungen, die Schaffung besonderer Apparate für den Kriegsfall vorzusehen, sie sind gezwungen, den Umfang und die Formen der staatlichen Regulierung des Wirtschaftslebens zu verstärken und häufig solche Wirtschaftsprinzipien in den Vordergrund zu stellen, die sich in einem unmittelbaren Gegensatz mit den privatrechtlichen Interessen einzelner Personen und Unternehmungen befinden. Alles das kompliziert und erschwert die Ausnutzung der materiellen Hilfsquellen der kapitalistischen Staaten unter den Bedingungen des Krieges“¹⁾.

Die Voraussetzungen in der UdSSR. seien in dieser Beziehung völlig anders geartet, erklärt Wenzow in diesem Zusammenhang. Von Jahr zu Jahr festigen sich die Grundlagen der Planwirtschaft. Die Kommandohöhen des sozialistischen Sektors der Volkswirtschaft wachsen beständig. „Auf der Grundlage der bedeutenden wirtschaftlichen Entwicklung der letzten Jahre, des Überganges zu einer neuen, höheren Produktionstechnik, der Rationalisierung der Produktion und der Festigung des Zusammenschlusses zwischen Stadt und Land — festigt sich auch die Verteidigungsfähigkeit des Sowjetbundes“²⁾.

¹⁾ Wenzow, Die Volkswirtschaft und die Landesverteidigung der UdSSR., S. 53. Moskau 1928 (russ.).

²⁾ Wenzow, ebenda.

Diese Gegenüberstellung ist einer der Propagandakniffe der Sowjetregierung, um ihre Maßnahmen vor den Massen der Bevölkerung zu rechtfertigen und um den wünschenswerten Optimismus dieser Massen nicht erlahmen zu lassen. Doch von der Propaganda und den ideologischen Gesichtspunkten der sowjetischen Wirtschaftspolitik abgesehen, sind die geschilderten Erfahrungen des Weltkrieges der praktische Ausgangspunkt dieser Politik.

Die unmittelbaren Beziehungen zwischen der Leistungsfähigkeit von Wirtschaft und „Landesverteidigung“ sind der weitaus beherrschende Gesichtspunkt für den Versuch der Sowjetregierung, einen nach außen hin militärisch und wirtschaftlich starken Staat aufzubauen. Das Industrialisierungsprogramm hat das Ziel, Industrie und Landwirtschaft in ein solches Verhältnis zueinander zu bringen, daß beide gemeinsam in der Lage sind, die Bedürfnisse des Landes im Frieden wie im Kriege aus eigener Kraft zu decken. „Wir müssen die Sache so einrichten, daß das Kämpfen und Streben unserer Wirtschaftler darauf gerichtet ist, unser Land aus einem Land, das seine Maschinenausrüstung importiert, in ein Land zu verwandeln, das diese Ausrüstung produziert. Darin liegt auch die Hauptgarantie für die wirtschaftliche Selbständigkeit unseres Landes.“ Diese Sätze aus der Rede Stalins auf dem XIV. Parteitag in Moskau kennzeichnen die gestellte Aufgabe von ihrer technischen und industriellen Seite her.

Der ungeheure Materialbedarf und Verbrauch des modernen Krieges erfordert eine Industrie von solchem Umfang, daß sie über die Friedensbedürfnisse des Staates und der Volkswirtschaft weit hinaus auch den gesteigerten Anforderungen des Krieges gewachsen ist. Die Industrie muß imstande sein, sich im Kriegsfall möglichst schnell auf die neuen Erfordernisse umzustellen. Doch selbst bei den umfassendsten Vorbereitungen in Friedenszeiten wird die Industrie im Ernstfall einer gewissen Anlaufzeit bedürfen, um das erforderliche Produktionsniveau an Kriegsgeräten aller Art zu erreichen. Die Dauer dieser Anlaufzeit wird in verschiedenen Zweigen der Industrie in Abhängigkeit vom jeweiligen technischen Produktionsprozeß verschieden sein und in

komplizierten Fällen eine Reihe von Monaten beanspruchen. Das zu lösende Problem besteht in der möglichst weitgehenden Herabsetzung dieser Fristen. Die Vorarbeiten in dieser Beziehung müssen im Frieden einsetzen.

Wenzow betont die Notwendigkeit, daß in allen Industriewerken, die bereits früher einmal für die Zwecke der „Landesverteidigung“ gearbeitet haben, besondere „Zellen der Kriegsproduktion“ erhalten bleiben. Das würde den Werken die Möglichkeit geben, sich bereits im Frieden mit dem Charakter der Produktion vertraut zu machen, die für sie nach dem wirtschaftlichen Mobilmachungsplan für den Kriegsfall vorgesehen ist. Das bedeutet mit anderen Worten die vollkommene Militarisierung des größten Teils der Sowjetindustrie, d. h. desjenigen Teils der Industrie, der im Frieden ganz andere Aufgaben zu erfüllen hat.

Die spezielle Rüstungsindustrie, die auch im Frieden für militärische Zwecke tätig ist, bildet den Kern der gesamten Wehrwirtschaft des Staates. Ihr obliegt es, im Frieden große Heeresvorräte herzustellen, die den Bedarf der Armee und der Etappe in den ersten Kriegsmonaten decken sollen. Ihre Aufgabe ist es, in der ersten Periode des Krieges während der Anlaufzeiten für die übrige Industrie den Materialersatz für die Armee aus eigener Kraft zu bestreiten.

Die bisherigen Industrialisierungspläne der Sowjetregierung sind fast ausschließlich von diesen Gesichtspunkten beherrscht gewesen. Das praktische Ergebnis des ersten Jahres war die Schaffung einer großen Rüstungsindustrie. Die größten Kapitalinvestitionen sind in den besonders kriegswichtigen Schlüsselindustrien vorgenommen worden. Die Eisen- und Stahlproduktion, die Naphthagerinnung, der Maschinenbau, die chemische Industrie, die Elektrowirtschaft usw. haben in jeder Beziehung eine bevorzugte Förderung erfahren. Ihnen gegenüber mußte die Konsumwarenindustrie stark zurückstehen.

In dieser Beziehung hat sich auch im zweiten und dritten Plan nichts geändert, obwohl in der offiziellen Propaganda erklärt wurde, daß die Erzeugung von Gegenständen des täglichen Bedarfs nunmehr in den Vordergrund treten solle. Zwar sind Bemühungen in dieser Richtung im Gange, diktiert

durch innenpolitische Rücksichten, durch die Notwendigkeit, den Sowjetbürger die bisherigen „Erfolge“ der sowjetischen Wirtschaftspolitik in gewissem Umfange endlich am eigenen Leibe spüren zu lassen; diktiert durch die Gefahren, die aus dem seit Jahrzehnten ununterbrochen auf der gesamten Bevölkerung lastenden Druck trotz ihrer sklavischen Geduld schließlich erwachsen können – doch bleiben diese Bemühungen nach wie vor von der offiziellen Rüstungspsychose überschattet.

Zu den Kernproblemen der bolschewistischen Wehrwirtschaft gehört die Notwendigkeit, die Standorte der Industrie so zu wählen, daß sie im Kriegsfall vom Gegner schwer bzw. überhaupt nicht angegriffen werden können. Die kriegswichtigen Industriezentren des Landes werden in möglichst großer Entfernung von den in Frage kommenden künftigen Kriegsschauplätzen in das Landesinnere verlegt. Der Ural und Westsibirien sind die wirtschaftlichen Rüstungszentren der Sowjetunion. Ihre militärisch-strategische Lage im Mittelpunkt des europäisch-asiatischen Raumes der UdSSR. ist sehr günstig. Zu voller Wirksamkeit können sie jedoch nur dann gelangen, wenn die Transportverhältnisse ihre ununterbrochene Verbindung mit allen wichtigen Teilen des Landes und besonders im Kriegsfall mit der kämpfenden Truppe sicherstellen.

4. Transportschwierigkeiten und Verkehrsprobleme

Wir müssen es uns versagen, im Rahmen der vorliegenden Untersuchung auf die qualitativen und quantitativen Ergebnisse der bisherigen Industrialisierungspolitik der Sowjetregierung näher einzugehen. In dieser Beziehung sei auf die zahlreiche Fachliteratur verwiesen. Jedoch müssen wir die Transportverhältnisse und die allgemeinen Verkehrsprobleme der UdSSR. mit einigen Worten streifen, da sie im Mittelpunkt derjenigen Schwierigkeiten stehen, die sich im Kriegsfall für die Sowjetunion ergeben.

Es ist eine charakteristische Erscheinung der sowjetischen Eisenbahnpolitik, daß praktische Maßnahmen erst ergriffen werden, wenn das Versagen der überlasteten Bahnen bereits

den Umfang einer Katastrophe anzunehmen beginnt. In der Regel ist es dann aber bereits zu spät. Das gilt sowohl für den Neubau von Eisenbahnlinien, wie für den Ausbau der vorhandenen. Nach der Revolution übernahm die Sowjetregierung ein Eisenbahnnetz von 71 205 km, das bis Anfang 1939 auf 86 500 km gesteigert wurde. Davon entfielen aber fast 5 000 km auf bereits vorher provisorisch betriebene oder im Bau befindliche Bahnen. Die Sowjetregierung hat also seit der Revolution bis Anfang 1939 knapp 11 000 km Bahnen gebaut, während ein jährlicher Zugang von durchschnittlich 6 000 km während der Dauer von mindestens 10 Jahren erforderlich gewesen wäre (Plan des sog. Borisow-Ausschusses vom Jahre 1916¹).

Die Eisenbahnen gehören nach wie vor zu den gefährlichsten „Engpässen“ der Sowjetwirtschaft. Jahrelang wurde in Berichten auf den Partei- und Sowjetkongressen, in zahlreichen Verordnungen und in der Sowjetpresse auf diesen Übelstand hingewiesen. Auch von militärischer Seite, vom „Rat für Arbeit und Verteidigung“ (STO.) wurde die dringende Beseitigung der unhaltbaren Zustände gefordert.

Einen eindrucksvollen Einblick in diese Zustände gewährte seinerzeit der Bericht von Kuibyschew auf dem Sowjetkongreß 1935²). Trotz namhafter Kapitalinvestierungen und bevorzugter Materialversorgung des Volkskommissariats für Verkehrswesen, trotz einer beachtlichen Zunahme der Lokomotiv- und Waggonparks blieben die Leistungen der Eisenbahnen weit hinter allen Erwartungen zurück. Auch politische Maßnahmen nutzten nichts. Hier wäre vor allem die Bildung der berückichtigten „Politischen Abteilungen“ zu nennen. Diese „Politotdjely“, die sich aus besonders zuverlässigen Parteimitgliedern und GPU.-Agenten rekrutieren und mit weitgehenden Kontrollbefugnissen ausgestattet wurden, sollten alle Mängel und Mißstände beseitigen, „eiserne Disziplin“ schaffen, den Kampf mit den „klassenfeindlichen Elementen, den Saboteuren und Opportunisten“ führen, kurz – um einen Ausdruck aus der Gründungsverordnung zu gebrauchen –, „das

¹) Vgl. „Ost-Expreß“, Artikeldienst Nr. 60, Mai 1939.

²) Vgl. „Iswestija“ vom 12. Januar 1935.

Auge der Partei“ sein. Auch in der Verwaltung, in der Aufstellung der Transportpläne und auf anderen Gebieten wurden Maßnahmen zur Entlastung des Verkehrskommissariats getroffen.

Alles das nutzte aber nichts. Kuibyschew stellt fest, daß die Ausnutzung des vorhandenen Materials vollkommen ungenügend war. So betrug z. B. der tägliche Lokomotivlauf durchschnittlich nur 169,5 km statt 180 km, wie veranschlagt war. Die Zahl der „kranken Lokomotiven“ betrug 20,7 % des gesamten Parks, das heißt mit anderen Worten, daß rund ein Fünftel aller Lokomotiven im Laufe des ganzen Jahres außer Betrieb war.

Die Ausnutzung des Waggonparks war noch schlechter. Trotz der neu in Dienst gestellten 27000 Waggons ist der arbeitende Waggonpark gegenüber dem Vorjahr stabil geblieben. Mit Recht fragt daher Kuibyschew: „Wo sind denn diese Waggons geblieben?“ Es stellt sich heraus, daß ein unverhältnismäßig großer Teil von ihnen für die eigenen Bedürfnisse der Eisenbahnen Verwendung gefunden hat. Trotz des in Dienst gestellten neuen Materials ist die Zahl der betriebsunfähigen Waggons von 5,1 % auf 5,4 % gestiegen. Von Jahr zu Jahr nimmt der Leerlauf des Wagenparks zu: 1931 betrug er 26,9 % und 1934 – 29 %. „Man sollte annehmen“ – bemerkt Kuibyschew ironisch –, „daß die Waggons für den Gütertransport bestimmt sind, statt dessen läuft fast $\frac{1}{3}$ von ihnen leer“. Die Ausnutzung des rollenden Materials ist so schlecht organisiert, daß die Waggons $\frac{2}{3}$ ihrer Arbeitszeit in Erwartung der Lokomotive oder des Rangierens und infolge der Umladearbeiten stehen mußten, so daß sie nur $\frac{1}{3}$ ihrer Zeit wirklich in Bewegung waren. Kuibyschew ist daher zu der Feststellung gezwungen, daß der durch die gesteigerten Materiallieferungen an sich möglich gewesene Nutzeffekt infolge der schlechten Arbeit der Eisenbahnen selbst aufgehoben worden ist.

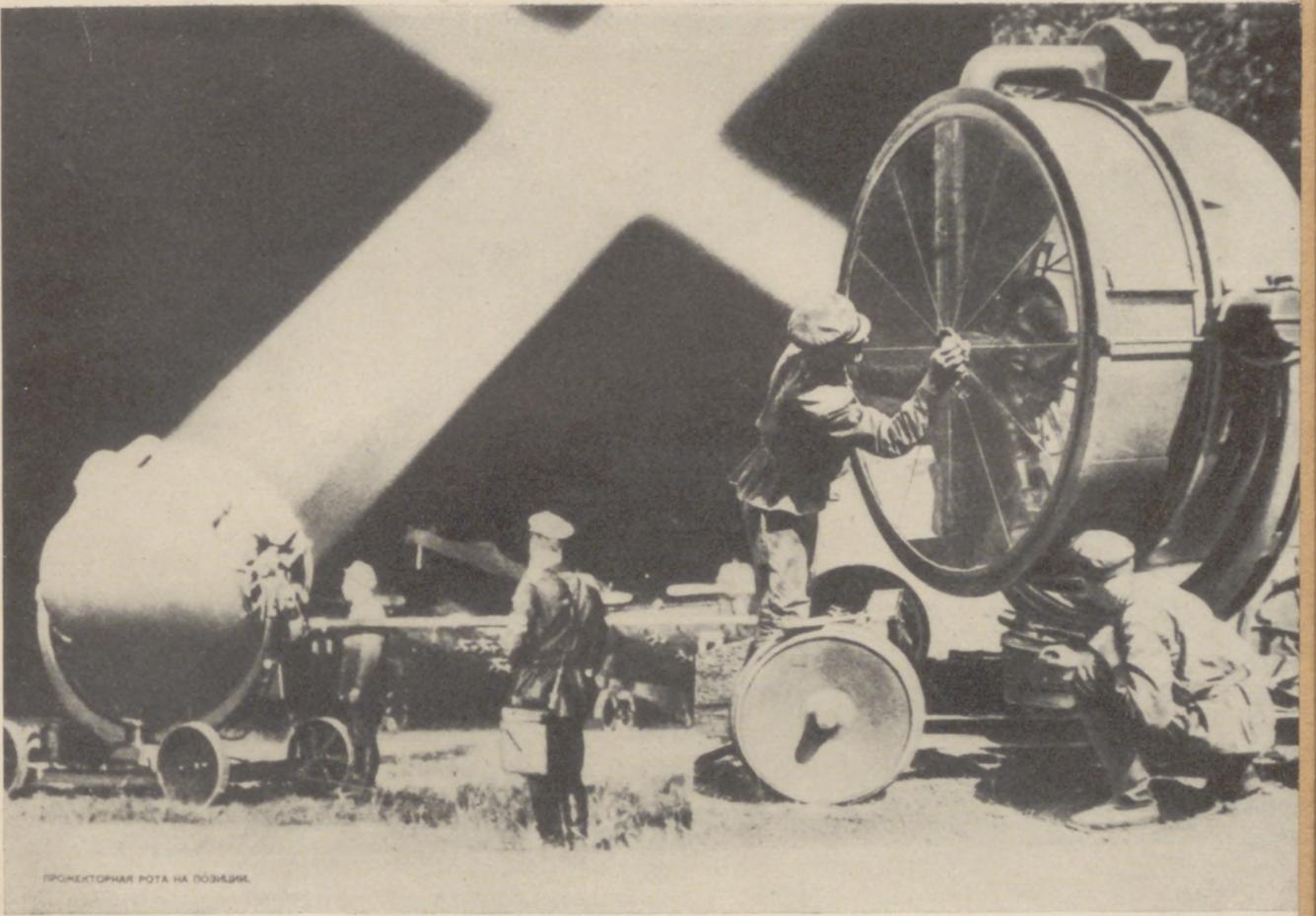
Zu den erwähnten traten noch eine Reihe anderer Mängel. Die Remontierung des rollenden Materials blieb konstant hinter den Plänen zurück, die Verteilung des Waggonparks auf der Strecke war schlecht organisiert, Havarien waren an der Tagesordnung. Die Zahl der Eisenbahnunglücke hat einen

ungeheuren Umfang angenommen. Die unhaltbaren Verhältnisse führten im Frühjahr 1935 zur Ergreifung besonderer Maßnahmen durch die vorübergehende Einsetzung des ersten Parteisekretärs Kaganowitsch zum Verkehrskommissar mit diktatorischen Vollmachten. Aber auch sein brutales Vorgehen gegen die Eisenbahnbeamten hat keine wesentliche Besserung der katastrophalen Verkehrsverhältnisse gebracht. Es ist daher nicht erstaunlich, daß bei der in der Sowjetunion geübten Praxis schließlich auch das Verkehrskommissariat in die große „Säuberungsaktion“ einbegriffen wurde, die in der gesamten UdSSR. viele Tausende von Opfern gefordert hat. Aber die Genickschüsse der GPU. konnten zwar die dem Stalinsystem unliebsamen Elemente beseitigen – die Zustände auf den Eisenbahnen konnten auch sie nicht ändern.

Wir haben am Beispiel der Eisenbahnen gezeigt, welche Schwierigkeiten, die sich zum großen Teil aus dem Wirtschaftssystem der UdSSR. und aus anderen Gründen (z. B. Mangel an qualifiziertem Personal) ergeben, für die Erfüllung der praktischen Erfordernisse der Volkswirtschaft erwachsen. Man könnte in analoger Weise auch die anderen Zweige der sowjetischen Wirtschaft betrachten und würde zu ähnlichen Ergebnissen gelangen.

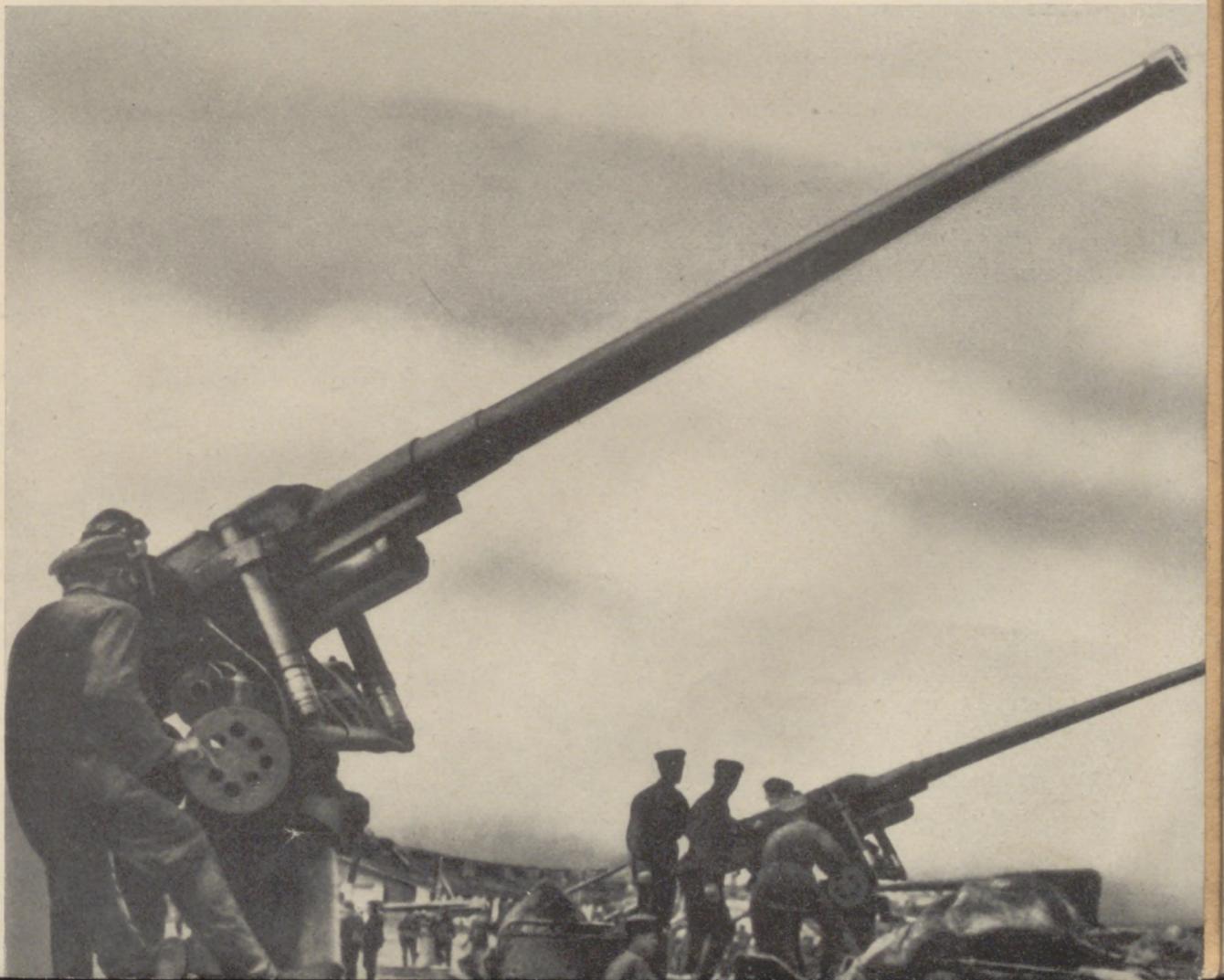
Es ist einleuchtend, was solche Erscheinungen für die militärische Kraft des Landes im Kriegsfall bedeuten müssen. Daraus erklärt sich weiter, weshalb das Verkehrskommissariat im Laufe der Jahre wohl den häufigsten Personalwechsel in seinen leitenden Instanzen erfahren hat.

Die Wehrpolitik der UdSSR. sieht sich vor die Aufgabe gestellt, die Transportmittel des Landes den Erfordernissen der Landesverteidigung anzugleichen. Vom ersten Mobilmachungstag an wird im Kriegsfall der Charakter der Arbeit der Eisenbahnen einschneidend verändert. Der sofort einsetzende Massentransport von Menschen, Tieren usw. aus allen Teilen des Landes zu den Sammelpunkten, der Massentransport von Truppen und Kriegsmaterial aus den Garnisonen und Sammelpunkten an die Front stellen an die Transportmittel des Landes ungeheure Anforderungen, be-



25. Scheinwerfer-Abteilung in Stellung

26. Geschütz-Exerzieren an Fliegerabwehrgeschützen





27. Tausende von Sowjetbombnern wurden gebaut, die ihre verderbliche Last in ganz Europa abladen sollten

28. MG-Stand eines bolschewistischen Flugzeuges



sonders wenn große Räume zu überwinden sind. Alles das erfordert ein genügend ausgebautes Eisenbahnnetz, ein technisch einwandfreies Eisenbahnmaterial und eine ausgezeichnete Organisation des Verkehrs.

Die erste praktische Aufgabe in Erfüllung der Forderung des XV. Parteikongresses, daß die Transportmittel den Bedürfnissen der Landesverteidigung angepaßt werden müssen (und aller ähnlichen Beschlüsse späterer Partei- und Sowjetkongresse) läuft zunächst darauf hinaus, das bestehende Eisenbahnnetz einer grundlegenden Rekonstruktion zu unterziehen. In technischer Beziehung handelt es sich um die Erneuerung des rollenden und liegenden Materials, den Ausbau des vorhandenen Verkehrsnetzes, die Elektrifizierung, die Modernisierung sämtlicher Anlagen, die Vergrößerung des Lokomotiv- und Waggonparks, den Ersatz des vorhandenen Schienenoberbaues durch stärkere Profile, wodurch die notwendige stärkere Belastung mit modernem rollendem Material überhaupt erst ermöglicht wird. Organisatorisch handelt es sich darum, den gesamten Verwaltungsapparat rationell und modern zu gestalten und für einen qualifizierten Personalnachwuchs zu sorgen. Der Endzweck aller Maßnahmen muß es sein, die Voraussetzungen für die wichtigsten Anforderungen zu erfüllen, die der Krieg an das Eisenbahnnetz stellt:

1. Maximale Verkehrsgeschwindigkeit,
2. Massenleistung,
3. Pünktlichkeit.

Daneben ist zu berücksichtigen, daß gerade das Eisenbahnnetz von den ersten Kriegstagen an feindlichen Fliegerangriffen ausgesetzt ist. Wenzow weist auf die Notwendigkeit hin, den Luftschutz auf den Eisenbahnen großzügig auszubauen. Das gesamte Eisenbahnpersonal, besonders in den Grenzgebieten, müsse im Kampf gegen feindliche Flieger ausgebildet werden.

Eine weitere Aufgabe besteht in der Vergrößerung des Eisenbahnnetzes. Die Grenzen zwischen reinen Wirtschaftsbahnen und strategischen Bahnen können unter den modernen Verhältnissen kaum noch gezogen werden. Jede

rein wirtschaftlichen Zwecken dienende Bahn hebt auch die militärische Kraft des Landes. Dies gilt besonders von den großen Verbindungslinien zwischen den kriegswichtigen Rohstoff- und Industriegebieten. Der rein strategische Charakter der Bahnen kommt vor allem in dem den Bedürfnissen der Front unmittelbar entsprechenden Eisenbahnnetz zum Ausdruck. Das sind die aus dem Innern des Landes in die Grenzgebiete führenden Strecken und die parallel zur Landesgrenze verlaufenden Linien, die strategische Manöver und operative Truppenverschiebungen ermöglichen.

Diese Gesichtspunkte spielen in den Eisenbahnneubauten der Sowjetregierung eine große Rolle. Auf die militärische und politische Bedeutung der Turksib-Bahn ist an anderer Stelle hingewiesen worden. Die Eisenbahnbauten der UdSSR. an den westlichen und östlichen Grenzen der Mandschurei sowie zum Ochotskischen Meer sind von rein strategischen Überlegungen diktiert. Die Transsibirische Bahn hat aus ähnlichen Gründen ein zweites Gleis erhalten. Auch an den Westgrenzen der UdSSR. wurden neue Bahnen gebaut, die in erster Linie für offensive Zwecke bestimmt sind. Das gilt insbesondere von dem Ausbau des Eisenbahnnetzes im Gebiet nördlich der Pripet-sümpfe. Ferner wurden in dem für den Aufmarsch im Westen besonders wichtigen Raum zwischen der Wolga und der Grenze eine ganze Reihe von neuen Eisenbahnverbindungen geschaffen, die in ost-westlicher bzw. in nord-südlicher Richtung verlaufen.

Es darf auch auf die großen Zukunftspläne verwiesen werden, die im Zusammenhang mit dem nördlichen Seeweg und seiner Verbindung über das sibirische Stromnetz mit den sibirischen Eisenbahnen ein gewaltiges Verkehrssystem schaffen wollen, das den ganzen europäisch-asiatischen Raum des Sowjetstaates verkehrspolitisch organisieren soll.

Der große Eifer, mit dem die Arktisforschung von der Sowjetregierung unterstützt wird, verfolgt den praktischen Zweck,

den sog. nördlichen Seeweg, d. h. die maritime Verbindung von der Ostsee über den neuen Kanal zum Weißen Meer und von dort über die Barents-See und das Karische Meer in die Mündungsgebiete des Ob und des Jenissej (und in geringerem Umfang der Lena) wirtschaftlich nutzbar zu machen. Durch eine spätere Regulierung der sibirischen Ströme und entsprechende Kanalverbindungen, wirksam unterstützt durch entsprechende Eisenbahnbauten, könnte auf diese Weise eine großzügige verkehrspolitische Erschließung des an Rohstoffen aller Art unbegrenzt reichen Raumes stattfinden, die für die militärische Kraft der Sowjetunion größte Bedeutung erhalten könnte. Solche Pläne erfordern jedoch einen so gewaltigen Aufwand an Kapital und Arbeit, daß sie heute noch nicht in den Gesichtskreis praktischer Erörterungen zu ziehen sind, wenschon sie im Hinblick auf künftige Möglichkeiten auch heute bereits ein gewisses Interesse beanspruchen dürfen.

Die Bezwingung der sowjetrussischen Raumweite in der Luft ist schließlich auch eines der aktuellen Probleme der modernen Verkehrsentwicklung in der Sowjetunion. Der Luftfahrt wird aus naheliegenden Gründen in der UdSSR. die größte Aufmerksamkeit entgegengebracht. Sie gewinnt in dem Maße an praktischer Bedeutung, wie die anderen Verkehrsmittel sich noch nicht auf der erforderlichen Höhe zeigen. Außerdem ist das Flugzeug dasjenige moderne Verkehrsmittel, das bei einem verhältnismäßig geringen Aufwand an finanziellen Mitteln eine schnelle und sichere Überwindung großer Räume gestattet. Die militärische Bedeutung des sowjetischen Luftverkehrsnetzes ergibt sich aus den einfachsten Überlegungen von selbst.

5. Rüstungsausgaben und Rüstungspropaganda

Schon auf dem Parteikongreß im Jahre 1934 mußte die Sowjetregierung zugeben, daß die gewaltigen Rüstungsausgaben der UdSSR. auf Kosten des wirtschaftlichen Aufbaues des Landes erfolgt sind. Auch im Jahre 1935 mußte Molotow in seinem Rechenschaftsbericht auf diese Tatsache hinweisen. Betrachtet man die wirtschaftliche

Verelendung der Sowjetbevölkerung in allen folgenden Jahren bis zur Gegenwart, so muß man zu dem Schluß kommen, daß sich in dieser Beziehung kaum etwas geändert hat. Zwar sind die Kapitalinvestierungen in der Wirtschaft laufend gestiegen, jedoch sind sie – wie schon ausgeführt wurde – hauptsächlich der Rüstungsindustrie zugute gekommen, während die wirtschaftlichen Bedürfnisse der Bevölkerung rigoros übergangen wurden.

In der UdSSR. wird diese Tatsache dazu benutzt, um den Volksmassen gegenüber einen triftigen Entschuldigungsgrund für die Mängel des sowjetischen Wirtschaftssystems beizubringen und um die Verantwortung für diesen Zustand auf die „Imperialisten“ bzw. „Faschisten“ abzuschieben, die angeblich durch Eroberungsabsichten den friedlichen Aufbau des Sowjetstaates stören. Gleichzeitig wird damit eine große Propaganda für neue Rüstungsausgaben verbunden.

Die größten Steigerungen innerhalb der Staatsbudgets der letzten Jahre weisen die Rüstungsausgaben auf, unter denen die reinen Heeresausgaben in den letzten Jahren folgende Beträge (in Milliarden Rubel) ausmachen:

1935	1936	1937	1938	1939	1940	1941
8,2	14,9	20,1	27,0	40,9	56,1	70,9

Dabei muß berücksichtigt werden, daß es sich bei diesen Zahlen nur um einen Teil der eigentlichen Rüstungsausgaben der UdSSR. handelt, um den offiziellen Etat des Kriegskommissariats, der unmittelbar den Bedürfnissen der bewaffneten Streitkräfte der Sowjetunion dient. Unberücksichtigt sind hierin die Rüstungsausgaben in den einzelnen Kommissariaten, wie Schwerindustrie, Rüstungsindustrie, Verkehr, Nachrichtenwesen usw.

Besonders auffällig ist die Entwicklung der Rüstungsausgaben in den beiden letzten Jahren, also nach dem Abschluß des Nichtangriffspaktes mit dem Deutschen Reich. Der Gesamthaushalt der UdSSR. beträgt in diesen Jahren: 1940 – 173,3 Milliarden Rubel und 1941 – 215,4 Milliarden Rubel. Die Rüstungsausgaben im

engeren Sinne betragen in diesen beiden Jahren somit 32,4 % bzw. 32,9 % des gesamten Staatshaushaltes der UdSSR. Dazu kommen die Ausgaben für Industrie, Verkehrs- und Nachrichtenwesen: 1940 – 32,4 Milliarden Rubel und 1941 – 45,8 Milliarden Rubel, das sind 18,7 % bzw. 21,2 % des Gesamthaushalts. Von diesen Ausgaben kann ein namhafter Anteil auf das Rüstungskonto der Sowjetunion geschrieben werden, so daß die Rüstungsausgaben der Moskauer Umsturzzentrale fast die Hälfte ihres gesamten Haushaltes beträgt.

Was außerdem noch in getarnter Form für geheime Zwecke, für spezielle Sonderausgaben und vor allem für die Auslandsespionage ausgegeben wird, läßt sich von außen her überhaupt nicht übersehen. Für die Militär- und Wirtschaftsspionage im Ausland müßten namhafte Beträge der Komintern in Anrechnung gebracht werden.

Auf dem XVIII. bolschewistischen Parteikongreß im März 1939 machte der Kriegskommissar Woroschilow u. a. folgende Zahlenangaben über den Ausbau der Roten Armee: Die Kavallerie sei um 52 % vergrößert worden, die Panzereinheiten um 152 %, der Bestand an Panzerwagen um 750 %, die leichte Artillerie (ohne Pak- und Infanteriegeschütz) um 34 %, die mittelschwere Artillerie um 26 %, die schwere Artillerie um 85 %, die Luftabwehr um 288 %. Der Mannschftsbestand der Luftwaffe sei um das 2^{1/2}fache gesteigert worden¹⁾.

Aus den von Woroschilow angegebenen Prozentsätzen lassen sich schwerlich verwertbare Schlüsse für den tatsächlichen Grad der Sättigung der Roten Armee mit technischen Kampfmitteln ziehen. Wir erinnern uns an das Vorbild, das schon Tuchatschewskij durch seine Propagandareden über die Aufrüstung der UdSSR. gegeben hat. Auch er operierte mit Prozentzahlen, die in die Hunderte, ja sogar in die Tausende Prozent gingen²⁾.

Diese unmäßigen Prozentzahlen verfolgen vor allem einen propagandistischen Zweck. Wird einerseits die für die

¹⁾ „Prawda“ vom 15. März 1939.

²⁾ Vgl. „Krasnaja Swesda“ vom 1. Februar 1935.

Erzeugung der Kriegs- und Rüstungspsychose in der Sowjetunion notwendige „äußere Gefahr“ mit maßlos übersteigerten Mitteln an die Wand gemalt, so wird andererseits streng darüber gewacht, daß keine defaitistische Stimmung in der Sowjetbevölkerung aufkommt.

So wie in der ganzen Sowjetpropaganda die Zahl eine große Rolle spielt, so muß sie auch auf diesem Gebiet herhalten, um den Grad der eigenen Erfolge in sinnfälliger Weise dem Bewußtsein der Bevölkerung einzuprägen. Die sowjetrussische Ehrfurcht vor der Zahl, die eines der psychologischen Produkte der Planwirtschaft ist, macht die Zahl zu einem der stärksten Bundesgenossen der Sowjetpropaganda. Die Zahl ist der Gradmesser aller Erfolge und Gefahren, aller Hoffnungen und aller Ziele. Mit der Zahl läßt sich alles beweisen und alles widerlegen. Hinter der Zahl tritt alles andere zurück.

So muß Statistik um jeden Preis getrieben werden. Die Statistik muß die Notwendigkeit der eigenen Rüstungen beweisen. In einer Sitzung des Zentralexekutivkomitees der UdSSR. im Jahre 1929 stellte Litwinow z. B. allen Ernstes folgenden Vergleich an: die Zahl der Heeresangehörigen betrage auf 1000 Quadratkilometer in Frankreich 667,7, in der Sowjetunion hingegen nur 26,6, auf einen Kilometer Landgrenze in Frankreich 132,3, in der Sowjetunion nur 31,2¹⁾! Diese Zahlen gewinnt Herr Litwinow offenbar, indem er Frankreich ohne Kolonien und die UdSSR. mit Kolonien, in ihrer ganzen Ausdehnung bis zum Stillen Ozean, mit vielen Millionen Quadratkilometern fast gänzlich unbewohnter Wüsten-, Tundren- und Urwaldgebiete zur Grundlage seiner Berechnung macht. Es stehen sich also etwa 550000 Quadratkilometer Frankreich und fast 23 Millionen Quadratkilometer UdSSR. gegenüber. Das ist die „wissenschaftliche Statistik“ des offiziellen Außenkommissars der Sowjetunion!

Im Jahre 1929 war Frankreich, seit 1933 ist Deutschland Gegenstand solcher und ähnlicher Betrachtungen der führenden Männer der UdSSR.

1) Vgl. Die Rote Armee und die Rote Flotte, S. 31, Hamburg 1932.

6. *Wirtschafts-Terrorismus*

Der bolschewistische Rüstungswahnsinn auf wirtschaftlichem Gebiet kann nicht mit den üblichen wirtschaftlichen Betrachtungsweisen abgetan werden. Das, was als „wirtschaftliche Maßnahmen“ des Bolschewismus in Erscheinung tritt, hat mit den üblichen Wirtschaftsprinzipien nichts zu tun. Wie die ganze Politik des Bolschewismus auf Gewalt aufgebaut ist, ohne die der Bolschewismus nicht existenzfähig ist, so beruhen auch alle seine wirtschaftlichen Maßnahmen auf roher Gewalt.

Betrachtet man die kommunistischen „Wirtschaftsprinzipien“ etwas näher, so wird mit eindringlicher Deutlichkeit klar, daß es sich bei ihnen nicht um bestimmte „soziale Ideen“ handelt, als die sie in der bolschewistischen Propaganda erscheinen, sondern um brutale Zwangsmaßnahmen, mit denen die rein machtmäßige Beherrschung der Volksmassen gewährleistet werden soll. Die bolschewistischen Diktatoren in Moskau sind sich vollkommen klar darüber, daß ihre Gewalt Herrschaft von den unterdrückten und ausgebeuteten Völkern der Sowjetunion nur so lange ertragen wird, wie die nationalen Gegenkräfte nicht über ausreichende Mittel verfügen, um die jüdische Fremdherrschaft zu beseitigen.

Im System des bolschewistischen Machtapparates kommt dem kommunistischen „Wirtschaftsprinzip“ eine besondere Bedeutung zu. Der Bolschewismus stützt sich nicht nur auf die Bajonette der bis in die kleinste Einheit politisch kontrollierten Armee, nicht nur auf den Spitzel- und Terrorapparat der GPU., sondern auch auf den Wirtschaftskommunismus als ein Mittel zur Beherrschung der Volksmassen. Die sogenannte „Sozialisierung der Produktionsmittel“, d. h. die vollständige Enteignung des Volkes und die Zusammenfassung der gesamten Gütererzeugung und Güterverteilung in der Hand der bolschewistischen Machthaber, bietet die Möglichkeit, durch den organisierten Wirtschaftsterror die Massen zu unterdrücken. Bei der kommunistischen Organisation der Wirtschaft bedarf es lediglich eines Befehls aus Moskau, um weite Gebiete der Sowjetunion von jeder Güterzufuhr vollkommen abzuschneiden und so

lange einer regelrechten Hungerblockade auszusetzen, bis jeder in ihnen vorhandene Widerstand gegen die „Staatsgewalt“ gebrochen ist. Da jede Art von Volkswohlstand und Volkskultur gleichzeitig ein gesteigertes Selbstbewußtsein des Volkes bedeutet, müssen beide planmäßig vernichtet werden, um eine stumpfe, besitz- und kulturlose, jeder eigenen Initiative beraubte Masse als Gegenstand der Ausbeutung zur Verfügung zu haben. Sicherlich sind sich die leitenden Funktionäre des bolschewistischen Apparates der negativen Begleiterscheinungen ihres Wirtschaftssystems durchaus bewußt. Die Überzentralisation und die dadurch bedingte Überbürokratisierung der Wirtschaftsführung, die Ausschaltung jeglichen persönlichen Unternehmungsgeistes, die Verneinung des selbständigen Wirtschaftsfaktors „Mensch“, die Großzüchtung der Unverantwortlichkeit, die unübertreffbare Mechanisierung jeder menschlichen Tätigkeit, die Ausschaltung aller Schaffenden vom Genuß der Früchte ihrer Arbeit – diese hervorstechendsten Merkmale des bolschewistischen Wirtschaftssystems können rein wirtschaftlich gesehen selbstverständlich nicht ohne Folgen bleiben. So mußte der Vorsitzende des Rates der Volkskommissare Molotow in seiner großen Rede vom 6. November 1937 sich darüber beklagen, daß eine ganze Reihe wichtiger Industriezweige der Sowjetunion noch immer hinter den in technischer Hinsicht führenden Ländern zurückbleiben. Diese vorsichtige Fassung bedeutet nicht nur ein „Zurückbleiben“ hinter anderen Industrieländern schlechthin, sondern das Eingeständnis, daß die Erzeugungsfähigkeit der Sowjetindustrie – und zwar in allen wichtigen Industriezweigen – in keinem Verhältnis zu den aufgewendeten Mitteln steht, die mit erpresserischer Gewalt aus dem Volke herausgezogen werden. Solche Folgen des Systems werden jedoch bedenkenlos in Kauf genommen, weil die bolschewistischen Machthaber auf den Wirtschaftsterror als Mittel zur Erhaltung ihrer Macht nicht verzichten können.

Auch die wirtschaftlichen Nachteile, die sich daraus für die Durchführung der Rüstungspolitik der Sowjetregierung ergeben, werden in Moskau immer noch geringer erachtet als die Preisgabe dieses Machtmittels. Die Bolschewisten befinden sich in dieser Beziehung in einer verhängnisvollen Zwangs-

lage, da sie unmöglich die Grundlagen preisgeben können, auf denen ihre Diktatur errichtet ist.

Unvorstellbar sind jedoch die Auswirkungen des bolschewistischen Wirtschaftsterrorismus auf die breiten Massen des schaffenden Volkes. Darin hat sich seit den Jahren des Bürgerkrieges bis heute grundsätzlich nichts geändert. Wurde noch zur Zeit des Bürgerkrieges die Anwendung des Terrors mit der Notwendigkeit der „Verteidigung der Errungenschaften der Revolution gegen die zaristischen Generäle und Kapitalisten“ begründet, die inzwischen längst „liquidiert“ sind, so ist in allen nachfolgenden Jahren die Sowjetregierung niemals verlegen gewesen, immer neue „Klassenfeinde“ ausfindig zu machen, die bekämpft werden mußten. Mit allen raffinierten Mitteln der marxistischen Propaganda haben es die Bolschewisten seither immer wieder verstanden, ihre Wirtschaftspolitik „klassenmäßig“ zu begründen. Zunächst hatte man die Arbeiter und die Bauern in den Bürgerkrieg gegen ihren „Klassenfeind“ mit dem Versprechen gehetzt, daß sie nach dem Siege gemeinsam die Früchte der Revolution ernten würden. Nach der Machterringung schreckte man keinen Augenblick davor zurück, beide gegeneinander auszuspielen.

Bis heute hat die Sowjetregierung ihre terroristischen Machtmittel so weit ausgebaut, daß sie die Ausbeutung aller schaffenden Menschen in voller Öffentlichkeit betreiben kann. Die periodisch immer wiederkehrenden Massenerschießungen und rund 250 Zwangsarbeitslager mit insgesamt fast sieben Millionen Insassen legen davon Zeugnis ab, wie das „fröhliche Leben“ in der Sowjetunion, um ein bekanntes Wort Stalins zu wiederholen, in Wirklichkeit aussieht.

Die Blütezeit der Zwangsarbeitslager setzte von dem Zeitpunkt an ein, als die Bolschewisten nach Überwindung der ersten Schwierigkeiten zur Erhaltung ihrer Macht offen dazu übergehen konnten, ihr „Programm“ an allen Fronten durchzuführen. Hierher gehört vor allen Dingen die Zwangskollektivierung der Landwirtschaft, die seit 1929 bis heute mit dem Ergebnis durchgeführt wurde, daß es zwar eine freie Bauernschaft in der Sowjetunion nicht mehr gibt, daß aber gleichzeitig die landwirtschaftliche Produktion auf einen

Tiefstand gebracht wurde, der in keinem einzigen Kulturland der Welt auch nur vorstellbar ist. Das berüchtigte Terrorgesetz vom 7. August 1932, durch das selbst die geringsten „Vergehen“ rücksichtslos mit dem Tode bestraft werden, sowie die aus den zuverlässigsten Kreaturen der Partei zusammengesetzten sogenannten „Politischen Abteilungen“ in der Landwirtschaft waren die Machtmittel, mit denen die Zwangskollektivierung erzwungen wurde. Allein die Zahlen über den Rückgang des Viehbestandes als Folge der Kollektivierung in den Jahren 1929–1934 sprechen Bände: Pferde von 34 Millionen auf 15,3 Millionen (minus 55 %), Rinder von 58,9 Millionen auf 37,8 Millionen (minus 35,8 %), Schafe und Ziegen von 147,2 Millionen auf 40,6 Millionen (minus 72,4 %), Schweine von 20,9 Millionen auf 13 Millionen (minus 37,8 %), Geflügel von 214 Millionen auf 110 Millionen (minus 48,6 %). Auch die Getreideerzeugung stand und steht in keinem Verhältnis zum Ernährungsbedarf der Bevölkerung, so daß der Hunger zu einer ständigen Erscheinung in der Sowjetunion wurde. Die zu Fronsklaven herabgedrückten Bauern müssen, unabhängig von den tatsächlichen Erntergebnissen, die von der Sowjetregierung festgesetzten hohen Getreidemengen zu niedrigsten Preisen abliefern, während die Sowjetregierung ihrerseits das daraus gebackene Brot zu Wucherpreisen mit einem 15- bis 20fachen Aufschlag weiterverkauft.

Die Lage der Arbeiter in der Sowjetunion ist um nichts besser. Im Laufe der Jahre hat die Sowjetregierung ein ganzes System von raffinierten Antreibermethoden erfunden, so z. B. die sogenannten „Stoßbrigaden“ und heute die sogenannte „Stachanow-Bewegung“. Molotow hat in seiner bereits angeführten Rede erklärt, man könne nicht behaupten, daß auf dem Gebiet der Arbeitsleistung in der Sowjetunion ausreichende Erfolge aufzuweisen seien. Diese vorsichtig formulierte Erklärung stellt den Versuch dar, einen Prügelknaben für die mangelhaften Leistungsergebnisse der Industrie als Folge des bolschewistischen Wirtschaftssystems zu finden. Schon seit Bestehen der Sowjetunion ist es zu einer alltäglichen Erscheinung in diesem „Arbeiterparadies“ geworden, die Verantwortung für alle Folgen des Systems auf den bösen

„Klassenfeind“ abzuschieben, der gewöhnlich unter den leitenden Ingenieuren der Industrierwerke gesucht wurde. Inzwischen ist die Sowjetregierung längst dazu übergegangen, die Arbeiterschaft als solche mit der Verantwortung zu belasten. Von den einzelnen Arbeitern werden, unter dauerndem Hinweis auf die „Rekordleistungen“ der wenigen gut-bezahlten Exponenten der berüchtigten „Stachanow-Bewegung“, Arbeitsleistungen verlangt, die in der ganzen Welt als Menschenschinderei abgelehnt werden. Unzählige Gegner dieser bolschewistischen Antreibermethoden aus den Reihen der Arbeiterschaft in der Sowjetunion müssen heute die ganze Härte des bolschewistischen Terrors in den Zwangsarbeitslagern ertragen.

Was aber bietet die Sowjetregierung „ihren“ Arbeitern als Gegenleistung für die „Durchführung der Fünfjahrespläne“?

Das Wohnungselend in der Sowjetunion ist sprichwörtlich bekannt. Selbst die Sowjetpresse kann es nicht totschweigen, daß die Arbeiter in Erdlöchern und elenden Baracken oder in halbzerfallenen Mietskasernen, familienweise in einem einzigen Raum zusammengepfercht, bei völligem Mangel selbst an primitivsten hygienischen Einrichtungen hausen müssen.

Der Durchschnittsbruttolohn des Industriearbeiters in der Sowjetunion für das Jahr 1938 wurde von Stalin auf dem 18. Parteikongreß der KPdSU(B) mit 287.— Rubel monatlich angegeben. Unterstellen wir, daß diese zweifellos gefärbte Propagandazahl den Tatsachen entspricht, so ergibt sich ein erschütterndes Bild von der wirtschaftlichen Lage des Arbeiters in der UdSSR. Es genügt, wenn man zum Vergleich nur einige Preise für Gegenstände des alltäglichen Bedarfs heranzieht. Ein Mantel oder ein Anzug der schlechtesten Qualität kostet 400 Rubel, ein halbwegs anständiger 700 bis 1000 Rubel. Ein Paar Schaftstiefel kosten 300 bis 550 Rubel, ein Pullover 100 bis 140, ein Hemd 25 bis 60, eine Schirmmütze 25 bis 45 Rubel usw. Dabei ist zu beachten, daß bei dem Versagen der sowjetischen Industrie selbst diese Preise reine Theorie bleiben, weil nicht genügend Waren auf den Markt kommen. Und das nicht etwa im Kriege, wenn eine vorübergehende Rationierung der Waren verständlich erscheinen könnte, sondern mitten im Frieden und

in einer Zeit, in der die Sowjetregierung von ihrer Industrie behauptet, daß sie in ihren Leistungen bereits unübertroffen sei. Zusammenfassend kann also festgestellt werden, daß die Aufrüstung der Sowjetunion nur durch die Anwendung von brutalen terroristischen Maßnahmen und auf Kosten der Lebenshaltung der gesamten schaffenden Sowjetbevölkerung erzwungen wird. Ist auch das Ergebnis dieser „Wirtschaftspolitik“ einerseits die Bereitstellung von Tanks, Kanonen, Kriegsflyzeugen, Munition und sonstigem Kriegsbedarf, so darf andererseits nicht verkannt werden, daß der terroristische Druck, der auf der Sowjetbevölkerung lastet, ein großes inneres Gefahrenmoment bedeutet. Wenn die Lebenshaltung der Bevölkerung bereits in Friedenszeiten so unvorstellbar niedrig ist, wie dargelegt wurde, so ist unschwer zu erraten, daß die wirtschaftlichen Folgen eines Krieges für die UdSSR. katastrophal werden müssen. Der unterirdische Funke der Unzufriedenheit schwelt in den Volksmassen ununterbrochen. Die ständig wachsende Anwendung des Terrors erklärt sich aus den inneren Spannungen. Diese sind zugleich ein Gefahrenmoment für die gesamte zivilisierte Welt, da der Sowjetimperialismus mit erhöhter Aktivität nach außen sich über die inneren Schwierigkeiten hinwegzuhelfen sucht.

7. Wirtschafts-Imperialismus

Es ist an verschiedenen Stellen der vorliegenden Untersuchung auf wirtschaftliche Erscheinungen in der UdSSR. hingewiesen worden, die in einem krassen Widerspruch mit den offiziellen Lehren des Kommunismus zu stehen scheinen. Wir geben nur einige Stichworte: die „Nep“ des Jahres 1921, Stalins Aufsatz vom März 1930 gegen die „linken Übertreibungen“ und seine Rede vom Juni 1931 mit den Forderungen der kaufmännischen Betriebsführung, des Leistungslohnprinzips in Industrie und Landwirtschaft, der Wiederherstellung der persönlichen Verantwortlichkeit. Es wäre weiter zu nennen das Dekret gegen die Zwangskollektivierung des Viehs im Frühjahr 1932, die Zulassung des Kolchoshandels und schließlich die Abschaffung der Brotkarte Anfang 1935.

Man könnte noch mehr solche Beispiele nennen, die im Auslande oft falsche Vorstellungen über die politische Bedeutung solcher „Abweichungen“ hervorrufen.

Zusammenfassend wäre die Frage zu beantworten, was alle diese Abweichungen bedeuten? Läge nicht der Schluß nahe, daß der Sowjetstaat einem Evolutionsprozeß von innen unterliegt, der ihn allmählich grundlegend verändert, den Bolschewismus und damit seine Doktrin praktisch aufhebt?

Daß der Kommunismus als Wirtschaftsutopie in der Sowjetunion eine Riesenniederlage erlitten hat, unterliegt nicht dem geringsten Zweifel. Die Frage darf aber heute nicht als Frage nach dem Schicksal des Kommunismus als Wirtschaftsutopie in der Sowjetunion gestellt werden. Es fragt sich vielmehr, ob mit dem Zusammenbruch des Kommunismus als Wirtschaftsutopie auch der bolschewistische Machtanspruch auf die Herrschaft „in einem Lande und im Weltmaßstab“ erloschen sei. Diese Frage muß nach allen Erfahrungen vieler Jahre entschieden verneint werden.

Die Politik der UdSSR. ist sowohl in der Sphäre der Erweiterung ihrer industriellen Grundlagen (unter ausschlaggebender Berücksichtigung der Rüstungsindustrie), wie in jener der Ausgestaltung ihrer auswärtigen Beziehungen alles andere als eine Politik weiser Selbstgenügsamkeit, sondern eine Politik durchaus offensiver Zielsetzungen. Das wird ohne weiteres klar, wenn man sich vergegenwärtigt, daß das industrielle Aufbauprogramm unter der Losung, „die fortgeschrittenen Industrieländer nicht nur einzuholen, sondern zu überholen“, in Angriff genommen worden ist. Was bedeutet dieses „Einholen und Überholen“ anderes als einen Wirtschaftskrieg in Permanenz? Denn nach erfolgter industrieller Sättigung des eigenen Landes, nach Überfüllung der eigenen Märkte würde entweder eine rückläufige Bewegung in der Industrialisierung der Sowjetunion in Kauf zu nehmen sein, oder es würde der Kampf um auswärtige Märkte zu beginnen haben.

Es kann kein Zweifel daran sein, daß die UdSSR. sich zum letzteren entschließen würde. Und daß der Sowjetstaat diesen

Kampf mit allen nur denkbaren Mitteln führen würde, zeigt schon sein Verhalten bei den wiederholten Eroberungsversuchen von Märkten für seine Rohstoffausfuhr (Öl, Holz, Weizen u. a.), bei denen auch vor wildem Dumping nicht zurückgeschreckt wurde.

Die Folgen eines solchen Wirtschaftskrieges in Permanenz gehen aus den politischen Lehren des Bolschewismus selbst klar und eindeutig hervor. Lenin betont immer wieder (und seine Nachfolger wiederholen es unentwegt), daß die Kriege in unserem Zeitalter um die „Eroberung von Rohstoff- und Ausfuhrmärkten“ geführt werden. Ein solcher Kampf um die Märkte wird als „Imperialismus“ bezeichnet. Hört eine solche Politik auf, „Imperialismus“ zu sein, wenn sie nunmehr nicht von den „kapitalistischen“, sondern vom „sozialistischen Staat der Arbeiter und Bauern“ geführt wird? Selbstverständlich nein!

Es muß an dieser Stelle nicht erst bewiesen werden, daß die Sowjetindustrie heute noch weit davon entfernt ist, den Bedarf des eigenen Landes zu decken, und daß auch in der UdSSR. die Bäume nicht in den Himmel wachsen. Aber hier kommt es nicht darauf an, den tatsächlichen Entwicklungsstand der Sowjetunion heute oder in allernächster Zukunft festzustellen, sondern die politischen Entwicklungstendenzen auf weitere Sicht aufzudecken. Hierbei kommen wir zu der grundsätzlich wichtigen Erkenntnis, daß diese Entwicklungstendenzen nach den Selbstzeugnissen der Sowjettheoretiker und nach den Grundauffassungen des Leninismus selber — alle objektiven Merkmale der als „Imperialismus“ bezeichneten Politik tragen! Und zwar in gesteigerter Potenz! Wird nach der leninistischen Auffassung der „Imperialismus“ in der Welt der bürgerlichen Staaten durch die „Vorherrschaft des Kapitals“ bestimmt, das sich in den Händen von einzelnen Kapitalisten bzw. von Vereinigungen von Kapitalisten befindet, so ist in der Sowjetunion, dem Lande des „vergesellschafteten Kapitals“, gerade dieses im Sinne des Leninismus objektive Merkmal des „Imperialismus“ in äußerst konzentrierter Form gegeben: der Sowjetstaat selbst ist mit der Überführung des Kapitals in seine Hände zum größten Kapitalisten der Welt geworden!

Damit übt der Sowjetstaat ein kapitalistisches Monopol aus, das innerhalb seiner Grenzen konkurrenzlos ist und eine Macht darstellt, die nach außen hin einheitlich und „im Falle günstiger Umstände“ offensiv eingesetzt werden könnte.

Die militärischen und wirtschaftlichen Rüstungen der Sowjetunion, ihre Industrialisierung und die Wahl ihrer außenpolitischen Freunde bilden, unter solchen Gesichtspunkten betrachtet, ein durchaus einheitliches System. Die Frage, inwieweit der Kommunismus als Wirtschaftssystem in der UdSSR. verwirklicht wird oder nicht, bleibt daneben ziemlich belanglos. Je negativer die Entwicklung der UdSSR. in dieser Beziehung verläuft, um so stärker ist die von ihr ausgehende kommunistische Propaganda im Ausland. Der Bolschewismus erhebt einen totalen Machtanspruch für sich unter kommunistischen Parolen. Doch schreckt er keinen Augenblick davor zurück, seine Macht dort, wo er siegreich gewesen ist, mit einer völlig andersgearteten Praxis zu befestigen und weiter auszubauen.

Auch in dieser Beziehung ist die völlige Grundsatzlosigkeit, wie wir in anderem Zusammenhang bereits festgestellt haben, sein einziges Prinzip. Die Diktatur der jüdischen Herrscherclique ist das einzige Ziel, das unverrückbar bestehen bleibt. Ihr dienen alle wehrpolitischen Maßnahmen im Sowjetstaat. Die bolschewistische Revolution, die Organisation des bewaffneten Aufstandes in allen Ländern der Welt, nachdem die kritiklosen Massen auf den Köder der kommunistischen Parolen hereingefallen sind, bestimmen allein die Politik des Bolschewismus. Zur Erreichung dieses Zieles ist jedes Mittel recht, was in der Strategie und Taktik der bolschewistischen Revolution mit brutaler Deutlichkeit gesagt wird. Und wenn die Preisgabe des geheiligten Dogmas als Notwendigkeit erkannt und vollzogen wird, so gilt das nicht als „Opportunismus“, sondern als eine revolutionäre Tat. Hinsichtlich seiner Macht- und Herrschaftsansprüche bleibt der Bolschewismus sich immer gleich: ein brutaler völkerfeindlicher Imperialismus.

IV. Abschnitt

Der bolschewistische Krieg

7. Kapitel. Der Charakter des bolschewistischen Krieges

1. Die politischen Elemente des Krieges

Wir haben in dem Kapitel über die wirtschaftliche Ausrüstung Gelegenheit gehabt, einige allgemeine Gesichtspunkte der sowjetrussischen Beurteilung des zukünftigen Krieges, soweit sie für die Wehrwirtschaft des Landes wichtig sind, zu streifen. Wir haben uns jetzt mit der sowjetrussischen Auffassung vom Kriege in ihrer Anwendung auf den konkreten Fall einer bewaffneten Auseinandersetzung zu befassen.

Unter den verschiedenen Faktoren, die den Charakter eines Krieges bestimmen, stehen die politischen Elemente des Krieges im Mittelpunkt aller Betrachtungen der bolschewistischen Politiker und Militärs.

M. Frunse, der Nachfolger Trotzki's auf dem Posten des Verteidigungskommissars der UdSSR., hat im Jahre 1925 eine Analyse des Charakters des zukünftigen Krieges gegeben, die in ihren leitenden Gedanken auch heute als die sowjetamtliche Einstellung betrachtet werden darf.

Frunse betont an erster Stelle den Klassencharakter des nächsten Krieges und erklärt, daß dieser Krieg vom Sowjetstaat nicht als ein nationaler, sondern als ein revolutionärer Klassenkrieg geführt werden würde. Das bedeute, daß die Rote Armee ihn nicht für „irgendwelche engnationalistischen Interessen“, sondern für die „Sicherung der Errungenschaften der Revolution gegen die Anschläge der inneren und äußeren Klassenfeinde des Proletariats“ führen werde.



29. Auf dieses Vierlings-MG wurden in der UdSSR vergeblich große Hoffnungen gesetzt



30. Mit den bolschewistischen Fallschirmspringern wurde in der Sowjetunion jahrelang Propaganda gemacht

An zweiter Stelle steht bei Frunse der „allumfassende entscheidende Charakter“ des nächsten Krieges, nach dem er beurteilt werden müßte: „Das wird kein Zusammenstoß wegen Kleinigkeiten sein, der eine schnelle Lösung finden kann. Nein, das wird ein Krieg zwischen zwei verschiedenen, einander ausschließenden gesellschaftlich-politischen und ökonomischen Systemen sein“¹⁾.

Frunse begründet seine Auffassung mit dem Klassencharakter der UdSSR. Die Sowjetunion sei auf völlig anderen politischen und wirtschaftlichen Grundsätzen aufgebaut als die ganze übrige bürgerliche Welt. In diesen beiden einander gegenüberstehenden Systemen komme ein unüberwindlicher Gegensatz zum Ausdruck, der zu einem scharfen und langwährenden Zusammenstoß führen müsse. Letzteres ergäbe sich daraus, daß der Sowjetstaat unter Berücksichtigung seiner großen Bevölkerungszahl und seiner wirtschaftlichen Hilfsquellen eine große Macht darstelle und daß andererseits mit der ganzen oder wenigstens einem großen Teil der kapitalistischen Welt als Gegner der UdSSR. zu rechnen sei.

Aus dieser Gegenüberstellung ist zu folgern, daß der Einsatz der Kräfte auf beiden Seiten unter durchaus verschiedenen politischen Voraussetzungen erfolgen wird. Der Krieg, als die bewaffnete Form des Klassenkampfes, wird nach sowjetrussischer Auffassung von vornherein vom jeweiligen Stand der Produktionskräfte und der Produktionsbeziehungen oder, mit anderen Worten, von den herrschenden Klasseninteressen und vom Stand des Klassenkampfes bestimmt werden.

Ein anderer Sowjettheoretiker, L. S. Amiragow, erklärt: „Deshalb müssen wir bei der Bestimmung des Charakters des zukünftigen Krieges des Imperialismus gegen die UdSSR. vom gegenwärtigen Stand der ökonomischen Struktur des Kapitalismus und des Sozialismus, vom gegenwärtigen Stand des Kampfes sowohl zwischen dem Proletariat und der Bourgeoisie, als auch des Kampfes zwischen den imperialistischen Staaten ausgehen. Nur hier liegt der Schlüssel zum

¹⁾ Zit. in: A. Wolpe, Die Landesverteidigung und M. W. Frunse, S. 22. Moskau 1928 (russ.).

Verständnis des Charakters des Krieges, der von den kapitalistischen Staaten gegen uns vorbereitet wird¹⁾.

Die politischen Grundkräfte des Krieges werden also nach sowjetrussischer Auffassung auf beiden gegnerischen Seiten nicht die gleichen sein. Die Sowjetunion, als der „Staat der Arbeiter und Bauern“, wird sich auf die breitesten Massen ihrer Bevölkerung stützen, in deren Namen und für deren Interessen sie angeblich den Krieg führen wird. Dabei wird von den Sowjetpolitikern als selbstverständlich unterstellt, daß diese Massen mit Begeisterung zu den Waffen greifen werden, um die Errungenschaften der Revolution, ihrer Revolution, gegen alle feindlichen Anschläge zu verteidigen. Und wenn man auch heute bezweifeln kann, ob diese These von ihren leidenschaftlichen Verfechtern auch wirklich ohne Vorbehalt geglaubt wird, so ändert das doch nichts an der Tatsache, daß die verantwortlichen Spitzen des Bolschewismus und ihre ausführenden Organe mit allen Mitteln bestrebt sind, eben diese Meinung als unerschütterliche Tatsache den Volksmassen zu suggerieren. Gleichzeitig wird behauptet, daß nur die Sowjetunion es wagen dürfe, über den wahren Charakter des Krieges – seinen Klassencharakter nämlich – offen zu sprechen.

Amiragow betont, daß die Fragestellung der Bourgeoisie in dieser Beziehung eine andere sei. Infolge ihrer besonderen Klasseninteressen sei sie gezwungen, sowohl den tatsächlichen Charakter des zukünftigen Krieges, wie ihre Ziele und Aufgaben in ihm zu „maskieren“. Diese Maskierung erblickt er in der „alten Ideologie der Nationalkriege“, unter deren Vertretern er den General Foch nennt, oder in der „gröberen Form“ der Ausnutzung des Nationalismus durch die „fascistischen“ Theoretiker in Deutschland und in Japan: „Die Rassentheorie, die eine offene Form des zoologischen Nationalismus ist, dient den Ideologen des Faschismus als einziges Argument für die Notwendigkeit und den Charakter der zukünftigen Kriege, die sie selbst vorbereiten“²⁾.

¹⁾ L. S. Amiragow, Der Charakter des Zukunftskrieges, in: Krieg und Revolution, September/Okttober-Heft. Moskau 1934 (russ.).

²⁾ Amiragow, ebenda.

Die „Bourgeoisie“ versucht, nach allen maßgeblichen Auslassungen der bolschewistischen Theoretiker, mit solcherweise getarnten Mitteln das zu erreichen, was für den Sowjetstaat nach seiner Klassenstruktur von vornherein gegeben ist: die Möglichkeit der Bildung von Massenarmeen für die bevorstehenden Kriege.

Die Untersuchungen über die Art des modernen Heeresaufbaues, besonders über die Größe der nach neuzeitlichen Gesichtspunkten organisierten Armeen, haben in der militärischen Literatur der Nachkriegszeit in allen Staaten einen breiten Raum eingenommen. Die Ansichten darüber sind vielfach verschiedene gewesen. Amiragow erblickt in einem Teil von ihnen den Versuch, die Kriege unter Verschweigung ihres Klassencharakters nach rein technischen Merkmalen zu unterscheiden: „Der Entwicklungsstand der Kriegstechnik ist für sie das einzige Kriterium zur Bestimmung des Charakters des Krieges. Zu ihnen gehören Fuller, Douhet, Seekt, Renin usw.“

Demgegenüber hebt Amiragow hervor, daß die Kriegstechnik trotz ihrer großen Bedeutung nicht als das bestimmende Kriterium des zukünftigen Krieges angesehen werden dürfe. Nicht die Technik führe zum Kriege, sondern die Klassengegensätze, die Politik als die Ursache und das Wesen des Krieges sei der Auftraggeber der Wissenschaft und der Industrie für die Entwicklung der Kriegstechnik, für ihre Struktur und ihre Menge und gleichzeitig für die Methoden und Formen ihrer Anwendung. Zweitens könne diese Technik nach ihrem Charakter in vollkommen verschiedenen Kriegen angewandt werden. So benutze z. B. das Proletariat im Bürgerkriege genau dieselben technischen Kampfmittel wie die Bourgeoisie in ihren Kriegen. Der Marxist könne die Technik nicht außerhalb des Systems der gesellschaftlichen Organisation betrachten. Das beziehe sich vollinhaltlich auch auf die Kriegstechnik.

Die Beurteilung des Krieges nach rein militärischen Gesichtspunkten wird also konsequent abgelehnt. Das Primat gehört der Politik und findet einen praktischen Niederschlag im Aufbau der Roten Armee und in der Formulierung ihrer Aufgaben.

Bubnow, eine bekannte Persönlichkeit der Roten Armee, weist in dem Vorwort zu seinem Sammelbuch über die bolschewistischen Heeresreformen des Jahres 1924 ausdrücklich darauf hin, daß die militärische Ausbildung der Offiziere und Mannschaften der Roten Armee abhängig sei von den „Grundelementen, die in bedeutendem Maße den Charakter der zukünftigen kriegerischen Zusammenstöße bedingen und die Organisation der Kampfausbildung der Truppen beeinflussen werden“¹⁾. Neben den technischen und taktischen Fragen hebt er besonders die zu erwartenden Veränderungen sozialpolitischer Art hervor, die seiner Ansicht nach in den zukünftigen Krieg eine Reihe von Elementen hineinragen werden, „die uns aus dem Bürgerkrieg der Jahre 1918–1920 bekannt sind (Aufstände, Partisanentum, Methoden des Kleinkrieges usw.)“.

Mit dem Hinweis auf den Bürgerkrieg in Rußland wird auf Lenins Forderung der Umwandlung des imperialistischen Krieges in einen Bürgerkrieg angespielt, und es ist sehr bemerkenswert, daß diese Möglichkeit nicht nur theoretisch in den militärischen Vorbereitungen der Sowjetunion Erwähnung findet, sondern das militärische Denken in der UdSSR. sehr maßgeblich beeinflußt und in zahlreichen praktischen Maßnahmen einen Niederschlag findet.

2. *Tuchatschewskij über „Angriff und Verteidigung“*

Auf dem Sowjetkongreß 1935 schloß Tuchatschewskij einen kriegerischen Bericht über die Rote Armee mit folgenden Worten:

„Der Krieg gegen uns wird in gesteigertem Tempo vorbereitet . . . Mögen unsere Feinde die Festigkeit unserer Grenzen erproben! Wie ein Mann wird unser Kolchos- und Arbeiterland sich zur Verteidigung seines Bodens erheben und die mächtige Rote Armee, die mächtig ist durch ihren revolutionären Enthusiasmus, wird unter der eisernen Führung von Klim Woroschilow, unter dem Banner der Kommunistischen

¹⁾ A. Bubnow, *Das Jahr 1924 im militärischen Aufbau*, S. 7. Moskau 1925 (russ.).

Partei mit unserem großen Stalin an ihrer Spitze alle Interventionisten zerschmettern und den Sieg über die Feinde der Oktoberrevolution gewährleisten.“

Die „Krasnaja Swesda“, das Organ der Roten Armee, berichtete über die Wirkung dieser Worte auf dem Kongreß in Fettdruck:

„Alle erheben sich, Ovationen aus dem Saal: ‚Es lebe die Weltrevolution!‘ ‚Es lebe der Leiter der sozialistischen Siege, unser Führer, Genosse Stalin!‘ Der Saal veranstaltet eine stürmische Ovation. Rufe: ‚Es lebe Genosse Woroschilow!‘, ‚Die Rote Armee – hurra!‘, ‚Es lebe der große Stalin! Hurra!‘ Lang andauerndes, kein Ende nehmendes Beifallklatschen. Stimme vom Platz: ‚Es lebe der Genosse Stalin!‘ Rufe: ‚Hurra!‘ Alle im Saal Anwesenden klatschen stehend, stürmisch, lang andauernd Beifall.“

Tuchatschewskij hat an anderer Stelle auseinandergesetzt, wer seiner Meinung nach den „Krieg gegen die UdSSR. in gesteigertem Tempo vorbereitet“. Tuchatschewskij hat in verschiedenen Reden und Aufsätzen in der Sowjetpresse gegen Deutschland die schwersten Anschuldigungen geschleudert und ist selbst davor nicht zurückgeschreckt, die Person des Führers in verleumderischer Weise anzugreifen.

Tuchatschewskij, der sich die Friedensmaske des Verteidigers Sowjetrußlands gegen den deutschen „Faschismus“ vorgebunden hat, wiederholt auf militärischem Gebiet die gleichen Plattheiten wie seine Kollegen von der hohen Politik. Doch wie der Verteidigungscharakter der Sowjetrüstungen in Wirklichkeit aufzufassen ist, hat uns derselbe Herr Tuchatschewskij zu einem Zeitpunkt sehr ausführlich dargestellt, als von einem deutschen „Faschismus“ überhaupt noch keine Rede war.

Unter dem Datum „Moskau, den 14. Januar 1921“ hat Herr Tuchatschewskij seine grundlegenden Auffassungen über die Aufgaben und die Organisation der Roten Armee der Öffentlichkeit übergeben, die für die Wehrpolitik der UdSSR. bis zur Gegenwart ihre Allgemeingültigkeit behalten haben¹⁾.

¹⁾ Vgl. Tuchatschewskij, Die Rote Armee und die Miliz, in deutscher Sprache herausgegeben in der „Kleinen Bibliothek der Russischen Korrespondenz“, Nr. 51. Leipzig 1921.

Tuchatschewskij setzt sich darin auf die schärfste Weise mit der Haltung der II. Internationale gegenüber dem „Imperialismus“ auseinander, die er als einen „Halbkampf“ kritisiert. Dieser „hat der Arbeiterschaft systematisch den Gedanken der Aktivität ausgetrieben – den Gedanken an den Angriff des Proletariats auf die Bourgeoisie und hat ihr den klaren Überblick über die möglichen Folgen eines solchen Angriffes sehr erschwert“.

Besonders verwerflich findet Tuchatschewskij, daß von den Sozialdemokraten „die gegenwärtige militärische Situation Sowjetrußlands als des Verbreiters der sozialistischen Revolution in der ganzen Welt, überhaupt nicht in Erwägung gezogen“ werde.

Tuchatschewskij fährt dann fort: „Die II. Internationale impfte allen die Vorstellung ein, daß ein solcher Angriffskampf nur im engen Rahmen eines Staatsgebietes berechtigt sei.“

Selbstverständlich muß ein solcher Standpunkt vom weltrevolutionären Bolschewismus abgelehnt werden. Herr Tuchatschewskij muß ohne Frage die Beschränkung des revolutionären Kampfes auf das Gebiet eines Staates als Defaitismus zurückweisen. Und diese Zurückweisung findet an Hand einer sehr praktischen Gelegenheit statt: Im Jahre 1921 wird in Sowjetrußland das Problem des neuen Heeresaufbaues akut. Es tauchen die verschiedensten sozialistischen Theoretiker auf, die in Anlehnung an frühere Programme die Einführung des Milizsystems, also einer sehr lockeren Form der Organisation der Armee, verlangen.

Als militärischer Fachmann sieht Tuchatschewskij die Aufgabe unter dem praktischen Gesichtspunkt der Erfordernisse des Krieges an. Und zwar muß für ihn der Charakter des zukünftigen Krieges richtunggebend sein für die zu wählende Form der Heeresorganisation. Er lehnt die Miliz ab und spricht sich für das stehende Heer auf dem Prinzip der Wehrpflicht aus.

Der zukünftige Krieg ist nach der Auffassung von Tuchatschewskij von der bolschewistischen Revolution nicht zu trennen. Er wirft die Frage auf, auf welchen Wegen die Revolution ihr Ziel erreichen werde? „Auf dem Wege bewaffneter Auf-

stände innerhalb eines jeden Staates, oder auf dem Wege bewaffneter Aufstände sozialistischer gegen bürgerliche Staaten, oder auf beiden Wegen zugleich?“

Er sagt, daß dies nicht vorausgesagt werden könne und daß erst der Verlauf der Revolution das zeigen würde. Aber unter den theoretisch möglichen Wegen muß natürlich von einem bolschewistischen Heeresreformer nicht nur der eine oder andere einseitig berücksichtigt werden, sondern er muß sich für alle Möglichkeiten wappnen. Der revolutionäre Angriffskrieg gegen andere Staaten stellt die am weitesten gehende Möglichkeit dar, und die Organisation der Armee muß so beschaffen sein, daß ein solcher Krieg mit Erfolg geführt werden kann.

Tuchatschewskij sagt: „Eines steht fest, wenn irgendwo eine sozialistische Revolution zur Herrschaft gelangt ist, dann hat sie das selbstverständliche Recht, sich auszubreiten, dann wird sie mit elementarer Gewalt danach streben, durch unmittelbare Einwirkung auf alle Nachbarländer die ganze Welt zu umspannen. Ihr wichtigstes Werkzeug wird natürlich ihre militärische Macht sein. Wir sehen also, daß die sozialistische Revolution von ihrer Armee die Fähigkeit zu aktiven Angriffsoperationen in den eigenen Grenzgebieten und, wenn der Gang der Ereignisse dazu zwingt, auch außerhalb derselben verlangen muß“¹⁾.

Unter allen Möglichkeiten des zukünftigen Krieges spielt bei Tuchatschewskij der revolutionäre Angriffskrieg der Sowjetunion gegen andere Staaten mit dem Ziel, dort die bolschewistische Revolution zu provozieren, die ausschlaggebende Rolle. Alle anderen Möglichkeiten treten dahinter zurück. Er beschreibt ausführlich das System der „sozialistischen Armee“, ihre praktische Anwendung in der internationalen Politik und kommt zu folgendem Ergebnis:

„Können wir denn überhaupt unsere militärischen Aufgaben nur innerhalb der Grenzen der Republik sehen? Natürlich nicht, denn in der Republik selbst

¹⁾ Tuchatschewskij, Die Rote Armee und die Miliz, S. 5. Leipzig 1921.

stehen uns ernsthafte militärische Aufgaben nicht bevor... Im Hinblick darauf muß jede Aufgabe unserer Republik aufs engste verknüpft sein mit der Aufgabe der Weltrevolution. Das gilt natürlich in erster Linie vor allem für die Frage der Organisation unserer Roten Weltarmee¹⁾.

Der im Jahre 1937 erschossene stellvertretende Verteidigungskommissar der UdSSR., Marschall Tuchatschewskij, stand unter den militärischen Fachleuten des Sowjetstaates weitaus an erster Stelle. Seine Bedeutung für die Rote Armee, auf die noch an anderer Stelle einzugehen sein wird, ist ebenso unbestritten, wie seine Autorität als militärischer Fachmann auch über die Grenzen der Sowjetunion hinaus anerkannt war. Die gegen ihn erhobene Anklage wegen „Spionage und Konterrevolution“, die im Gegensatz zu den anderen politischen Schauprozessen in Moskau nicht in öffentlicher Sitzung verhandelt wurde, beeinträchtigt seinen Wert als Kronzeuge für den Geist, in dem der Ausbau der Sowjetunion als Militärmacht betrieben wird, in keiner Weise. Wenn in Tuchatschewskijs Tätigkeit als Organisator der Roten Armee eine gegen die weltrevolutionäre Zielsetzung des Bolschewismus gerichtete Tendenz festzustellen wäre, dann könnte man annehmen, daß Tuchatschewskij, wenn auch nicht gleich „Spion“, so doch immerhin „Konterrevolutionär“ gewesen sei. Aber gerade das steht in keiner Weise zur Diskussion. Tuchatschewskij hat vom ersten Augenblick seiner Tätigkeit im Dienste der Sowjetmachthaber sich als Kommunist von reinstem Wasser gezeigt, und gerade das hat ihm dazu verholfen, in der UdSSR. eine sehr bedeutende Karriere zu machen. Tuchatschewskij ist in Anerkennung seiner Verdienste um den Bolschewismus mit den höchsten Orden und durch Ernennung zum Sowjetmarschall mit dem höchsten militärischen Dienstrang ausgezeichnet worden, den der Sowjetstaat zu vergeben hat. Wenn er nach seiner zwanzigjährigen Tätigkeit für den Bolschewismus der „Konterrevolution“ beschuldigt wird, so kann darin nur der Vorwurf eines noch zu geringen bolschewistischen Radikalismus er-

¹⁾ Tuchatschewskij, ebenda, S. 30.

blickt werden. Wir haben also zu unterstellen, daß alle von uns zum Beweis der aggressiven weltrevolutionären Rüstungspolitik der UdSSR. angeführten Zitate von Tuchatschewskij im Sinne des Bolschewismus der Stalingruppe noch nicht radikal genug sind. Aber auch wenn wir uns auf Tuchatschewskijs Radikalismus beschränken, bliebe genug übrig, um die verbrecherische Absicht von militärischen Anschlägen der Sowjetunion auf andere Völker und Staaten gebührend niedriger zu hängen.

3. Der revolutionäre Angriffskrieg gegen andere Staaten

In der militärischen Literatur der UdSSR. stehen die Anschauungen Tuchatschewskijs nicht vereinzelt da. Es ist in einer Zeit, da die Sowjetunion sich aktiv der europäischen Politik zugewandt hat, durchaus zeitgemäß, sich gründlich an die offiziellen Stimmen aus den Kreisen der Roten Armee zu erinnern, die in früheren Jahren hinsichtlich der Festlegung der Aufgaben der Roten Armee laut geworden sind.

Unter ihnen ist vor allem der Jude S. I. Gusjew (recte Jakow Dawidowitsch Drabkin) zu nennen, der seit 1918 eine Reihe höchster militärischer und politischer Ämter bekleidet hat.

Gusjew hat in einer Reihe von Aufsätzen die Notwendigkeit der Vorbereitung der Roten Armee für Angriffskriege behandelt, die durch die offiziellen Organe der Wehrmacht und der Kommunistischen Partei eine weite Verbreitung gefunden haben und als ein Gradmesser für die vor allem in den höheren Kommandostellen der Roten Armee herrschenden Auffassungen angesehen werden können. In seinem Buch über den Bürgerkrieg und die Rote Armee spielt der revolutionäre Angriffskrieg gleichfalls eine große Rolle.

In dem Kapitel über die Reorganisation der Roten Armee spricht Gusjew u. a. über den Krieg mit bürgerlichen Staaten, selbstverständlich zunächst unter dem Gesichtspunkt der Verteidigung der UdSSR. gegen einen äußeren Angriff. Einen solchen Krieg bezeichnet er in Übereinstimmung mit der

Kriegsdoktrin des Kommunismus als zum Typus der revolutionären (oder Klassen-) Kriege gehörig und sagt, daß ein solcher Krieg bestimmte Eigenarten aufweise, die ihn dem Bürgerkrieg annähern.

Die Frage, die den Verfasser in diesem Sonderfalle interessiert, ist die der anzuwendenden Strategie: Angriffs- oder Verteidigungsstrategie?

Gusjew erklärt, daß die Fragestellung in dieser Form falsch sei und folgendermaßen lauten müsse: „Haben wir eine Garantie dafür, daß wir im Falle eines revolutionären Krieges nicht gezwungen sein würden, uns an die Angriffsstrategie zu halten (während wir in den drei Jahren des Bürgerkrieges uns ausschließlich an die Verteidigungsstrategie gehalten haben)?“

Gusjew verneint das Vorhandensein solcher Garantien und führt begründend aus: „Wir können zur Angriffsstrategie gezwungen werden, um z. B. einer gegen uns in Vorbereitung befindlichen Offensive seitens irgendeiner imperialistischen Macht oder einer Gruppe von Mächten zuvorzukommen. Auch können wir im Zusammenhang mit dem sozialistischen Umsturz irgendwo im Westen in einen revolutionären Angriffskrieg hineingezogen werden. Schließlich ist auch der Fall nicht ausgeschlossen, daß wir gezwungen sein werden, einen revolutionären Krieg mit dem Ziel der schnellsten Entfesselung der Revolution im Westen zu beginnen, und in diesem Falle wird unsere Strategie einen streng angriffsgemäßen Charakter tragen müssen“¹⁾.

Diese Ausführungen wären für uns schon unmißverständlich genug, jedoch beschränkt sich Gusjew auf sie nicht und sucht nach einer immer eindeutigeren Form des Ausdrucks, um das eigentliche Ziel der sowjetrussischen Wehrpolitik darzustellen.

Er sagt: „Wir haben oben die Frage aufgeworfen: was für eine Armee bauen wir auf und zu welchen Aufgaben? Wir sind zu folgender Antwort gekommen: Wir bereiten eine

¹⁾ Gusjew, *Der Bürgerkrieg und die Rote Armee*, S. 129. Moskau 1925 (russ.).

Klassenarmee des Proletariats vor, eine Arbeiter- und Bauernarmee, nicht nur für die Verteidigung gegen die bürgerlich-gutsherrliche Konterrevolution, sondern auch für revolutionäre Kriege (sowohl Verteidigungs- als auch Angriffskriege) gegen die imperialistischen Staaten¹⁾.

Für uns ist es von hervorragendem Interesse, daß Gusjew hier dauernd betontermaßen vom „Westen“ spricht. Es sind also durchaus nicht irgendwelche im fernen Asien liegende Möglichkeiten, die er für den praktischen Fall ins Auge faßt. Seine Aufmerksamkeit richtet sich auf Europa und hier muß naturgemäß der bolschewistische Angriff in erster Linie sich gegen die nächsten Nachbarn der Sowjetunion richten. Das ist Finnland nebst Skandinavien, das sind die Randstaaten und anschließend Mitteleuropa im ganzen, Deutschland als Kernmacht.

Gusjew läßt uns keinen Augenblick im Zweifel über die konkreten Aufgaben, die der Sowjetpolitik hier erwachsen. Als „Grundaufgabe“ der Kommunistischen Partei bezeichnet er die „Unterstützung der proletarischen Diktatur mit allen verfügbaren Kräften und die Beschleunigung der Revolution im Westen. Alle anderen Aufgaben unserer Partei sind dieser Grundaufgabe untergeordnet. Dementsprechend ändern sich auch die Aufgaben in der Armee“²⁾.

Wem die Angriffsabsichten der Sowjetunion gegen ihre westlichen Nachbarn immer noch nicht klar genug geworden sind, dem schreibt Gusjew noch folgendes ins Stammbuch:

„Was bedeutet die Beschleunigung der Revolution im Westen? Wir wollen nicht die politische Seite dieser Frage streifen. Sie ist auf dem III. Kongreß der Komintern auseinandergesetzt worden. Uns interessiert hier nur die militärische Seite der Frage. Diese ‚Beschleunigung‘ kann sich konkret in zwei, drei Formen ausdrücken. Erstens darin, daß wir die in einem der westlichen Länder beginnende Revolution mit unserer bewaffneten Macht

¹⁾ Gusjew, ebenda, S. 30.

²⁾ Gusjew, ebenda, S. 133.

unterstützen werden; zweitens darin, daß irgendeine neue sozialistische Republik im Westen gezwungen sein wird, einen Krieg gegen die Imperialisten zu beginnen, und daß wir in diesen Krieg mit hineingezogen werden. Schließlich kann sich das darin ausdrücken, und dieser Fall ist genügend wahrscheinlich, daß wir zwecks Beschleunigung der Revolution im Westen gezwungen sein werden, eine Offensive zu beginnen. Das aber bedeutet, daß wir uns nicht lediglich mit der Verteidigung begnügen können, denn die Möglichkeit ist nicht ausgeschlossen, daß wir zum Vormarsch gezwungen sein werden. Mit einem Wort, es kann vor unserer Armee die Aufgabe erstehen, an Stelle des defensiven Bürgerkrieges einen revolutionären Angriffskrieg führen zu müssen, einen Krieg des sozialistischen Landes gegen die imperialistischen Staaten¹⁾.“

Auch Frunse, der Vorgänger Woroschilows, wandte sich leidenschaftlich gegen die Beschränkung der Roten Armee auf die reine Verteidigung der UdSSR., indem er in einem Aufsatz über die „einheitliche Kriegsdoktrin und die Rote Armee“²⁾ die Frage aufwarf:

„Müssen wir uns an den Gedanken einer passiven Landesverteidigung halten, d. h. uns keine aktiven Aufgaben stellen, oder müssen wir auch die letzteren ins Auge fassen . . . Von der Beantwortung dieser Grundfrage hängt der ganze Charakter des Aufbaues unserer Streitkräfte, der militärpolitischen Propaganda und das ganze System der Volkserziehung ab.“ Und Frunse führt weiter aus:

„Die Rote Armee muß bereit sein, im Notfalle in die Offensive überzugehen . . . Durch den Gang des revolutionären geschichtlichen Prozesses selbst wird die Arbeiterklasse gezwungen, unter günstigen Umständen in die Offensive überzugehen. In diesem Punkte haben wir ein Zusammenfallen der Forderungen der Kriegskunst und der allgemeinen Politik. In bezug auf die materielle Möglich-

¹⁾ Gusjew, ebenda, S. 134.

²⁾ „Krasnaja Nowj“ 1921, Augustheft S. 94ff., zit. bei: Peter Garwy, Der Rote Militarismus, S. 41, 42. Berlin 1928.

keit der sicheren Durchführung dieser Richtlinie muß man in Betracht ziehen, daß die Basis unserer Offensive nicht nur Rußland, sondern eine ganze Reihe anderer Länder sein wird. Alles hängt von dem Reifegrad des revolutionären Prozesses innerhalb dieser Länder und von der Fähigkeit der Arbeiterklasse ab, in einen offenen Kampf gegen ihre Klassengegner einzutreten . . . Dies wird in großem Maße die negative Bedeutung der schweren Wirtschaftslage unseres Landes kompensieren. Das Proletariat wird auf diese Weise angreifen, und mit ihm zusammen wird auch sein Hauptwerkzeug, die Rote Armee, angreifen. Daher folgt die Notwendigkeit, unsere Armee im Geiste der größten Aktivität zu erziehen, sie zur Lösung und Vollendung der Revolutionsaufgaben durch die energischen, entschiedenen und kühn durchgeführten Operationen vorzubereiten . . . Es ist notwendig, die Tätigkeit der obersten Stäbe so zu gestalten, daß die Rote Armee ihre Aufgabe auf einem beliebigen Abschnitte der eventuellen zukünftigen Fronten und in beliebiger Operationsrichtung ausführen kann. Die Grenzen dieser Front sind in der nächsten Reihenfolge durch die Grenzen des Festlandes der Alten Welt bestimmt.“

Vergleicht man diese authentischen Auslassungen der führenden militärischen Autoritäten der Sowjetunion mit den offiziellen Friedensreden verschiedener Kommissare, die für die Ohren des Auslandes bestimmt sind, oder mit den Abrüstungsvorschlägen, die Herr Litwinow-Finkelstein seit Jahr und Tag in Genf vorgebracht hat, so wird die beispiellose Demagogie der Sowjetpolitik klar. Der klassische Satz: „Wer den Frieden will, bereite den Krieg vor“, kann auf die Praxis der UdSSR. keine Anwendung finden. Die Sowjetunion bereitet den Krieg und nichts als den Krieg vor. Die Phrasen über die Verteidigung der Landesgrenzen gegen mögliche Angriffe von außen stellen eine ganz korrupte Verdrehung der Tatsachen dar.

Die Sowjetunion will den Krieg, sie organisiert den Krieg, sie wird den Krieg bei der ersten passenden Gelegenheit führen!

4. Politik und Kriegführung

Bei der Feststellung aller dieser Tatsachen darf natürlich nicht unberücksichtigt bleiben, daß die praktische Möglichkeit der Kriegführung auch im Sowjetstaat nicht ausschließlich vom Willen der regierenden Kreise bestimmt wird, sondern daß es daneben eine Reihe anderer sehr ernster Faktoren gibt, die einen gewissen regulierenden Einfluß auf die Kriegsbegeisterung dieser Kreise ausüben. Dem imperialistischen Ausbreitungsdrang der Sowjetpolitik werden gewisse Grenzen gesetzt:

1. Durch den Grad der Verteidigungsfähigkeit derjenigen Staaten, die den ersten Ansturm der Roten Armee aufzunehmen haben würden;
2. durch den Grad der Angriffsfähigkeit der Roten Armee, der durch ihre zahlenmäßige Stärke, durch ihre Bewaffnung, durch die wirtschaftlichen und technischen Reserven des Hinterlandes und durch die moralischen Kräfte der Armee und der ganzen Bevölkerung bestimmt wird.

In dieser Beziehung begegnen wir allerdings häufig einem grenzenlosen Optimismus. Aus der üblichen Formel: „Die Armee der kapitalistischen Länder ist ein Organ zur Unterdrückung der werktätigen Massen – die Rote Armee ist die Armee des internationalen Proletariats“¹⁾ wird die Behauptung abgeleitet, daß die bolschewistische Wehrmacht allen anderen Heeren überlegen sein müsse. Die militärische Ausbildung der Bevölkerung in den bürgerlichen Staaten wird als eine Gefahr für diese Staaten selbst angesehen. „Das Schleifen und die harte Disziplin, die Isolierung der Soldaten von der Bevölkerung“ bezeichnet Degtjarew als einige der Maßnahmen, mit denen die bürgerlichen Staaten versuchen, die Zuverlässigkeit ihrer Armeen herbeizuführen. In der Roten Armee sind Maßnahmen solcher Art selbstverständlich nicht notwendig. Diese „Armee der Werktätigen“ ist nach

¹⁾ Degtjarew, Die politische Arbeit in der Roten Armee in Kriegszeiten, S. 18 und 19 (russ.).

bolschewistischer Auffassung zuverlässig und treu, jederzeit bereit, ihr sozialistisches Vaterland mit der Waffe zu verteidigen.

Demgegenüber wurden schon 1921 solche Stimmen laut, wie die von W. Smirnow: „Auch dürfen wir nicht vergessen, daß unsere Rote Armee bisher noch nicht den wirklichen europäischen Armeen gegenübergestanden hat¹⁾.“

Smirnow betont, daß die gegnerischen Heere im Bürgerkrieg nur eilig zusammengerafft waren. Die polnische Armee im Jahre 1920 sei schon eine ernstere Gefahr gewesen. „Wenn aber in Zukunft ein Konflikt ausbrechen wird, so werden wir es mit den europäischen Armeen zu tun haben, und eben im Hinblick auf diesen Feind muß jetzt die Rote Armee ausgebaut werden.“

Smirnow wirft weiter die Frage auf: „Worin wird unsere Überlegenheit in diesem Kampf bestehen?“ Seine Antwort fällt ziemlich bescheiden aus: „Nicht in der Technik . . . Diesen Nachteil . . . müssen wir durch die Qualität unserer Rotarmisten wettmachen, die die bürgerlichen Armeen nicht besitzen und auch niemals besitzen können.“

Die Hoffnung lediglich auf die Qualität – auf die politische Qualität versteht sich – der Rotarmisten muß immerhin als eine recht unsichere Grundlage künftiger militärischer Erfolge in einem Feldzug gegen moderne Heere angesehen werden.

Man hat sich in späteren Jahren in der Sowjetunion keineswegs auf eine solche Betrachtungsweise beschränkt, sondern man ist auf die konkreten Voraussetzungen des militärischen Erfolges eingegangen. Das ist in der Wehrpolitik der UdSSR. im ganzen zum Ausdruck gekommen, besonders auf wirtschaftlichem Gebiet, wie wir gesehen haben. Vor allem wird auch die technische Ausrüstung der Roten Armee als den modernsten Anforderungen entsprechend gerühmt.

Immerhin ergeben sich gewisse Einschränkungen, die selbst in der sehr optimistischen Rede Tuchatschewskijs auf dem

¹⁾ W. Smirnow, Die Rote Armee und ihre Aufgaben, in: „Russische Korrespondenz 1922“, Bd. 1, S. 311/312.

Sowjetkongreß 1935 durchgeklungen sind. Es sind hier dieselben Schwierigkeiten, die z. B. in der Industrie zu beobachten sind und die Parole der „Aneignung der Technik“, der Schaffung von „Kaders qualifizierter Spezialisten“ hervorgebracht haben.

Hier handelt es sich nicht nur darum, Offiziere und Mannschaften auszubilden, die mit den modernen Waffen richtig umzugehen verstehen und bei ihrem Gebrauch den größtmöglichen Nutzeffekt erzielen, sondern auch um die Schaffung einer obersten Führung, die den taktischen Einsatz und das Zusammenwirken aller Truppengattungen, aller technischen Hilfsmittel in der modernen Materialschlacht beherrscht, organisiert und durchführt.

Daß die Rote Armee auf diesem Gebiet noch sehr viel zu lernen hat, darf aus folgenden Worten Tuchatschewskijs gefolgert werden: „In ihrer ganzen Größe erhebt sich vor uns die Frage der Führung. Es genügt nicht, eine bewegliche Technik zu besitzen und Menschen, die sie individuell beherrschen. Man muß auch Menschen und einen Apparat haben, die für die Leitung von Kampfhandlungen und Operationen vorbereitet sind, die mit der Einführung der neuen Technik sich bedeutend schneller als früher, mit blitzartigem Tempo, entwickeln. Das ist keine einfache Aufgabe. Im Bürgerkrieg haben wir uns an die Kavallerie als die schnellste Truppe gewöhnt. Die meisten aber sind nur infanteristische Kampfhandlungen gewöhnt und die neue Umstellung, die Fähigkeit der Ausnutzung des Flugwesens und der Beweglichkeit unserer mechanisierten Truppen, unserer Tanks, ist nicht ganz so einfach. Das ist eine sehr große Aufgabe, und wir arbeiten besonders eifrig an den Fragen der Gefechtsleitung, der Organisierung eines engen Zusammenwirkens, da jede Waffe für sich allein keine volle Wirkung ergibt¹⁾.“

Die Politik der UdSSR., deren Ziele klar vor uns liegen und die die militärischen Aufgaben der Roten Armee bestimmt, ist im Hinblick auf die Herbeiführung des Ernstfalles, auf den der Einsatz der bolschewistischen Wehrmacht berechnet

¹⁾ „Krasnaja Swesda“ vom 1. Februar 1935.

ist, von den rein militärischen Voraussetzungen der Kriegführung in erster Linie abhängig. Und die roten Militärs, die für die rein praktische Seite des Heeresaufbaues und der Ausbildung von Offizieren und Mannschaften in Ausrichtung auf die kriegsmäßigen Bedingungen des zukünftigen bewaffneten Kampfes verantwortlich sind, gehen – wie es der Natur der Sache entspricht – in vielen Fällen bedeutend nüchterner an ihre Spezialaufgaben heran, als aus der rein politischen Betrachtungsweise der Armee und ihres revolutionären Endzweckes manchmal gefolgert werden könnte.

5. Die realen Grundlagen des modernen Krieges

Eine Frage, die in der Sowjetunion oft besprochen wird, ist die nach der „ersten Etappe“ eines modernen Krieges. Darunter ist vor allem die Form der Eröffnung der Feindseligkeiten zu verstehen. In der UdSSR. wird die Ansicht kultiviert, daß die Kriegserklärung eine überholte Formalität sei, sozusagen ein unzeitgemäßes Überbleibsel der Epoche der Bourgeoisie. In dem Interview, das Stalin am 4. März 1936 dem amerikanischen Journalisten Roy Howard gewährte, erklärte der Sowjetdiktator: „Heutzutage pflegt man Kriege nicht zu erklären. Man beginnt sie einfach.“

Eine solche Auffassung ergibt sich folgerichtig aus der Kriegsdoktrin des Kommunismus. Da die Kriege der Sowjetunion Klassenkriege sind, werden sie nicht von Staat zu Staat begonnen, sondern sind nach der bolschewistischen Kriegsdoktrin bereits in der Form des Klassenkampfes innerhalb der Staaten der „kapitalistischen Umwelt“ jederzeit latent vorhanden. Der Klassenkampf kann im geeigneten Augenblick in die Form des offenen Bürgerkrieges übergehen. Der bolschewistische Bürgerkrieg ist aber bereits ein Krieg der Sowjetunion. Bürgerkriege pflegen nicht „erklärt“ zu werden, sie werden unvermittelt begonnen. Die Sowjetunion kann also zu jedem beliebigen Zeitpunkt ohne Kriegserklärung kriegführende Macht werden.

Alle Kriege, die die Sowjetunion bisher geführt hat, wurden ohne Kriegserklärung begonnen. Sie begannen alle entweder

in der Form von Bürgerkriegen, in die die Sowjetunion „hineingezogen“ wurde, oder die von der Roten Armee eröffneten Kriegshandlungen wurden als „erbetene Hilfe für das unterdrückte Proletariat“ ausgelegt. So war es in Polen, in den baltischen Staaten, gegen Georgien, in der Mandchurei, in Ost-Turkestan und zuletzt in Spanien. Spanien stellt insofern einen Sonderfall dar, als hier die Teilnahme der Sowjetunion am Kriege in der Form einer völkerrechtlich getarnten Intervention erfolgte, d. h. so, daß die UdSSR. kriegführende Macht war, ohne offiziell als solche zu gelten. Diese Möglichkeit wird die UdSSR. auch in Zukunft in den Fällen haben, in denen nicht der gesamte Staatsapparat der Sowjetunion bemüht zu werden braucht bzw. das Risiko der militärischen und politischen Gefährdung der Sowjetunion nicht gewagt wird. Die militärischen Hilfsaktionen laufen in solchen Fällen über die Komintern, der gegenüber das zur Zeit geltende Völkerrecht nicht angewandt werden kann, da in ihm ein Gebilde wie die Komintern überhaupt nicht vorgesehen ist. Die Komintern als kriegführende Macht ist eine Erfindung des Bolschewismus, die ihm die Möglichkeit gibt, das Völkerrecht jederzeit zu umgehen und Kriege zu provozieren, für die es keine völkerrechtliche Formel gibt.

Wenn auch in der UdSSR. der Bürgerkrieg als die idealste Form der Kriegführung angesehen wird, so sind sich doch alle Politiker und insbesondere die militärischen Fachleute darüber klar, daß für den bewaffneten Zusammenstoß der UdSSR. mit einer modernen Großmacht die für den Bürgerkrieg geltenden Normen außer Kraft gesetzt werden. Hier bleibt ihnen zwar die Hoffnung auf die „Verwandlung des imperialistischen Krieges in den Bürgerkrieg“ – eine Hoffnung, die in den verschiedenartigsten theoretischen Kombinationen immer wiederkehrt, jedoch haben sie sich zunächst jedenfalls mit der Tatsache einer normalen Kriegführung abzufinden. Der Gegner wird also einen nationalen Verteidigungskrieg gegen den bolschewistischen Angriff führen und hierbei seine gesamten materiellen und moralischen Kräfte einsetzen. Diese Perspektive zwingt die bolschewistischen Militärtheoretiker, zeitweise aus den Wolken ihrer

kommunistischen Kriegsdoktrin auf die Erde herabzusteigen und sich mit den realen Voraussetzungen einer modernen Kriegführung zu befassen.

Als Ausgangspunkt für die Charakteristik des Verlaufs eines modernen Krieges wird in der UdSSR. zunächst auf die Entwicklung der neuzeitlichen Kriegstechnik und ihre Bedeutung für Anlage und Verlauf der Kriegshandlungen verwiesen. Die durch die Massenverwendung des Motors außerordentlich gesteigerte Beweglichkeit der modernen Heere ermöglicht rasche Aufmärsche, schnelle Stellungswechsel, überraschende Schwerpunktbildungen in entscheidenden Frontabschnitten und eröffnet damit dem Bewegungskrieg neue Möglichkeiten. Der Theorie der „gepanzerten Faust“, d. h. der Bildung einer Stoßarmee, die gleich zu Kriegsbeginn dem Feind durch einen „blitzartigen“ Überfall eine Niederlage bereitet, noch bevor er seinen Aufmarsch vollendet hat oder wenigstens seinen Aufmarsch empfindlich stört, wird größte Aufmerksamkeit zugewendet.

Der ersten Kriegsphase wird daher in der UdSSR. sehr große Bedeutung beigelegt. Es wird festgesellt, daß „die militärischen Operationen zu Beginn des Krieges nicht mehr lediglich den Charakter von Grenzzusammenstößen tragen wie in früheren Zeiten, sondern daß von ihnen der Aufmarsch des Gegners, der ganze Verlauf der ersten Kriegsphase, ja unter Umständen sogar die Kriegsentscheidung selbst abhängen können“¹⁾. Man scheint jedoch in der UdSSR. hinsichtlich der eigenen Fähigkeit zur Durchführung von derartigen „blitzartigen“ Operationen nicht sonderlich optimistisch zu sein. Dafür begegnet man gelegentlich sorgenvollen Erörterungen über die Möglichkeit, daß im Falle eines Krieges die UdSSR. selbst Objekt einer solchen Operation werden könnte. Solche Betrachtungen pflegen trotz des üblichen Feuerwerks von propagandistischen Phrasen im Endergebnis sehr auf Moll gestimmt zu sein und sind geeignet, selbst die Kriegsbegeisterung der höheren jüdischen Funktionäre etwas zu dämpfen. Diese bemerkenswerte Tatsache

¹⁾ „Krieg und Revolution“, März-Aprilheft, S. 33. Moskau 1934 (russ.).

ist allerdings erst das Ergebnis einer neueren Zeit, — nämlich seit die angriffslustige Sowjetunion z. B. in Europa als Gegner nicht mehr vorwiegend mit Kleinstaaten oder entwaffneten Ländern zu rechnen hat!

Ein weiteres charakteristisches Merkmal des modernen Krieges ergibt sich aus dem außerordentlich großen Wirkungsbereich der modernen Waffen, in erster Linie natürlich der Luftwaffe. Die Folge ist, daß die Grenzen zwischen der eigentlichen Front und dem Hinterland verwischt werden. Der ehemalige stellvertretende Befehlshaber des Leningrader Militärbezirks Primakow weist in einem Aufsatz¹⁾ gerade auf diesen Umstand hin. Er vergleicht den Wirkungsbereich der Luftwaffe im Weltkrieg mit dem Wirkungsbereich der modernen Luftwaffe und kommt zu dem Ergebnis, daß es heute in Europa kein einziges Land gibt, das nicht in allen seinen Teilen der Einwirkung durch feindliche Luftangriffe ausgesetzt wäre. Die gleichfalls außerordentlich gestiegene Tragfähigkeit der modernen Flugzeuge ermöglicht die Mitnahme von großen Bombenlasten und erhöht somit die Wucht einer modernen offensiven Luftkriegführung. Die Verwendung von Fallschirmtruppen gibt den kriegführenden Luftflotten weiterhin die Möglichkeit, im Hinterland des Feindes Landungskommandos zum Angriff auf Eisenbahnknotenpunkte und militärische sowie Wirtschaftsanlagen aller Art auszusetzen. Ferner bietet die weitgehende Motorisierung und Mechanisierung der modernen Heere die Möglichkeit, durch eigens für diesen Zweck aufgestellte starke „moto-mechanisierte Verbände“, im Bedarfsfalle auch in Verbindung mit starken Luftstreitkräften, wirksame Angriffe gegen die rückwärtigen Verbindungen des Gegners oder Umgehungsmanöver auszuführen. Alles das wird ergänzt durch den Wirkungsbereich und die Feuerkraft der heutigen Artillerie, die „chemische Kriegführung“, und selbstverständlich unterläßt Primakow auch den in der bolschewistischen militärischen Literatur so beliebten Hinweis auf die „bakteriologischen Mittel der Kriegführung“ (!) nicht. Zusammenfassend ergibt sich folgende sowjetrussische mili-

¹⁾ *Iswestija* vom 3. Juni 1936.

tärische Charakteristik eines kommenden Krieges: Militärische Kampfhandlungen finden sowohl an der Front gegen die feindlichen Truppen, wie tief im Hinterland des Gegners gegen politische, industrielle und Verkehrszentren statt. Die Bevölkerung wird nicht nur im eigentlichen Operationsgebiet der kämpfenden Armeen, sondern auch im Hinterland unmittelbar in die Kriegshandlungen einbezogen (Luft- und Gasschutz, Bekämpfung von Luftlandungskommandos, in der Heeresetappe auch Kampf gegen feindliche Panzerformationen; letzteres setzt nebenbei bemerkt voraus, daß der Krieg bereits auf eigenem Territorium geführt wird!). Und alles das führt zu folgender echt bolschewistischer Schlußfolgerung: „Die Fortschritte der militärischen Operationen werden in bedeutendem Maße von der Stabilität des Hinterlandes, von der Fähigkeit und der Vorbereitung der Bevölkerung zum militärischen Selbstschutz und von der Möglichkeit, der Bevölkerung die für den Kampf im tiefen Hinterland erforderlichen Kampfmittel anzuvertrauen (!), abhängen.“

6. „Die Reserven jenseits der feindlichen Front“

Die Hauptschwäche der bürgerlichen Armeen im modernen Kriege wird von vielen Sowjettheoretikern in der politischen Unzuverlässigkeit eines großen Teiles der Mannschaften erblickt, die hauptsächlich zur Kategorie der Werktätigen zu rechnen seien und die deshalb mit ihren Sympathien auf seiten der Roten Armee als der Vertreterin ihrer Klasseninteressen sein müßten. Diese Auffassung wird in unzähligen Variationen in den Arbeiten von Politikern und Militärs über die Wehrprobleme der UdSSR., über die Rote Armee, über die praktischen Aufgaben des Krieges und über seinen Charakter wiederholt.

Gusjew wirft die Frage auf, ob im Falle eines Krieges mit einer beliebigen imperialistischen Macht letztere mit einer einheitlichen, ununterbrochenen Front, mit der nationalen Einigkeit und dem Bürgerfrieden rechnen könnte, wie es im Weltkrieg noch der Fall gewesen sei. Seine Antwort lautet bedenkenlos: „Selbstverständlich nein. Angesichts der Existenz

der III. Internationale und ihres erstaunlich raschen Wachsens in allen Ländern, angesichts des gewaltigen Aufschwungs der revolutionären Bewegung des Proletariats in allen Ländern, angesichts der hoffnungslos andauernden industriellen Krise, des sich unerhört vertiefenden Abgrundes zwischen den Klassen, kann vom Bürgerfrieden in den imperialistischen Staaten im Falle eines Krieges mit der UdSSR. keine Rede sein“¹⁾.

Er, wie unzählige andere große und kleine Vertreter des Bolschewismus, darunter Lenin und Tuchatschewskij, verweisen auf das Beispiel Polens im Jahre 1920, dessen Arbeiter angeblich sehnsüchtig das Herannahen der Roten Armee erwartet haben, bereit, sie zu unterstützen.

Immerhin muß Tuchatschewskij nicht als einziger unter ihnen seine Feststellungen in eine recht einschränkende Form kleiden: „Zur Zeit unseres Vordringens ins polnische Gebiet begannen sofort die Überläufe polnischer Soldaten, ungeachtet dessen, daß die Armee des kapitalistischen Polens noch vollkommen kampffähig war. Besonders war dies der Fall bei Bialystok, wo die Arbeiter unsere Armee mit Begeisterung empfangen und in ihre Reihen eintreten wollten. Nur unser schneller Rückzug verhinderte die Verwirklichung ihrer Absicht“²⁾.

Dieser reichlich lakonische Schluß läßt ahnen, daß die Hilfe von „jenseits der Front“ zum mindesten von einem sehr entscheidenden Faktor abhängig ist, nämlich vom siegreichen Vormarsch der Roten Armee selbst, und daß die „internationale Solidarität des Proletariats“ aufhört, sobald ein solcher Erfolg nicht vorhanden ist.

Damit erhalten die Hoffnungen der Bolschewisten auf die Hilfe des „internationalen Proletariats“ eine fragwürdige Bedeutung. Diese Hilfe scheint nur dann versucht zu werden, wenn militärische Erfolge der Roten Armee an der Front zu verzeichnen sind. Im umgekehrten Falle, wenn Schwierigkeiten an der Front oder gar offene Niederlagen sich ein-

¹⁾ Gusjew, *Der Bürgerkrieg und die Rote Armee*, S. 128. Moskau 1925 (russ.).

²⁾ Tuchatschewskij, *Die Rote Armee und die Miliz*, S. 29. Leipzig 1921.

stellen, wenn die Rote Armee am meisten auf Hilfe und auf Entlastung durch die Bindung starker Kräfte des Gegners an seiner „Bürgerkriegsfront“ hoffen müßte – in diesem praktischen Ernstfalle scheint die Unterstützung der Roten Armee seitens ihrer „Reserven jenseits der feindlichen Front“ immerhin eine bloße Illusion zu bleiben.

Das hindert jedoch die Strategen der Roten Armee, wenigstens einen großen Teil von ihnen, nicht, nach wie vor mit jener Möglichkeit positiv zu rechnen. Gusjew sagt unmittelbar im Anschluß an die Erwähnung des polnischen Beispiels:

„Auf diese Weise werden wir jenseits der Front des revolutionären Krieges eine mehr oder weniger bedeutende (von der Stärke und dem Einfluß der Komintern abhängige) Anzahl von tätigen Bundesgenossen und Helfershelfern haben. Nur unter dieser Bedingung könnte man überhaupt von einem revolutionären Krieg sprechen. Ohne sie würden wir selbstverständlich im Verhältnis zu unseren Gegnern ganz unverhältnismäßig schwach sein“ (!)¹⁾.

Und Tuchatschewskij erklärt mit dem ihm eigenen Optimismus:

„Wir haben schon erwähnt, daß diese Revolution eine völlige Umwälzung in der Strategie hervorgebracht hat. Und in der Tat, unsere Rote Armee kämpft niemals allein gegen ihre Gegner. Sie findet immer die erwartete Unterstützung seitens der Arbeiterklasse jenes Landes, mit deren Bourgeoisie sie den Krieg führt. Diese Unterstützung beschränkt sich nicht nur auf die revolutionären Ausbrüche im Rücken der Bourgeoisie, sie besteht vor allem darin, daß ihre Truppen mit der Arbeiterklasse der besetzten Gebiete aufgefüllt werden können. Diese Auffüllung geschieht nicht nur auf Kosten der örtlichen Bevölkerung, sondern auch auf Kosten der kapitalistischen Armeen, die die Arbeiter und Bauern mit Vorliebe verlassen, um in die Rote Armee einzutreten. Dieser Zustrom von internationalen

¹⁾ Gusjew, ebenda, S. 129.

Kampfkräften eben ist das charakteristische Merkmal der Kriegführung der Roten Armee“¹⁾. Der bereits genannte Amiragow behandelt in seinem erwähnten Aufsatz²⁾ gerade diese Probleme besonders eingehend. Er beweist zunächst die „Unfähigkeit“ der bürgerlichen Staaten, auf Grund ihrer ökonomischen Struktur zu einer völligen Ausnutzung ihrer wirtschaftlichen und technischen Hilfsmittel zu gelangen und beweist das Gegenteil davon für die UdSSR. Dank der sozialistischen Produktionsordnung würde die UdSSR. mit keinem einzigen der Gegensätze zu tun haben, die für die kapitalistischen Staaten unvermeidlich und unüberwindlich seien. Die sowjetische Volkswirtschaft würde nicht die geringsten (!) Schwierigkeiten bereiten, sich in kürzester Zeit auf die Versorgung der Front umzuschalten. Dank der „sozialistischen“ Arbeit erhalte die Rote Armee einen neuen Massenkämpfer, der sich von den Soldaten der bürgerlichen Heere grundsätzlich unterscheide, da die sozialistische Arbeit einen neuen Menschen erziehe, in ihm neue schöpferische Kräfte wecke, ihn selbstbewußt, energisch, voll eigener Initiative mache und ihn zu selbständigem Handeln befähige. Wenn aber diese Eigenschaften, so stellt der Verfasser fest, sich mit der Beherrschung der Kriegstechnik verbinden, so müßten die „größten Heldentaten“ das Ergebnis davon sein. Dann fährt er weiter fort:

„Die zweite gewaltige Quelle unserer militärischen Kräfte wird im nächsten Kriege das Proletariat jenseits der Grenzen sein. Die Arbeiterklasse der UdSSR. ist nicht nur dadurch stark, daß sie die kampferprobte Lenin-Partei besitzt. Sie ist ferner nicht nur dadurch stark, daß sie die Unterstützung von Millionenmassen werktätiger Bauern besitzt. Sie ist noch dadurch stark, daß das Weltproletariat sie stützt, ihr hilft.“

Solche Überlegungen werden durchaus nicht nur in die Form von, wenn auch sehr optimistisch geäußerten Hoffnungen gekleidet, sondern aus der Klassentheorie des Bolschewismus werden für das gesamte Proletariat der Welt ganz

¹⁾ Tuchatschewskij, Die Rote Armee und die Miliz, S. 28.

²⁾ Vgl. Amiragow, Der Charakter des Zukunftskrieges, Krieg und Revolution, September/Oktober-Heft. Moskau 1934 (russ.).

positive und unbedingt bindende Pflichten abgeleitet. Das geht so weit, daß die Arbeiter der anderen Staaten buchstäblich als Angehörige der Roten Armee aufgefaßt werden, die in dieser Eigenschaft an ganz bestimmte Aktionsverpflichtungen im Falle eines Krieges gebunden sind. Amiragow erklärt kategorisch:

„Ein Krieg der kapitalistischen Staaten gegen die UdSSR. wird dem internationalen Proletariat, in erster Linie dem klassenbewußten Teil der Werktätigen der gegen uns kämpfenden Staaten, die Funktionen eines Landungskorps (dessant) der Roten Armee auferlegen, eines Landungskorps, das dazu bestimmt ist, unseren Gegner von innen her zu sprengen. In der Kriegsgeschichte wird dies der erste Fall sein, daß eine der kriegführenden Seiten in allen Ländern der Welt, darunter auch in den feindlichen, Hunderttausende von in der Kommunistischen Partei organisierten Anhängern hat.“

Solche phantastische und für den Ernstfall äußerst gefährliche Kombinationen beherrschen die militärische Literatur der UdSSR. bis in die jüngste Zeit hinein. Noch vor kurzem erklärte in einem Aufsatz: „Front und Hinterland im zukünftigen Krieg“ der Oberst Kondaschow¹⁾: „Die Mobilisierung von Millionenheeren wird unvermeidlich zur Bewaffnung der Volksmassen führen. Die Frage der ‚Zuverlässigkeit‘ von Massenheeren befindet sich bei den kapitalistischen Ländern im direkten Gegensatz zur zahlenmäßigen Stärke dieser Heere. Das Anwachsen des Klassenbewußtseins der Werktätigen und der Widerspruch zwischen ihren und den Interessen der Kapitalisten führen zur Zunahme von revolutionären Akten und Massendesertionen.“

Es muß bemerkt werden, daß diese leichtfertigen Sätze eines Obersten der Roten Armee zu einer Zeit geschrieben wurden, als die Rote Armee noch völlig unter dem Eindruck der in ihren Reihen durchgeführten „Säuberung“ stand. Einem Oberst einer Armee, deren höchste militärische Führer soeben erst zu Dutzenden als „Klassenfeinde“ abgeknallt worden

¹⁾ „Prawda“ vom 30. März 1938.

waren, die weitere Hunderte und Tausende von verdienten höheren und niederen Kommandeuren auf die gleiche Weise verloren hatte, stehen solche großspurigen Hinweise auf die „politische Unzuverlässigkeit“ der Armeen anderer Länder schlecht zu Gesicht. Die politischen Massenerschießungen in der Roten Armee stellen vorläufig einen einzigartigen Fall in der Geschichte aller Armeen der Welt dar. Was die bolschewistischen Hoffnungen auf die „Reserven“ jenseits der feindlichen Front in Wirklichkeit wert sind, das beweist die Praxis des Krieges in Spanien. Der zitierte Oberst, zu dessen Entschuldigung angenommen sei, daß er jenen Aufsatz im Jahre 1938 zur Rettung seines eigenen Kopfes verbrochen hat, schreibt zum Thema der „Massendesertionen in den faschistischen Heeren“ folgendes über General Francos ruhmreiche Armee: „Diese Erscheinung zeigt sich besonders kraß im faschistischen Kriege in Spanien. Francos Hinterland ist wie ein Vulkan, der nur durch die Anstrengungen der faschistischen italienischen und deutschen Truppen zurückgehalten wird. Die Zahl der Überläufer zu den Regierungstruppen wächst mit jedem Tage, wobei in letzter Zeit sich die Fälle vermehrt haben, in denen ganze geschlossene Abteilungen mit der Waffe in der Hand übergelaufen sind.“

Inzwischen hat sich General Francos „Vulkan“ von etwas anderer Art erwiesen, als es der rote Oberst seinem Lesepublikum in der „Prawda“ weismachen wollte. Diesen Vulkan hat niemand „zurückzuhalten“ vermocht. Er ist zum Ausbruch gekommen und hat mit seinem heißen Lavastrom die bolschewistische Pestherde in Spanien gründlich ausgebrannt!

7. Der nächste Krieg – ein Weltkrieg

Neben der eigenen sozialistischen Produktionsweise (im Gegensatz zur kapitalistischen) und den „Reserven jenseits der Front“ werden die Gegensätze zwischen den Gegnern der UdSSR., wie aus der offiziellen Kriegsdoktrin des Bolschewismus und aus allen Äußerungen der führenden Persönlichkeiten der UdSSR. sich übereinstimmend ergibt, als die dritte Quelle der Kraft des Sowjetstaates an-

gesehen. Als Gegner gemeint ist die kapitalistische Welt im ganzen, unbeschadet dessen, ob aus taktischen Gründen mit einem Teil der bürgerlichen Staaten politisch und militärisch paktiert wird oder nicht. Der mit letzteren gemeinsam errungene Sieg über den anderen Teil der bürgerlichen Staaten gilt lediglich als Beseitigung einer Barriere und als Ausgangspunkt für den weiteren Vormarsch des Bolschewismus, auch gegen die bisherigen Bundesgenossen.

Eine der Haupthoffnungen des Bolschewismus ist auf die Kolonialländer gerichtet. Amiragow führt in solchem Zusammenhang aus, daß die Kolonialländer heute schon der Schauplatz ständiger Befreiungsaufstände seien, und daß ein Krieg der UdSSR. mit den imperialistischen Staaten besonders günstige kriegspolitische Voraussetzungen für die Entstehung derartiger nationaler Freiheitskriege schaffen würde. Die Aufgabe der UdSSR. und des internationalen Proletariats würde in der Stimulierung und weitgehenden Unterstützung der unterdrückten Völker in ihrem Kampf für die Unabhängigkeit liegen. Davon erhoffen die Sowjettheoretiker vor allem eine Ablenkung eines Teiles der feindlichen Kräfte von der sowjetrussischen Kriegsfront. Im Zuge solcher Gedankengänge kommt Amiragow zu folgender Feststellung:

„Auf diese Weise wird der zukünftige Krieg des Imperialismus gegen die UdSSR. einen äußerst eigenartigen Charakter tragen, sowohl hinsichtlich der in ihm wirkenden Kräfte als auch ihrer allgemeinen strategischen Verteilung. Diese Eigenart wird darin bestehen, daß es der erste Krieg in der Geschichte sein wird, in dem für die Verteidigung einer der kriegführenden Seiten, d. h. der UdSSR., Millionen von Werktätigen der ganzen Welt mobilisiert werden. Mit anderen Worten wird der Krieg gegen die UdSSR. sich in ein ganzes System von revolutionären, nationalen Befreiungskriegen verwandeln, deren Ausgang an den Fronten der UdSSR. entschieden werden wird. Das wird ein Krieg sein, in dem unser Gegner mehrere äußere Fronten eines großen Krieges und eine ununterbrochene Bürgerkriegsfront in seinem Rücken, im Innern seines Landes haben wird.“

Wenn hier, wie in allen Verlautbarungen der Sowjetpolitiker in der Gegenwart, stets von einem Krieg des „Imperialismus gegen die UdSSR.“ die Rede ist, so ist diese Formulierung nur als taktischer Schachzug zu werten. Die Angriffsabsichten der Sowjetunion sind zu eindeutig festgelegt, als daß an der tatsächlichen Verteilung der Rollen unter Angreifern und Angegriffenen gezweifelt werden könnte. Aus der ganzen Art der Behandlung des Problems des zukünftigen Krieges geht auch sonst vollkommen eindeutig hervor, daß die UdSSR. selbst ihre Gegner als in der Defensive befindlich ansieht. Die dauernden Hinweise auf die eigene Macht und auf die Unzulänglichkeit der wirtschaftlichen, politischen und militärischen Grundlagen der gegnerischen Kräfte lassen den Schluß zu, daß in der UdSSR. mit einem Angriff auf sie selbst ernstlich kaum gerechnet wird.

Das ergibt sich auch aus einer anderen Überlegung. Wer hat denn in erster Linie ein Interesse daran, die ganze Welt nach einem einheitlichen, dogmatisch bestimmten Schema, ohne Rücksicht auf die individuellen Bedürfnisse der Völker, umzubauen? Niemand anders als die Sowjetunion. Allen anderen Staaten kann es an sich gleichgültig sein, wie die UdSSR. ihr eigenes Haus baut, unter der Voraussetzung selbstverständlich, daß dieser Staat nicht in die inneren Verhältnisse der anderen Länder eingreift und nicht ihre elementarsten Lebensinteressen gefährdet. Wir sehen ja, daß in der UdSSR. selbst ihr eigener Klassencharakter als Ursache möglicher künftiger Konflikte betrachtet wird. Die betontermaßen gegen Deutschland gerichtete Feindschaft der Sowjetunion ergibt sich gerade aus diesen Gründen. Es ist selbstverständlich, daß derjenige Staat von der UdSSR. in erster Linie angegriffen werden muß, der durch die ausschließliche Betonung seiner völkischen Grundlagen und durch die Anerkennung des unbedingten und vorbehaltlosen Rechtes jedes Volkes, sein Schicksal seiner Rasseeigenart entsprechend selbständig zu bestimmen, der internationalen Konzeption und den Welt-herrschaftsansprüchen der UdSSR. zuwiderläuft und deshalb von ihr bekämpft werden muß.

Gewaltsame Umformung der Welt bedeutet Weltkrieg. Das ist das Ergebnis, zu dem auch die Sowjettheore-

tiker letzten Endes, wenn auch auf Umwegen, gelangen. Amiragow gibt unumwunden zu: „Die Besonderheit dieses Krieges als eines revolutionären Klassenkrieges wird gleichzeitig in seinen Zielen und Aufgaben liegen. Wie sein Ende auch immer sein möge, muß er mit der Vernichtung des herrschenden gesellschaftlich-ökonomischen und politischen Systems der unterlegenen Seite enden. Dies ist die Dialektik der Wirklichkeit, dies ist auch die Logik des politischen Kampfes zwischen den antagonistischen Klassen.“

Das heißt folgendes: Da sich nach sowjetrussischer Auffassung im zukünftigen Kriege zwei große Systeme im ganzen gegenüberstehen werden, das „sozialistische“ und das „kapitalistische“, die gemeinsam den ganzen Erdball umspannen, so wird der Krieg zwischen ihnen eine entsprechende räumliche Ausdehnung annehmen müssen, d. h. ein Weltkrieg sein. Im Befehl Nr. 110 des Kriegskommissars Woroschilow vom 1. Mai 1938 steht folgender Satz: „In diesem neuen Weltgemetzel wird die gesamte Weltbourgeoisie in Flammen aufgehen, wie seinerzeit die russische Bourgeoisie in Flammen aufgegangen ist.“

Wenn ein Teil der bürgerlichen Staaten in diesem Kriege auf seiten der UdSSR. kämpfen würden, so würde davon die allgemeine Sowjetauffassung über den Charakter des zukünftigen Krieges grundsätzlich nicht beeinflußt werden. Auch in diesem Falle bliebe die Gegenüberstellung: „UdSSR. – übrige Welt“ bestehen, und die Verbündeten Moskaus würden in diesem System der Kräfte lediglich eine Verkörperung des bolschewistischen Grundsatzes der „Ausnutzung der Gegensätze innerhalb der kapitalistischen Welt“ darstellen.

Der Krieg, zu dem die UdSSR. durch ihre Politik treibt, würde ein neuer Weltkrieg sein. Die Folgerungen aus dieser Tatsache für die Dauer des Krieges und für den Umfang der zu mobilisierenden wirtschaftlichen und militärischen Kräfte sind an anderer Stelle im Zusammenhang mit der wirtschaftlichen Aufrüstung der UdSSR. bereits gezogen worden. Dementsprechend wird der Masseneinsatz von ungeheuren Hilfsmitteln aller Art notwendig sein, eine Totalmobilmachung aller Staaten im buchstäblichen Sinne dieses Wortes.

8. Die Sorge um das eigene Hinterland

Bei den Erörterungen über die „Reserven jenseits der feindlichen Front“, auf die viele rote Strategen ihre Hoffnungen im Kriegsfall setzen zu dürfen glauben, kann es natürlich nicht ausbleiben, daß auch die umgekehrte Frage auftaucht: die für den Bolschewismus besonders peinliche Frage nach der politischen Zuverlässigkeit des eigenen Hinterlandes. Nach Ansicht der Bolschewisten wird eine allseitige Verschärfung der Klassenkämpfe eine der wesentlichsten und folgenreichsten Begleiterscheinungen des nächsten Krieges sein. Selbstverständlich können sich die Bolschewisten nicht der Illusion hingeben, daß diese Klassenkämpfe sich nur auf den Gegner beschränken werden. Daran gewöhnt, nur in Klassengegensätzen und Klassenkämpfen zu denken, kennen die Bolschewisten in ihrer Vorstellungswelt keine andere Solidarität, als die Solidarität der Klasseninteressen. Die Kampffronten sind nicht national bedingt, sondern gehen quer durch die Völker. Wenn die Bolschewisten daran glauben, daß sie Bundesgenossen in den Reihen des Gegners besitzen, die ihnen im Kampf gegen den „Klassenfeind“ helfen werden, so besitzt dieser „Klassenfeind“ umgekehrt auch seine Bundesgenossen in der Sowjetunion.

Hierbei handelt es sich allerdings um ein Problem, das in der Sowjetunion in Anwendung auf den Kriegsfall sehr selten offen erörtert wird. So oft auch über die Tätigkeit der „Klassenfeinde“, der „trozkistischen, bucharinschen, sinowjewschen“ und sonstigen „Spione, Diversanten und Klassenfeinde“ geredet und geschrieben wird – noch öfter wird der Sowjetöffentlichkeit versichert, die UdSSR. sei das einzige Land der Welt, das im Kriegsfall sich auf ein in jeder Beziehung zuverlässiges, einiges und begeistertes Hinterland stützen könne. Amiragow beantwortet die Frage, ob der Kriegsgegner ähnliche verbündete Kräfte in der UdSSR. besitzen könne, wie diejenigen, auf die der Bolschewismus beim Feinde rechnet, mit einem entschiedenen Nein! Es ist offensichtlich, daß es sich bei diesen Fragen um Probleme handelt, denen gegenüber die Bolschewisten sich recht un-

sicher fühlen, denn anders sind die krassen Widersprüche nicht zu erklären.

Daß die Bolschewisten sich der ihnen drohenden Gefahren trotzdem vollauf bewußt sind, verraten gelegentliche Stimmen, die in der militärischen Literatur der UdSSR. laut werden. Degtjarew rechnet zum Beispiel für den Kriegsfall durchaus mit der Möglichkeit „einer verstärkten konterrevolutionären Tätigkeit unserer Gegner: des Kulakentums, der neuen und der Überreste der alten Bourgeoisie und eines gewissen Teiles der ‚Spezialisten‘ . . . Der Kulak und der Nepmann, der Pope und der Sektierer werden ihre konterrevolutionäre Aktivität verdoppeln . . . Auf jeden Fall muß man nicht nur eine böswillige antisowjetische Agitation erwarten, sondern auch mit der Möglichkeit offener bewaffneter Aktionen in Gestalt von organisierten Banden, von Überfällen auf Lager und Posten, von Brandstiftungen, Morden an Sowjet- und Parteifunktionären usw. rechnen. Die größte Gefahr droht von dieser Seite im Dorfe, aber auch in der Stadt werden höchstwahrscheinlich konterrevolutionäre Aktionen stattfinden.“

Solche Erwägungen lassen das Problem der „Hilfe von jenseits der feindlichen Front“ sich schließlich zu einem Problem der Sorge um das eigene Hinterland umwandeln. Wenn die mehr oder weniger politisch und propagandistisch eingestellten Federführer der Roten Armee unentwegt und ausschließlich die feindliche Seite zum Gegenstand ihrer Erörterungen machen, nicht zuletzt in der Absicht, den Optimismus der eigenen Bevölkerung für den Kriegsfall zu mobilisieren und defaitistische Stimmungen zu verhindern, so müssen die reinen Militärs selbstverständlich um ein Vielfaches nüchterner an diese Probleme herangehen.

Nach einer Untersuchung der politischen Schwierigkeiten, mit denen andere Staaten im Kriegsfall zu rechnen haben werden, stellt Triandafilow recht nüchtern fest: Selbstverständlich werden auch wir gewisse Schwierigkeiten haben. Die Erfahrungen unserer Geschichte lehren uns, daß alle Schwierigkeiten, die das Land durchmacht, unvermeidlich zu einer Verschärfung des Klassenkampfes in der Stadt und im Dorfe führen. Die unversehrt gebliebenen

kapitalistischen Elemente erheben das Haupt und beginnen sich zu regen. Im Falle eines Krieges, der von uns große Anstrengungen und von der im Hinterland verbleibenden Bevölkerung unvermeidliche Entbehrungen fordern wird, wird dieser Klassenkampf sich selbstverständlich verschärfen“¹⁾. Und an einer anderen Stelle sagt der gleiche Verfasser: „Die Lage im Kriege ist schwer; die Entbehrungen an der Front und im Hinterland sind gewaltig. Unter dem Einfluß der Lasten und Schwierigkeiten des gegenwärtigen Augenblicks können die Menschen das letzte Ziel vergessen. Wir beobachten das schon jetzt, in Friedenszeiten, an den schwankenden und unstandhaften Elementen in bezug auf unseren sozialistischen Aufbau. Um so mehr wird dies im Kriege der Fall sein, wenn die Schwierigkeiten um ein Mehrfaches größer sein werden“²⁾.

Diese vorsichtigen Andeutungen sagen dem Sachkenner sehr viel. Die innere Unsicherheit der Bolschewisten wächst von Jahr zu Jahr und führt unvermeidlich zu einer immer schärfer werdenden Form der inneren Kämpfe. Allein angesichts der politischen Schauprozesse der letzten Jahre mit ihren Massensexekutionen, darunter auch in den Reihen der Roten Armee, lassen ahnen, welche Bedeutung dem Problem der politischen Sicherheit des eigenen Hinterlandes in der UdSSR. beigemessen werden muß.

Vor einiger Zeit veröffentlichte die Zeitschrift „Krieg und Revolution“ einen sehr bemerkenswerten Aufsatz von einem anonymen Verfasser zum Thema: „Die Verteidigung der Heeresetappe“³⁾. Der Aufsatz behandelt die verschiedenen Möglichkeiten von feindlichen Angriffen auf die Etappe der Roten Armee und ihrer Abwehr. Neben den üblichen Angriffsmitteln, wie Panzerwaffe, Kavallerie, Luftwaffe usw. werden die Möglichkeiten von „Banditismus und Aufständen in der Heeresetappe“ erörtert. Wir finden hier die nachstehenden aufschlußreichen Ausführungen:

„In der Periode der Verschärfung des Klassenkampfes schafft

1) Triandafilow, S. 52.

2) Triandafilow, S. 172.

3) Krieg und Revolution, Sept./Okt., S. 24, Moskau 1934 (russ.).



31. Schützen der Roten Armee

32. Eine bolschewistische Schneeschuh-Abteilung auf dem Marsch





33 und 34. An den Rückzugswegen der „Armee der Weltrevolution“



die Feindschaft der Klassen zu bestimmten Zeitpunkten in einzelnen Rayons und Abschnitten Bedingungen, unter denen die Bildung von Banden und das Umsichgreifen des Banditismus in der Heeresetappe möglich werden. Diese Banden können vom Gegner auf seinem eigenen Territorium gebildet und in unseren Rücken geworfen, sie können beim Rückzug zurückgelassen oder unmittelbar in unserem Rücken aus der eingessenen Bevölkerung – den Vertretern einer uns feindlichen Klasse – formiert werden, und für Aktionen entweder in engster Verbindung mit kleineren feindlichen Abteilungen, die in unseren Rücken durchgebrochen sind, oder als selbständige Einheiten bestimmt sein. Die Tätigkeit dieser Abteilungen, Kommandos und Banden wird nicht nur auf die Vernichtung einzelner Personen und Gruppen, sondern auch auf die Unterminierung und Desorganisation der Heeresetappe durch Brandstiftungen oder Vernichtung von Depots, Vorräten, Industrieunternehmen, auf die Beschädigung von Verkehrswegen, Brücken, des Nachrichtennetzes, von Elektrostationen, Vergiftung von Lebensmitteln und Brunnen, Verbreitung von falschen Gerüchten und die Agitation unter den Truppen und der einheimischen Bevölkerung gerichtet sein.“

In dieser Aufzählung fehlt kaum etwas von dem, was den einzelnen Sektionen der Komintern im Auslande im Falle eines Krieges mit der UdSSR. vorgeschrieben wird. Es ist eine natürliche Folge der kommunistischen Denkweise und des bolschewistischen Terrors, daß die UdSSR. im Kriege sich innenpolitisch aufs stärkste bedroht fühlen muß. Die Massenerschießungen in der UdSSR., die Massenabsetzungen von Funktionären, die massenweise Verschickung von „Klassenfeinden“ in die Zwangsarbeitslager, die Zwangsevakuierung der Bevölkerung aus den Grenzgebieten und viele andere ähnliche Maßnahmen stellen einen krampfhaften Versuch der Sowjetregierung dar, für den Kriegsfall ein „politisch zuverlässiges Hinterland“ durch die restlose Liquidierung aller der Stalinclique als unzuverlässig erscheinenden Elemente zu schaffen. Daß diese Versuche ein negatives Ergebnis zeitigen werden, kann an Hand der Vorgänge in der UdSSR. mit Bestimmtheit angenommen werden.

8. Kapitel. Die bolschewistische Propaganda im Kriege

1. Der allgemeine Charakter der bolschewistischen Kriegspropaganda

Die starke Berücksichtigung der politischen Seite des Krieges ist an sich keine nur für den Bolschewismus charakteristische Erscheinung. Jeder Staat wendet ihr seine Aufmerksamkeit zu und setzt sie in seine Berechnungen ein. Die besondere Eigenart der bolschewistischen Betrachtungsweise liegt in der überragenden Bedeutung, die den politischen Elementen des Krieges zugesprochen wird und in der Methode der Urteilsbildung. Das Prinzip des Klassenkampfes ist ihr ausschlaggebender Faktor.

Nach allem Gesagten erscheint es verständlich, daß dem politischen Propagandaapparat der Sowjetunion im Kriegsfall sehr weitgehende Sonderaufgaben zufallen müssen, bei deren Festlegung eine Beschränkung auf die eigene Armee und das eigene Hinterland nicht stattfinden kann. Die internationale Natur des Klassenkampfes bedingt es, daß die Kriegspropaganda eines Staates, der in seinem Namen den militärischen Kriegsschauplatz betritt, über die eigene Landesgrenze und über die eigene Front hinausgreifen muß.

Wenn der Krieg die Fortsetzung der Politik mit anderen Mitteln ist, so gilt das sinngemäß auch für die Kriegspropaganda. Sie ist eine Fortsetzung der bereits im Frieden betriebenen Propaganda und muß sich bei der Wahl ihrer Mittel den besonderen, durch den Kriegszustand bedingten Umständen anpassen. So kann man in der täglichen Propaganda der Sowjetunion bereits ganz deutlich die wichtigsten Elemente einer zukünftigen Kriegspropaganda erkennen. Die Rollen sind verteilt, Freunde und Feinde stehen fest. Die Parolen im Frieden sind in der Mehrzahl dazu bestimmt, für den Kriegsfall übernommen zu werden bzw.

dienen sie der Vorbereitung der Sowjetbevölkerung für die Kriegspropaganda.

So wie der Staat in Friedenszeiten bereits sich das Instrument für die Kriegführung, die Armee, schafft und für den Ernstfall schult, so bildet die Sowjetunion auch ihre politische Waffe bereits im Frieden aus, unter Berücksichtigung der für den Kriegsfall erforderlichen organisatorischen und „ideellen“ Voraussetzungen. Der bolschewistische Propagandaapparat umspannt den gesamten Sowjetstaat mit allen seinen militärischen, wirtschaftlichen und kulturellen Einrichtungen und unterhält im Frieden wie im Kriege für den Gebrauch im Ausland die Komintern mit ihren ausländischen Sektionen.

Im Falle eines bewaffneten Konfliktes der UdSSR. mit einem oder mehreren Staaten wird der gesamte Riesenapparat der bolschewistischen Propaganda auf die Bedürfnisse des Krieges eingestellt. Die am 15. November 1938 vom Zentralkomitee der Kommunistischen Partei verfügte völlige Umorganisation der Propaganda, die eine noch stärkere Konzentration und Kontrolle der Propaganda durch die Organe der Partei bezweckt, konnte als eine Maßnahme im Hinblick auf einen künftigen Krieg gewertet werden. Die durch Zusammenlegung der früheren Agitations- und Presseabteilung des Zentralkomitees neugeschaffene „Abteilung für Propaganda und Agitation“ unter Leitung des Leningrader Gebietssekretärs Shdanow ist somit zur Zentralstelle der gesamten Propaganda der UdSSR. sowohl im Inlande wie im Ausland auch für den Kriegsfall geworden. Die Ernennung Shdanows zeigt übrigens, welche Bedeutung man in der UdSSR. der Propaganda beimißt.

Daneben gibt es spezielle Propagandaorgane, die in besonderer Weise den Bedürfnissen des Krieges angepaßt sind und einen militärischen Charakter tragen. Das sind die Propagandaorgane der Roten Armee. Sie gehören zum politischen Apparat der Roten Armee und sind der Partei unterstellt.

Die Tätigkeit dieser Organisationen erstreckt sich sowohl auf die Offiziere und Mannschaften des eigenen Heeres, auf die Bevölkerung der eigenen Etappe, als auch auf die Armee

des Gegners und auf sein Hinterland. Die Sektionen der Komintern und die ausländischen Spionagezentralen der Sowjetunion, die miteinander vielfach verbunden oder identisch sind, arbeiten mit dem Propagandaapparat der Roten Armee eng zusammen.

Die technischen Mittel der Propaganda sind unbegrenzt und ergeben sich aus den jeweiligen Umständen. Ihr Ziel ist es, auf jede erdenkliche Weise den Keim der Zersetzung in die feindlichen Reihen zu tragen. Die politische Grundlage dieser Zersetzungsarbeit ist der Klassenkampf und alle anderen Gegensätze, die als vorhanden angenommen werden. Hierher gehören besonders nationale und religiöse Gegensätze, die in der bolschewistischen Kriegspropaganda eine große Rolle spielen.

Die nationalen Gegensätze werden bei solchen Kriegsgegnern angewandt, die eine national nicht einheitliche Bevölkerung besitzen und eine entsprechende Zusammensetzung der Armee aufweisen. Das Ausspielen der nationalen Minderheit gegen das Staatsvolk ist der Inhalt der bolschewistischen Zersetzungstaktik in solchen Fällen, wobei rein kommunistische Gesichtspunkte zurücktreten können. Die Spekulation geht hier nicht auf den Klassenkampf, der geschürt werden soll, sondern auf den nationalen Kampf, und selbst die „Bourgeoisie“ der nationalen Minderheit wird als Bundesgenosse in die bolschewistische Berechnung eingesetzt.

In solchen Fällen hütet sich die bolschewistische Kriegspropaganda streng, Parolen auszugeben, die diese „Bourgeoisie“ vor den Kopf stoßen könnten. Nicht die Enteignung, nicht die Organisation des Sozialismus, am allerwenigsten die proletarische Diktatur bilden hier den Inhalt der kommunistischen Agitation. Die Forderungen des Kommunismus werden vielmehr durch nationale Freiheitsparolen ersetzt, die in den nationalen Minderheiten des feindlichen Staates die Vorstellung erzeugen sollen, als kämpfe die Rote Armee für ihre nationale Befreiung von fremdem Joch.

Ganz ähnlich ist die bolschewistische Spekulation auf die vorhandenen religiösen Gegensätze in den Reihen des Gegners. Religiöse Gegensätze können naturgemäß nur dort vorhanden sein, wo es eine religiöse Bevölkerung gibt. In

einer anderen Bevölkerung können Gegensätze solcher Art nicht auftreten. Die bolschewistische Propaganda trägt deshalb hier zunächst keinen antireligiösen Charakter, wie es der grundsätzlichen Einstellung des Kommunismus entsprechen müßte, sondern versucht im Gegenteil durch Betonung der „religiösen Freiheit“ und durch andere Mittel, die Anhänger verschiedener Glaubensbekenntnisse gegeneinander auszuspielen.

In bäuerlichen Gegenden wird die Propaganda des Bolschewismus der besonderen Lage angepaßt. Einer bauernfeindlichen Einstellung, der Forderung der Enteignung des Landes und seiner Überführung in die Hände des Staates kann hier zunächst kein Raum gegeben werden. Die Parole lautet hier vielmehr, wie seinerzeit in Rußland: „Alles Land den Bauern.“ Es wird versucht, auf dieser Grundlage einen Klassengegensatz zwischen den Bauern und den Gutsbesitzern zu erzeugen.

In den Industriegebieten und in den Großstädten verkündet die bolschewistische Propaganda den Klassenkampf in seiner reinen Ausprägung. Die Industriegebiete und die Großstädte werden als die Hochburgen der kommunistischen Agitation angesehen, und es wird als selbstverständlich vorausgesetzt, daß das „Proletariat“ in den Reihen des Gegners sich der Roten Armee als seiner „Befreierin“ wesensverwandt fühlt. Wie weit die bolschewistischen Hoffnungen in dieser Beziehung gehen, hat uns der Abschnitt über die „Reserven jenseits der feindlichen Front“ deutlich gezeigt.

Zusammenfassend kann man über den allgemeinen Inhalt der bolschewistischen Kriegspropaganda feststellen, daß sie durch keinerlei Hemmungen ideologischer Art eingeschränkt ist, und daß ihr jedes Mittel recht ist, das einen Erfolg zu versprechen scheint.

2. Agitation und Propaganda in der Bevölkerung

Die Propaganda innerhalb der Bevölkerung der von der Roten Armee besetzten Gebiete wird zunächst als eine der vordringlichsten Aufgaben angesehen. Degtjarew betont diese Wichtigkeit besonders stark und verweist in diesem

Zusammenhang auf die Erfahrungen des Bürgerkrieges in Rußland.

Es ist bekannt, daß der Sieg der Roten nicht durch ihre militärische Tüchtigkeit, sondern in erster Linie durch die bolschewistische Agitation und Propaganda errungen wurde, der die Weißen nichts Ebenbürtiges gegenüberzustellen hatten. Daraus ziehen die Bolschewisten noch heute den Schluß, daß sie auch im Kriege gegen eine auswärtige Macht die Sympathie der eigenen und der fremden „werkstätigen“ Bevölkerung auf ihrer Seite haben würden. Auf dieser Annahme basiert zum großen Teil die für den Kriegsfall vorgesehene Propaganda.

Immerhin werden die eigene und die fremde Bevölkerung nicht ohne weiteres identifiziert. Degtjarew hebt ausdrücklich hervor, daß zwischen den einen und den anderen ein Unterschied gemacht werden müßte. Auf dem Territorium der UdSSR. gibt es bereits „normal funktionierende Organe der Sowjetmacht“, worunter wir den gewaltig ausgebauten bolschewistischen Macht- und Terrorapparat zur Unterdrückung der Volksmassen verstehen müssen. In dem von der Roten Armee besetzten Feindesland sieht es in dieser Beziehung anders aus. Die ersten Aufgaben in den eroberten feindlichen Gebieten skizziert Degtjarew folgendermaßen¹⁾:

„Eine ganz andere Lage herrscht in dem Gebiet, das gerade vom kapitalistischen Regime befreit wird. Hier müssen die Sowjetorgane erst geschaffen werden, indem der Masse der Werktätigen gleichzeitig eine Vorstellung von den Grundvoraussetzungen der Sowjetmacht beigebracht wird. Von den ersten Schritten zur Organisierung der Sowjetmacht an wird man hier mit einer Reihe wichtigster politischer und wirtschaftlicher Maßnahmen zur Vernichtung der kapitalistischen Herrschaft und der Unterdrückung des unvermeidlichen Widerstandes seitens kapitalistischer Elemente beginnen müssen. In der politischen Propaganda und Agitation wird man mit einem anderen Niveau der politischen Entwicklung der werktätigen Massen zu rechnen haben, das eine andere

¹⁾ Degtjarew, „Die politische Arbeit in der Roten Armee in Kriegszeiten“, S. 92.

Einstellung und andere Methoden der Agitation und Propaganda erfordern wird.“

Für die Erfüllung aller Aufgaben in den von der Roten Armee im Kriege besetzten Gebiete, ganz gleich, ob auf eigenem oder auf feindlichem Boden, wird die Bildung von besonderen „Revolutionären Komitees“ mit enger Verbindung zur Roten Armee als notwendig erachtet. Innerhalb der UdSSR. können diese von den bestehenden Sowjetorganen konstituiert werden. In Feindesland hingegen rechnet Degtjarew mit der Möglichkeit der Bildung von „Revolutionären Komitees“ aus den Reihen der dortigen Bevölkerung unter Ausnutzung der vorhandenen illegalen kommunistischen Organisationen. Damit wird erneut eindeutig bewiesen, für welchen Zweck der ganze Apparat der Komintern mit ihren ausländischen Sektionen in Friedenszeiten aufgebaut und unterhalten wird. Die Aufgabe des genannten Komitees ist die Unterstützung der Roten Armee in jeder Beziehung und besonders: „... die politische Aufklärung der werktätigen Massen, die Erläuterung der Grundlagen der Sowjetpolitik, die Entlarvung des kapitalistischen Betruges ...“

Daneben haben die politischen Organe der Roten Armee wichtige Aufgaben innerhalb der Bevölkerung des besetzten Gebiets zu leisten. Zu diesem Zweck wird empfohlen, aus den Reihen der politischen Organe der Roten Armee besondere Abteilungen und Ausschüsse auszusondern, denen die agitatorische und propagandistische Bearbeitung der Bevölkerung als Spezialaufgabe übertragen werden soll. Auf diese Weise entsteht ein Spezialapparat, der sich elastisch der Heeresorganisation anpaßt.

Die politische Propagandaarbeit in den Reihen der feindlichen Bevölkerung des besetzten Gebietes, die vom politischen Apparat der Roten Armee unmittelbar ausgeht, ist darauf ausgerichtet, „den wahren Sinn des Krieges, seinen Klassencharakter zu zeigen und die eigentlichen Absichten des Gegners zu enthüllen¹⁾.“ Dabei soll die Rote Armee, das

¹⁾ Triandafilow, Der Charakter der Operationen der modernen Heere, S. 177, Moskau 1929 (russ.).

ist eine allgemein erhobene und immer wieder betonte Forderung, durch ihr Beispiel wirken. Den Werktätigen der feindlichen Bevölkerung soll demonstriert werden, daß die Rote Armee etwas anderes darstelle als die „Armee der Bourgeoisie“. Deshalb wird auf die gegenseitigen Beziehungen zwischen der Bevölkerung der besetzten Gebiete und den roten Truppen besonders großer Wert gelegt. „Eine gewaltige Arbeit lastet auf dem politischen Apparat in Richtung der Sowjetisierung der eroberten feindlichen Gebiete.“ Triandafilow verweist darauf, daß im Falle günstiger Umstände eine siegreiche Offensive im Verlauf von 3–4 Wochen bei einer Frontbreite von etwa 200–300 km und bei entsprechender Tiefe zur „Befreiung“ von großen Gebieten führen könne, die ihrem Umfang nach kleinen Staaten bzw. großen Provinzen gleichkommen würden. Diese müßten in der kurzen Frist von weiteren 2–3 Wochen „sowjetisiert“ werden. Was „Sowjetisierung“ bedeutet, das hat uns der bolschewistische Bürgerkrieg in Rußland und in Spanien mit eindringlicher Überzeugungskraft gezeigt. Er bedeutet eine Massenabschlachtung der „Klassenfeinde“, einen fürchterlichen Terror in der ganzen Bevölkerung, Enteignung, Raub und Mord. An dieser lebendigen Praxis des Bolschewismus, die ewigen Eingang in die Geschichte gefunden hat, kann die Bevölkerung aller der „Befreiung“ durch die Rote Armee unterliegenden Gebiete ermessen, welchem Schicksal sie im Falle eines siegreichen Vormarsches der bolschewistischen Heerhaufen entgegensehen darf.

3. Die Propagandaarbeit an der Front

Entscheidend für die Agitation und Propaganda des Bolschewismus im Kriege sind die militärischen Ergebnisse, die von ihrer Wirkung erwartet werden. Wenn die reinen Politiker der UdSSR. jede Art der politischen Arbeit, auch die Kriegspropaganda, mit allgemeinen weitgehenden politischen Kombinationen zu verbinden pflegen, so besitzt sie für die reinen Militärs eine wesentlich enger begrenzte Bedeutung. Für die Militärs der Sowjetunion ist die politische Propaganda in erster Linie ein Hilfsmittel der allgemeinen

Kriegführung, dazu bestimmt, militärische Erfolge der Armee zu erleichtern. So erklärt sich die Taktik der politischen Propaganda mit ihren sehr verschiedenartigen, den jeweiligen besonderen Umständen angepaßten Parolen als ein Teil der allgemeinen Kriegführung.

Die Strategie und die Taktik der bolschewistischen Revolution, die wir in ihrer Anwendung auf die allgemeine Politik kennengelernt haben, paßt sich insofern den konkreten Bedürfnissen des Krieges vorzüglich an. Sie ermöglicht es, in jedem Einzelfall die ideologische Begründung für alle zu ergreifenden Maßnahmen zu finden und die „Generallinie“ der Kommunistischen Partei auf die jeweiligen Umstände zuzuschneiden.

Das Problem der unmittelbaren politischen, d. h. propagandistischen und agitatorischen Einwirkung auf den Gegner an der Front, also auf die feindliche Fronttruppe, beschäftigt die Theoretiker der Roten Armee besonders stark. In dieser Beziehung begegnet man teilweise einem grenzenlosen Optimismus, der auf unmittelbaren Schlußfolgerungen aus dem Bürgerkrieg basiert, andererseits aber auch einer gewissen Zurückhaltung. Das letztere gilt insbesondere für die eigentlichen militärischen „Spezialisten“ der Roten Armee.

Der uns bereits bekannte Degtjarew gehört zur ersten Kategorie. Für ihn scheint es eine feststehende Tatsache zu sein, daß im Kriegsfall nicht nur die „Reserven hinter der Front des Gegners“ wirksam in Erscheinung treten würden (wie bereits ausgeführt wurde), sondern daß auch keine der feindlichen Armeen der „Bourgeoisie“ dem Anprall der bolschewistischen Agitation und Propaganda standhalten könne.

Degtjarew entwickelt ein ganzes System von Möglichkeiten der praktischen Einwirkung auf die feindliche Truppe. An erster Stelle erwähnt er die Propaganda durch Drucksachen aller Art (Flugblätter, Zeitungen, Broschüren, Plakate usw.). Hierher gehören auch „Passierscheine“ mit der Aufforderung, zur Roten Armee überzulaufen. Die Verbreitung dieses Materials denkt er sich im wesentlichen durch Abwurf von Flugzeugen und durch Vermittlung der Bevölkerung in der

Kriegszone, wobei er in seinem Optimismus scheinbar ohne weiteres unterstellt, daß die Bevölkerung mit Begeisterung ihren Kopf riskieren wird, um den Propagandisten der Roten Armee eine Gefälligkeit zu erweisen. Weiter geht Degtjarew auf die Flüsterpropaganda in der feindlichen Armee ein, die er für besonders wirksam hält, und die ebenso wie die individuelle Agitation von den als vorhanden angenommenen illegalen kommunistischen Zellen in den Reihen des Gegners ausgehen soll. Er erörtert ferner die Möglichkeiten der mündlichen Einwirkung auf den Gegner aus den vordersten Stellungen usw.

Als das Ziel dieser Agitation und Propaganda bezeichnet Degtjarew die völlige Zersetzung der feindlichen Armee und ihre „Umwandlung aus einer Waffe der Bourgeoisie in eine Waffe der werktätigen Massen“. Dieses Ziel ist in seinen praktischen Auswirkungen identisch mit der Leninschen Forderung der „Umwandlung des imperialistischen Krieges in einen Bürgerkrieg“. Die zersetzte feindliche Armee soll letzten Endes ihre Waffen zusammen mit der siegreichen Roten Armee „gegen die eigene Bourgeoisie“ wenden. Es sind die uns aus anderen Zusammenhängen nur zu gut bekannten Phrasen.

Für die Einstellung der militärischen „Spezialisten“ der UdSSR. sind die wesentlich kühleren und vorsichtigeren Ausführungen des mehrfach erwähnten Triandafilow über die politische Propaganda im Kriege bezeichnend: „Die richtig betriebene Agitation und Propaganda innerhalb der feindlichen Armee, ihre reguläre und hartnäckige Durchführung kann für die siegreiche Beendigung des Krieges große Bedeutung haben¹⁾.“ Wird hier auch die Bedeutung der Propaganda als Mittel der Kriegführung durchaus anerkannt, so wird doch vermieden, in den Fehler ihrer vorbehaltlosen Überbewertung zu verfallen.

Triandafilow erwähnt im Zusammenhang einer Untersuchung über die Qualität der Heere auch die Klassen- und die nationalen Gegensätze. Es ist jedoch typisch für seine Art,

¹⁾ Triandafilow, Der Charakter der Operationen der modernen Heere, S. 175, Moskau 1929 (russ.).

an die Probleme mehr oder weniger rein militärisch heranzugehen, daß Parolen wie „Verwandlung des imperialistischen Krieges in einen Bürgerkrieg“ bei ihm als eine fast ungewollte Konzession an die Sowjetmentalität erscheinen.

Im Hinblick auf die beim Gegner möglichen Gegensätze sagt Triandafilow folgendes über die Sowjetpropaganda:

„Der Gegner wird versuchen, durch seine Agitation und Propaganda diese Gegensätze zu glätten . . ., den Bürgerfrieden im Lande und in seiner Armee zu erhalten. Die Aufgabe unserer Agitation und Propaganda ist es – die eigentlichen Kriegsziele unseres Gegners zu entlarven, vor den Soldaten den Klassencharakter des Krieges aufzudecken, an konkreten Beispielen zu zeigen, in wessen Interesse der Krieg geführt wird . . . Diese Aufgabe hat einen ungeheuren Umfang und erfordert eine Organisation in staatlichem Maßstabe. Die Wege des Eindringens in die Tiefe der feindlichen Heere sind verschieden. Für den richtigen Aufbau der Arbeit im Massenmaßstab bedarf es einer systematischen und ununterbrochenen Aufklärung in der Tiefe des feindlichen Hinterlandes. Die technische Organisation der Propaganda erfordert zahlreiche Mittel (Literatur in der Sprache des Gegners, Zusammenstellung und Vervielfältigung dieser Literatur, ihre Zustellung in das feindliche Gebiet, ihre Verbreitung). Deshalb wird diese Arbeit in der Regel unmittelbar von der Staatsgewalt organisiert.“

Der an der Front wirkende bolschewistische Propagandaapparat muß die einzelnen feindlichen Abschnitte zu erfassen suchen. Diese auf die unmittelbare Einwirkung auf die gegenüberliegenden Truppenteile des Gegners gerichtete Arbeit gewinnt besonderes militärisches Interesse. Triandafilow betont die Notwendigkeit, die Klassen- und die nationale Zusammensetzung der einzelnen Formationen des Gegners festzustellen, ihre moralische Verfassung und politische Stimmung aufmerksam zu verfolgen und die Propagandaarbeit entsprechend durchzuführen. Der Verfasser äußert die Ansicht, daß eine geschickt und zweckmäßig durchgeführte Propaganda im Zusammenhang mit anderen Gegebenheiten der militärischen Lage unter Umständen

günstige Voraussetzungen für die Führung eines entscheidenden Schlages gegen den Feind schaffen können. Er hebt besonders hervor, daß gegen moralisch und politisch wankelmütige feindliche Truppen erfolgreiche Angriffe mit verhältnismäßig geringen Kräften angesetzt und durchgeführt werden können. Gleichzeitig hebt er die Bedeutung von militärischen Erfolgen an der Front für die weitere Organisation der politischen Propagandaarbeit hervor. Die politische und propagandistische Auswertung von militärischen Erfolgen, das dauernde Zusammenwirken zwischen den militärischen und den politischen Kriegshandlungen sieht er als ein Mittel an, um im Endergebnis eine völlige physische und moralische Vernichtung des Gegners herbeizuführen.

4. Die Propaganda in der Etappe und im Hinterland des Gegners

Die Propaganda in der feindlichen Etappe wird im allgemeinen von den gleichen politischen Voraussetzungen ausgehen wie die Propaganda an der Front. Ihr Wirkungskreis hingegen ist bedeutend größer, und ihre konkreten Ziele sind allgemeiner und umfassender, als bei der Propaganda innerhalb der Fronttruppen.

Auch die Propaganda in der Etappe besitzt eine militärische Seite, insofern als sie die feindlichen Etappenformationen und die in der Etappe befindlichen Heeresreserven usw. zum Gegenstand ihrer Arbeit macht. Außerdem wirkt sich die moralische und politische Zersetzung der Etappe unmittelbar auf die Front aus.

Daneben weist die Propaganda in der Etappe auch eine andere, sozusagen „zivilistische“ Seite auf. Sie geht unmittelbar auf die „privaten“ und individuellen Interessen des Einzelnen oder bestimmter Gruppen der Bevölkerung ein. Die wirtschaftlichen Folgen des Krieges, die Lücken, die der Krieg in die einzelne Familie reißt und zahllose andere Erscheinungen, die mit dem Krieg zusammenhängen, bilden die Ansatzpunkte für die propagandistische Kleinarbeit, die von dieser Grundlage ausgehend schließlich zu allgemeinen politischen Zielsetzungen gelangt und demoralisierend auf die Bevölkerung einwirkt.

Im modernen Krieg kann die Grenze zwischen „Etappe“ und „Heimat“ nicht mehr so gezogen werden, wie dies im Weltkrieg noch möglich war. Durch den großen Wirkungsbereich der Luftwaffe z. B. wird die „Front“ in gewissem Sinne über die Etappe weit hinaus bis in die Heimat ausgedehnt. Das gilt besonders von kleineren Staaten bzw. von solchen Staaten, die infolge ihrer geographischen Lage von verschiedenen Fronten her Luftangriffen ausgesetzt sind, die bis in ihr Zentrum hineinreichen können.

Dazu kommt, daß der moderne Krieg eine Mobilisation aller Kräfte der Nation in solchem Umfange erforderlich macht, daß praktisch fast die gesamte Bevölkerung in einem gewissen Sinne zum „Kriegsteilnehmer“ wird. Demzufolge wird noch mehr als in der Vergangenheit jeder einzelne Staatsbürger zum Mitträger der Landesverteidigung.

Die bolschewistische Propaganda setzt sich daher das Ziel, über die eigentliche Etappe hinaus im ganzen Hinterland des Kriegsgegners wirksam zu werden. Ihre Aufgabe erblickt sie darin, die „privaten“ Interessen des Einzelnen gegen die Interessen der Allgemeinheit zu organisieren – eine Methode, die aus der Praxis des Kommunismus hinreichend bekannt ist. Das ganze Prinzip des Klassenkampfes läuft ja letzten Endes auf nichts anderes hinaus, als durch einen Appell an den „inneren Schweinehund“ im Menschen diesen zu einem Werkzeug des Bolschewismus zu machen.

Die rein militärischen Gesichtspunkte verlieren in dieser Breitenausdehnung an spezifischem Gewicht. Gleichwohl bleiben sie letzten Endes im Hintergrunde immer wirksam, da jede Schwächung des Gegners durch politische und moralische Zersetzung der „Etappe“ oder der „Heimat“ Rückwirkungen auf die militärische Lage an der Front haben muß.

Die Propaganda in der Bevölkerung der noch im Besitz des Gegners befindlichen Gebiete unterliegt den höheren Instanzen des politischen Apparates der Roten Armee bzw. anderen Propagandaorganisationen der UdSSR. Hierher gehört auch die Arbeit in der feindlichen Etappe und im ganzen übrigen Hinterland des feindlichen Staates.

Der Aufbau der Propagandaorganisation im Rücken des Gegners erfolgt bereits in Friedenszeiten. Ihre hauptsächlichsten Stützpunkte sind die ausländischen Sektionen der Komintern, d. h. die kommunistischen Parteien in den einzelnen Ländern. Bereits in Friedenszeiten werden die Angehörigen dieser Organisationen in allen Fragen der Kriegspropaganda unterwiesen und es werden für sie feststehende Richtlinien ausgegeben, an die sie sich zu halten haben.

Ein eindrucksvolles Beispiel, wie diese Art der Kriegsvorbereitung der Sowjetunion aussieht, bietet die im Jahre 1923 in Deutschland herausgegebene Propagandaschrift „Die Rote Armee“, in der ein gewisser I. Kowrow folgende praktische Anweisungen für die „Agitations- und Propagandaarbeit als Mittel der Zersetzung des Gegners“ gibt:

„Wenn wir die Möglichkeit der Betreibung der Agitationsarbeit in der Zukunft betrachten, so müssen wir ihre Durchführung unter einer Bevölkerung, die nicht die unsere ist, und auf einem Territorium, das nicht uns gehört, skizzieren. Der Moment der langen Atempause gestattet es uns gegenwärtig, uns mit dieser Frage zu beschäftigen. Versuchen wir in kurzen Zügen jene Formen zu skizzieren, innerhalb derer man die Arbeit wird betreiben können.

Die politischen Organe müssen im Hinblick auf unsere möglichen Gegner die klassenmäßige und nationale Zusammensetzung der betreffenden Kriegsschauplätze, ihre politische Organisation und die Partei- und Gesellschaftsgruppierungen, die in ihnen bestehen, sorgfältig kennenlernen. Die Fabrik- und Werkzentren müssen besonders eingehend beleuchtet werden. Es muß festgestellt werden, welche Fragen die Bevölkerung im besonderen beschäftigen, in welchem Maße die Unzufriedenheit mit den Regierungsorganen wächst, und zwar in bezug auf welche; welcher Art die gegenseitigen Beziehungen zwischen den verschiedenen Bevölkerungsgruppen sind, sowie auch eine ganze Reihe von Fragen des sozialen alltäglichen Lebens der Bevölkerung.

Mit besonderer Sorgfalt müssen die Organisationen festgestellt werden, die ideell mit uns sympathisieren und umgekehrt auch die reaktionären. Notwendig ist auch die rechtzeitige Schaffung von Literaturbasen. Diese Literatur muß auf Grund jener Daten zusammengestellt werden, die sich aus dem Studium des Kriegsschauplatzes ergeben. Es ist erwünscht, für jede Heeresorganisation eine besondere Methode zu haben. Die Literatur, die für die Soldaten geeignet ist, wird es nicht für die Bauernmassen sein und umgekehrt. Diese Literatur darf keinen allzu allgemeinen Inhalt haben, sofern der Gegner seine Truppenmassen aus dem Element ergänzt, das in bedeutendem Maße unter dem Einfluß der bürgerlichen Ideologie und ihrer Agitation steht.

Konkrete Beispiele von den Gewalttaten der Bourgeoisie in diesem oder jenem Rayon, über die Schikanierung der werktätigen Bevölkerung müssen den Inhalt der Literatur bilden. Die Vertrautmachung mit dem Wesen der Sowjetmacht und ihren Aufgaben in jedem Kriege muß ebenda nebenher durchgeführt werden. Es müssen im voraus jene Punkte festgesetzt werden, durch die die Literatur aus den entsprechenden politischen Verwaltungen der Roten Armee hinter die Front des Gegners weitergeleitet werden wird, während von dort Informationen zu uns gelangen werden.

Während des verflossenen Bürgerkrieges wurde von uns die Ausstreuung sog. Passierscheine praktiziert, auf denen darauf hingewiesen war, daß jeder, der mit diesem Schein auf die Seite der Sowjetmacht übergehen werde, freundschaftlich aufgenommen werden würde. Im vergangenen Kriege wurden sie von Flugzeugen abgeworfen. In Zukunft muß der Empfang solcher Scheine durch die Truppen des Gegners vom Rücken der Front her organisiert werden.

Besonders sorgfältig muß die Arbeit der Schaffung von Stützpunkten, von Kadern, von Partisanenabteilungen für die Herstellung der Verbindung mit jenem Gebiet des Sowjetlandes durchgeführt werden, das sich an die Grenzen der bürgerlichen Staaten anschließt, und im Augenblick des Rückzuges muß dieser ganze Apparat in Tätigkeit gesetzt werden.

Bei Rückzügen ist es notwendig, daß die Parteiorganisationen inmitten der geheimen Komitees Genossen aus der Mitte des Militärs zurücklassen, wofür die politische Verwaltung vielleicht spezielle Leute wird aussondern müssen. Das Schwergewicht der Arbeit der Geheimkomitees muß auf die Truppen des Gegners verlegt werden.

Diese ganze Arbeit wird nur dann günstige Resultate ergeben, wenn die politische Linie die richtige sein wird . . . Im künftigen Krieg werden wir es mit einem Gegner zu tun haben, der uns an Technik überlegen ist, und darum ist es notwendig, daß wir in politischer Hinsicht stärker sind. Unsere Agitations- und Propagandaarbeit wird, indem sie die Etappe des Gegners zersetzt, ihn daran hindern, die werktätigen Massen zu mobilisieren . . .

Für die politische Arbeit im Rücken des Gegners ist es notwendig, die Streifzüge der Reiterei auszunützen. Die politische Organisation dieser Streifzüge muß sehr sorgfältig vorbereitet werden. Hier eröffnen sich große Möglichkeiten für eine ausgedehnte agitatorisch-propagandistische Kampagne. Das Wichtigste ist, durch diese Streifzüge eine Stimmung unter der Bevölkerung zu schaffen, bei der diese begreift oder richtiger selbst sieht, daß der Kampf nur der Bourgeoisie und ihrer Armee gilt . . . Die werktätige Masse selbst ist nach Möglichkeit zur gerichtlichen Aburteilung von Vertretern der Bourgeoisie hinzuzuziehen. Diese Hinzuziehung wird eine Situation schaffen, bei der eine ganze Reihe von Orten sich aktiv am Kampf gegen die Bourgeoisie zusammen mit uns beteiligen wird, und die Momente militärischer Gewalt von seiten der Roten Armee werden bedeutend gemildert werden . . .“

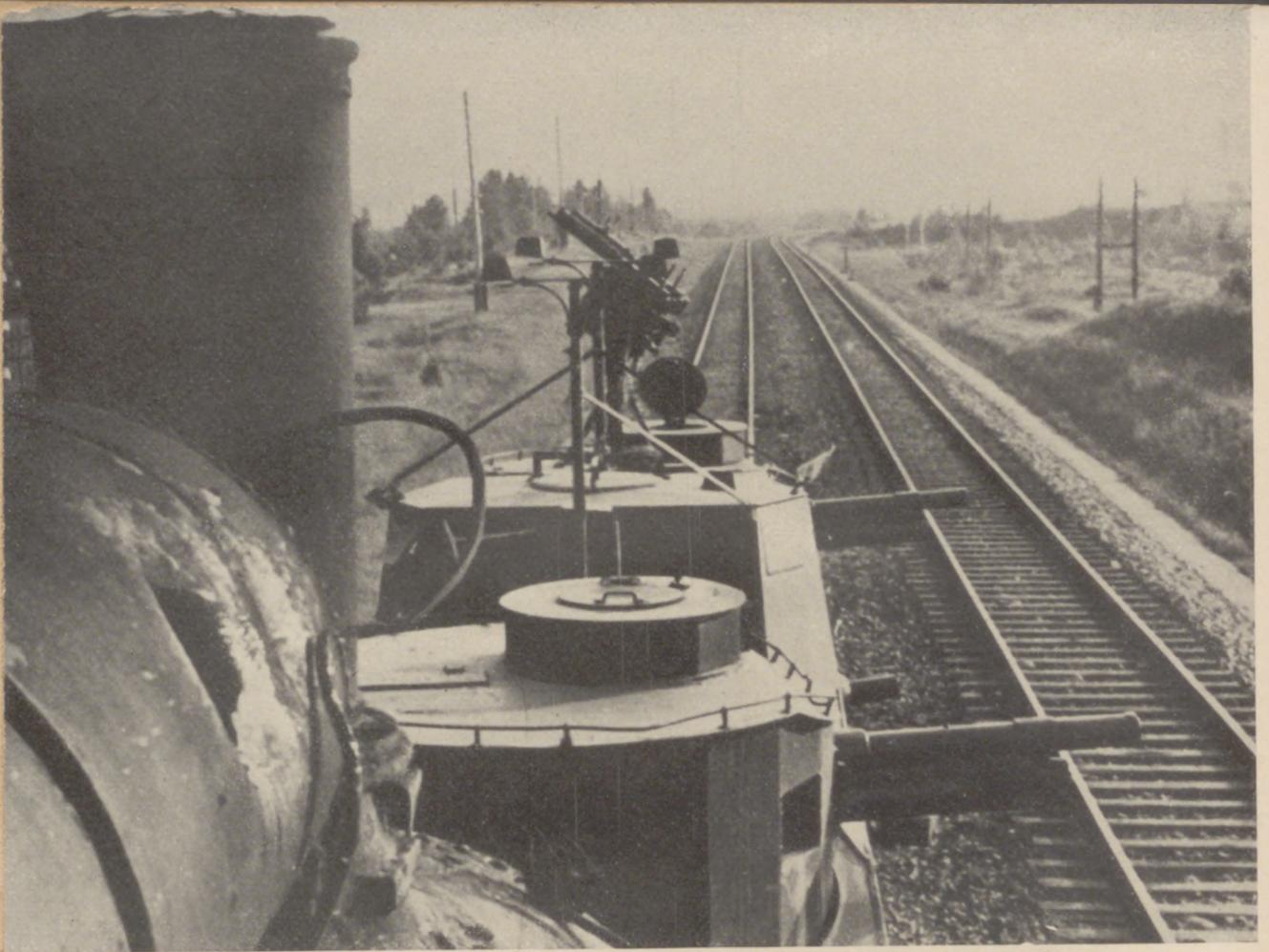
„Alle Nachrichten, die über die Durchführung der Agitations- und Propagandakampagne in die politische Verwaltung der Roten Armee gelangen werden, müssen aufmerksam berücksichtigt und vom militärischen Kommando aus benutzt werden.

Die kurze schematische Übersicht der Richtung der künftigen Arbeit der politischen Organe auf dem Gebiet der Zersetzung des Gegners und seiner Etappe muß mit dem Hinweis auf die sorgfältige Auswahl von Genossen für die Durchführung



35 und 36. Zerschossene Panzerwagen der Roten Armee





37. Zerstörter Panzerzug der Bolschewisten

38. Das Ende eines bolschewistischen Flugplatzes



dieser Arbeit und die Konzentration derselben im engen zuverlässigen Kreise abgeschlossen werden¹⁾.“

Diese Sowjetrichtlinien mit ihren eindeutigen Angaben zur Organisierung des Landesverrates, der Fahnenflucht und des bewaffneten Partisanenaufstandes gegen den eigenen Staat durften zur Zeit der Weimarer Republik unter den Augen eines Konsortiums, das sich die anspruchsvolle Bezeichnung „Deutsche Reichsregierung“ zugelegt hatte, öffentlich bei uns verbreitet werden!

Wenn man auch den praktischen Wert der empfohlenen Maßnahmen stärkstens bezweifeln darf – der Einfluß des bolschewistischen Bürgerkrieges in Rußland ist hier unverkennbar – so ist doch die allgemeine Tendenz dieser Richtlinien der Beachtung wert. Sie stellen ein anschauliches Beispiel für die praktischen Formen dar, die die bolschewistische Propagandaarbeit im Kriege nach dem Willen ihrer Urheber annehmen soll.

Das Problem, hinter die Front des Gegners zu gelangen und Propagandamaterial dorthin zu schaffen, wird dabei der schwierigste Teil der technischen Durchführung dieser Absicht sein. Die Bedeutung, die man in der Roten Armee dem Fallschirmabsprung vom Flugzeug beilegt, ist u. a. mit der Kriegspropaganda in Zusammenhang zu bringen. Im Dienste der Kriegspropaganda sollen auf diesem Wege Agenten und Propagandamaterial in die feindliche Etappe geschafft werden.

5. Lenins „Felddienstordnung für den bewaffneten Aufstand“

Letztes Ziel jeder bolschewistischen Propaganda ist die „Verwandlung des imperialistischen Krieges in einen Bürgerkrieg“, der bewaffnete Aufstand, der Sturz der vorhandenen Regierungsgewalt.

In der Kriegsdoktrin des Bolschewismus wird dem Bürgerkrieg, wie wir wissen, eine hervorragende Stelle eingeräumt. Er ist die eigentliche für den Bolschewismus typische Form des bewaffneten Kampfes. Deshalb kann eine Betrachtung

¹⁾ I. Kowrow, Die Agitations- und Propagandaarbeit als Mittel der Zersetzung des Gegners. In: Die Rote Armee, S. 111/112. Hamburg 1923.

über den Charakter des modernen Krieges, wie er sich uns im Spiegel der bolschewistischen Anschauung darstellt und über die bolschewistische Propaganda im Kriege, nicht ohne ein Eingehen auf die praktische Seite des Bürgerkrieges abgeschlossen werden.

Es ist sehr charakteristisch für die Sowjetunion, daß die Probleme des Bürgerkrieges in der UdSSR. einen Teil der Militärwissenschaften darstellen. Der Bürgerkrieg wird von Militärakademikern mit den gleichen „wissenschaftlichen“ Mitteln untersucht wie jeder andere Krieg.

Die Sektion zum Studium von Kriegsproblemen an der Kommunistischen Akademie in Moskau gibt unter ihren militärwissenschaftlichen Veröffentlichungen Arbeiten heraus, die speziell allen Fragen des bewaffneten Aufstandes und des Bürgerkrieges gewidmet sind. Darunter befindet sich eine im Jahre 1931 veröffentlichte Untersuchung, die zu einem beträchtlichen Teil den kommunistischen Aufständen im Januar und im März 1919 in Berlin und der „Niederlage des deutschen Proletariats im Oktober 1923“ gewidmet ist. Diese Veröffentlichung verdient unser Interesse im Hinblick auf den von der Sowjetpolitik ins Auge gefaßten konkreten Fall, wenn im Zuge eines revolutionären Angriffskrieges gegen eine beliebige andere Macht der siegreiche Vormarsch der Roten Armee die „Sowjetisierung“ eines eroberten Gebietes ermöglichen würde bzw. wenn es der Sowjetpropaganda gelingen würde, im Lande des Gegners einen Bürgerkrieg zu entfesseln.

Als Einführung zu der erwähnten Arbeit dient ein Aufsatz über die Einstellung Lenins zum bewaffneten Aufstand, in dem die Eroberung der Macht als „die nächste Aufgabe des internationalen Proletariats“ bezeichnet wird. Ein Hinweis auf die politische Entwicklung in China und in Indien, auf die kommunistischen Massenaktionen, Generalstreiks und bewaffneten Aufstände in einer Reihe von Ländern nach dem Weltkrieg endet mit folgenden charakteristischen Feststellungen:

„Alles das sind nur Proben, Vorbereitungen zu den entscheidenden Kämpfen für die Diktatur des Proletariats, die

mit unerbittlicher historischer Unvermeidlichkeit immer näher und näher rücken. Gleichzeitig damit gewinnen auch die Fragen des bewaffneten Aufstandes als des einzigen Mittels, das unmittelbar zur Ergreifung der Macht führt, eine immer größere Bedeutung und erfordern größte Aufmerksamkeit und Erforschung, sowohl vom theoretischen als auch vom praktischen Gesichtspunkt¹⁾).

Die kommunistischen Aufstände in Deutschland in den Jahren 1919 und 1923 sind bekanntlich niedergeschlagen worden. Die Untersuchungen der vorliegenden Veröffentlichung verfolgen den Zweck, die eigentlichen Ursachen der kommunistischen Niederlagen festzustellen und den militärischen Leitern der für den Bürgerkrieg bestimmten kommunistischen Organisationen (im Jahre 1931!) Erfahrungsmaterial darüber zu geben, wie in künftigen Fällen vorgegangen werden soll.

Es werden daher alle politischen und militärischen Einzelaktionen, sowie die Anlage des Gesamtplanes des bewaffneten Aufstandes einer kritischen Betrachtung unterzogen. Das Endergebnis ist die Feststellung, daß die erlittenen Mißerfolge in erster Linie mit falscher Führung zu erklären seien.

Es unterliegt keinem Zweifel, daß der von den Kommunisten im Jahre 1933 geplante und nur durch die nationalsozialistische Erhebung verhinderte bewaffnete Aufstand nach den in der zitierten Veröffentlichung angegebenen Richtlinien verwirklicht werden sollte.

Lenin hat schon in der Zeit der Revolution des Jahres 1905 eine Art „Felddienstordnung des bewaffneten Aufstandes“ aufgestellt. Diese zunächst für die Praxis des Bürgerkrieges in Rußland bestimmt gewesenen Richtlinien werden in der Veröffentlichung der Kommunistischen Akademie in Moskau noch als grundlegend „für alle Parteien des Westens und des Ostens“ anerkannt. Es wird lediglich die Notwendigkeit betont, die Besonderheiten der jeweiligen Lage vor allem in militärischer Beziehung sinngemäß in Betracht zu ziehen.

¹⁾ Studien zur Geschichte der bewaffneten Aufstände, Bd. II, S. 5, Moskau 1931 (russ.).

Typisch für Lenins Einstellung und bemerkenswert in dem Zusammenhang, in dem wir diese Dinge hier betrachten, sind seine Anweisungen für die praktische Kampfführung.

Der bewaffnete revolutionäre Kampf ist für ihn nicht nur ein Mittel zur unmittelbaren Machtergreifung. Noch bevor dieser spezielle Fall gegeben ist, bedarf es der Ausbildung der revolutionären Kampfabteilungen, die grundsätzlich im Rahmen von praktischen Aktionen erfolgen soll. Die kommunistischen Kampfabteilungen sollen Einzelaufgaben zugewiesen erhalten, über deren Charakter ein Brief Lenins vom 29. September 1905 an den Petersburger Kampfausschuß keinen Zweifel läßt, und in dem folgende praktische Möglichkeiten vorgesehen werden: Ermordung von „Spitzeln“, Sprengung von Polizeirevieren, Überfälle auf Banken zwecks „Konfiskation“ von Geldmitteln für den Aufstand usw.¹⁾ Indem Lenin die Notwendigkeit des unverzüglichen Handelns unterstreicht, sagt er beruhigend: „Fürchtet solche Probeüberfälle nicht.“

Lenin betont ferner, daß auch unbewaffnete Abteilungen im Bürgerkriege eine wichtige Rolle spielen könnten. Ihre Kampfmethoden hätten einen besonderen Charakter. Lenin sieht u. a. vor: Leitung der Massen, Überfälle aus dem Hinterhalt auf Polizeibeamte oder auf versprengte Angehörige der Wehrmacht, Befreiung von verhafteten Revolutionären, Abtransport von Verwundeten „in den Fällen, wenn die Polizeikräfte nur schwach sind“. Schließlich empfiehlt er im Straßenkampf in den Großstädten die Besetzung der oberen Stockwerke und der Dächer der Häuser, von wo aus die Truppen „mit Steinen beworfen, mit kochendem Wasser übergossen“ werden sollen usw.²⁾

Wir veröffentlichen diese Anweisungen an dieser Stelle, weil sie eine Vorstellung davon geben, von welchem Standpunkt aus die maßgeblichen Vertreter der UdSSR. an die Verwirklichung ihrer Ziele herangehen. Wir betonen noch einmal, daß diese Anweisungen Lenins im Jahre 1931 von einer für die theoretische Ausarbeitung der Grundlagen der Sowjet-

¹⁾ Vgl. ebenda, S. 14.

²⁾ Ebenda, S. 15.

propaganda sehr maßgebenden Stelle ausdrücklich als auch für den gegenwärtigen Gebrauch im Auslande (!) bestimmt bezeichnet worden sind. Von diesen Anweisungen ist von den ausländischen kommunistischen Organisationen, die den bewaffneten Aufstand vorzubereiten hatten (z. B. Spanien), Gebrauch gemacht worden. Nach der nationalsozialistischen Machtübernahme in Deutschland z. B. ist ballenweise Material darüber gefunden worden. Man braucht nur einige Hefte der illegalen kommunistischen Zeitschrift „Oktober“, die geheim verbreitet wurde, durchzublättern, um sich zu vergewissern, welcher Art die empfohlenen und planmäßig vorbereiteten Maßnahmen waren. Hier ist ununterbrochen von „Sabotage“, von „gründlichen Vorbereitungen zur Sprengung der Eisenbahn- und Straßenbrücken, Tunnels usw.“ die Rede. An einer Stelle heißt es mit zynischer Offenheit: „Eine Offensive der Roten Armee muß zusammenfallen mit dem aktivsten offensiven Vorstoß der revolutionären Kräfte im Rücken der Weißen Armee.“ Und an anderer Stelle wird ein Zitat Lenins gebracht, „daß die erbarmungslose Ausrottung der zivilen und militärischen Befehlsgewaltigen während des Aufstandes unsere Pflicht und Schuldigkeit ist“. Die Anweisungen für den bewaffneten Aufstand, den Straßenkampf, für politische Morde usw. wurden in allen Einzelheiten in den Vorschriften der illegalen Literatur ausführlich gegeben¹⁾.

Die „Felddienstordnung“ Lenins, als die sie auch in der oben zitierten Untersuchung bezeichnet wird, fügt sich unmittelbar in das ganze Betrachtungssystem des Krieges in der UdSSR. ein.

Der revolutionäre Angriffskrieg der Sowjetunion, der nach den Zeugnissen höchster Autoritäten der Roten Armee die eigentliche Bestimmung der bolschewistischen Wehrmacht ist, stellt nach der Kriegsdoktrin des Kommunismus eine Form des bewaffneten Kampfes dar, in der die Elemente des Bürgerkrieges mit enthalten sind. Der revolutionäre Angriffskrieg soll, wie wir gesehen haben, den Bürgerkrieg in

¹⁾ Vgl. auch Neuberg, *Der bewaffnete Aufstand*, Zürich 1928; A. Langer, *Der Weg zum Sieg*, Zürich 1931, ausführlicher zitiert bei Adolf Ehrt, *Bewaffneter Aufstand*, Berlin 1933.

anderen Staaten unterstützen bzw. herbeiführen. Die Formen, in denen dieser Bürgerkrieg geführt werden soll, entsprechen den von Lenin ausgegebenen Anweisungen.

Die bolschewistische Kriegspropaganda verfolgt keinen anderen Zweck, als eben diesen Bürgerkrieg politisch vorzubereiten und zum Ausbruch zu bringen. Die militärischen Operationen der Roten Armee an der Front, die bolschewistische Propaganda in der feindlichen Armee und Etappe, der Bürgerkrieg im feindlichen Staat – diese drei Elemente stellen vom Sowjetstandpunkt aus eine Einheit dar und umreißen den Charakter der bolschewistischen Kriegführung im ganzen.

Die Frage, inwieweit die Sowjetunion mit dieser Politik wirklich Aussicht auf Erfolg hat, oder inwieweit innerhalb ihrer eigenen Grenzen die Gefahr einer Revolution und eines Bürgerkrieges mit dem Ziel der Befreiung aller Völker der UdSSR. von der Diktatur der bolschewistischen Clique entstehen kann, gehört nicht in den Rahmen der vorliegenden Untersuchung. Uns kommt es darauf an, die Grundkräfte und die Hauptrichtung der Politik der UdSSR. im Hinblick auf die Auslösung eines Krieges zu erkennen.

Auf allgemein-politischem wie auf militärischem Gebiet prägt sich uns mit aller Deutlichkeit eine ungeheure Aggressivität der Sowjetpolitik ein. Angriff ist überall Trumpf. Die Eroberung fremder Gebiete für den Kommunismus (ob auf dem Wege der politischen und wirtschaftlichen Durchdringung oder auf dem Wege der militärischen Gewalt bleibt sich gleich) wird offen verkündet. Alle militärischen Probleme werden unter diesem einheitlichen Gesichtspunkt angesehen. Die Rüstungspolitik der Sowjetunion, ihre politische Propaganda, ihre politischen und militärischen Bündnisse sind auf das einzige Ziel ausgerichtet: Errichtung der bolschewistischen Welt-diktatur. Keinem anderen Ziel dient ihr Machtinstrument: die Rote Armee.

V. Abschnitt

Die Rote Armee

9. Kapitel. Die Rote Armee als militärische Waffe

1. Die allgemeinen Entwicklungstendenzen der Roten Armee nach der Revolution

Unmittelbar nach dem Oktoberumsturz gingen die Bolschewisten daran, sich diejenigen Machtinstrumente zu schaffen, deren sie zur Erhaltung ihres Sieges bedurften. Am 20. Dezember 1917 erfolgte die Gründung der „Tscheka“ („Außerordentliche Kommission“), der berüchtigten Mord- und Terrororganisation der Bolschewisten, die dazu bestimmt war, als „Schwert der Revolution“ alle Gegner des Bolschewismus zu vernichten. Zu diesem Zeitpunkt haben die aus den schon innerhalb der zaristischen Armee gebildeten terroristischen „Kampfverbänden“ entstandenen bewaffneten Banden des Bolschewismus einen ansehnlichen Umfang erreicht. Sie waren die bewaffneten Hilfstruppen der Tscheka und zugleich der Grundstock für die spätere Rote Armee. Hier ist die terroristische Wurzel dieser Roten Armee deutlich sichtbar.

Ende Januar 1918 erschien ein von Lenin unterzeichnetes Dekret des Rates der Volkskommissare über die Notwendigkeit der Bildung einer neuen Armee. Als eigentlicher Gründungstag der Roten Armee gilt jedoch der 23. Februar 1918, an welchem die Bildung einer Roten Armee, die sich aus Freiwilligen zusammensetzen sollte, verfügt wurde. Aber schon der V. Allrussische Sowjetkongreß im Juli 1918 ging zwecks Beschleunigung des Bürgerkrieges zum Prinzip der Zwangsrekrutierung der „Werkstätigen“ über. Diese Maßnahme stellte bereits einen Vorläufer der späteren allgemeinen Wehrpflicht dar. Zugleich wurde die „Ausnutzung der alten Militärspezialisten“ aus der Zarenzeit sowie die

Einführung der Institution der „Kriegskommissare“ als politische Überwachungsorgane innerhalb der Roten Armee beschlossen. Nachdem bereits Anfang 1918 ein Volkskommissariat für Kriegs- und Marineangelegenheiten gebildet worden war, wurde durch ein Dekret vom 2. September 1918 der „Revolutionäre Kriegsrat der UdSSR.“ gegründet, der die oberste militärische und politische Befehlsgewalt über die Rote Armee in sich vereinte.

Eine neue Armee bestand zwar wieder bereits seit Februar 1918, doch trug diese Armee noch die anarchischen Merkmale der ersten Periode der Revolution an sich.

Neben den freiwilligen Partisanenabteilungen und den Roten Garden bestand ihre Hauptmasse aus den durch die bolschewistische Propaganda zersetzten Teilen des alten Zarenheeres, die zu den Revolutionären übergetreten waren. Ihre Offiziere waren entweder geflohen oder abgesetzt. Die neuen Kommandeure wurden von den Mannschaften gewählt. Befanden sich unter ihnen zum Teil auch ehemalige Offiziere, so hatten sie doch alle – ob Offizier oder nicht – praktisch nichts zu sagen. Alle wichtigen Fragen, selbst taktische und operative Maßnahmen, unterlagen der Entscheidung der Soldatenversammlungen. Die in allen Einheiten eingesetzten Kommissare konnten sich durchaus nicht immer durchsetzen, zumal sie selbst aktive Propagandisten der neuen, jede Autorität auflösenden revolutionären Parolen waren. Auch verfügten sie zum größten Teil nicht über die zur Führung einer Truppe notwendige Sachkenntnis. Das war ein Manko, das in der militärischen Rangordnung der mit jeder höheren Kommandostelle wachsenden Verantwortung sozusagen im Quadrat der Entfernung vom Mann in der vorderen Kampflinie fühlbar wurde.

Die führenden Männer der Revolution kamen deshalb sehr bald zu der Erkenntnis, daß ein siegreicher Kampf gegen die weißen Truppen ohne Disziplin und ohne qualifizierte Führung unmöglich war und begannen deshalb sehr frühzeitig, in der Armee die Grundsätze wieder einzuführen, ohne die keine militärische Formation bestehen kann.

Wurden auch die neuen Maßnahmen damit begründet, daß der Gehorsam in der „Arbeiter- und Bauernarmee“ einen ganz anderen moralischen Hintergrund habe als im alten Zarenreich, so bleibt doch dieser eine Tatbestand entscheidend: daß über alle revolutionären Parolen hinweg auf altbewährte Prinzipien zurückgegriffen werden mußte.

Diese Grundrichtung bestimmte die ganze spätere Entwicklung der Roten Armee. Und wenn sie auch manchen, allein nur ihr eigentümlichen Wesenszug aufzuweisen hat, so blieb doch die Angleichung an den regulären Heeres-typus seit ihrer Gründung der leitende Gesichtspunkt ihres Aufbaues.

Das fand einen sichtbaren Ausdruck in der 1922 erfolgten Wiedereinführung der Wehrpflicht (wenn auch mit der bekannten Beschränkung auf die „Werkstätigen“), die in die spätere Heeresreform des Jahres 1924 Eingang gefunden hat. Das bedeutete den Verzicht auf die revolutionäre Forderung des freiwilligen Eintritts ins Heer, d. h. auf das Milizsystem. Das fand weiter Ausdruck im Übergang zum Prinzip der Ernennung des Kommandobestandes, also der Preisgabe des revolutionären Grundsatzes seiner Wählbarkeit.

Alle Versuche, die von einzelnen besonders eifrigen und die früheren Parolen ihrer Führer wörtlich nehmenden Funktionären zur Einführung von „proletarischen“ Methoden der militärischen Ausbildung und des Verhältnisses zwischen Vorgesetzten und Untergebenen unternommen wurden, fanden bei Lenin und Trotzki unter dem Zwang der realen Notwendigkeiten des Krieges eine entschiedene Abfuhr. So prägte Trotzki den charakteristischen Satz, es könne ebensowenig eine proletarische Militärwissenschaft wie etwa eine proletarische Agronomie oder eine proletarische Astronomie geben.

Die politischen Kommissare gehörten in der ersten revolutionären Periode und noch jahrelang später zu den zentralen Figuren der Roten Armee. Ihre Einführung in der Armee war eine Folge des Mißtrauens gegenüber den aus dem alten Heer übernommenen „Spezialisten“. Ihre Aufgabe

bestand in der politischen Überwachung der Kommandeure aller Grade und der gesamten Truppe. Ihnen oblag es, darauf zu achten, daß die von oben ausgegebenen Richtlinien und Befehle in die Tat umgesetzt wurden. Mit der Zeit begannen einzelne Kommissare selbst „Spezialisten“ zu werden, und heute gibt es in der Armee zahlreiche Kommandeure, bis in die höchsten Stellen hinauf, die ihre militärische Laufbahn als Kommissare begonnen haben. Aber diese Kommissare, waren sie auch aus dem zuverlässigsten Teil der Partei hervorgegangen, verfügten am Anfang über die politische Gesinnungstüchtigkeit hinaus nicht über die sonstigen, für eine verantwortliche Tätigkeit im Heer erforderlichen Eigenschaften. Die meisten von ihnen kamen aus den Fabriken und erfreuten sich eines höchst dürftigen Bildungsniveaus.

Um diesem Übelstand abzuhelpfen, entstanden 1918/19 im ganzen Lande zahlreiche kurzfristige militärpolitische Kurse, denen die politische Schulung der für die Stellung als Kommissar oder als Kommandeur der Armee bestimmten Parteimitglieder anvertraut wurde.

Der Hauptzweck dieser Kurse während der Revolution war es, das für die beginnende Reorganisation der Armee auf der Grundlage von Disziplin, Gehorsam und Sachkenntnis erforderliche Menschenmaterial auszubilden. Damals bereits zeigten sich die ersten Anfänge des später allgemein befürworteten und schließlich obligatorisch durchgeführten Prinzips der „einheitlichen Befehlsgewalt“, indem besonders fähige und zuverlässige Parteimitglieder das Amt des Kommandeurs und des Kommissars auf sich vereinigten.

Die Erziehungs- und Ausbildungsfragen traten nach der Gründung der Roten Armee natürlich sofort in den Brennpunkt der zu ergreifenden nächstliegenden Maßnahmen. So wurden 1919 bereits Infanterie-, Artillerie-, Kavallerie-, Chemie-, Tankschulen, Militärtechnika usw. errichtet, die mit einer zwischen zwei Monaten und zwei Jahren schwankenden Ausbildungsdauer die ihnen im einzelnen übertragenen Aufgaben zu erfüllen hatten. In späteren Jahren wurden dann eine ganze Reihe weiterer Militärschulen und Militärakademien ins Leben gerufen, so daß seit längerer

Zeit in dieser Beziehung in der Roten Armee kein Mangel herrschen dürfte.

Für uns hat natürlich die allgemeine Tendenz dieser Entwicklung ein grundsätzliches Interesse. Wir sehen, wie allmählich ein militärischer Apparat entsteht, der nichts Utopisches an sich hat und insofern zu einer brauchbaren Waffe wird.

2. Der Kampf um das Wehrsystem

„Die Demokratisierung der Armee ist nur ein Mittel zur Eroberung der Armee, um sie der proletarischen Revolution entgegenzuführen. Daraus ergibt sich der vorübergehende Charakter der Demokratisierung, die mit der Eroberung der Macht durch das Proletariat in Fortfall kommt. Von dieser Voraussetzung ausgehend stellte die Revolution eine Reihe von Forderungen heraus, die eine Erweiterung der politischen Rechte der Soldaten, die Beschränkung der Rechte der Offiziere und die Kontrolle über den Kommandobestand bezweckten¹⁾.“

Diese Sätze umreißen die bolschewistische Zersetzungsarbeit in der alten russischen Armee. Sie bringen gleichzeitig zum Ausdruck, daß die von den Bolschewisten ausgegebenen Richtlinien sich ausschließlich auf diese Armee beziehen und für die grundsätzliche Einstellung der Kommunistischen Partei zum Aufbau der Wehrmacht in den Bedingungen der „proletarischen Diktatur“ keine verpflichtende Bedeutung haben: das Prinzip der Demokratisierung hört mit der Eroberung der Macht auf.

Immerhin hat diese auf alte sozialistische Losungen gestützte Propaganda in vielen Köpfen unter den Sozialisten und Bolschewisten die Vorstellung erzeugt, daß die Wehrmacht eines auf den Trümmern des zaristischen Absolutismus entstehenden sozialistischen Gemeinwesens einen entsprechend anderen Charakter aufweisen müßte. Die Logik solcher Schlußfolgerung läßt sich nicht leugnen. Deshalb konnte der

¹⁾ S. E. Rabinowitsch, Die allrussische Militärkonferenz der Bolschewisten im Jahre 1917, S. 47. Moskau 1931.

Übergang zum Prinzip des stehenden Heeres auf der Grundlage der allgemeinen Wehrpflicht in der Sowjetunion nicht ohne Hemmungen erfolgen. Die Vorstellung, daß die Armee des sozialistischen Staates Milizcharakter tragen müßte, saß so fest, daß es des Aufgebotes eines großen Propagandaapparates bedurfte, um die neuen militärpolitischen Maßnahmen hinreichend zu begründen.

Es kam hinzu, daß auch die breiten Massen der Bevölkerung vom neuen Staat alles andere erwarteten, als die Erneuerung des alten Zustandes bei ausgewechselten Kulissen. Diese Massen waren politisch so weit zersetzt, daß sie jedes innere bindende Verhältnis zur Wehrmacht schlechthin, unabhängig davon, welchem politischen System sie diene, verloren hatten. Die Bauernsoldaten des alten Heeres hatten nur das eine Bedürfnis: so schnell als möglich in ihre Heimat zurückzukehren, um zur beginnenden „Neuumteilung“ des Bodens nicht zu spät zu kommen. Die Wiedereinführung der allgemeinen Wehrpflicht war das letzte, was sie erwarteten, und auch in ihren Köpfen saß als Folge der bolschewistischen Propaganda im Zarenheer die Vorstellung fest, daß die Wehrpolitik nach der Revolution sich grundsätzlich von der Vergangenheit unterscheiden müßte.

Die Diskussion über das neue Wehrsystem mußte unter solchen Umständen einen breiten Raum einnehmen und einen grundsätzlichen Charakter erhalten. In dieser Diskussion hat Tuchatschewskij eine große Rolle gespielt.

Tuchatschewskij hat seine grundsätzliche Einstellung zu diesem Problem in einer Schrift niedergelegt, der wir in anderem Zusammenhang bereits begegnet sind. Auf welcher ideologischen Basis versucht er, den gordischen Knoten zu lösen?

Tuchatschewskij geht davon aus, daß die Struktur einer Armee durch ihre politischen Ziele und durch das geltende System ihrer Rekrutierung bestimmt werde. Die französische Revolution habe mit der Einführung des nationalen und obligatorischen Rekrutierungssystems ungeheure Heeresmassen auf die Beine gebracht. So sei allmählich der Begriff des „bewaffneten Volkes“ entstanden. Die Handhabung einer kolossalen Armee setze ein groß ausgebautes Eisenbahnnetz

und bis ins kleinste ausgearbeitete Pläne voraus. Dagegen sei die Kriegstüchtigkeit und Widerstandsfähigkeit der eigentlichen Kerntruppen gegenüber früheren Zeiten zurückgegangen. Mit der Verringerung der Dienstzeit sei die Qualität der Ausbildung des Heeres und seine Leistungsfähigkeit gesunken. Alles das habe zur schnellen Vervollkommnung der militärischen technischen Mittel geführt, um dadurch den Geist der Truppen zu stärken bzw. zu ersetzen¹⁾.

Es ist nicht unsere Aufgabe, zu untersuchen, inwieweit die Anschauungen Tuchatschewskijs einer Kritik standhalten. Uns interessiert hier vor allem die Dialektik seiner Beweisführung, die auf einen ganz bestimmten Zweck ausgerichtet ist.

Tuchatschewskij beweist, daß im Zuge der geschilderten Entwicklung die Ausbildung der Armee immer mehr zurückgetreten und die des Stabes immer mehr in den Vordergrund gerückt sei. Und er fährt fort:

„Die Taktik hing fast ganz von der Genauigkeit der Berechnungen und von dem Grade der Präzision ab, mit der die Truppe mittels der Eisenbahnen verschoben werden konnte . . . Diese Bedingungen setzten die Grenze für die Vergrößerung der Armee, die sonst mit der industriellen Entwicklung des Landes Schritt halten mußte . . . Bei äußerster Entwicklung der Technik und der Industrie könnte man auch die Armee auf die Maximalgröße bringen; die vollkommenste Kriegstechnik vorausgesetzt, könnte die Qualität einer Armee beinahe ganz durch die Quantität ersetzt werden²⁾ . . .“

Auf dem Wege solcher Überlegungen kommt Tuchatschewskij schließlich zu folgender Frage: „Welche Grenze ist also der Entwicklung der Idee von einer auf der allgemeinen nationalen Dienstpflicht beruhenden bürgerlichen Armee gesetzt?“ Seine Antwort lautet: „Diese Grenze war unbewußt erkannt, man nannte sie: das ‚Milizsystem‘.“

So gelangt Tuchatschewskij zu dem, was er beweisen will. Er sagt, die Idee des Milizsystems sei nicht als eine logische Folge der bisherigen militärischen

¹⁾ Vgl. Tuchatschewskij, Die Rote Armee und die Miliz, S. 7ff. Leipzig 1921.

²⁾ Tuchatschewskij, ebenda S. 9.

Denkweise aufgetreten, sondern sie sei ganz zufällig und unerwartet im sozialistischen Lager aufgetaucht: „Dieses System ist zur Tradition der Sozialisten geworden. Allmählich vergaß man ganz den eigentlichen Zweck einer Armee: an einen aktiven sozialistischen Krieg dachte man nicht.“

So ergibt sich endlich folgende Formel: „Die eine Partei hat nicht erkannt, daß das Milizsystem das konsequenteste, das gewaltigste militärische System eines auf der Maximalstufe seiner kapitalistischen Entwicklung stehenden bürgerlichen Staates ist, während die Gegenpartei in ihrem Kampf gegen die kapitalistischen Gelüste danach strebte, das Milizsystem zur Geltung zu bringen . . . und man verfiel dem fanatischen Glauben an die unbedingte Zugehörigkeit der Milizarmee zur sozialistischen Gesellschaftsordnung.“

Tuchatschewskij bezichtigt die Anhänger des Milizsystems in der Sowjetunion des „Aberglaubens“ und erklärt: „Diese Milizanbeter machen nicht einmal den Versuch, die Bedeutung dieser Frage für das Land und für die Klasse analytisch zu prüfen. Sie können nicht begreifen, daß eine jede neue soziale Ordnung auch ein neues Armeesystem notwendig macht.“

Dieses „neue Armeesystem“ wird aus den aktiven Aufgaben der Roten Armee, aus der Notwendigkeit, revolutionäre Angriffskriege zu führen, abgeleitet. Es erweist sich jedoch, daß dieses „Neue“ in Wirklichkeit alt ist. Von der Beschränkung der Wehrpflicht auf die „Werkstätigen“ kann man nicht behaupten, daß sie das Armeesystem als solches grundsätzlich verändert. Schließlich wird im Kriegsfall ohnehin die gesamte verfügbare Bevölkerung in dieser oder jener Weise den Heereszwecken dienstbar gemacht, sei es auch in der Form der Verwendung der „Klassenfeinde“ für Armierungsarbeiten usw. (Im Zuge der späteren Reformen wurde diese Beschränkung auf die „Werkstätigen“ wieder fallengelassen.)

Der entscheidende Tatbestand ist einfach der, daß auch der bolschewistische Staat sich für ein stehendes Heer auf der Grundlage der allgemeinen Wehrpflicht entschieden hat.

Die besondere Bedeutung der Dialektik der ganzen Beweisführung für uns – und das ist der Grund, weshalb wir hier auf diese Dinge eingegangen sind – liegt darin, daß die Wahl des Wehrsystems in der UdSSR. sich nicht aus der Beschränkung auf Verteidigungszwecke, sondern aus den Absichten einer aggressiven Politik ergeben hat. Weil die UdSSR., auf weitere Sicht gesehen, sich für die Führung von revolutionären Angriffskriegen stark macht, deshalb hat sie einen Heeresaufbau gewählt, der ihr allein den Erfolg einer solchen Zielsetzung zu garantieren scheint.

3. Die Heeresreformen des Jahres 1924

Unter diesem Gesichtspunkt müssen auch die weiteren Reformen in der Roten Armee betrachtet werden. Haben wir erkannt, daß die allgemeine Tendenz in der Entwicklung der Roten Armee sich zu einem Teil aus den praktischen inneren Bedürfnissen und aus denen des Bürgerkrieges ergeben hat, so hat uns Tuchatschewskij darüber belehrt, daß in dieser Beziehung noch ein anderer, weit stärkerer Faktor in Erscheinung getreten ist. Er greift unmittelbar in die Lebensbedürfnisse anderer Staaten und Völker ein, indem er gegen sie gerichtet ist. Er ist die eigentliche Triebkraft der sowjetischen Wehrpolitik und aller Heeresreformen in der UdSSR.

Die Reformen des Jahres 1924 wurden von Frunse durchgeführt. Sie bezweckten die endgültige Festlegung eines einheitlichen Wehrsystems, unter Berücksichtigung der Erfahrungen des Weltkrieges.

Es waren dabei nicht unwesentliche Schwierigkeiten zu überwinden. Die Bevölkerung der UdSSR. war in der Lage, alljährlich rund 800000 bis 900000 wehrfähige junge Männer für den Heeresdienst zu stellen, was bei einer zweijährigen Dienstzeit eine reguläre Armee von doppelter Stärke erforderlich machte, wenn das gesamte Rekrutenkontingent ausgebildet werden sollte. Die Aufstellung einer Armee in dieser Stärke hätte damals für die UdSSR. eine untragbare

finanzielle Belastung bedeutet, während die Festlegung einer einjährigen Dienstzeit angesichts der kulturellen Rückständigkeit der Bevölkerung und des qualitativ unzulänglichen Kommandobestandes der Armee unmöglich erschien. Frunse sah sich infolgedessen vor die Aufgabe gestellt, die zahlenmäßige Stärke der Armee in tragbaren Grenzen zu halten und gleichzeitig die Voraussetzung für die Ausbildung der gesamten wehrpflichtigen Bevölkerung zu schaffen.

Der Ausweg aus dieser Schwierigkeit wurde in Gestalt des gemischten „Kader-Territorialsystems“ gefunden. Auf Grund dieser Teilung gab es in der UdSSR. jahrelang eine „Kaderarmee“, die das stehende Heer darstellte, und die „Territorialarmee“.

Die zahlenmäßige Friedensstärke der Roten Armee wurde zunächst auf 562 000 Mann festgesetzt. Das war die Stärke des stehenden Heeres und der ständigen Stämme der Territorialtruppen. (Im Laufe der Jahre wurde die Friedensstärke der Roten Armee fast vervierfacht.)

Der „Kaderarmee“ gehörten zwei Fünftel der Infanterie und der Artillerie, vier Fünftel der Kavallerie und alle technischen Waffen, vor allem also die Tank- und Panzerkraftwagenabteilungen, die Fliegerformationen, die Nachrichtentruppen usw. an. Die Länge der Dienstzeit wurde folgendermaßen festgesetzt: für Infanterie, Artillerie und Kavallerie – 2 Jahre; für die Spezialisten der Luftflotte und für die Angehörigen des Küstenschutzes – 3 Jahre; für die Kriegsflotte und die Marineabteilungen der Truppen der OGPU. – 4 Jahre.

Die Territorialtruppen, die häufig auch als „Miliz“ bezeichnet wurden, bestanden aus dem sogenannten „Kader-“ und dem „Wechselbestand“. Der erstere stellte die festen Stämme der Territorialtruppen dar. Der Wechselbestand, wie schon sein Name sagt, unterlag ständigen Veränderungen. Das Grundprinzip der Territorialarmee bestand darin, auch denjenigen Teil der wehrfähigen Bevölkerung militärisch auszubilden, der nicht zum Dienst im stehenden Heer eingezogen werden konnte. Die Territorialtruppen ergänzten sich aus ihrem jeweiligen Dislokationsgebiet. Die gesamte Ausbildungsdauer betrug 8–11 Monate und verteilte sich

im ganzen auf 5 Jahre. Der „Wechselbestand“ wurde also im Laufe von mehreren Einberufungen zum Heeresdienst, die eine Dauer von 1–3 Monaten aufwies, ausgebildet.

Daneben wurde die „vormilitärische Ausbildung“ eingeführt, die alle Wehrpflichtigen im Verlaufe von 2 Jahren vor der Einberufung in kurzfristigen Ausbildungskursen zusammenfaßte.

Neben der Schaffung eines einheitlichen Wehrsystems hatten die Reformen des Jahres 1924 noch eine Reihe von Teilaufgaben zu lösen. Darunter stand die praktische Durchführung der einheitlichen Befehlsgewalt in der Armee an erster Stelle. Ihr folgte die Festigung der Disziplin. Schließlich stand nach Schaffung dieser elementaren Voraussetzungen einer schlagkräftigen Armee ihre moderne Bewaffnung auf der Tagesordnung. Dieses Problem hatte seine Schwierigkeiten nicht nur innerhalb der Armee selbst, weil eine vorhandene Kriegstechnik auch „beherrscht“ sein will, wie der immer wiederkehrende Ausdruck lautet, sondern diese Technik mußte auch produziert werden. Hier lag eine Aufgabe vor, die nicht nur innerhalb der Armee gelöst werden konnte, sondern auch außerhalb ihrer in Angriff genommen werden mußte. Das geschah im Rahmen der Fünfjahrespläne, die in erster Linie eine Rüstungsindustrie aufzubauen hatten.

4. Fortsetzung der Heeresreformen nach 1934

Die 1924 begonnenen und im Laufe von mehreren Jahren durchgeführten Heeresreformen erwiesen sich bald als nicht mehr ausreichend. Was hier auf den ersten Anhub zunächst praktisch erreicht wurde, war letzten Endes nur die Beseitigung der gefährlichsten Rückstände aus der Zeit des Bürgerkrieges.

Die treibende Kraft der neuen Reformen war Tuchatschewskij. Bolschewik und Militärfachmann in einer Person, erkannte er schon frühzeitig, daß die aggressiven Ziele des Weltkommunismus mit revolutionären Deklamationen allein nicht zu erreichen waren. Da er auf dem Boden einer aggressiven bolschewistischen Machtpolitik stand, als deren Trägerin und

Vollstreckerin zum gegebenen Zeitpunkt die Rote Armee eingesetzt werden sollte, war es sein Bestreben, diese Armee zu einer brauchbaren Waffe auszugestalten. Dabei gab er sich keinerlei falschen Illusionen hin. Er war sich darüber klar, daß eine Armee in erster Linie nach reinmilitärischen Erfordernissen organisiert werden mußte. So war denn Tuchatschewskij derjenige, der die neuen Reformen in dieser Richtung einleitete. Jedoch kam er nicht dazu, sie zu Ende zu führen. 1937 fiel er den machtpolitischen Kämpfen, die innerhalb der bolschewistischen Clique ausbrachen, zum Opfer. Seine begonnenen Reformen wurden später unter veränderten Verhältnissen, zum Teil auch unter Voraussetzungen, die ihre Auswirkungen stark beeinträchtigten, fortgeführt.

Die neuen Reformen wurden im Juni 1934 mit der Auflösung des „Revolutionären Kriegsrates der Sowjetunion“ und dem Übergang seiner Vollmachten auf den „Volkskommissar für Verteidigung“ eingeleitet. Damit wurde eine Konzentration der Befehlsgewalt beim Volkskommissar für Verteidigung erreicht, wie sie vorher noch niemals bestanden hatte.

Mit der Umbenennung des bisherigen Armeestabes in „Generalstab der Sowjetunion“ und der Verfügung einer neuen Rangordnung für den „Kommandobestand“ der Roten Armee und Flotte sowie der Einführung eines repräsentativen Marschalltitels im September 1935 wurde eine für Sowjetverhältnisse ungewöhnliche Neuerung eingeführt. Im Lande der „Diktatur des Proletariats“ gab es auf einmal „Leutnante“, „Majore“, „Obersten“ und sogar „Marschälle“, wie in den vielgeschmähten bürgerlichen Armeen. Nur zu den Bezeichnungen „General“ und „Admiral“ konnte man sich noch nicht entschließen. Das wurde im Mai 1940 nachgeholt.

Mit der Einführung der neuen Rangabzeichen setzten Bemühungen um die Hebung der militärischen Qualität des neuen „Offizierkorps“ ein. Der Sowjetpresse, insbesondere der bolschewistischen Militärpresse kann man entnehmen, daß es in dieser Beziehung wie auch um die Disziplin der Roten Armee schlecht bestellt war. Vor allem wurde u. a. auf die Notwendigkeit einer besseren Schulbildung der Offizier-

anwärter sowie einer Hebung des Ausbildungsniveaus in den militärischen Lehranstalten hingewiesen. Dieser Schrei nach „Qualität“ galt schließlich auch dem „jüngeren Kommandobestand“ (Unteroffizierkorps). Jedoch erst im November 1940 erschien ein „Reglement über die Dienstlaufbahn für den jüngeren Kommandobestand“, das mit der Einführung von neuen Dienstbezeichnungen und Rangabzeichen an der Uniform eine Festigung der Disziplin und die Hebung des Verantwortlichkeitsgefühls der Unteroffiziere bezweckt.

Zu den Reformen, die noch Tuchatschewskij durchführte, gehört auch die im Februar 1937 dekretierte neue „Vorläufige Felddienstordnung der Roten Armee (PU. 36)“, in der vor allem die Notwendigkeit einer straffen Zusammenarbeit aller Waffen betont wird. Im übrigen wird die Infanterie als entscheidende Waffengattung in Verbindung mit den modernen technischen Hilfswaffen und der Luftwaffe betont. Der Grundgedanke dieser Felddienstordnung ist es, die Rote Armee in erster Linie auf die Offensive und den Bewegungskrieg einzustellen. Für den Angriff wird die Forderung einer entschiedenen Schwerepunktbildung aufgestellt. Um zum Erfolg zu gelangen, wird es als unerlässlich erachtet, „alle in einer Richtung eingesetzten Truppengattungen für die ganze Tiefe des Kampfes zum Zusammenwirken und die Kampfhandlungen von Truppen verschiedener Richtungen miteinander in Einklang zu bringen“. Besonderer Nachdruck wird auf die Überraschung des Gegners, Schnelligkeit der Kampfhandlungen, Zweckmäßigkeit der Organisation, gute Geländeausnutzung usw. gelegt. Der Einsatz jeder Truppengattung im Kampf soll ihren Eigenarten und starken Seiten Rechnung tragen. Zur Unterstützung der angreifenden Infanterie soll der Einsatz von Fliegern und Kampfwagen in Massen erfolgen. Besondere Aufmerksamkeit wird dem Bewegungsgefecht entgegengebracht. Bemerkenswert ist die Bedeutung, die den Fallschirmlandungstruppen zur Störung der gegnerischen Führung und der rückwärtigen Verbindungen beigemessen wird. In einem besonderen Abschnitt wird selbstverständlich auch die „politische Arbeit“ behandelt. Zu erwähnen ist noch, daß die bolschewistische

Spekulation auf das „Proletariat“ in den feindlichen Ländern auch in diese Felddienstordnung Eingang gefunden hat. 1938 erschien die Felddienstordnung in einer verbesserten Auflage, in der die Erfahrungen der Bürgerkriege in Spanien und in China verwertet sind.

Unter den organisatorischen Veränderungen innerhalb der Roten Armee während der neuen Reformen ist die allmähliche völlige Beseitigung der früheren sogenannten territorialen Einheiten, die nach 1924 eine sehr große Rolle spielten, zu nennen. Die Territorialformationen wurden nach und nach in reguläre Einheiten umgewandelt, wodurch die zahlenmäßige Friedensstärke der Roten Armee, die seither nur noch aus „Kaderformationen“ besteht, auf rund 2 Millionen Mann heraufgesetzt wurde.

Außerdem wurde am 1. September 1939 von der IV. Session des Obersten Rates der UdSSR. ein neues Gesetz über die allgemeine Wehrpflicht in Kraft gesetzt, dem zufolge jeder Bürger der UdSSR. „ohne Unterschied der Rasse, der Nationalität, des Glaubensbekenntnisses, der Bildung, der sozialen Herkunft und der sozialen Lage“ zum Wehrdienst verpflichtet ist. Damit wurden alle früheren sozialen und politischen Einschränkungen für die Einberufung in die Armee endgültig beseitigt. Die wichtigste Bestimmung des neuen Wehrgesetzes ist jedoch die Heraufsetzung der aktiven Dienstzeit für die Unteroffiziere aller Waffen des Landheeres und der Luftwaffe von zwei auf drei Jahre, desgleichen für die Mannschaften der Luftwaffe und der Grenztruppen des Landheeres. In den Formationen der Küstenverteidigung und auf den Schiffen des Grenzdienstes beträgt die Dienstzeit für Unteroffiziere und Mannschaften vier Jahre, in der Kriegsmarine fünf Jahre. Alle Mannschaften außer der Luftwaffe und den Grenztruppen des Landheeres dienen nach wie vor zwei Jahre.

Als eine der wichtigsten Maßnahmen der letzten Jahre in der Führung der bewaffneten Streitkräfte der UdSSR. ist schließlich die im Jahre 1938 erfolgte Bildung des „Obersten Kriegsrates“ der Sowjetunion zu nennen. Der „Oberste Kriegsrat“ ist seither als die oberste Militärinstanz der UdSSR. im Frieden anzusehen. Er besteht aus 11 Personen, darunter

Stalin, der dadurch den Oberbefehl über die Rote Armee praktisch in seine eigenen Hände genommen hat.

5. Gliederung, Dislokation und Stärke der Roten Armee

Das oberste Organ der Sowjetunion im Kriege ist das im Juni 1941 ins Leben gerufene „Staatliche Komitee der Verteidigung“ (Gosudarstwennyj Komitet Oborony). Unter dem Vorsitz von Stalin gehören ihm an: der stellvertretende Vorsitzende des Rates der Volkskommissare Molotow, der Vorsitzende des Kriegsrates Marschall Woroschilow, der Vorsitzende des Zentralkomitees der KPdSU(B). Malenkow und der Leiter des Volkskommissariats für Staatssicherheit Berija. Dieses „Staatliche Komitee der Verteidigung“ besitzt diktatorische Vollmachten auf allen Gebieten der Staatsführung und stellt somit das oberste Organ auch für die bewaffneten Streitkräfte der UdSSR. zu Lande, zu Wasser und in der Luft dar.

Die weitere Spitzengliederung der Roten Armee setzt sich aus den bereits im Frieden vorhandenen Organen zusammen. Hier ist an erster Stelle der erst 1938 gebildete „Oberste Kriegsrat“ zu nennen, der aus 11 Mitgliedern, darunter Stalin, besteht und in Friedenszeiten als die wehrpolitische Spitze der UdSSR. anzusehen ist.

Der in früheren Jahren als oberstes Organ der Landesverteidigung fungierende „Rat für Arbeit und Verteidigung“, in russischer Abkürzung „STO.“¹⁾ genannt, der unter der Leitung des jeweiligen Vorsitzenden des Rates der Volkskommissare aus den an der Landesverteidigung mitwirkenden Volkskommissaren und einigen höheren Kommandeuren der Roten Armee und Flotte besteht, ist in letzter Zeit völlig in den Hintergrund getreten und nicht mehr genannt worden.

Dem Kriegsministerium anderer Länder entspricht das „Volkskommissariat für die Verteidigung der UdSSR.“ An seiner Spitze steht seit Mai 1940 als Nachfolger

¹⁾ STO = Sowjet Truda i Oborony.

Woroschilows der Marschall Timoschenko¹⁾. Seine vier ständigen Stellvertreter sind die Marschälle Budennyj, Kulik und Schaposchnikow, sowie der Chef der Hauptverwaltung für politische Propaganda Saporoshez (seit Oktober 1940 der Nachfolger von Mechlis). Die Rote Flotte schied 1937 aus der Zuständigkeit des Kriegskommissariats aus und besitzt seitdem ein eigenes „Volkskommissariat der Kriegsmarine“.

Als beratendes Organ steht dem Kriegskommissar ein 80köpfiger „Kriegsrat“ zur Seite, der jedoch über keine besonderen Befugnisse verfügt und praktisch von geringer Bedeutung ist. Das Führungsmittel des Oberbefehlshabers der roten Wehrmacht ist der „Generalstab der Roten Armee“, seit Februar 1941 unter dem Generalstabschef Shukow.

Die Sowjetunion ist in folgende 19 Militärbezirke eingeteilt: Moskau, Leningrad, Westen (ehemaliges Weißrußland), Baltikum, Kiew, Charkow, Kalinin, Orlow, Odessa, Wolga, Ural, Archangelsk, Nordkaukasus, Transkaukasien, Sibirien, Mittelasien, Transbajkalien, Primorje, Chabarowsk. Die Oberkommandos der Militärbezirke werden im Kriegsfall höchstwahrscheinlich in Armeeeoberkommandos umgebildet.

Die in den Militärbezirken stationierten Truppen weisen im Frieden folgende Gliederung auf: 19 Oberkommandos, 23 Schützenkorps (der Stab des XXIII. AK. steht in der Äußeren Mongolei) mit rund 100 Schützendivisionen, 7 Kavalleriekorps mit rund 20 Kavalleriedivisionen, 10 selbständige Kavalleriedivisionen, 2 selbständige Kavalleriebrigaden.

Bei der Artillerie wird in der Roten Armee zwischen „Truppenartillerie“ und „Artilleriereserve der Obersten Heeresleitung“ unterschieden. Zur ersteren rechnen alle in Korps-, Divisions-, Regiments- oder Bataillonsverbänden stehenden Formationen. Besonders großer Wert wurde in den letzten Jahren auf eine weitgehende Motorisierung und Mechanisierung der einzelnen Waffen gelegt. Mechanisierte bzw. motomechanisierte Verbände sind in größerer Zahl vorhanden. Der Ausbau der Panzerwaffe wurde mit

¹⁾ Inzwischen hat am 19. Juli 1941 Stalin dieses Volkskommissariat persönlich übernommen. Timoschenko wurde mit der Führung einer Heeresgruppe betraut.

größtem Nachdruck forciert. Die Rote Armee verfügt über eine größere Anzahl von selbständigen Panzerverbänden. An der Spitze der Roten Luftflotte steht ein Kommandeur der Luftstreitkräfte der Roten Armee, der dem Volkskommissar für Verteidigung unmittelbar unterstellt ist. Ihm unterstehen die Chefs der Luftstreitkräfte in den einzelnen Militärbezirken. Für den Kriegsfall ist die Aufstellung von mehreren selbständigen Luftheeren vorgesehen. Ferner gibt es die Heeresfliegertruppe unter dem Kommando der Heeresleitung zur Verfügung der Korps und der Divisionen. Die Stärke der Roten Luftwaffe wurde Mitte 1938 auf etwa 6000 Flugzeuge erster und 5000 Flugzeuge zweiter Linie geschätzt. Auf den weiteren Ausbau der Luftwaffe wurde in der UdSSR. in den letzten Jahren besonders großer Wert gelegt, so daß mit einer starken Luftwaffe zu rechnen ist¹⁾.

Die Friedensstärke der Roten Armee ist auf rund 2 Millionen Mann zu veranschlagen. Für den Kriegsfall kann man mit mindestens 10 Millionen Mann rechnen. Dazu kommen noch die „Truppen der staatlichen Sicherheit“ (GPU.-Truppen), das Grenzwachkorps und die Konvoytruppen.

Die Verteilung der Streitkräfte der UdSSR. zeigt zwei Schwerpunkte im Westen und im Fernen Osten. Die gewaltige Massierung aller Waffen der Roten Armee im Westen ist seit Ende 1939 besonders auffällig gewesen.

Im Ganzen gesehen stellt die Rote Armee eine gewaltige Waffe dar, eine Waffe, die in den Händen des verbrecherischen Bolschewismus eine unmittelbare Bedrohung Europas darstellt. Die zahlenmäßige Stärke der Roten Armee und ihrer technischen Ausrüstung dürfte jedoch im Ernstfalle nicht der allein ausschlaggebende Faktor sein. Nicht minder als auf die Zahl kommt es auf den Geist an, der eine Armee beherrscht, sowie auf ihre Führung. Ob die Rote Armee jedoch über die geistigen und moralischen Kräfte verfügt, die für den Sieg unerläßlich sind, und ob ihre Führung den schwierigen Anforderungen eines modernen Krieges gewachsen ist, muß bezweifelt werden.

¹⁾ Nach dem 22. Juni 1941 ist es offenbar geworden, daß alle früheren Schätzungen der Stärke der sowjetischen Luftwaffe weit hinter den tatsächlichen Verhältnissen zurückgeblieben sind.

10. Kapitel. Die Rote Armee als bolschewistische Waffe

1. Die Rote Armee – eine Armee der Weltrevolution

Die Rote Armee unterscheidet sich ihrem Wesen nach von allen übrigen Heeren der Welt ebenso sehr, wie die Sowjetunion von den anderen Staaten. Die Sowjetunion als Vorstufe des Weltbolschewismus, als die staatlich organisierte „Basis“ zur Erlangung der kommunistischen Weltherrschaft, entbehrt von vornherein jeden nationalen Elementes. Der grundsätzlich antinationale Wesenszug des Bolschewismus kommt in seiner Ideologie ganz kraß zum Ausdruck und wird überall dort bestätigt, wo der Bolschewismus vorübergehend oder dauernd zur Herrschaft gelangt ist. Nach dem Siege des Bolschewismus in Rußland hörte „Rußland“ zu bestehen auf. An seine Stelle trat die „Union der Sozialistischen Sowjet-Republiken“ (UdSSR.), über die Karl Radek als damals maßgeblicher Wortführer des Bolschewismus in einer Sitzung der erweiterten Exekutive der Kommunistischen Jugendinternationale am 13. Juli 1923 in Moskau folgendes erklären konnte:

„Es ist die Föderation der Sozialistischen Staaten des früheren Rußlands. Sie trägt nicht den Namen Rußland, sondern den Namen ‚Verband der Sozialistischen Sowjet-Republiken‘. Das Wort Rußland fehlt. Wir hoffen, daß dieser neue Namen den Rahmen bilden wird für den Anschluß weiterer sozialistischer Staaten, die nicht auf dem Territorium des früheren Rußlands entstehen, so daß wir nicht genötigt werden, den Namen des sozialistischen Staatensystems zu ändern, wenn bald in ein paar Ländern Revolution gemacht wird.“¹⁾

Aus diesen Worten spricht die antinationale Konzeption des Bolschewismus ganz unverhüllt. Die Sowjetunion ist eben nur

¹⁾ Karl Radek, Der Kampf gegen Versailles und gegen die Offensive des Kapitals, Hamburg 1923, S. 49.

ein Anfang auf dem Wege zur Weltrevolution. Ihre Politik ist in allem darauf gerichtet, die Machtmittel bereitzustellen, die zur Verwirklichung des judo-bolschewistischen Weltherrschaftsanspruchs als notwendig erachtet werden. Dazu gehört in erster Linie die Rote Armee.

Schon im ersten von Lenin unterzeichneten Dekret des Rates der Volkskommissare über die Notwendigkeit der Bildung einer Roten Armee im Januar 1918 heißt es im einleitenden Absatz, daß diese Rote Armee „als Unterstützung der bevorstehenden sozialistischen Revolution in Europa dienen wird“¹⁾.

Mit den Reformen des Jahres 1924 erhielt die Rote Armee eine eigene Eidesformel, die u. a. folgende Sätze enthielt:

„Ich, Sohn des werktätigen Volkes, Bürger der Sowjetunion, trete in den Stand der Krieger der Arbeiter- und Bauernarmee. Angesichts der werktätigen Klassen der Sowjetunion und der ganzen Welt verpflichte ich mich . . . für die Sache des Sozialismus und die Brüderschaft der Völker weder meine Kräfte noch mein Leben zu schonen.“

Diese Eidesformel der Rotarmisten unterschied sich grundsätzlich vom Fahneneid aller nationalen Heere. Sie war hinsichtlich der Pflichten, die sie den „Kommandeuren“ und „Kämpfern“ der Roten Armee auferlegte, national nicht begrenzt, sondern ausgesprochen kosmopolitisch ausgerichtet. In ihr waren alle Elemente des Klassenkampfes und der bolschewistischen Welt diktatur enthalten.

In diesem Geist des Klassenkampfes, des Internationalismus und der bolschewistischen Weltrevolution wurde die Erziehung der Roten Armee betrieben. In den Beschlüssen des VIII. Kongresses der Kommunistischen Partei der UdSSR. heißt es an einer Stelle: „Sie – die Rote Armee – muß nicht nur ein Verteidigungswerkzeug gegen etwaige Überfälle der noch vorhandenen imperialistischen Staaten sein, sondern sie muß dem Proletariat dieser Länder nötigenfalls in seinem Kampf gegen den Imperialismus eine entscheidende Unterstützung erweisen“²⁾.

¹⁾ „Propaganda i Agitazija“, 1938, H. 3, S. 12.

²⁾ „Krasnaja Swesda“ vom 21. Januar 1926.

Stalin erklärte in einer Rede anlässlich des zehnjährigen Jahrestages der Roten Armee: „Schließlich die dritte Eigenschaft der Roten Armee. Sie besteht in dem Geiste des Internationalismus, in dem Gefühl des Internationalismus, von dem unsere Rote Armee durchdrungen ist . . .¹⁾“ Und die „Krasnaja Swesda“, das Organ der Roten Armee, stellte am 21. Februar 1929 in sachlicher Kürze fest: „Die Rote Armee ist ein bewaffneter Truppenteil der Weltrevolution.“

Wie man sich aber in Moskau seit zwei Jahrzehnten den Verlauf dieser Weltrevolution, auf die man hinarbeitet, vorstellt, geht aus dem Befehl Nr. 110 des Volkskommissars für Verteidigung der UdSSR., Marschall der Sowjetunion Woroschilow, an die Rote Armee vom 1. Mai 1938 hervor: „In diesem . . . neuen Weltgemetzel wird die gesamte Weltbourgeoisie in Flammen aufgehen, wie seinerzeit die russische Bourgeoisie in Flammen aufgegangen ist.“

Da wird am 4. Januar 1939 die Eidesformel der Roten Armee plötzlich geändert: die weltrevolutionäre Phraseologie verschwindet aus dem Eid. Dieser Vorgang erweckt im demokratischen Ausland großes Aufsehen. Ebenso wie der „Sowjetpatriotismus“ und die „Sowjetdemokratie“ ist der neue Eid auf die Demokratien berechnet, in deren Reihen sich die UdSSR. immer fester einzugliedern bestrebt ist.

Doch im gleichen Atemzug beeilt sich die für den internen Gebrauch in der Sowjetunion selbst bestimmte bolschewistische Presse, festzustellen, daß es sich hierbei nicht um einen grundsätzlichen Wandel in der Einstellung der Sowjetregierung zu den Aufgaben der Roten Armee handelt. So wie der „Sowjetpatriotismus“ mit dem weltrevolutionären Internationalismus zu einer aggressiven bolschewistischen Ideologie verschmolzen wurde, erhält auch der neue Eid von seiner ersten Stunde an in Verbindung mit der allgemeinen Zielsetzung der UdSSR. eine ganz eindeutig ausgeprägte Auslegung. Schon wenige Tage nach der Einführung der neuen Eidesformel, am 11. Januar 1939, schreibt die „Krasnaja Swesda“, daß der Rotarmist ohne Erfüllung der in diesem Eid festgelegten Forde-

¹⁾ „Propaganda i Agitazija“, 1938, H. 3, S. 11.

rungen „weder den faschistischen Räubern das Rückgrat brechen noch den Weg für den Siegeszug des Kommunismus in die ganze Welt ebnen“ könne, um dann wörtlich fortzufahren: „Der Eid aus dem Munde der Kämpfer der Roten Armee wird wie eine Verkündung der welthistorischen Siege der Roten Armee erklingen – der Siege, die die Fahne des Kommunismus über der ganzen Welt hissen werden“ (!). Das gleiche Armeebblatt schreibt am 3. Februar 1939: „Die Sowjetunion ist die Stoßbrigade des internationalen Proletariats. Die Werktätigen der ganzen Welt wissen, daß die Rote Armee jederzeit bereit ist, ihren internationalen Verpflichtungen nachzukommen.“

Nachdem die Sowjetunion im August 1939 den Nichtangriffspakt mit Deutschland abgeschlossen hatte, den zu brechen sie von Anbeginn entschlossen war, werden die Vorbereitungen für den geplanten Überfall auf das Reich auf allen Gebieten eingeleitet. Dazu gehört vor allem auch die Sorge um den richtigen „Geist“ jener Massen, die als Kanonenfutter für die Verwirklichung der jüdisch-bolschewistischen Machtansprüche ausersehen sind. Die Rote Armee, bei deren Angehörigen der Pakt mit Deutschland vielleicht falsche Hoffnungen zu wecken geeignet war, muß ideologisch wieder „richtig“ ausgerichtet und zurechtgestaucht werden. Am 22. Februar 1940 veröffentlicht der Brigadekommissar N. Ossipow in der „Krasnaja Swesda“ einen Aufsatz über die Rote Armee, dessen Kernsätze lauten: „Die Rote Armee wuchs und erstarkte im Pulverrauch des Bürgerkrieges... Im Gegensatz zu allen Armeen in der Welt... stellt sie die Armee der proletarischen Weltrevolution dar... Sie verteidigt das Vaterland der Werktätigen der ganzen Welt... Die Rote Armee kämpfte und kämpft für die Sache von Marx-Engels-Lenin-Stalin...“

2. Der Klassencharakter der Roten Armee

In diesem Sinne wird die Rote Armee von ihren Ideologen den Armeen aller anderen Länder gegenübergestellt. Sie wird als eine Verkörperung des unüberwindlichen Gegensatzes

zwischen der „sozialistischen“ und der „kapitalistischen“ Welt betrachtet:

„Jede Armee ist eine Waffe der herrschenden Klasse. In den bürgerlichen Staaten dient die Armee den Eroberungszielen der Imperialisten und schützt ihre Macht im Innern des Landes. Jedoch kann die Bourgeoisie selbstverständlich nicht die Wahrheit über das sagen, wofür sie kämpft.

Anders liegen die Dinge bei uns: wir verbergen den Klassencharakter unseres Staates nicht . . . Die Aufgabe der Roten Armee ist der Schutz der proletarischen Diktatur . . . In der Roten Armee wird die Waffe nur den Werktätigen anvertraut, denn nur sie können vorbehaltlos ihr proletarisches Reich verteidigen . . . Auf diese Weise ist allen Feinden der Werktätigen der Zutritt zur Roten Armee versperrt . . . Das bedeutet, daß unsere Armee ein bewaffneter Bund der Arbeiter und werktätigen Bauern ist¹⁾.“

Der Klassencharakter der Roten Armee kommt in ihrer Entstehungsgeschichte und in ihrem Aufbau klar zum Ausdruck. Als ihre Keimzellen sind bereits alle bewaffneten kommunistischen Terrorgruppen zu betrachten, die noch unter zaristischem Regime entstanden sind. Auch die ausländischen militärischen Organisationen der einzelnen Sektionen der Komintern sind als die Vorläufer künftiger bolschewistischer Heere aufzufassen. Sie sollen im Ernstfall sofort in Stammformationen der jeweiligen entstehenden „Roten Armee“ umgewandelt und im Falle des kommunistischen Sieges im Bürgerkrieg und nach Ausrufung der Sowjetdiktatur zum Kern der Armee der neugebildeten Sowjetrepublik werden. Mit Eintritt dieser in die „Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken“ sollen sie offiziell in der Roten Armee der UdSSR. aufgehen. Die Entstehungsgeschichte der Roten Armee der UdSSR. zeigt diesen Entwicklungsprozeß sehr deutlich.

Die erste Etappe war die Rote Garde. Ihr Kern bestand aus alten Terroristen und Parteikämpfern aus der Zeit der Illegalität unter zaristischem Regime. Sie war ideologisch und ihrer sozialen Zusammensetzung nach vollkommen homogen. Ihr

¹⁾ N. Charitonow, Die Armee der proletarischen Diktatur, S. 5 ff. Moskau 1930.

folgte in der zweiten Etappe die bolschewistische Freiwilligenarmee, die den sogenannten Partisanen- und Echelonstyp schuf. Ihr Hauptmerkmal war, daß sie noch nicht auf dem Prinzip der Zwangsrekrutierung beruhte und ihrer Einheitlichkeit nach der Roten Garde nahekam. Seit Mitte 1918 etwa setzte die „Mobilisierung der Werktätigen“ ein. Das war der erste entscheidende Schritt zur aktiven Klassenarmee.

Auf dem III. Sowjetkongreß der UdSSR. am 19. Mai 1925 führte Frunse in seinem Bericht über die Rote Armee und die Landesverteidigung u. a. folgendes aus:

„Das System der Landesverteidigung eines jeden Landes muß sich auf eine genaue und exakte Vorstellung von dem Charakter der für dieses Land möglichen kriegerischen Zusammenstöße stützen... Vom Standpunkt des sozial-klassenmäßigen Inhalts des zukünftigen Krieges wird die Frage durch den Charakter unseres Staates gelöst. Wir stellen einen Staat der Arbeiter und Bauern dar... Wir können nur einen Klassenkrieg gegen die Feinde der werktätigen Massen führen... In Anwendung auf unsere innere Militärpolitik heißt das, daß wir unsere Armee auf einer sozialen Klassenbasis aufbauen werden. Das heißt, daß unsere Rote Armee, wie schon ihr Name besagt, eine Armee der Arbeiter und Bauern, eine Armee der Werktätigen darstellt. Wir können nicht das Recht und die Pflicht zur Verteidigung unseres Arbeiter- und Bauernvaterlandes mit der Waffe in der Hand jenen sozialen Gruppen anvertrauen, deren Interessen den Interessen der Arbeiter zuwiderlaufen. Einer der Paragraphen des von uns kürzlich ausgearbeiteten Gesetzes lautet, daß das Recht der Verteidigung des sozialistischen Vaterlandes mit der Waffe nur den Werktätigen zustehen darf¹⁾.“ Frunse meint hier das „Gesetz über die allgemeine Wehrpflicht“, das am 18. September 1925 vom ZIK. UdSSR. bestätigt wurde.

Die soziale Klassenbasis der Roten Armee ist in Wirklichkeit nicht so eindeutig bestimmt, wie es nach den offiziellen Auslassungen erscheinen mag. Die reine Klassenarmee der „proletarischen Diktatur“ dürfte im Prinzip nur

¹⁾ Frunse, Gesammelte Werke, Bd. III, S. 218. Moskau 1927.

aus Angehörigen derjenigen sozialen Schicht bestehen, die von den Marxisten als „Proletariat“ bezeichnet wird. Dieses Merkmal hatte nur die Rote Garde aufzuweisen und auch sie mit der Einschränkung, daß ihr viele entgleiste Intellektuelle aus dem Bürgertum angehörten. Immerhin kann sie und die spätere Freiwilligenarmee als eine mehr oder weniger sozial homogene Truppe angesehen werden.

Mit dem Übergang zur Zwangsmobilisation änderte sich das sehr entscheidend, weil jetzt die breiten Bauernmassen zwangsweise zum Militärdienst herangezogen wurden. Das gilt erst recht für die heutige Rote Armee, die auf dem Prinzip der allgemeinen Wehrpflicht beruht. Das wird auch von kommunistischer Seite anerkannt, wie folgende Feststellung beweist: „Mit dem Erfolg, mit der Festigung der Errungenschaften der proletarischen Revolution verliert das System der bewaffneten Kräfte seinen starren Klassencharakter in seiner sozialen Zusammensetzung und nimmt mit der endgültigen Befestigung der proletarischen Diktatur den Charakter des Systems der allgemeinen Mobilmachung und der allgemeinen Bewaffnung an¹⁾.“

Die heutige Rote Armee müßte, wenn man genau sein und marxistische Begriffe verwenden wollte, wenigstens als eine „Zweiklassenarmee“ bezeichnet werden, was ja auch in ihrem Namen „Rote Arbeiter- und Bauernarmee“ zum Ausdruck kommt. Und da auch die UdSSR. trotz ihrer Industrialisierungspsychose immer noch hauptsächlich ein Agrarland ist, so ist die Rote Armee in ihrer Mehrheit ein Bauernheer.

Doch in Wirklichkeit liegen die Dinge in dieser Beziehung noch etwas anders. Denn schon längst, namentlich im Laufe der Fünfjahrespläne, hat sich in Gestalt der kommunistischen Funktionäre, die – um einen bolschewistischen Ausdruck zu gebrauchen – die „Kommandohöhen der Wirtschaft beherrschen“, eine neue soziale Schicht – nach marxistischen Begriffen also „Klasse“ – herausgebildet. Das ist die Klasse der Nutznießer des Bolschewismus – alles gesinnungstüchtige Parteikommunisten –, die der stumpfen Masse der

¹⁾ Die Rote Armee, S. 93. Hamburg 1923.

Arbeiter und Bauern übergelagert ist und aus der wirtschaftlichen und sozialen Not dieser Masse Kapital für sich zu schlagen weiß. Das sind alle diese „roten Direktoren“, die Stachanowantreiber und Leiter der verschiedensten kommunistischen Organisationen, die als Nutznießer von Dutzenden von Privilegien eben die Klasse der Privilegierten bilden und mit dem System, das sie hochgebracht hat, stehen und fallen. Auch sie und ihre Söhne strömen in die Rote Armee und durchdringen sie als Sauerteig.

Für diese Klasse der Privilegierten, der Nutznießer des bolschewistischen Systems, bedeutet die Rote Armee allerdings die Verkörperung ihrer Klasse. Man muß eben den Klassencharakter der Roten Armee nicht nach ihrer sozialen Struktur beurteilen, sondern nach der tatsächlichen Macht, die sie beherrscht. Das ist die Macht, die die Klasse der Privilegierten ausüben in der Lage ist. Diese Klasse ist es, die der Roten Armee ihren Stempel aufdrückt, ihr ihre Ideologie aufzwingt. Wenn man dieses Merkmal als das entscheidende Kriterium zur Beurteilung des Klassencharakters der Roten Armee anerkennen will, so darf allerdings die Antwort nicht schwer fallen. Die Rote Armee wird von der Kommunistischen Partei beherrscht und in den Dienst des kommunistischen Klassenkampfes gestellt!

3. Rote Armee und Bolschewismus

Partei und Regierung können an diesen Tatsachen nicht vorbegehen. Wenn die Bolschewisten den bürgerlichen Staaten den Vorwurf machen, daß sie „vor ihren Werktätigen die eigentlichen Ziele ihrer Politik verbergen“, und zwar aus einem inneren Zwang heraus, weil aus der Verkündung der Wahrheit die größten Gefahren für sie erwachsen müßten, so sehen wir uns doch einmal gerade unter diesem Gesichtspunkt die politische Taktik der Sowjetregierung in den letzten Jahren an. Es ist auffallend, wie sehr die Sowjetregierung seit einiger Zeit bestrebt war, ihre eigentlichen Ziele zu tarnen. Die planmäßige Erzeugung der Kriegspsychose in der UdSSR. stand ganz im Zeichen einer angeblich drohenden Kriegsgefahr von außen. Es wurde von „Verteidigung“ gesprochen,

und solche Formulierungen der politischen Ziele der UdSSR. und der aktiven Aufgaben der Roten Armee, wie wir sie bei Tuchatschewskij und anderen Wortführern des Angriffskrieges gefunden haben, traten vorübergehend in den Hintergrund zurück.

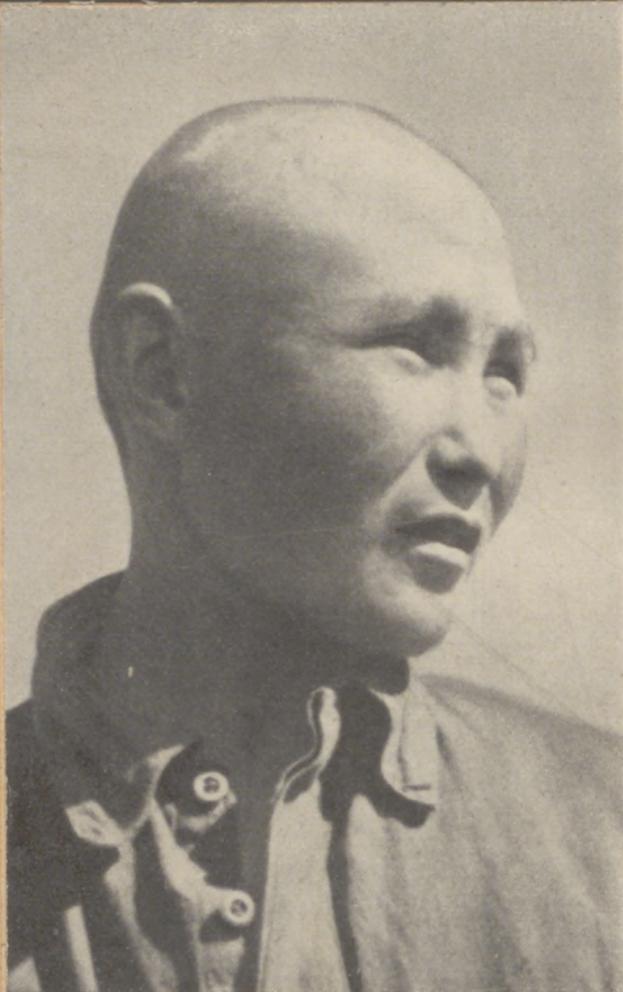
Doch das bedeutet keine Preisgabe jener Ziele. Es ist lediglich eine Taktik, die in unsicheren Zeiten zur Anwendung kommt. Die Diskrepanz zwischen dem offiziellen und dem tatsächlichen „Klassencharakter“ der Roten Armee zwingt zur Vorsicht in vieler Beziehung. „Sowjetdemokratie“ – „Sowjetpatriotismus“ – „Diktatur des Proletariats“ – „Internationalismus“ – alle diese Begriffe stellen im Grunde genommen nur Zweckparolen dar, die je nach Bedarf ausgewechselt werden können. Für den Bolschewismus gibt es keine Grundsätze in dieser Beziehung – außer dem Grundsatz, die Macht um jeden Preis erringen und behalten zu wollen.

Ob Kommunismus oder nicht – der entscheidende Faktor der Sowjetpolitik liegt in Wirklichkeit gar nicht hier. Er liegt ausschließlich im Herrschaftsanspruch des Bolschewismus als einer einzigartigen Form der Diktatur. Es ist die Diktatur einer jüdisch durch und durch verseuchten Clique, die sich zuerst um Lenin und nach seinem Tode um Stalin gruppierte, und die an der Spitze jener „Klasse der Privilegierten“ steht, von der weiter oben die Rede war. Diese Clique rekrutiert sich aus den verschiedensten Schichten der Bevölkerung, doch zumeist aus jenem Typ entwurzelter Intellektueller, die noch vor dem bolschewistischen Umsturz das Hauptkontingent der Berufsrevolutionäre in Rußland stellten. In dieser Clique findet man die Angehörigen der verschiedensten Nationalitäten. Sie alle haben jede innere Bindung zu ihrem Volk verloren – außer den Juden, die diese Clique eindeutig beherrschen. Dagegen ist es schwer, unter den ganz Prominenten der UdSSR. bzw. der Kommunistischen Partei wirkliche Arbeiter oder Bauern zu finden.

Für die Clique stellt auch der „Kommunismus“ nur ein Mittel zum Zweck dar. Sie benutzt ihn nur so lange und nur so weit, wie er ihr nützlich erscheint. Der „Klassenkampf“ ist insofern eine Quelle ihrer Macht, als er die Völker spaltet und schwächt. Die Diktatur des Bolschewismus ist



39. Eine „Rata“! Noch während des Starts wurde sie von deutschen Fliegern überrascht und abgeschossen



40 und 41. Oben: Zwei Rotarmisten, die auf Befehl Stalins die „Sowjetkultur“ nach Europa verpflanzen sollten — 42. Unten: Auch diese beiden Unglücksteufel sollten den „Welt-Oktober“ herbeizuführen mithelfen. Vor Angst bebend, betteln sie jetzt um Gnade, da man ihnen im „politischen Unterricht“ beigebracht hatte, daß die deutschen „Faschisten“ ihre Gefangenen quälen und erschießen



weder eine Diktatur des Proletariats noch der Partei. Sie ist eine Diktatur der Clique über Proletariat, Partei, Nation und in ihrer Vollendung über alle Völker des Erdballs. Die Weltrevolution ist für die Clique der Weg zur Weltherrschaft. National und sozial entwurzelt, ist sie rein kosmopolitisch eingestellt. Sie kann, vulgär ausgedrückt, in „Kommunismus“ und in „Nationalismus“, sie kann in „Weltrevolution“ und in „Verteidigung“ machen — sie bleibt immer im Angriff.

In solchen Zusammenhängen muß die Rote Armee betrachtet werden. Sie ist ein Werkzeug der bolschewistischen Clique. Sie ist es so lange, wie die politische Taktik jener Clique erfolgreich ist. So lange stellt sie einen sehr ernstesten Faktor dar, der, unabhängig von politischen Gesichtspunkten, nach seinem militärischen Wert, nach der zahlenmäßigen Stärke, nach dem Grad der Bewaffnung, nach der Qualität der Ausbildung beurteilt werden muß.

Hört jene Voraussetzung auf, wird die bolschewistische Taktik von der Armee durchschaut, so hören ihre militärischen Eigenschaften auf, ein Gradmesser zur Beurteilung ihres Wertes zu sein. An Stelle der militärischen muß die politische Schätzung treten.

Insofern ist es schwer, ein definitives Urteil über den Wert der Roten Armee abzugeben. Mehr als bei irgendeinem beliebigen anderen Heer ist die Schlagkraft der Roten Armee von den verschiedensten Umständen abhängig. Erst in einem Kriege kann es sich zeigen, ob die Rote Armee militärisch und moralisch über die Eigenschaften verfügt, die ihr von den Bolschewisten nachgerühmt werden.

4. Die Politik in der Roten Armee

Jede Armee ist nicht nur eine Waffe für den Kriegsfall, sondern eine Schule der Erziehung. Wäre sie nur eine Waffe, so würde sie in einem rein „technischen“ Prozeß herzustellen sein. Sie würde nur mechanischen Gesetzen unterliegen. Sie müßte aus einem Material bestehen, das mit rein technischen Mitteln in eine zweckentsprechende Form zu bringen wäre.

Das Material, aus dem die Armee besteht, sind jedoch Menschen. An dieser Tatsache scheitert auch der marxistische

Materialismus, sofern er geneigt ist, den Menschen lediglich als „Materie“ und die Armee lediglich als eine technische Waffe aufzufassen. Die rein mechanische Zusammenfassung von entpersönlichten Menschen in einem „Kollektiv“, ein Versuch, der auf anderen Gebieten in der UdSSR. unternommen wurde, führt nicht zum Aufbau einer Armee.

Eine Armee entsteht erst dann, wenn sie eine Lebens- und Erziehungsgemeinschaft ist, ein Männerbund, der organisch zusammenwächst und auf diesem Wege die zweckgebundenen Formen des technischen Aufbaues hervorbringt.

Auch die Rote Armee macht von dieser Regel keine Ausnahme. Da jedoch das Prinzip des Klassenkampfes zu einer mechanischen Differenzierung des Volkes in kollektive Interessengruppen führt, erwachsen daraus bestimmte Schwierigkeiten für die Rote Armee. Während in allen anderen Heeren die nationale Gemeinschaft das organische Bindemittel ihrer Angehörigen ist, muß in der Roten Armee die Politik an ihre Stelle treten.

Die Politik muß in der Roten Armee das ersetzen, was in andere Heere die nationale Gemeinschaft hineinträgt. Besteht das Wesen der Erziehung z. B. im deutschen Heer darin, die völkischen Kräfte der Nation in „Soldatentum“ umzuformen, so ist das Erziehungsideal in der Roten Armee immer der „politische Klassenkämpfer“. Der deutsche Soldat verteidigt im Krieg sein Vaterland, sein Volk. Der Rotarmist bleibt auch im Kriege der politische Kämpfer für einen Klassenstaat, für die Interessen einer Klasse.

Dieses Erziehungsideal der Roten Armee soll durch die politische Schulung der Rotarmisten erreicht werden. Schon während der vormilitärischen Ausbildung setzt die politische Bearbeitung des zukünftigen Rotarmisten ein und wird im Augenblick seiner Einberufung in verstärktem Maße fortgesetzt. Die Schulung während der Dienstzeit erfolgt in obligatorischen politischen Kursen, die nach festliegenden Vorschriften und Plänen durchgeführt werden. Es wird außerdem Sorge dafür getragen, daß der Rotarmist auch außerdienstlich ununterbrochen politisch in Atem gehalten wird. Diesem Zweck dienen die in allen Einheiten der Armee bis

herab zur Kompanie eingerichteten sogenannten Lenin-Ecken, in denen Bücher, Zeitungen und sonstiges Propagandamaterial, aber auch Unterhaltungsmittel wie Musikinstrumente, Spiele usw. bereit liegen. Außerdem gibt es Kompanie- und Regimentsbüchereien sowie Regimentsklubs. Alle diese Einrichtungen und Hilfsmittel dienen der Erziehung aller Angehörigen der Roten Armee im Geiste des unversöhnlichen Klassenkampfes und der aggressiven bolschewistischen Kriegsdoktrin.

Eine Vorstellung vom Inhalt und Umfang der politischen Schulung der Roten Armee gibt folgender Lehrplan der Politischen Verwaltung der Roten Armee für das Ausbildungsjahr 1937/38:¹⁾

Lehrplan für den politischen Unterricht

	Zahl der Unterrichts- stunden
Teil I: „Unsere Heimat“	
1. UdSSR. — das Land des siegreichen Sozialismus	6
2. UdSSR. — die mächtige industrielle Großmacht	6
3. Der Sieg des Sozialismus im Dorfe	6
4. Neue Technik und neue Menschen	6
5. Die Sowjetmenschen leben ein helles, fröhliches Leben ..	6
6. Kultur und Alltag	6
7. Die große Familie der Sowjetvölker	18
8. Der sozialistische Staat der Arbeiter und Bauern	6
9. Rede des Genossen Stalin auf dem Außerordentlichen VIII. Allbündischen Sowjetkongreß	10
10. Die Verfassung der UdSSR.	10
Insgesamt	74
 Teil II: „UdSSR. und die kapitalistischen Länder“	
1. Vom Kriege 1914—18 zum neuen Weltkrieg	6
2. Die Verarmung der Arbeiter in der kapitalistischen Welt ..	6
3. Die schwere Lage der Bauernschaft in der kapitalistischen Welt	6
4. Beim Kapitalismus sind den Werktätigen alle Wege zu einem besseren Leben verschlossen	6
5. Einheitsfront des Kampfes gegen Faschismus und Krieg ..	6
6. Bericht und Schlußwort des Genossen Stalin im Plenum des ZK. WKP(b). am 3.—5. März 1937	14
Insgesamt	42

¹⁾ „Propagandist i Agitator“ RKKa, 1938, H. 1. S. 37/38.

Teil III: „Auf der Wacht der sozialistischen Heimat“

1. Die Rote Armee — der bewaffnete Garant des sozialistischen Staates der Arbeiter und Bauern	6
2. WKP(b). — der Führer und Organisator der Roten Armee	6
3. Die Rote Armee im Bürgerkrieg	12
4. Die Rote Armee — eine unbesiegbare Macht	6
5. Verteidigung des Vaterlandes — eine heilige Pflicht jedes Bürgers der UdSSR.	6
Insgesamt	36

Probleme der internationalen Lage und der Politik der Partei und der Regierung	52
--	----

Themen für den politischen Unterricht aus Anlaß des XX. Jahrestages der Roten Armee:

1. Die Rote Armee — der bewaffnete Garant des sozialistischen Staates der Arbeiter und Bauern	2
2. WKP(b). — der Führer und Organisator der Roten Armee	2
3. Verteidigung des Vaterlandes — eine heilige Pflicht jedes Bürgers der UdSSR.	2
Insgesamt	6
Zusammen	210

Dieser Aufriß zeigt auch dem Laien, mit welchen demagogischen Mitteln hier gearbeitet wird. Man darf nicht vergessen, daß dieser politische Unterricht sich an Menschen wendet, die überhaupt keine Vergleichsmöglichkeiten z. B. zwischen dem „hellen und fröhlichen Leben“ in der UdSSR. und dem in schwärzesten Farben geschilderten Schicksal der Arbeiter und Bauern jenseits der Grenzen dieses herrlichen Landes, das sich UdSSR. nennt, besitzen. Das, was im Auslande vor sich geht, erfährt der Sowjetbürger überhaupt nicht. In einem ungeheuren Strom von Lüge und Verleumdung ergießt sich die Sowjetpropaganda über ihn, und es bleibt ihm nur die Wahl, entweder alles oder nichts zu glauben. Doch ein umfassendes Terror- und Spitzelsystem hilft dort nach, wo die vorgeschriebene Gesinnung nicht genügend Wurzel zu schlagen scheint.

Trotz des gewaltigen Kraftaufwandes der Partei und der Regierung für die politische Arbeit in der Armee gehört gerade sie zu denjenigen Arbeitsgebieten des bolschewistischen Heeres, über das am meisten geklagt wird. Man braucht nur

einige Ausgaben der „Krasnaja Swesda“ zu überfliegen, so fällt die den Mängeln der politischen Arbeit in der Armee geltende Kritik sofort auf. Es werden zahlreiche Beispiele aus der Praxis genannt, die die mangelhafte Organisation dieser Arbeit beweisen. Besonders häufig wird über die mangelhafte Schulung der politischen Instrukteure selbst, über Planlosigkeit, Unpünktlichkeit, mangelhaftes Interesse, Bürokratismus und Leerlauf geklagt.

Diese Kritik nimmt unter voller Namensnennung der Verantwortlichen häufig die allerschärfsten Formen an und endet für die meisten der Betroffenen mit schwersten Maßregelungen, wenn nicht gar mit dem Eingreifen der GPU. und der Anklage wegen Schädlingearbeit, Sabotage und klassenfeindlicher Betätigung. Das weitere Schicksal dieser Opfer des Regimes ist unzweifelhaft: sie verschwinden spurlos von der Bildfläche, ohne daß jemals ein Mensch erfährt, wo sie verblieben sind. Daß aber die verantwortlichen Männer des bolschewistischen Regimes in diesen von der Sowjetpresse kritisierten Zuständen eine Quelle ernster Gefahren erblicken müssen, geht aus folgenden Sätzen des amtlichen Organs der politischen Verwaltung der Roten Armee „Propagandist i Agitator RKKKA“¹⁾ hervor:

„In der propagandistischen und agitatorischen Arbeit finden sich bis jetzt die allergrößten Mängel. Die Kommissare, die politischen Abteilungen und die Parteiorganisationen leiten noch immer unzulänglich und schwach diesen wichtigsten Teil der parteipolitischen Arbeit . . . Es ist die heiligste Pflicht der Kriegskommissare, der politischen Organe und der Parteiorganisationen der Roten Armee, alle Mängel der propagandistisch-agitatorischen Arbeit unverzüglich zu beseitigen, damit die Anweisungen des Zentralkomitees über die Bolschewisierung der Roten Armee schneller durchgeführt werden können.“

Aus den geschilderten Tatsachen können einige nicht unwesentliche Schlüsse gezogen werden.

Zunächst scheint die politische Begeisterung der Rotarmisten, und nicht nur dieser allein, hinter den Normen

¹⁾ „Propagandist i Agitator RKKKA“, 1938, H. 9, S. 2/3.

zurückzubleiben, die von einem „klassenbewußten Proletarier“ erwartet werden müßten. Der junge Soldat scheint für sein Gewehr, seinen Gaul und sein Geschütz eine entschieden größere Vorliebe zu besitzen als für die politischen Probleme, mit denen er gefüttert werden soll. Es wäre an sich keine schlechte Eigenschaft für einen Soldaten, wenn er seine Aufmerksamkeit in erster Linie der militärischen Seite seines Berufes zuwendete. Es ist aber eine miserable Eigenschaft für einen politischen Klassensoldaten, wenn er von der Politik nicht viel wissen will. Es ist eine gefährliche Eigenschaft für die Soldaten eines proletarischen Klassenstaates, wenn sie zwar das militärische Handwerk mit der jeder Jugend eigenen Freudigkeit erlernen, jedoch mit dem Mangel an Interesse für die klassenpolitische Bedeutung und Zwecksetzung ihrer militärischen Ausbildung sich schließlich nur als „Soldaten“ und nicht als „politische Kämpfer“ zu fühlen beginnen.

Es kann der weitere Schluß gezogen werden, daß die Armee in gewissem Sinne die Politik als einen Fremdkörper in ihren Reihen empfindet. Der erforderliche Zeitaufwand für die Ausbildung eines hochwertigen modernen Soldaten bzw. einer ganzen Truppe ist nicht unabhängig von der Entwicklung der Kriegstechnik mit ihren Auswirkungen auf operativem und taktischem Gebiet und von dem kulturellen und zivilisatorischen Niveau des vorhandenen Menschenmaterials. In einer Armee, die erst seit verhältnismäßig kurzer Zeit dazu übergegangen ist, bei sich die moderne Kriegstechnik einzuführen und dies in einem sehr stürmischen Tempo tut, und die sich aus einer verhältnismäßig noch sehr rückständigen Bevölkerung rekrutiert, erwachsen in dieser Beziehung natürlich Schwierigkeiten, die nicht leicht zu überwinden sind.

Die Truppe steht vor der Notwendigkeit, ihre gesamte Kraft und ihre ganze Zeit darauf zu verwenden, um die erforderlichen militärischen Minimalergebnisse zu erreichen. Jede Ablenkung von diesem eigentlichen Zweck ihrer Arbeit muß sie als Störung empfinden. Insofern erscheint es verständlich, daß die Politik in der Truppe zu kurz kommt, daß sie nur ungerne und nur dem Zwang gehorchend angenommen wird und einer stiefmütterlichen Behandlung schwer entgehen kann.

5. Die politische Überwachung der Roten Armee

Schon aus dem Gesagten ist ersichtlich, welche überragende Bedeutung die KPdSU(B). und die Sowjetregierung dem politischen Sektor innerhalb der Roten Armee beilegen. Es ist dies eine Folge des Mißtrauens, das der Bolschewismus den von seinem Standpunkt politisch unzuverlässigen Völkermassen der UdSSR. entgegenbringen muß, aus denen sich ja die Rote Armee rekrutiert. Von dieser Armee verlangt der Bolschewismus, daß sie ihm in blindem Gehorsam ergeben ist. Deshalb muß sie politisch gedrillt und überwacht werden. Nicht minder als die übrige Bevölkerung, muß auch sie bespitzelt werden, damit alle dem Bolschewismus nicht genehmen Regungen und Bewegungen rechtzeitig im Keim erstickt werden können.

Die besondere Eigenart der Roten Armee liegt daher nicht in ihrem militärischen Aufbau, nicht in ihrer Bewaffnung oder Ausbildung. Sie liegt in ihrer politischen Organisation.

Es ist bezeichnend, daß noch vor der eigentlichen Gründung der Roten Armee eine spezielle Zentralstelle ins Leben gerufen wurde, der die politische Bearbeitung der zukünftigen Roten Armee übertragen wurde. Es war dies die „Organisations- und Agitationsabteilung“ unter dem Vorsitz des Juden Lazarus Kaganowitsch, des späteren besonderen Vertrauensmannes Stalins. In der Roten Armee wurde von Anfang an, wie schon an anderer Stelle ausgeführt ist, die Institution der sogenannten Kriegskommissare geschaffen. Diese waren nicht nur politische Überwachungsorgane, sondern sie wurden mit weitgehender militärischer Befehlsgewalt ausgestattet, so daß die militärischen Befehlshaber von ihnen vollständig abhängig waren. Vom Mai 1918 an unterstanden sie dem „Allrussischen Büro der Kriegskommissare“, das jetzt an Stelle der „Organisations- und Agitationsabteilung“ trat.

Der im September 1918 gegründete „Revolutionäre Kriegsrat der Sowjetunion“ stellte zunächst in militärischer und in politischer Beziehung die oberste Instanz der Roten Armee dar. Es erwies sich jedoch bald als erforderlich, den politischen

Sektor der Armee in einer selbständigen parteipolitischen Spitze zusammenzufassen. So entstand im März 1919 die „Politische Verwaltung der Roten Armee“ (in russischer Abkürzung „PUR.“ genannt). Das PUR. stellt ein Ressort des Zentralkomitees der Kommunistischen Partei dar und empfängt vom letzteren seine Direktiven. Das PUR. ist die oberste Instanz des Parteiapparates in der Armee und der Propaganda- und Schulungsarbeit in ihr. Von dieser obersten Spitze ausgehend durchdringt der politische Apparat die gesamte Armee bis in ihre kleinsten Einheiten hinein, sich der allgemeinen Heeresorganisation anpassend.

Die politischen Organe spielen in der Roten Armee eine sehr große Rolle. Sie organisieren den politischen Apparat in den ihnen unterstehenden Heeresverbänden und Truppeneinheiten, ernennen die politischen Funktionäre und Kommissare. Sie erlassen die notwendigen Anweisungen für die politische Schulungs- und Propagandaarbeit, geben eigene Zeitungen heraus, regulieren die Tätigkeit der Partei- und Komsomolorganisationen und überwachen den politischen und moralischen Geist der Truppen. Ihre Funktionen erstrecken sich auf den Frieden und auf den Krieg. Im Kriege beschränken sie sich nicht nur auf die Arbeit in der eigenen Armee, sondern erhalten – wie an anderer Stelle gezeigt wurde – einen darüber weit hinausreichenden Tätigkeitsbereich.

Neben den politischen Abteilungen gibt es in der Roten Armee noch rein parteiamtlich wählbare Organe. Sie stellen den sogenannten niederen Parteiapparat dar und umfassen in der Regel die militärischen Einheiten von der Kompanie, Schwadron und Batterie bis zum Regiment einschließlich. Eine selbständige Tätigkeit üben sie nicht aus, sondern unterstehen dem offiziellen politischen Apparat, dessen Anweisungen sie blindlings zu folgen verpflichtet sind. Ihre Arbeit besteht in erster Linie darin, die Verbindung mit der breiten Masse der Rotarmisten aufrechtzuerhalten und diese nach den empfangenen Richtlinien politisch zu beeinflussen.

Als reine Parteiorganisation ist ferner der militärische Justizapparat der Sowjetarmee aufzufassen.

Dem „Revolutionären Kriegsrat der UdSSR.“ entsprechend wurden 1923 auch in den einzelnen Militärbezirken der

Sowjetunion „Revolutionäre Kriegsräte“ eingesetzt, die aus dem jeweiligen Oberbefehlshaber, dem Chef der Politischen Verwaltung und einem Vertreter der höchsten Parteinstanz des Militärbezirks bestanden. In dieser Zusammensetzung kam die kommunistische Parteidiktatur ganz unverhüllt zum Ausdruck.

Nach der auch auf anderen Gebieten der UdSSR. geübten Praxis braucht es kaum besonders betont zu werden, daß der politische Sektor in der Roten Armee eine Domäne der Juden ist. Mit Kaganowitsch fängt es an, mit Gamarnik und Mechlis in der obersten Leitung der politischen Verwaltung der Roten Armee geht es weiter. Dazwischen spielen die Nichtjuden Bubnow und Smirnow nur eine vorübergehende Rolle. Der übrige politische Apparat, vor allem in den höheren Stäben, ist vollkommen verjudet.

Mit den 1924 durch Frunse eingeleiteten und später von Tuchatschewskij fortgeführten Heeresreformen tritt dann immer stärker die Tendenz hervor, den militärischen Sektor in der Armee auf Kosten des politischen stärker auszubauen. Die Praxis hatte nämlich gezeigt, daß das gleichberechtigte Nebeneinander der militärischen und politischen Instanzen auf die Dauer die militärische Schlagkraft der Armee lähmt. Daß auch hierbei aggressive, weltrevolutionäre Erwägungen maßgebend waren, haben wir schon an anderer Stelle gesehen. Der „Revolutionäre Kriegsrat“ und die Kriegsräte in den Bezirken werden aufgelöst, die Befugnisse der Kriegskommissare werden eingeschränkt, allerdings ohne daß die Doppelherrschaft de facto wirklich wirksam beseitigt wird. Die politische Kontrolle der Armee wird zwar nicht mehr ganz so sichtbar wie vorher, deshalb jedoch nicht minder wirksam fortgeführt.

Trotzdem werden die geschilderten Veränderungen in der Roten Armee von den höchsten Parteinstanzen – d. h. in diesem Falle von der eigentlichen Stalin-Clique – mit wachsendem Mißtrauen verfolgt. Die politische Atmosphäre in der UdSSR. ist nach der Ermordung Kirows in Leningrad (Ende 1934), der zu den nächsten Vertrauensleuten Stalins gehörte, bis zum Äußersten mit explosiven Energien geladen. Es kommt zu den berüchtigten Moskauer

Scheinprozessen und den Massenexekutionen in der gesamten UdSSR., denen viele Tausende von Menschen zum Opfer fallen. Auch die Rote Armee wird von diesen innerparteilichen Machtkämpfen erfaßt. Eine Reihe der höchsten militärischen Führer der Roten Armee mit dem Marschall Tuchatschewskij an der Spitze und in ihrem Gefolge unzählige Offiziere in allen Militärbezirken und allen Waffengattungen werden erschossen.

Noch bevor es zu diesen Exekutionen kommt, werden am 16. Mai 1937 die Kriegsräte der Bezirke bzw. der Armee und der Flotte in alter Zusammensetzung und mit ihrer alten Zuständigkeit und Machtbefugnis wieder eingeführt. Die zugleich angekündigte Wiedereinsetzung der Kriegskommissare vom Regiment aufwärts erfolgt durch die Verordnung vom 15. August 1937. Es erscheint eine neue „Ordnung für den Inneren Dienst in der Roten Armee“, in welcher der Kriegskommissar auf gleicher Stufe mit dem jeweiligen Kommandeur als direkter Vorgesetzter des gesamten Truppenteils bezeichnet wird. Die Bespitzelung der Armee wird in vollster Öffentlichkeit organisiert. Wie weit das Mißtrauen gegen das rote Offizierkorps geht, beweist z. B. die mehr als merkwürdige Bestimmung in der neuen „Ordnung“, derzufolge der Soldat einen „verbrecherischen“ Befehl seines Vorgesetzten nicht auszuführen braucht! In der ganzen Sowjetpresse setzt sofort eine gewaltige Propagandawelle für die Kriegskommissare ein, wobei auf ihre Bedeutung im Bürgerkrieg hingewiesen und überhaupt die alte klassenkämpferische Bürgerkriegstradition wieder aufgefrischt wird.

So nimmt die „Bolschewisierung der Armee“ ihren Fortgang. Auf dem XVIII. Parteikongreß im März 1939 berichtet Woroschilow, daß die Zahl der politischen Kommissare binnen kürzester Frist von 15 000 auf 34 000 angewachsen sei und daß diese Kommissare, wie Woroschilow unterstreicht, „mit eisernem Besen die Armee von allem Verrat und aller Niedertracht gesäubert haben und diese Arbeit auch weiter fortgesetzt werde“, um die „Armee der marxistisch-leninistischen Ideologie“ reinzuhalten.

Jedoch noch bevor eine Konsolidierung der neuen Verhält-

nisse in der Armee sich auswirken kann, platzt am 12. August 1940 ein neuer „Ukas“ des Präsidiums des Obersten Rates der UdSSR. in die Reihen der Roten Armee: die Verordnung über die Kriegskommissare vom 15. August 1937 wird aufgehoben. An Stelle des Kriegskommissars tritt der sogenannte „Stellvertretende Kommandeur für politische Angelegenheiten“. Offenbar handelt es sich hier um einen neuen Versuch der Wiederherstellung der einheitlichen Befehlsgewalt mit unzulänglichen Mitteln. Die de-facto-Doppelherrschaft wird auch durch die neue Maßnahme nicht beseitigt, ja nicht einmal gemildert. Nach wie vor steht wie ein Schatten hinter dem militärischen Befehlshaber der politische Spitzel der Partei mit dem Sonderauftrag, den Kommandeur zu überwachen und jedes auch nur vermeintliche Abweichen von der „Generallinie“ zu denunzieren. Gleichsam um diese Tendenz der neuen Verordnung zu unterstreichen, wird in ihrem Punkt 3 bestimmt, daß die Kriegsräte in den Bezirken usw. verpflichtet sind, „eine tägliche lebendige Kontrolle der politischen Arbeit in den Korps, Divisionen und Brigaden durchzuführen“.

Kurz darauf wird aus Notizen der Sowjetpresse ersichtlich, daß die „Politische Verwaltung der Roten Armee“ in die „Hauptverwaltung der politischen Propaganda der Roten Armee“ umgewandelt worden sei. Welche innere Veränderungen in Organisation und Zuständigkeit damit etwa verbunden sind, kann nirgends ersehen werden. Man darf wohl annehmen, daß es sich hier um eine der beliebten bolschewistischen Versuche handelt, in außergewöhnlichen Zeiten dem Volk, und hier besonders der Armee, Sand in die Augen zu streuen. Es ist auffällig, daß seit Oktober 1940 zugleich an Stelle von Mechlis der Ukrainer Saporoshez als neuer politischer Chef der Roten Armee auftaucht. Alle diese Maßnahmen muß man wohl bereits unter dem Gesichtspunkt der Kriegsvorbereitungen der UdSSR. gegen Deutschland betrachten. In letzter Stunde wird versucht, die militärische Schlagkraft der Armee zu heben, und es mögen psychologische Erwägungen sein, die es ratsam erscheinen lassen, an der repräsentativsten politischen Stelle der Armee den Juden durch einen Ukrainer zu ersetzen. Ob diese Flickversuche

an dem durch die Ereignisse der letzten Jahre so stark geschädigten Ruf der Roten Armee noch Erfolg haben können, muß entschieden bezweifelt werden. Die Sowjetregierung schickt eine Armee in den Krieg, auf die sie sich weder militärisch noch politisch wirklich verlassen kann.

6. Armee ohne Kopf

Die Wiedereinsetzung der „Kriegsräte“ in den Militärbezirken 1937 war der Beginn des Stalinschen Staatsstreiches mit dem Ziel, die offenbar ins Wanken geratene Stalin-Diktatur in der Roten Armee wiederherzustellen. Die Absetzung des Sowjetmarschalls Tuchatschewskij als stellvertretender Kriegskommissar und seine Versetzung als Chef des Wolgaer Militärbezirks in die Provinz sowie Gerüchte über bevorstehende oder vollzogene Verhaftungen von hohen Militärs kündigten sehr tiefgreifende Ereignisse innerhalb der Roten Armee an. Am 31. Mai 1937 wurde der angeblich durch Selbstmord erfolgte Tod des Chefs des PUR. Gamarnik bekanntgegeben. Am darauffolgenden Tag begann vor dem Sonderkollegium des Obersten Gerichtshofes ein „Hochverratsprozeß“ gegen Tuchatschewskij und sieben hohe Kommandeure der Roten Armee. Am 11. Juni 1937 wurde amtlich bekanntgegeben, daß alle Angeklagten zum Tode verurteilt worden seien. Einen Tag später wurde die Vollstreckung des Urteils gemeldet.

Aber das war nur der Anfang. Wochen- und monatelang dauerte der Terror der GPU. in der Roten Armee. Ab und zu wurden Verhaftungen und Erschießungen offiziell oder offiziös zugegeben. In den meisten Fällen verschwanden Offiziere zu Tausenden spurlos von ihren Posten. Von den zahllosen Absetzungen und Personalveränderungen an hohen und höchsten Stellen der Armee und Flotte erfuhr man gelegentlich durch Zufall, wenn in der Presse plötzlich neue Namen als Inhaber der betreffenden Posten auftauchten.

Allein unter den höchsten Offizieren der Roten Armee und Flotte ergibt sich folgende amtlich bestätigte Liste von Todesopfern des Stalinschen Staatsstreichs: der stellvertretende Kriegskommissar Sowjetmarschall Tuchatschewskij, der stellvertretende Kriegskommissar und Chef des PUR. Ga-

marnik, der stellvertretende Kriegskommissar und Chef der gesamten Seestreitkräfte der UdSSR. Orlow, der stellvertretende Kriegskommissar und Chef der Roten Luftflotte Alksnis, der stellvertretende Kriegskommissar Sowjetmarschall Jegorow (Nachfolger von Tuchatschewskij), der stellvertretende Chef der Roten Flotte Ludrij, der Generalquartiermeister des Generalstabs Feldman, der ehemalige Chef der Ostseeflotte Siwkow, der Chef des Kiewer Militärbezirks Jakir, der Chef des Weißrussischen Militärbezirks Uborewitsch, der Chef des „Osoaviachim“ Korpskommandeur Eideman, der stellvertretende Chef des Leningrader Militärbezirks Primakow, der Chef der Militärakademie „Frunse“ und ehemalige Chef des Leningrader Militärbezirks Kork, der ehemalige Militärattaché in London Putna.

Jahrelang ist von der kommunistischen Propaganda mit dem „legendären“ Sowjetmarschall Blücher ein besonderer Kult getrieben worden. Da wurde im Herbst 1938 ganz unvermittelt die von ihm befehligte Besondere Fernöstliche Armee in zwei selbständige Armeen unter eigenen Oberbefehlshabern (einer davon war der Jude Stern) eingeteilt. Blücher verschwand und mit ihm sein Stabschef Wassenzowitsch. Unter den zahlreichen verhafteten hohen Offizieren befanden sich der General Lewandowskij, der Kavalleriekommandeur Sorgsep, der Chef der politischen Verwaltung der Besonderen Fernöstlichen Armee Kranschejew und der Flottenchef in Wladiwostok Maspow. Der Chef des PUR., der Jude Mechlis, und der Oberstaatsanwalt der UdSSR. Wyschinskij haben persönlich an Ort und Stelle die Untersuchungen geführt. Über das Schicksal Blüchers hat man danach nichts mehr vernommen.

Die Folgen des GPU.-Terrors in der Roten Armee sind un-absehbare gewesen. Es ist wiederholt versucht worden, das Ergebnis dieser Aktion in einer exakten Form zusammenzufassen. Das ist deshalb sehr schwierig, weil die amtlichen Sowjetangaben nur spärlich sind. Eine nüchterne Berechnung des ehemaligen russischen Offiziers Wassilij Ladoff¹⁾ dürfte ein annähernd zutreffendes Bild ergeben.

¹⁾ „*Illustrowany Kuryer Codzienny*“, Krakau, vom 11. Dezember 1938.

Ladoff beziffert die Stärke des Kommandobestandes der Roten Armee am Ende des Bürgerkrieges mit rund 130000 Mann. Davon war nur ein geringer Teil aus dem zaristischen Offizierkorps hervorgegangen. Die meisten waren erst im Bürgerkrieg zu Kommandeuren ernannt. In der Demobilisierung 1922–1924 wurden etwa 90000 Kommandeure entlassen, so daß 40000 in der Roten Armee verblieben. In der Zeit von 1924–1927 erhielt die Rote Armee von den Kriegsschulen rund 100000 Kommandeure, während in derselben Zeit rund 60000 Kommandeure in die Reserve traten. Der Kommandobestand der Roten Armee konnte somit Anfang 1938 mit 80000 Mann angenommen werden. Von den insgesamt 150000 Reservekommandeuren dürften bis 1938 rund 70000 auf natürliche Weise oder infolge der Säuberungsaktionen der GPU. abgegangen sein. Es verbleiben also etwa 80000 Reservekommandeure. Nach den Angaben eines ausländischen Kommunisten, der in der Roten Armee hohe Posten bekleidet hat, betrug die Zahl der seit Mai 1937 verhafteten Kommandeure 20000, von denen mehrere Tausend erschossen wurden. Der Stalinsche Staatsstreich dürfte somit das aktive Offizierkorps der Roten Armee um rund 25 % seines Bestandes dezimiert haben. Dabei muß berücksichtigt werden, daß die Reinigungsaktion die oberen Kommandostellen am stärksten betroffen und die eigentliche strategische Spitze mit Tuchatschewskij und seinen Mitarbeitern völlig vernichtet hat. Die Rote Armee hat ihre qualifizierte Führerschaft verloren – sie wurde zu einer Armee ohne Kopf.

Die katastrophalen Folgen dieser Dezimierung des Kommandobestandes der Roten Armee wirkten sich sofort in einer Reihe von überstürzten Maßnahmen aus, welche den Grad der angerichteten Verheerung kennzeichnen. Um die entstandenen Lücken möglichst schnell zu stopfen, mußte neuer Nachwuchs um jeden Preis beschafft werden – in diesem Falle um den Preis der Qualität. Es wurden Sonderlehrgänge für Angehörige des jüngeren Kommandobestandes (Unteroffiziere) eingerichtet, um eine beschleunigte Beförderung zu ermöglichen. Im Herbst 1937 wurde der Rang

eines „Unterleutnants“ eingeführt, der nicht den Besuch einer Kriegsschule voraussetzt. Auf diese Weise sollte der Übergang in den höheren Kommandobestand erleichtert werden. Die Ausbildungsdauer in den Kriegsschulen wurde um ein volles Jahr gekürzt. Im Juni 1938 wurden 10000 Kriegsschüler vorzeitig zu Leutnanten befördert. Junge und unerfahrene Offiziere wurden auf wichtige Posten gestellt, denen sie nicht gewachsen waren. Die Qualität des mit Hochdruck ausgebildeten Kommandeursersatzes kann nur sehr niedrig eingeschätzt werden.

Die Explosionen und Erschütterungen des Jahres 1937 und der nachfolgenden Jahre haben bewiesen, daß die Sowjetregierung und die kommunistische Parteileitung sich auf die Armee nicht bedingungslos verlassen können. Man kommt jedoch dem Kern dieser Vorgänge nicht nahe, wenn man der Moskauer These folgt und lediglich das Vorhandensein einer Offiziersverschwörung in der Armee annimmt. Am wenigsten wird man Stalin Glauben schenken, daß alle die erschossenen Sowjetmarschälle, Generale und sonstigen hohen Befehlshaber der Roten Armee nur „faschistische Spione und Diversanten im Dienste von ausländischen Generalstäben“ gewesen sein sollen, wobei die Sowjetpresse es nicht an Deutlichkeit fehlen ließ, welche Generalstäbe in Mitteleuropa und im Fernen Osten damit gemeint waren.

Die letzten Hintergründe der Massenerschießungen in der Roten Armee liegen heute noch nicht klar zutage. Wahrscheinlich hat eine Offiziersverschwörung gegen Stalin und seine Generallinie bestanden. Aber diese Verschwörung war eine Verschwörung innerhalb des Bolschewismus selbst. Hier kämpften Bolschewisten gegen Bolschewisten mit verschrobene[n] Dogmen, mit spitzfindigen Thesen und verrückten dialektischen Konstruktionen um die politische Macht innerhalb ihres gemeinsamen Systems. Solche Kämpfe hat es so lange gegeben, wie es einen Bolschewismus gibt. Alle die „linken“ und „rechten“ Oppositionen, alle die Grüppchen und Klüngel im Bolschewismus sind nur ein Beweis, daß der Bolschewismus als künstliches jüdisches Gebilde die Zersetzungskerne von Anbeginn in sich selber trägt. Das Judentum setzt sich hier selbst ein unvergängliches Denkmal seiner

Unfähigkeit. Das Judentum beweist hier, daß es selbst dort, wo es vorübergehend siegreich ist, schließlich doch an der eigenen Unfähigkeit zu aufbauender Leistung zugrunde gehen muß.

Doch unter der Oberfläche dieses Bolschewismus und in tiefster Illegalität wirken noch andere Kräfte und liefern die Begleitmusik zum jüdisch-bolschewistischen Familiendrama. Es sind die Millionen der unterdrückten, der gequälten, der verzweifelt um ihr Leben ringenden Sowjetbürger, die die Segnungen des Bolschewismus täglich und stündlich an ihrem Leibe spüren. Das sind die Menschen, deren Väter oder Söhne in der Roten Armee das Kanonenfutter des Bolschewismus stellen. Ob diese Massen sich jemals als zuverlässige Waffe des Bolschewismus bewähren werden, ist eine Frage, auf die uns wohl schon die nahe Zukunft eine Antwort erteilen wird. Der Bolschewismus hat trotz seiner verlogenen pseudo-sozialistischen Parolen sich nirgends zu positiven Leistungen aufraffen können. Er hat den Volksmassen der von ihm beherrschten Länder alles versprochen, und er hat nichts gehalten. Als ein Kind des Judentums hat er stets nur Kräfte der Zersetzung und Zerstörung hervorgebracht. Diese Kräfte wenden sich seit langem gegen ihn selbst. Der Bolschewismus ist sturmreif und unwiderruflich dem Untergang geweiht.



43. Unter den Pistolenläufen ihrer jüdischen Kommissare sollten sie die Weltrevolution gewinnen. Unter dem Schutz von deutschen Soldaten marschieren sie jetzt in die Sicherheit der deutschen Gefangenenlager



44. Das Ende eines Verbrechens gegen Deutschland und Europa

Nachwort

Die Schicksalsstunde des Bolschewismus

Der 22. Juni 1941, an welchem der Führer der deutschen Wehrmacht den Befehl zum Gegenangriff gegen die bolschewistische Bedrohung gab, wird in die Geschichte Europas und der gesamten zivilisierten Menschheit als ein Tag von welt-historischer Bedeutung eingehen.

Wenn es noch eines letzten Beweises für die aggressive Haltung der Sowjetunion bedurft hat, so ist dieser schon in den ersten Tagen des deutschen Vormarsches im Osten mit größter Überzeugungskraft erbracht worden. Die ungeheure Massierung von Truppen und Material längs der neuen Westgrenzen der UdSSR., die hier vorgefunden wurde, beweist in eindeutigster Weise, daß der bolschewistische Aufmarsch gegen Deutschland-Europa unmittelbar vor seinem Abschluß stand. Die Stärke der längs der Grenze mit dem Deutschen Reich zusammengezogenen Sowjettruppen stieg von 65 Divisionen, die zu Beginn des Krieges dort lagen, bis zum 1. Mai 1941 auf 158 Divisionen. Die bolschewistischen Angriffsabsichten werden, wie der deutsche Wehrmachtbericht vom 4. Juli 1941 feststellt, noch dadurch besonders belegt, daß nunmehr ein genauer Überblick über die in letzter Zeit vorgenommene gewaltige Vermehrung der sowjetrussischen Flugplätze an der deutschen Ostgrenze vorliegt. Während vor der Besetzung durch die Rote Armee in Bessarabien, Polen, Litauen, Lettland und Estland insgesamt nur 90 Flugplätze vorhanden waren, ist diese Zahl in der kurzen Zwischenzeit auf 814 zum Teil bestangelegte Flugplätze angewachsen. Die Anlage des sowjetischen Aufmarsches ließ deutlich erkennen, wie die Operationen der Roten Armee gedacht waren. Von den beiden Schwerpunkten um Bialystok und Lemberg aus sollten offenbar die Angriffsoperationen des Bolschewismus gegen Ost- und Westpreußen bzw. über den Weichselbogen gegen Schlesien vorgetragen werden.

Der Bolschewismus schickte sich an, das zu verwirklichen,

worauf er sich über zwei Jahrzehnte lang ununterbrochen vorbereitet hatte. Der Marsch nach Westeuropa, der in den theoretischen Forderungen der bolschewistischen Politiker und Angriffsstrategen stets eine entscheidende Bedeutung hatte – dieser Marsch nach Westeuropa war in allen Einzelheiten vorbereitet. Mitten in diesen Vorbereitungen, am 22. Februar 1941, schrieb die „Leningradskaja Prawda“ mit bemerkenswerter Offenheit: „Wir müssen unser Volk im Geiste der allergrößten Aktivität, im Geiste der Bereitschaft zu einem entscheidenden Angriff auf den Kapitalismus erziehen . . . Wir müssen, wenn dies erforderlich ist, angreifen . . .“

Wer die Sprache Moskaus kennt, der kann nicht im Zweifel sein, was diese Sätze bedeuten sollten. Daß mit „Kapitalisten“ nicht die britischen Plutokraten gemeint waren, ist inzwischen selbst dem größten Einfaltspinsel klargeworden.

Heute sieht es ganz Europa und die ganze Welt, daß der Führer mit seinem Angriffsbefehl für die deutsche Wehrmacht einer gewaltigen Offensive des Bolschewismus von der Ostsee bis zum Schwarzen Meer zugekommen ist. Der Anschlag auf Europa ist in letzter Stunde vereitelt worden.

Schon die ersten Grenzschlachten brachten Entscheidungen von epochaler Bedeutung. Mit der Doppelschlacht von Bialystok und Minsk wurde die bis dahin größte Material- und Umfangsschlacht der Weltgeschichte geschlagen. 323 898 Gefangene, darunter mehrere kommandierende Generale und Divisionskommandeure fielen laut den Feststellungen des deutschen Wehrmachtberichts allein in dieser Schlacht in die Hand der siegreichen deutschen Truppen. 3332 Panzerkampfwagen, 1809 Geschütze und zahlreiche Mengen an sonstigen Waffen wurden erbeutet oder vernichtet. Damit hat sich die Gesamtzahl der bis zum 10. Juli an der Ostfront eingebrachten Gefangenen auf über 400 000 erhöht. Die Zahl des erbeuteten oder vernichteten Materials ist auf 7615 Panzerkampfwagen und 4423 Geschütze angewachsen. Die Sowjetluftwaffe verlor 6233 Flugzeuge.

Diese angesichts der zeitlichen Kürze der Kampfhandlungen besonders eindrucksvollen Zahlen wurden in den nächsten Wochen und Monaten um ein Vielfaches übertroffen. Anfang Oktober 1941, rund 3 Monate nach Beginn des gewaltigen

Ringens im Osten, wurde das vorläufige Ergebnis des Ostfeldzuges durch folgende Zahlen dargestellt: 2,4 Millionen Gefangene waren von den deutschen Truppen eingebracht, über 17500 Panzer und über 21600 Geschütze waren vernichtet oder erbeutet, 14200 Flugzeuge waren abgeschossen oder am Boden zerstört. Diese Zahlen beweisen, daß alle in den Friedensjahren im Auslande vorgenommenen Schätzungen des Standes der Sowjetrüstungen in Wirklichkeit weit hinter den tatsächlichen Verhältnissen zurückgeblieben waren. Diese Zahlen beweisen gleichzeitig die ungeheure bolschewistische Gefahr für Europa, die von der Moskauer Zentrale der Weltrevolution in jahrzehntelangen Bemühungen heraufbeschworen worden war. Diese Zahlen haben aber jetzt auch noch eine andere Wirkung: die Legende von der Unbesiegbarkeit der Roten Armee ist zerstört.

Die großsprecherischen Moskauer Voraussagen, die Rote Armee würde jeden Feind „auf seinem eigenen Territorium schlagen“, sind in ihr Gegenteil umgekehrt. Die „Armee der Weltrevolution“ hat eine Reihe von Niederlagen einstecken müssen, wie sie in diesem Umfang in der gesamten Kriegsgeschichte der Menschheit bisher auch nicht annähernd vorgekommen sind und die kühnsten Phantasien weit übertroffen haben. Anfang Oktober 1941 ist die Lage an der Ostfront durch folgende Tatsachen gekennzeichnet: Die nördliche Heeresgruppe Woroschilow ist in ihrer Masse hoffnungslos in Leningrad eingeschlossen und sieht ihrem Untergang entgegen. Die Heeresgruppe Budjennys in der Ukraine ist nach den Niederlagen östlich von Kiew und am Asowschen Meer vernichtend geschlagen und in Auflösung. Die zentrale Heeresgruppe von Timoschenko, die ihrer Stärke und Kampfkraft nach den Kern der Sowjetarmee bildet, ist in den beiden Kesseln von Wjasma und Brjansk eingeschlossen. Auch sie erwartet ihre Vernichtung.

Die Rotarmisten kämpfen mit dem Mut der Verzweiflung um ihr Leben. Es ist der Mut von Menschen, die zwischen den Exekutionen der GPU. und jenen der „Faschisten“ stehen. Nach dem Trommelfeuer der jahrzehntelangen bolschewistischen Greuelpropaganda fürchten sie die Gefangenschaft fast mehr noch als den Tod. Die gefangenen Rot-

armisten wissen sich kaum zu fassen vor Erstaunen, daß sie am Leben gelassen und menschlich behandelt werden.

Aber die ersten Anzeichen beginnender Erkenntnis sind bereits vorhanden. Schon sind die ersten größeren Verbände der Roten Armee übergelaufen, nachdem sie vorher ihre politischen Spitzel erschossen hatten. Am 12. Juli, genau drei Wochen nach dem ersten Schuß, konnte der deutsche Wehrmachtbericht davon sprechen, daß bei zahlreichen Verbänden der Roten Armee sich Verfalls- und Auflösungserscheinungen zeigen. Dieser Prozeß greift weiter um sich. Die Rote Armee hat den ihr von den Bolschewisten angegedichteten Mythos verloren.

Nichts illustriert die Vorgänge an der Front und vor allem in der Roten Armee besser, als die überstürzten und von höchster Nervosität zeugenden Maßnahmen der Sowjetregierung. Nachdem 1937 die Kriegskommissare in der Roten Armee nach altem Vorbild wieder eingeführt, dann im August 1940 durch die „stellvertretenden Kommandeure für politische Angelegenheiten“ ersetzt wurden, sah sich Stalin abermals gezwungen, durch einen Ukas des Obersten Rates vom 16. Juli 1941 erneut die verschärfte GPU.-Kontrolle der Roten Armee durch die Kriegskommissare zu verfügen. Der Ukas bestimmt folgendes¹:)

1. In allen Regimentern und Divisionen, Stäben, Militärschulen und Organisationen der Roten Armee, sowohl an der Front als auch in der Etappe, wird die Institution der Kriegskommissare eingeführt.
2. Der Kriegskommissar ist der Vertreter von Partei und Regierung in der Roten Armee und trägt ebenso wie der Kommandeur die volle Verantwortung für die Durchführung der Kampfaufgabe seitens des Truppenteils, für seine Standhaftigkeit im Kampf und die unerschütterliche Bereitschaft, bis zum letzten Blutstropfen gegen die Feinde unserer Heimat zu kämpfen und jeden Fußbreit sowjetischen Landes ehrenvoll zu verteidigen.
3. Der Kriegskommissar ist der moralische Führer seines Truppenteils (Verbandes), der erste Verteidiger seiner materiellen und geistigen Interessen. „Wenn der Regimentskommandeur das Haupt des Regiments ist, so muß der Regimentskommissar der Vater und die Seele seines Regiments sein“ (Stalin).

¹) „Iswestija“ vom 17. Juli 1941.

4. Der Kriegskommissar ist verpflichtet, den Kommandeur, der ehrlich und selbstlos seine Kampfaufgaben erfüllt, in all seiner Arbeit weitmöglichst zu unterstützen, die Autorität des Kommandeurs zu festigen und strenge Kontrolle über die Durchführung aller Befehle des Oberkommandos auszuüben.
5. Der Kriegskommissar ist verpflichtet, dem Oberkommando und der Regierung rechtzeitig solche Kommandeure und politische Arbeiter anzuzeigen, die ihrer Stellung als Kommandeur oder politischer Arbeiter nicht würdig sind und ihr Benehmen die Ehre der Roten Arbeiter- und Bauernarmee befleckt.
6. Der Kriegskommissar muß die Truppen zum Kampf gegen die Feinde unserer Heimat aufmuntern. In den wichtigsten Augenblicken des Kampfes ist der Kriegskommissar verpflichtet, durch das eigene Beispiel an Tapferkeit und Mut den Kampfgeist des Truppenteils zu heben und die bedingungslose Durchführung des Kampfgebots durchzusetzen.
7. Der Kriegskommissar ist verpflichtet, die besten Kämpfer und Kommandeure zu fördern und populär zu machen, dem Personalbestand des Truppenteils Kühnheit, Mut, Kaltblütigkeit, Initiative und Umsicht sowie Todesverachtung und die Bereitschaft, bis zum siegreichen Ende gegen die Feinde unserer Heimat zu kämpfen, anzuerziehen.
8. Der Kriegskommissar ist verpflichtet, sich auf die breiten Massen der Rotarmisten und Kommandeure stützend, den Kampf gegen Feiglinge, Panikmacher und Deserteure erbarmungslos zu führen und mit fester Hand revolutionäre Ordnung und Kriegsdiziplin zu schaffen. Indem er seine Handlungen mit den Organen der 3. Verwaltung des Volkskommissariats für Verteidigung in Einklang bringt, ist der Kriegskommissar verpflichtet, jeglichen Verrat in der Wurzel zu unterbinden.
9. Der Kriegskommissar ist der Leiter der politischen Organe sowie der Partei- und Komsomol-Organisationen in den Truppenteilen.
10. Der politische Leiter ist in seiner Arbeit dem Regimentskommissar unterstellt, der Regimentskommissar — dem Divisionskommissar, der Divisionskommissar — dem Kriegsrat der Armee und der Politischen Hauptverwaltung der Roten Armee.
11. Alle Regiments-, Divisions-, Verwaltungs- und Organisationsgebote werden vom Kommandeur und vom Kriegskommissar unterzeichnet.

Die Wiedereinführung der doppelten Befehlsgewalt in der Roten Armee spiegelt die ganze Unsicherheit der inneren politischen Lage in der Sowjetunion wider. Die Verstärkung der GPU.-Kontrolle in der Roten Armee ist eine Folge des großen Mißtrauens, das die bolschewistische Clique gegen die Armee haben muß. Gleichzeitig wurde die „Politische Verwaltung der Roten Armee“ in alter Form wiederhergestellt.

Die Rotarmisten sind schon nach wenigen und ereignisreichen Wochen über die „Unbesiegbarkeit“ der Roten Armee eines anderen belehrt worden. Sie haben jetzt zugleich Gelegenheit, auch andere Propagandaparolen des Bolschewismus auf ihre Richtigkeit zu prüfen. Man hat ihnen eingeredet, daß die „Faschisten“ jeden Krieg verlieren müssen, weil es ihnen an Rohstoffen für eine moderne Kriegführung fehlt. Man hat ihnen eingeredet, daß es in den „faschistischen Ländern“ nichts zu essen gibt. Man hat ihnen eingeredet, daß das „Proletariat“ jenseits der Grenzen sehnsüchtig auf den Augenblick wartet, in dem es seine bolschewistische Solidarität mit der „Armee der Werktätigen“ beweisen kann.

Es hat sich aber herausgestellt, daß die nationalsozialistische Wehrmacht über Waffen verfügt, die in kürzesten Fristen jeden Widerstand brechen. Es hat sich herausgestellt, daß im nationalsozialistischen Deutschland eine vorbildliche Organisation für eine gerechte und ausreichende Verteilung der Nahrungsmittel sorgt und daß die deutsche Wehrmacht auch in dieser Beziehung über alles Erforderliche verfügt. Und es hat sich herausgestellt, daß die nationalsozialistische Wehrmacht sich auf eine geschlossene und entschlossene Heimatfront stützen kann.

Die Bolschewisten haben mit ihren „proletarischen Bundesgenossen“ im Rücken des „faschistischen Feindes“ geprahlt. Es hat sich aber herausgestellt, daß sie nur Bundesgenossen in Gestalt der Plutokraten besitzen! Stalin und Churchill personifizieren das judo-plutokratisch-bolschewistische Symbol, für das die Rotarmisten sterben sollen!

Angesichts der Wucht von solchen Tatsachen müssen auch die neuesten Propagandatricks des Bolschewismus auf ihre Urheber zurückwirken. Es nutzt nichts mehr, jetzt noch in aller Eile Propagandagottesdienste mit GPU.-Statisten aufzuführen. Es nutzt nichts mehr, diesen Krieg zu einem „Vaterländischen Krieg“ zu erklären und die Erinnerung an den Untergang der Heere Napoleons auf den Schneefeldern Rußlands als Stärkungsmittel für die eigenen schwach werdenden Nerven heraufzubeschwören. Die Erbärmlichkeit eines solchen Be-

nehmens charakterisiert die bolschewistische Clique in Moskau zur Genüge.

Dafür zeigt der Bolschewismus an anderen Stellen um so deutlicher, daß er noch immer der Bolschewismus des Bürgerkrieges und der Tschekamethoden ist. Wenn Stalin im Sowjetrundfunk zum Heckenschützenkrieg aufruft, so frischt er damit lediglich die Bürgerkriegsmethoden auf, für die Lenin sogar eine besondere „Felddienstordnung“ mit den verschiedenartigsten sadistischen Gemeinheiten ausgearbeitet hat. Die grauenhaften Massenmorde von Lemberg und Dubno zeigen auch in diesem Kriege das wahre Gesicht des Bolschewismus.

Doch der Bolschewismus hat die längste Zeit Europa und die Welt bedroht. Sein Bund mit der ihm geistesverwandten Plutokratie kann ihn vor dem Untergang nicht bewahren. Das Judentum hat in Europa ausgespielt. Es wird auch in der übrigen Welt über kurz oder lang seine Fahne streichen müssen. Die Schicksalsstunde des Bolschewismus hat geschlagen. Die Zukunft gehört den jungen Völkern, deren Freiwillige Schulter an Schulter mit der siegreichen nationalsozialistischen Wehrmacht für ein neues Europa und einen wahren Völkerfrieden kämpfen.



BILDNACHWEIS

Anti-Komintern-Bildarchiv, Berlin: 1—20, 22—32

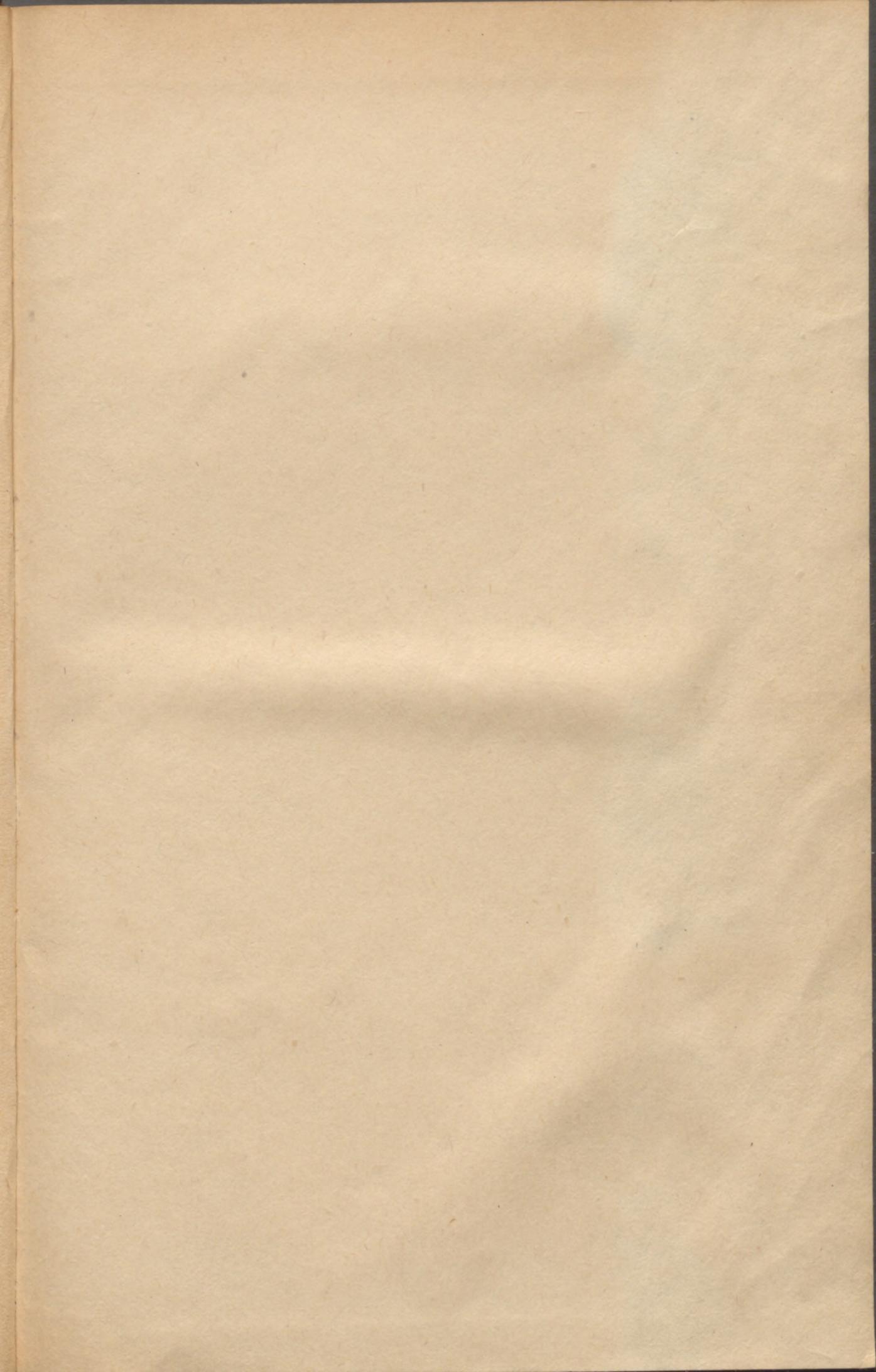
Sammlung Seiler, Berlin: 21, 33, 34

Weltbild, Berlin: 35, 36, 37, 38, 39

Associated Press, Berlin: 40, 41

Presse-Bild-Zentrale, Berlin: 42, 44

Heinrich Hoffmann, Berlin: 43



Die Rotarmisten sind schon nach wenigen und ereignisreichen Wochen über die „Unbesiegbarkeit“ der Roten Armee eines anderen belehrt worden. Sie haben jetzt zugleich Gelegenheit, auch andere Propagandaparolen des Bolschewismus auf ihre Richtigkeit zu prüfen. Man hat ihnen eingeredet, daß die „Faschisten“ jeden Krieg verlieren müssen, weil es ihnen an Rohstoffen für eine moderne Kriegführung fehlt. Man hat ihnen eingeredet, daß es in den „faschistischen Ländern“ nichts zu essen gibt. Man hat ihnen eingeredet, daß das „Proletariat“ jenseits der Grenzen sehnsüchtig auf den Augenblick wartet, in dem es seine bolschewistische Solidarität mit der „Armee der Werktätigen“ beweisen kann.

Es hat sich aber herausgestellt, daß die nationalsozialistische Wehrmacht über Waffen verfügt, die in kürzesten Fristen jeden Widerstand brechen. Es hat sich herausgestellt, daß im nationalsozialistischen Deutschland eine vorbildliche Organisation für eine gerechte und ausreichende Verteilung der Nahrungsmittel sorgt und daß die deutsche Wehrmacht auch in dieser Beziehung über alles Erforderliche verfügt. Und es hat sich herausgestellt, daß die nationalsozialistische Wehrmacht sich auf eine geschlossene und entschlossene Heimatfront stützen kann.

Die Bolschewisten haben mit ihren „proletarischen Bundesgenossen“ im Rücken des „faschistischen Feindes“ geprahlt. Es hat sich aber herausgestellt, daß sie nur Bundesgenossen in Gestalt der Plutokraten besitzen! Stalin und Churchill personifizieren das judo-plutokratisch-bolschewistische Symbol, für das die Rotarmisten sterben sollen!

Angesichts der Wucht von solchen Tatsachen müssen auch die neuesten Propagandatricks des Bolschewismus auf ihre Urheber zurückwirken. Es nutzt nichts mehr, jetzt noch in aller Eile Propagandagottesdienste mit GPU.-Statisten aufzuführen. Es nutzt nichts mehr, diesen Krieg zu einem „Vaterländischen Krieg“ zu erklären und die Erinnerung an den Untergang der Heere Napoleons auf den Schneefeldern Rußlands als Stärkungsmittel für die eigenen schwach werdenden Nerven heraufzubeschwören. Die Erbärmlichkeit eines solchen Be-

nehmens charakterisiert die bolschewistische Clique in Moskau zur Genüge.

Dafür zeigt der Bolschewismus an anderen Stellen um so deutlicher, daß er noch immer der Bolschewismus des Bürgerkrieges und der Tschekamethoden ist. Wenn Stalin im Sowjetrundfunk zum Heckenschützenkrieg aufruft, so frischt er damit lediglich die Bürgerkriegsmethoden auf, für die Lenin sogar eine besondere „Felddienstordnung“ mit den verschiedenartigsten sadistischen Gemeinheiten ausgearbeitet hat. Die grauenhaften Massenmorde von Lemberg und Dubno zeigen auch in diesem Kriege das wahre Gesicht des Bolschewismus.

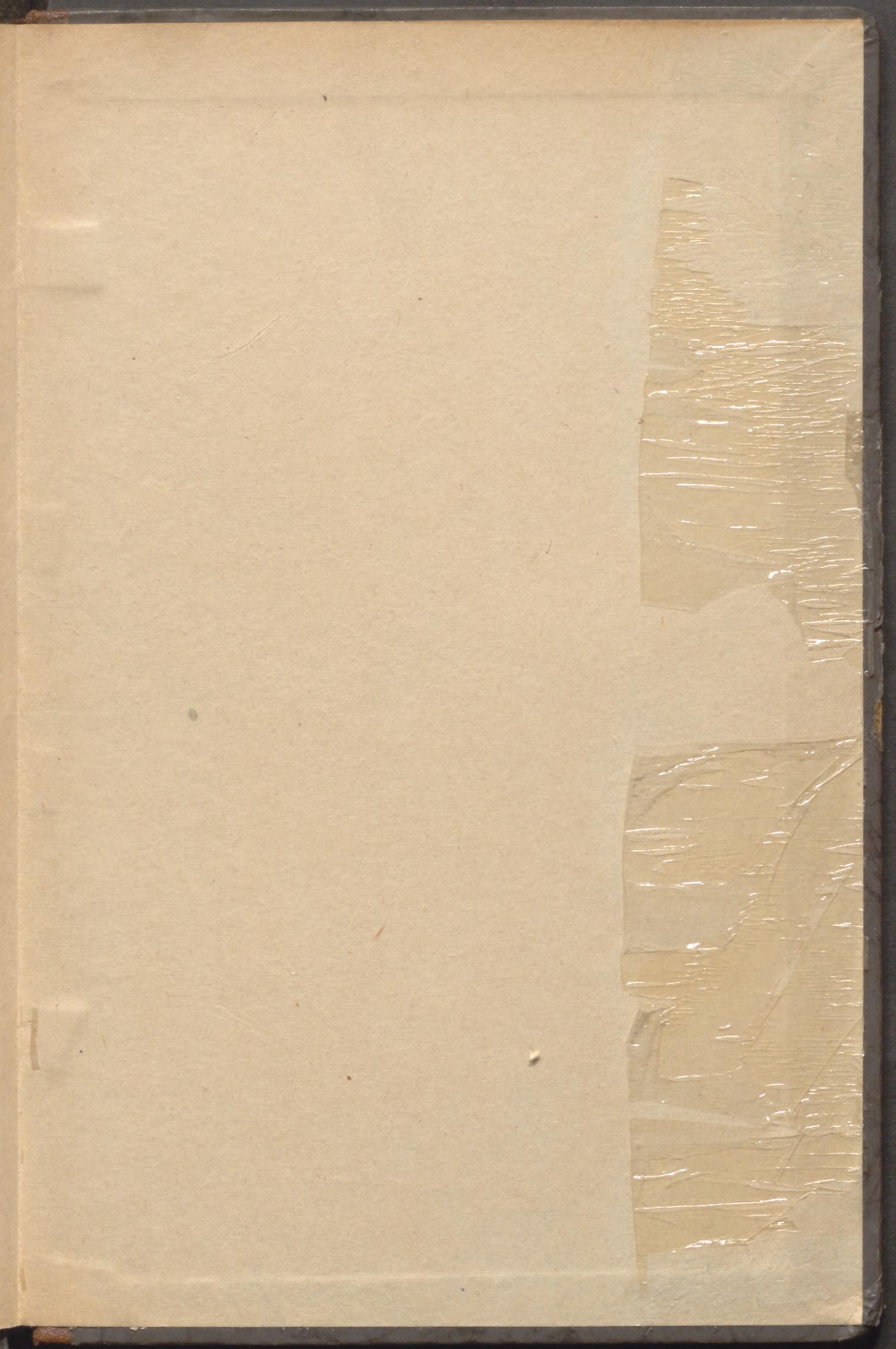
Doch der Bolschewismus hat die längste Zeit Europa und die Welt bedroht. Sein Bund mit der ihm geistesverwandten Plutokratie kann ihn vor dem Untergang nicht bewahren. Das Judentum hat in Europa ausgespielt. Es wird auch in der übrigen Welt über kurz oder lang seine Fahne streichen müssen. Die Schicksalsstunde des Bolschewismus hat geschlagen. Die Zukunft gehört den jungen, willigen Schulter an Schulter mit der nationalsozialistischen Wehrmacht. Europa und einen wahren Vö-



Biblioteka Główna UMK



300045255006



Biblioteka Główna UMK



300045255006